

J. publ. E.

202

m

J. publ. E 202 m

<36614831830013

<36614831830013

Bayer. Staatsbibliothek



Princip und Zukunft

des

Völkerrechts.

Von

Adolf Lasson.

Berlin,

Verlag von Wilhelm Hertz.

(Bessersche Buchhandlung.)

1871.



V o r r e d e.

Im Jahre 1868 habe ich eine Abhandlung: „Das Culturideal und der Krieg“ veröffentlicht, ursprünglich im Programm der hiesigen Louisenstädtischen Realschule. Der Erfolg hat mich belehrt, dass die Veröffentlichung am unrechten Orte geschehen ist, und vielleicht begründet es gerechten Tadel, dass ich den Erfolg nicht voraussah. Im übrigen hat mich weiteres Nachdenken in den dort ausgesprochenen Ueberzeugungen nur tiefer befestigt. Der allgemeine und gehässige Widerspruch, der mir begegnete, hat mich um so schmerzlicher überrascht, als ich mich mit den edelsten Denkern besonders der deutschen Nation in wesentlicher Uebereinstimmung wusste.

Die vorliegende Abhandlung bringt eine Ergänzung des am genannten Orte Vorgetragenen, theils die Voraussetzungen sicherer begründend, theils die Consequenzen nach verschiedenen Richtungen hin weiterführend. Meine Absicht ist auf wissenschaftliche Strenge der Begriffe gerichtet; nicht sowohl um den Satz selber handelt es sich, als um die Ableitung und Begründung. Findet man, dass ich Falsches lehre, so bitte ich um sachliche Widerlegung. Die grossen Zeiten, die wir eben durchlebt haben, — Grösseres hat die Geschichte der Menschheit nicht aufzuweisen weder dem Erfolge, noch der Gesinnung der Men-

schen nach, — zwingen zum Nachdenken über das, was in der geschichtlichen Entwicklung der Völker und Staaten das Vernünftige und Gerechte ist. Ich halte es für ein Verdienst, die Discussion anzuregen, wenn es nur in würdiger und wohl vorbereiteter Weise geschieht. Deshalb würde ich auch neue Anfeindungen im Bewusstsein einer erfüllten Pflicht geduldig tragen. Eine richtige Auffassung der zwischen Staaten obwaltenden Beziehungen findet sich wohl hier und da ausgesprochen, aber kaum irgendwo in umfassenderer wissenschaftlicher Begründung. Dass das Phantasma und Hirngespinnst auf diesem Gebiete auch in Deutschland als das Selbstverständliche, die Wahrheit als das Paradoxe und gar als das Unsittliche erscheint, davon habe ich reichliche Gelegenheit gehabt mich zu überzeugen. Diese unter der Masse verbreiteten Vorstellungen über die Natur der internationalen Verhältnisse sind eines der gefährlichsten Uebel der Zeit. So viele, die das grosse Wort in den politischen Debatten führen und die urtheilslose Menge hinter sich herziehen, sind von eigentlichen Wahnvorstellungen beherrscht, die auf die Beurtheilung und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten den schlimmsten Einfluss üben. Das Unheil der stehenden Heere, die Nothwendigkeit ihrer Abschaffung und Verminderung, die Sicherheit des ewigen Friedens, wenn nur erst die Völker ihre Angelegenheiten in die eigene Hand genommen haben werden: das alles hat das Ansehen eines Gemeinplatzes. Die Völker gelten als verbrüdet, der Krieg als ein Verbrechen der Könige. Wenn von Staatsverträgen die Rede ist, so denkt man am nächsten an solche Verträge, wie man sie selbst schon auf dem Stadtgerichte eingeklagt hat, und beim Kriege stellt man sich etwa zwei Gastwirthe vor, die sich gegenseitig Concurrrenz machen und ihre Streitigkeiten durch eine Prügelei zwischen ihren Hausknechten austragen lassen. Gewiss haben die Irrthü-

mer grosser Männer, Kant's z. B., solchen Vorstellungen Vor-
schub geleistet; aber zu verwundern bleibt es, dass die gründ-
lichere Durchbildung der Begriffe, die das Werk der deutschen
Wissenschaft ist, nicht vermocht hat, weitere Kreise aufzu-
klären.

Die Heranziehung der Massen zu politischer Thätigkeit,
welche die Signatur des modernen staatlichen Lebens ist, bringt
bei allen den Völkern, bei denen das Staatsbewusstsein nicht
durch historische Erziehung einen gewissen Grad von instincti-
ver Sicherheit erlangt hat, die dringende Gefahr mit sich, dass
das Staatsleben durch die gesellschaftlichen Interessen überwu-
chert und damit das unentbehrliche Fundament alles sittlichen
Gemeinlebens untergraben wird. Nirgends wohl hat die Zucht-
losigkeit einen so hohen Grad erlangt, wie in dem unglückse-
ligen Frankreich; dort haben wir in einer entsetzlichen Kata-
strophe alle die thierische Wildheit ausbrechen sehen, bis zu
welcher die Masse in einem hochgebildeten Volke sinken kann,
wenn die staatliche Autorität in ihrem Grunde erschüttert ist.
Aber die Lehre und Warnung gilt allen Völkern. Die gleichen
Kräfte der Zerstörung sind überall vorhanden; sie schlummern, so
lange der Staat stark ist; aber sie können plötzlich und fürchterlich
hervorbrechen, sobald die Festigkeit der Organisation nachlässt.
Durch Bildung und Aufklärung des Verstandes wird nicht voll-
kommen genügendes geleistet; die widerstaatlichen, kosmopo-
litischen, socialen Irrthümer verlocken gar leicht den mittelmäs-
sigen Verstand unter dem glänzenden Scheine von hochtönenden
Worten und verführerischen Verheissungen. Die Erziehung muss
helfend dazukommen; diese aber beruht auf Zwang und Gewöh-
nung.

Vor anderen Völkern ist unser deutsches Volk — wir dür-
fen es ohne Ruhmredigkeit sagen — noch in seinem Kerne ge-

sund. Aber diese Gesundheit ist nicht unerschütterlich; sie will gepflegt und geschützt werden. Wir stehen jetzt in den sonnigen Tagen des Ruhmes, des Glanzes und der Wohlfahrt, an unserer Spitze Männer von wahrhaft historischer Grösse und unangefochtener, unbestreitbarer Autorität, in der schöpferischen Periode der Werdelust, wo hohe Genialität berufen ist, die wesentlichen Grundlagen eines eigenartigen Staatslebens aufzubauen. Es werden andere Tage kommen, Tage der Enttäuschung, der Verdriesslichkeit, des tiefgehenden Zwiespalts der Meinungen; an die Stelle des Genies wird die Routine, an die Stelle der Begeisterung die Nüchternheit treten. Grade für solche Zeiten muss sich das Gefüge eines Staates als stark genug erweisen. Es gilt vor allem die Autorität zu sichern, die vorhandenen grossen Organisationen in Verwaltung, Wehrverfassung, Gemeinde, Kirche, Schule zu kräftigen und in bewährtem Geiste fortzubilden, das Rechte, Zweckmässige und Unentbehrliche zu lebendiger Sitte werden zu lassen. Unendlich fruchtbar für die Praxis des Lebens und die Bildung der Gesinnung hat sich die deutsche Wissenschaft erwiesen; ihr haben wir es doch zum grossen Theile zu danken, dass das politische Urtheil der Gebildeten bei uns so viel reifer und gründlicher ist als bei den romanischen Völkern und selbst bei Engländern und Amerikanern, und dass die Truggebilde verworrener Vorstellungen mehr und mehr einem lebendigen Staatsbewusstsein weichen. Was das deutsche Leben der historischen Rechtsschule, einem Eichhorn und Savigny zu danken hat, ist allgemein anerkannt. Zu demselben Ziele hat die deutsche Philosophie gewirkt; nur die Unwissenheit oder der Unverstand kann vergessen, dass die geläufigen Begriffe, mit denen wir in der Staatswissenschaft operieren, auf Hegel als ihren Urheber zurückgehen. Hat der un-

vergleichliche und auf jedem Gebiete wahrhaft schöpferische Denker über das Ziel hinausgeschossen, so war auch dies eine Wohlthat gegenüber den naturrechtlichen Verkehrtheiten und der Confusion der Principien, die die französische Revolution mit dem dieser Nation eigenthümlichen fanatischen Ungestüm über die Welt verbreitet hatte. Auf solchen Grundlagen ruhen die Leistungen der Jhering, Gneist, Stein; dass man das Walten dieses Geistes in den folgenden Blättern spüre, ist unser Wunsch.

Die der vorliegenden Abhandlung zu Grunde liegenden Begriffe von Staat und Recht habe ich in *Bergmann's* Philosophischen Monatsheften Bd. VI. S. 1—63 und 105—171 entwickelt. Eine Erörterung des Begriffes der moralischen Person habe ich im Anhange der gegenwärtigen Schrift S. 122—140 gegeben. Zu umgehen war sie nicht, wenn das gegenseitige Verhältniss der Staaten aus seinem eigenthümlichen Grunde sollte begriffen werden; in diesem Umfange aber schien sie den Zusammenhang des Textes zu stören. Möchte sie in den Augen der Juristen Gnade finden! Insbesondere wünschte ich, dass Einzelnes exacter erscheine als bei *L. Stein*, Verwaltungslehre. I, 2. 2. Aufl. Stuttgart 1869. S. 33—52. Eine Darstellung der Natur von Föderationen S. 186—190 habe ich auf das knappste Maass beschränkt, um den Umfang der Abhandlung nicht weiter anschwellen zu lassen. Die Mittheilung von Stellen besonders aus deutschen Schriftstellern, die in wissenschaftlichem Zusammenhang über den Gegenstand gehandelt haben, — Stellen aus fremden Sprachen habe ich übersetzen zu sollen geglaubt, — wird hoffentlich manchem Leser erwünscht sein. Die Absicht war, die hauptsächlichsten Gegensätze der Ansichten sich in kurzen Auszügen darstellen zu lassen. Die Ansichten der älteren Schriftsteller aus dem 17. und 18. Jahrhundert schienen mir veraltet und sie heranzuziehen ohne rechten Nutzen.

Arbeiten von grösserem Athem zu vollenden, ist mir nicht vergönnt. Möchte der vorliegende Beitrag zur wissenschaftlichen Behandlung eines sich der allgemeinen Erwägung aufdrängenden Problems eine wohlwollende und sachliche Beurtheilung finden!

Berlin, den 18. Juni 1871.

Lasson.

Berichtigungen.

Seite	3	Zeile	15	von unten	lies	weil.
-	9	-	14	-	oben	- bedingen.
-	40	-	17	-	unten	- Rechtes.
-	88	-	9	-	-	- streng erwägen.
-	94	-	13	-	-	- Petrushevecz.
-	96	-	11	-	oben	- führen.
-	122	-	9	-	-	- Staat. 2. Aufl.
-	132	-	5	-	-	- S. 19; 40.
-	172	-	19	-	-	- p. 172. Aber

Inhalt.

Princip und Zukunft des Völkerrechts.

	Seite
Einleitung	1
1) Die Vielheit der Staaten ist unauflösbar	9
2) Staaten als souveräne moralische Personen können nicht Glieder einer rechtlichen und sittlichen Gemeinschaft sein	12
3) Zwischen verschiedenen Staaten herrscht von Natur der Streit	31
4) Der Staat ordnet sein Verhältniss zu anderen Staaten aus Bedürfniss des Friedens	36
5) Das Völkerrecht beruht auf Gemeinsamkeit der Interessen und trägt den Charakter des klugen Egoismus	42
6) Die Verträge zwischen den Staaten sind der Ausdruck des gegenseitigen Machtverhältnisses	55
7) Der Krieg ist ein Mittel der Unterhandlung	66
8) Das Kriegerrecht beruht darauf, dass nicht Menschen, sondern Staaten in Wahrheit den Krieg führen	76
9) Die weitere Vervollkommnung des Völkerrechts ist von der zunehmenden staatlichen Freiheit zu erwarten	84
1) Klarheit der Erkenntniss des Gerechten und Offenheit in der Aussprache	86
2) Praktische Ausführung des Erkannten	91
3) Gesetzesform des Völkerrechts	93
4) Offenheit der Unterhandlung und Controle der Oeffentlichkeit	95
5) Staatencongresse als ständige Institution	102
6) Schiedsgerichte als ständige Institution	106
7) Föderationen	107
8) Entwicklung der Kriegsmacht im grössten Maassstabe	110

Anmerkungen und Belegstellen.

	Seite
Ueber den Universalstaat	119
Der Begriff der moralischen Person und die Staatspersönlichkeit . .	122
Macchiavelli	140
Ultramontanismus	140
Staatenmoral	143
Vom ewigen Frieden	144
Nationalhass	151
Der Naturstand zwischen Staaten	152
Das Alter des Völkerrechts	155
Geltung des Völkerrechts	157
Rechtscharakter des Völkerrechts	157
Der Krieg für Ideen	164
Die Gerechtigkeit des kriegerischen Erfolges	165
Die Natur der völkerrechtlichen Verträge	167
Der Krieg als Rechtsprocess	171
Die Weltgeschichte das Weltgericht	171
Die Intervention	172
Angriffskrieg. Eroberung	173
Suffrage universel	176
Zukunft des Völkerrechts	177
Codificierung des Völkerrechts	179
Die Ehre des Staates	182
Die Oeffentlichkeit	182
Staatencongresse	183
Kleinstaaten	185
Bedingungen und Schranken der Föderation	186
Heer und Heeresverfassung	192

Princip und Zukunft des Völkerrechts.

Gewiss ist es ein Uebel, krank sein; aber eine Erschwerung des Uebels ist es, in die Hände des Quacksalbers zu fallen. Die Krankheit mag in dem Laufe natürlicher Entwicklung liegen, und die Natur mag aus eigener innerer Kraft des Organismus die Heilung bewirken. Der künstliche Eingriff aber, der auf Wahnvorstellungen beruht, vermag die Krankheit nur zu verstärken, die natürlichen Kräfte von der Heilung abzulenken und selbst durch widersinnige prophylaktische Maassregeln die Krankheit geradezu zu erregen. Wo Krankheit ist, da soll man nach Heilung streben; aber man soll auch sorgen, dass die Mittel dem Zwecke entsprechen, und dazu muss man vor Allem die Natur der Krankheit, die Anlage des Organismus und die Naturgesetze erkennen, damit man nicht durch ungeschickte Eingriffe das Uebel ärger mache. Ungeschickte Aerzte oder Quacksalber, deren Kunst in Irrthum und Aberglauben wurzelt, sind überall zu fürchten, nirgends aber mehr, als wo es sich um das Heil nicht bloss von Einzelnen, sondern von Völkern und Staaten handelt.

Auf allen Gebieten des Lebens nach dem Besseren zu streben ist Aufgabe und Bestimmung des menschlichen Geschlechtes. Die wichtigste Bedingung aber, dass solches Streben nicht auf das Fruchtlöse oder Verkehrte gerichtet werde, ist die, dass das Vorhandene auch in seinen tiefsten Gründen verstanden werde. Was dem Unverständigen als das Bessere erscheint, erweist sich oft thatsächlich als das Ueblere, und die Kraft, die dem rechten Ziele zugelenkt in heilsamer Arbeit das für Viele Wünschens-

werthe erringen zu helfen vermöchte, wird durch den Irrthum über die Grundbedingungen des Daseins nicht selten auf Abwege geleitet, auf denen sie entweder an unlösbaren Problemen unnütz sich abmüht, oder das geradezu Verderbliche und Unheilvolle durch ihre Bethätigung herbeiführt in der Meinung, einem erkannten Uebel abzuhelfen.

Niemanden darf es Wunder nehmen, dass in den gewaltigen kriegerischen Conflicten der Völker, — und wir erleben deren furchtbarere als irgend ein früheres Geschlecht —, sich das Gefühl eines noch nicht beseitigten Uebels aufdrängt, das fortwirkend immer neue und grössere Uebel erzeugen muss, und dass edle und wohlwollende Gemüther über die Mittel nachgedacht haben, solchem Uebel zu steuern. Dass die Staaten statt der Liebe Selbstsucht üben, dass sie nicht in strengster Form eine rechtliche Verbindung unter sich eingehen wollen, das scheint der fortdauernde Anlass zu jenen furchtbaren Feindseligkeiten, die von Zeit zu Zeit wiederkehrend allen Gewinn jahrelanger Culturarbeit mit Vernichtung bedrohen und zu aller Zeit die Menschen verschiedener Staaten zum Nachdenken darüber zwingen, wie sie sich gegenseitig möglichst viel Böses zufügen können. Das Streben, hier Abhilfe und Besserung zu schaffen, ist gewiss ein löbliches; nur ist zu verlangen, dass dies Streben sich verständige Ziele stecke und zweckentsprechende Mittel wähle, damit nicht die Absicht vorhandenes Uebel zu bessern oder zu beseitigen neue grössere Uebel heraufbeschwöre.

Wie viel besser wäre es nicht, wenn die Staaten, statt sich gegenseitig zu schaden, sich gegenseitig fördern wollten, wenn sie statt in eigener Sache mit dem Schwerte Recht zu nehmen sich einem Gerichtsgange unterwürfen, der ihre Streitigkeiten in der Form Rechtens austrüge! So könnte der ewige Friede erblühen, der schönste Traum, den jemals weise Leute geträumt haben; es würde der Krieg nicht mehr die friedliche Arbeit unterbrechen, die Menschen hinraffen oder verstümmeln, die Länder verwüsten, und alle die ungeheuren Capitalien und Kräfte, die der Vorbereitung zum Kriege geopfert werden, könnten für positivere Zwecke fruchtbar gemacht werden.

Noch kürzlich ist es von höchst beachtenswerther Seite als ein grosser Fortschritt gepriesen worden, dass Kant die Herstellung des ewigen Friedens als eine Aufgabe der praktischen Vernunft, als eine moralische Pflicht der Menschen, zunächst der Staatslenker, hingestellt hat, und viele stimmen dem mit voller Ueberzeugung bei. Wie aber, wenn sich bei sorgfältiger Erwägung erwiese, dass hier von einem Eingreifen des menschlichen Willens gar nicht oder nur im allergeringsten Umfange die Rede sein kann? wenn sich erwiese, dass die gegenseitigen Beziehungen der Staaten auf dem Spiel von Kräften beruhen, deren Wirksamkeit von menschlicher Willensthätigkeit unabhängig sich vollzieht? Kann auch da noch eine Pflicht des Menschen gefunden werden, wo sein Wille nichts vermag? Und kann es eine Aufgabe der praktischen Vernunft sein, das zu bessern, worauf ihr die Einwirkung versagt ist? Und andererseits, gesetzt, menschlicher Wille vermöchte diejenigen Bedingungen des geselligen Lebens der Menschen herzustellen, die der ewige Friede voraussetzt: würde der ewige Friede auch dann noch eine Aufgabe der praktischen Vernunft sein, wenn er zusammen mit seinen Bedingungen ein viel grösseres Uebel darstellte, als dasjenige ist, welches er beseitigen soll? Oder gar wie, wenn das Streben ihn herzustellen vielmehr ein unsittliches, weit wider die Natur der Dinge, und ebenso unmöglich und widersinnig ist, wie etwa das Streben nach Beseitigung der Krankheit oder des physischen Todes?

Die gewöhnlichen Menschen sind der Meinung, allen den Uebeln, die sich aus der Gemeinschaft der Menschen ergeben, durch die Herstellung einer überall eingreifenden Rechtsordnung begegnen zu können. Durch eine Rechtsordnung über den Staaten sollen auch die schmerzlichen und verderblichen Conflictte zwischen denselben vermieden werden. Eine immer gründlicher gesicherte Herrschaft des Rechtes im Innern des Staates bezeichnet den wesentlichsten Fortschritt des Staatslebens; warum sollte nicht ebenso auch der Fortschritt der gesamten Menschheit zu immer menschenwürdigeren Zuständen dadurch bezeichnet werden, dass die einzelnen Staaten, die Glieder, in welche die Mensch-

heit zerfällt, zu einer rechtlich und sittlich geordneten Gemeinschaft zusammentreten?

Es wird wenige Menschen geben, für die dieser Gedanke, dessen Urheber spanische Jesuiten sind, nicht etwas Besteckendes hätte. Aber eine Untersuchung verdient jedenfalls erst die Vorfrage, ob bei diesem Gedanken nicht eine unerlaubte Erweiterung des Rechtsbegriffes vorliegt. Dass in den Staaten selber das Recht zur Herrschaft bestimmt ist, liegt im Begriffe des Staates selber; ob aber auch ausserhalb des Staates und zwischen den Staaten eine Rechtsordnung möglich ist, ist nicht ebenso ausgemacht, und es würde leicht fraglich erscheinen, ob auch Staaten Unterthanen einer Rechtsordnung zu sein vermögen und ob eine Rechtsordnung möglich ist, wo es keine Unterthanen giebt. Müsste man sich aber hier verneinend entscheiden, so wäre offenbar das Heil der Staaten und der dauernde Friede nicht von der Zunahme des Rechtes, sondern geradezu von der Abnahme des täuschenden Scheines zu erwarten, der sich bisher als eine Rechtsordnung über den Staaten geberdet hat.

Dass über die Natur der Verhältnisse eines Staates zu seines gleichen die rechte Vorstellung herrschend werde, ist ein dringendes Interesse nicht bloss der wissenschaftlichen Erkenntniss, sondern vor allem auch des praktischen Staatslebens, ein um so dringenderes, je mehr bei zunehmender Entwicklung der Staaten zur Freiheit die herrschende Meinung an Einfluss auf die Gestaltung der Formen und der Thätigkeiten des öffentlichen Lebens gewinnt. Thatsächlich ist eben wegen seiner äusseren Verhältnisse der Staat im Zustande fortwährender und dringender Gefährdung. Wenn daher der Staat das Mittel zu irgend einem nur durch ihn und in ihm zu erreichenden Guten ist, so wird es immer die erste Sorge derer, die nach dem Guten streben, sein müssen, den Staat als die unerlässliche Bedingung für das Gute in seinem Bestande zu sichern und keines von den Mitteln zu vernachlässigen, durch die allein er sich in der Fluth der von allen Seiten gegen ihn herandrängenden Gefahren erhalten und behaupten kann.

Dass diese im Begriffe des Staates mitgesetzten äusseren

Verhältnisse zu anderen Staaten von einer Mehrzahl der Menschen ihrer ganzen Bedeutung nach gewürdigt und dass die Natur derselben überall richtig aufgefasst würde, lässt sich nicht behaupten. Fragt man die gewöhnliche Meinung, so findet man für die Noth des Staates und für die Angst desselben um seine blosse äussere Existenz durchaus kein genügendes Verständniss. Die Menschen sind geneigt, an den Staat alle möglichen Anforderungen zu stellen. Weil er doch so Vieles schon betreibt, was zu seiner Selbsterhaltung gehört und was dem Interesse seiner Bürger dient, warum soll er nicht so vieles andere auch noch besorgen? Seine Macht erscheint unermesslich, seine Hilfsmittel unerschöpflich; dass beides doch auch seine Grenzen habe, vor allem dass er nichts hat, als was ihm geleistet wird, das zu begreifen wird den meisten sehr schwer. Je bequemer die Menschen sind, desto mehr möchten sie Verpflichtungen und nützliche Thätigkeiten von sich ablehnen und dem Staate auf seinen breiten Rücken legen, während doch zugleich jedermann bemüht ist, das Maass von Thätigkeiten und Leistungen, mit denen er dem Staate zu Hilfe zu kommen hat, so knapp als möglich zu bemessen. Was nur irgend nützlich und heilsam ist, das soll der Staat beschaffen. Er soll für das Wohl aller seiner Angehörigen sorgen, soll Ackerbau und Industrie, Handel und Verkehr, nicht bloss schützen, sondern hegen und pflegen; alle Interessen der Kirche und der sittlichen Erziehung, der Kunst und Wissenschaft werden ihm aufgepackt. Und nachher verwundert man sich, dass der Staat auf Gesandtschaften und diplomatische Vertretung seiner Interessen, auf die Ausbildung und Erhaltung seiner Kriegsmacht zu Angriff und Abwehr einen so grossen Theil seiner Mittel und seiner Thätigkeiten verwendet, dass ihm zu anderem kaum überhaupt noch Kräfte und Mittel übrig bleiben. Das ist die Stimmung der wissenschaftlich nicht Reflectierenden dem Staate gegenüber. In der Mehrzahl der wissenschaftlichen Lehrbücher aber, die vom Wesen des Staates handeln, pflegt, nachdem alles andere sattsam behandelt worden ist, hinterdrein auch noch die Bemerkung nachzuhinken, dass der Staat leider doch auch seine Verhältnisse zu anderen

Staaten zu ordnen und gewisse Mittel der Abwehr gegen dieselben vorzubereiten habe, was freilich eigentlich vom Uebel sei und mit der fortschreitenden Entwicklung der Menschen mehr und mehr überflüssig werden müsse.

Wie anders liegen doch die Dinge in wirklicher Erfahrung! Wir mögen blicken wohin wir wollen, auf einen beliebigen Staat in Vergangenheit und Gegenwart, wir werden überall dasselbe Schauspiel haben: kein Staat, der nicht in jedem Augenblick mit der Noth der Existenz zu ringen hätte, jeder ewig und auf allen Punkten bedroht, gezwungen alle Kraft zusammenzunehmen, um sich über dem Wasser zu erhalten; wo er aber in sträflichem Leichtsinn diese erste aller Pflichten versäumt hat, dem Untergange zugeneigt, und falls eine letzte äusserste Anstrengung ihm nicht mehr möglich ist oder erfolglos bleibt, von den Wellen verschlungen, die dann zugleich über dem gesammten Volke und allen seinen Heiligthümern und äussern Gütern zusammenschlagen. Ob unter Völkern niedrigerer oder höchster Cultur, — wir finden überall, und bei den edelsten Völkerstämmen grade am meisten, zwischen Volk und Volk, zwischen Staat und Staat die tiefsten Gegensätze und in Folge derselben ein unausgesetztes Ringen, bald mit den Schlangengewindungen der List und in den Formen freundschaftlichen Verkehrs, bald mit den äussersten Mitteln blutiger Gewalt, in denen die Menschen, ihrer Menschlichkeit baar, nur noch bestimmt scheinen, sich gegenseitig massenweise und zu Tausenden zu erwürgen, zu verstümmeln und sich gegenseitig alles mögliche Leid zuzufügen, weil der eine zufällig diesseits, der andere jenseits dieses Flusses oder jenes Berges geboren ist. Von allem was es giebt, ist der Staat die am meisten gefährdete Existenz, immer voll Furcht und immer gezwungen Furcht einzuflössen, darum bei aller seiner Macht das hilfsbedürftigste aller Wesen. Der Staat ist wohl wie ein Leviathan geschildert worden, wie das furchtlose Ungeheuer der Bibel; richtiger versteht man ihn als den ewig armen Mann, den wahren Nimmersatt, den ewig hungert und dem im Essen die Begierde und das Bedürfniss wächst. Seine Bedürfnisse sind in der That unend-

lich, und selbst im günstigsten Fall bleiben die Mittel, die ihm geliefert werden, beschränkt. Er muss sie sich erst erzwingen, denn er selber hat nichts, und ohne Zwang bekommt er nichts. Dem Staate schenkt niemand; für dieses Abstractum und seine Zwecke bekommt man ein Herz erst, wenn die Noth beweist, dass er allein Rettung schafft. Die Lasten die der Staat auflegt sind jedermann verständlich, die Wohlthaten die er erweist sind schwer wahrnehmbar und nur der Gebildete versteht sie zu würdigen. Darum ist der Staat immer in Noth und muss sich auf das Dringendste beschränken, was zu seinem Bestehen unentbehrlich ist. So ist es in Wirklichkeit immer gewesen, so ist es noch jetzt, und so wird es auch immer im wesentlichen bleiben, solange Mensch Mensch und Staat Staat ist. Nur der Schwindelgeist, eine überhitzte Phantasie, die sich so gern mit dürrer Verstandesnüchternheit paart, nur das Phrasenheldenthum, das statt klarer Begriffe mit unbestimmten Vorstellungen umgeht und sie in hohe unverstandene Worte kleidet, kann sich darüber täuschen.

Wahrhaft nüchtern die Wirklichkeit begreifen, das kann nur der Idealismus, der alle Dinge in ihrer Beziehung auf den absoluten Zweck anschaut. Denn er kann jede relative Unzweckmässigkeit in der endlichen Erscheinung als ein Mittel für jenen höchsten Zweck erfassen und in der vernünftigen Ordnung der Welt jedem Dinge seinen rechten Platz zuweisen, von dem aus es als integrierendes Glied in das System des organisch sich gestaltenden Ganzen eingreift. Auch das scheinbar Unvernünftige und Zweckwidrige hat seine Vernunft, indem es der Vernunft des Ganzen dient; Schmerz und Leid, Tod und Zerstörung sind Durchgangspunkte des ewigen Lebens. Das Hohe und Heilige ist um minderen Preis nicht zu erkaufen. Der Realismus dagegen bringt die üble Gewohnheit mit sich, weil er im Einzelnen der Erscheinung stecken bleibt, sich in diesem schon ganz mit seinen Wünschen und seinem Streben befriedigen und dann wenigstens von jedem Uebermaass des Leides und Schmerzes sich befreien zu wollen, und weil dies Uebermaass doch nicht austilgbar ist, sich eine bessere und vernünftigere Wirklichkeit vorzuphanta-

sieren, die doch bei besonnener und ruhiger Erwägung allen Bedingungen des äusseren Lebens widerspricht. So schlägt der Realismus, der nur diesseitige Zwecke will, in ein widersinniges Echauffement aus, das man fälschlich Idealismus nennt. Denn diese Art führt nothwendig in immer tieferen Zwiespalt mit der Wirklichkeit hinein; wahrer Idealismus aber ist die Kraft der Versöhnung, weil er in aller Unvollkommenheit des Einzelnen das Mittel zur lebendig sich erzeugenden Vollkommenheit des Ganzen erkennen lehrt.

Was schlechthin Thatsache ist, muss man als solche hinnehmen und zu verstehen suchen. Mit frommen Wünschen und idyllischen Träumen kommt man der grossen Bitterkeit, dem Schmerze und der Noth der Wirklichkeit nicht bei. Der für sittliche Zwecke glühende, der gute Wille hat seine weite Domäne in alle dem was menschlicher Macht zugänglich ist; die ewigen Gesetze der Natur aber bilden eine für den Willen unaufhebbare Schranke, die er in aller seiner Bethätigung muss gelten lassen. Der Mensch kann Sicherungsmittel gegen die grossen Stürme erfinden, die über die Erde und das Meer dahinfahren; er kann sein Schiff, seine Hütte, seine Person und seine Werke gegen die zerstörenden Gewalten bis zu einem gewissen Grade schützen: aber dem Sturme selbst und den Fluthen des Weltmeers kann er nicht beikommen. Die Thatsache nun liegt vor als ausnahmslose Erscheinung von je an bis auf den heutigen Tag: zwischen Staat und Staat, zwischen Volk und Volk herrscht Feindschaft, ein durchaus gemüthloses Verhältniss des Wettstreites um alle Güter der Erde und um das Bestehen selber; vorübergehende Momente der Befreundung, in deren Hintergrunde die nackte Selbstsucht liegt, — in jedem Augenblicke aber die Möglichkeit des furchtbarsten Ausbruchs in die äusserste Feindseligkeit, die dem andern nicht dies oder jenes einzelne Gut oder diesen einzelnen Schmuck des Daseins rauben will, sondern die ihm, weil jeder vom andern das Gleiche zu fürchten hat, die Wurzel der Existenz abschneiden möchte mit allen Mitteln der Vernichtung und mit der Entfesselung des äussersten Hasses. Diese Erscheinung gilt es zu verstehen, in

ihren Ursachen und ihrer inneren Nothwendigkeit zu begreifen. Von den Mitteln, diesem Zustande der Staaten abzuhelpen, und von den sich häufenden Projecten zu diesem Behufe wird wohl auch geredet werden müssen; wichtiger aber ist die Betrachtung derjenigen durch die Natur der Sache möglich gemachten Einrichtungen, durch welche man von je her die Schroffheit des Verkehrs zwischen Staaten zu mildern gesucht hat, und die allerdings die neuere Zeit theils wesentlich weitergebildet hat, theils die Zukunft weiterbilden wird. Die Aufgabe der Erkenntniss ist, das Vorhandene zu begreifen; es umzugestalten und fortzubilden dient sie nur mittelbar, indem sie die Menschen bildet und zu den Mächten lebendiger Bewegung, die auf Grundlage der Triebe und der Bedürfnisse die Gestaltung der Wirklichkeit bedingten, ein neues wirksames Moment hinzufügt. Der Gedanke, der sich der Fülle der Lebenserscheinungen gegenüber verselbstständigt, wird einseitig und ohnmächtig, oder er kann nur hindern, stören und auf Abwege führen. Keine böse Leidenschaft wirkt so verderblich wie eine falsche Philosophie, die sich vermisst, das Leben nach sich gestalten zu wollen.

1. Die Vielheit der Staaten ist unaufhebbar.

Wo Menschen sind, muss eine durch Gewalt geschützte Rechtsordnung sein. Die Menschen aber sind so lange unfrei, als die Rechtsordnung, welche sie zwingt, nicht ihrem innern Wesen und Bewusstsein entspricht, sondern ihnen wie ein äusseres Joch aufgeladen ist. Zur Freiheit aber sind die Menschen bestimmt; darum wäre es unvernünftig, verschiedenartige Völker unter ein und dasselbe Rechtsgesetz zu beugen, weil in diesem Falle nur eines der so verbundenen Völker oder gar keines die Bahn freier Entwicklung nach seinem eigenen inneren Lebensprincip offen hätte und diejenigen, denen diese Bahn versperrt bliebe, unfrei wären. Nun ist aber nach den Gesetzen der Natur und der geistigen Entwicklung niemals ein Zustand denkbar, in welchem es nicht auf den verschiedenen geographischen Abtheilungen der Erdoberfläche gründlich verschiedene

Völker gäbe; mithin wäre es ein unvernünftiger Zustand, in welchem nicht diese innerlich verschiedenen Volksgeister soviel als möglich jedes seinen ihm entsprechenden Staat besässen.

Hat nun ein Volk seinen Staat, so ist dieser auch auf die geistige Anlage dieses Volkes berechnet, um dessen innere Entwicklung theils zu fördern, theils vor äusserer Störung zu sichern. Die geistige Eigenthümlichkeit eines Volkes prägt sich aber nirgends so bestimmt aus als auf den Gebieten der geistigen Cultur: in volksthümlicher Sitte, in Religion, Kunst, Wissenschaft, in Sprache und Recht. Der Staat, der ursprünglich nur der Sicherung einer äusseren Ordnung dient, wird als Staat eines freien Volkes wesentlich das Mittel zum Schutze aller Heiligthümer des Volkes, seiner gesammten geistigen Cultur. Diese aber gedeiht nur in voller Eigenthümlichkeit. Sie ist zwar beständig den Einwirkungen von den eigenthümlichen Gaben anderer Völker her offen; aber auch das von der Fremde Empfangene gestaltet der nach inneren Principien schöpferisch waltende Volksgeist zu der ihm wahrhaft entsprechenden Form um. In dieser so sich entwickelnden, durch innere Antriebe und auf äussere Anregungen sich fortbildenden nationalen Cultur besitzt dieses so geartete Volk sein höchstes Heiligthum, sein wahres Selbst. Was diese nationale Cultur bedroht, das bedroht das gesammte Volk mit Vernichtung. In der Aufrechthaltung seiner Cultur hat das Volk seine Ehre; es müsste sich selbst verachten und wegwerfen, es wäre entadelt und geknechtet, wenn es seine eigenthümliche Cultur nicht mehr behaupten könnte, und mit dem Volke wäre jedes einzelne Individuum im Volke entehrt, seines besseren Selbst beraubt. Denn das Selbstbewusstsein des Volkes bildet einen integrierenden Bestandtheil im Selbstbewusstsein jedes einzelnen Menschen. Die äussere sichernde Stütze für dieses nationale Selbst bildet der nationale Staat. Das Bewusstsein des Volkes von sich ist bei der Masse des Volkes wesentlich Staatsbewusstsein. Die Masse ergreift sich als ein Ganzes unmittelbar in ihrer Zusammengehörigkeit zu einem Staate. Dass jedes Volk in seiner Eigenart als Werkzeug der göttlichen Weltregierung von unvergleichlichem Werthe ist, prägt sich in

dem unmittelbaren Lebensgeföhle eines jeden in gesunder Entwicklung stehenden Volkes aus in der zähen Anhänglichkeit an die eigne nationale Sitte, das eigene Recht. Am deutlichsten aber offenbart sich die gesammte geistige Eigenthümlichkeit eines Volkes in der Muttersprache und der durch ihre besonderen Formen bestimmten Literatur, wie sie als jedem bereit stehender, durch stetige Ueberlieferung von Generation zu Generation bewahrter und immer bereicherter Schatz von Vorstellungen, Urtheilen, Schöpfungen der Phantasie in mündlicher Ueberlieferung im Volke umläuft oder in den Werken der Wissenschaft und Kunst aus dem Geiste des Volkes heraus immer neu erzeugt wird durch die einzelnen Söhne desselben, die sich durch hervorragende Begabung zu Sprechern des Volkes erhoben haben und nun ihrerseits das Volk weiter bilden helfen. Die Sprache ist nicht nur im Allgemeinen das Siegel der geistigen Natur des Menschen, sondern auch die einzelnen Sprachen in den Eigenthümlichkeiten ihres inneren Baues sind der getreueste Ausdruck des Volksgeistes. Niemals ist das Wort ein blosses Zeichen oder eine Formel für die Bezeichnung eines Begriffes; das Wort führt ein inneres Leben in sich, die Seele des Volkes gestaltet sich in ihm zu angemessenem Ausdruck, und so bekommt auch wiederum alles Vorstellen und Denken dieses Volkes seine Färbung durch diesen eigenthümlichen Bau der Sprache, in welcher sich die geistigen Functionen vollziehen. Darum giebt mit der Muttersprache jeder einzelne sein Selbst auf, und darum ist die Sorge für die Selbsterhaltung der volksthümlichen Art zunächst eine Sorge für die Erhaltung und Sicherung der Muttersprache. In dieser fühlt sich ein Volk am mächtigsten und wirksamsten bedroht, und so haben auch die Völker ihre Todesfurcht, die Furcht vor dem Untergange ihrer Sprache. Eine Universal-sprache, die von aller volksthümlichen Eigenthümlichkeit absähe und in einem System von lautlichen Zeichen bestände, die von allen Menschen gleichmässig verstanden werden könnten, wäre deshalb gar keine Sprache mehr und unter Menschen nicht möglich. Diese Universal-sprache ist ein Unding; denn sie könnte erst aufgestellt werden, wenn man auf allen Gebieten des Da-

Volkgeist

seins alles Vorstellen und alle individuelle Auffassung der Erscheinung verbannt hätte und überall zu dem reinen, in nackter Formel für jeden Verstand fassbaren Begriffe gelangt wäre, etwa wie es in der mathematischen Wissenschaft der Fall ist. Eben so unmöglich ist der Universalstaat als eine Rechtsordnung, die für alle Menschen gleichmässig gelten könnte, so lange es noch verschiedene Volksgeister giebt, bei denen theils die äusseren Lebensverhältnisse gründlich verschiedene Bedürfnisse erzeugen und verschiedene Veranstaltungen äusserer Ordnung erfordern, theils die einzelnen Richtungen der Willensthätigkeit sich in wesentlich verschiedener Form in der Vorstellung spiegeln. Der Universalstaat wäre daher wider die Natur der Dinge und der Menschen; er ergäbe den äussersten Despotismus und die gewaltsamste Knechtung der Völker, und ganz abgesehen von der in die Augen fallenden äusseren Unmöglichkeit seiner Verwirklichung würde er, in's Leben eingeführt, nicht eine höhere und vollkommener Ordnung der Dinge als die vorhandene darstellen, sondern nur dazu dienen, das menschliche Geschlecht zu erniedrigen und was an Ordnung vorhanden ist in seine chaotischen Elemente aufzulösen.

2. Staaten als souveräne moralische Personen können nicht Glieder einer rechtlichen oder sittlichen Gemeinschaft sein.

Ist es dem Staate wesentlich und ein Bestandtheil seiner Definition, dass er andere Staaten ausser sich und neben sich habe, so ist es ihm auch wesentlich, mit diesen anderen Staaten im Verkehr zu stehen nicht bloss so, dass die Angehörigen verschiedener Staaten im Austausch der Güter, in Freundschaft und Feindschaft zusammengerathen, sondern so, dass die Staaten selber durch ihre Thätigkeit auf einander wirken. Denn der Staat, die realisierte Rechtsordnung für ein bestimmtes Volk als für eine besondere Abtheilung der Menschheit, ist, wenn wir jeden bildlichen Ausdruck und jede Metapher streng ausschliessen, seinem Wesen nach ein als Substanz vorhandener

Zweck, dessen Inhalt diese rechtliche Ordnung ist, und der vorhandene, aber nicht subjective Wille, diesem Zweck gemäss zu handeln. Dieses Handeln aber erfordert ein beständiges Eingreifen in die Dinge der äusseren Natur; denn auf solche und auf die Arbeit, sie für menschliche Zwecke zu gestalten, bezieht sich die Ordnung des Rechts. Der Wille, den man Staat nennt, hat seine innere Schranke nur in der Bestimmtheit seines Zweckes; er erstreckt sich aber schrankenlos über alles was diesem Zwecke zu dienen vermag im ganzen Umkreise der Natur. Damit ist die Möglichkeit gesetzt, dass sich der Wille verschiedener Staaten auf ein und dasselbe Object bezieht und dass zwischen ihnen der Streit entstehe, wie er unter gleichen Bedingungen zwischen dem Willen der einzelnen menschlichen Individuen entsteht. Andererseits kann jeder Staat mit der Macht, die er zur Erreichung seiner Zwecke besitzt, auch den anderen in dessen Zwecken fördern und unterstützen. Diese feindlichen und freundlichen Berührungen zwischen Staaten bleiben keineswegs in blosser Möglichkeit, sondern sie begegnen uns unausgesetzt in wirklicher Erfahrung; und damit eröffnet sich neben der inneren Thätigkeit des Staates, mit welcher er auf seine Unterthanen wirkt, ein weites Gebiet äusserer Thätigkeit, mit welcher er sich ein bestimmtes Verhältniss zu den anderen Staaten giebt und erhält. Es ist leicht einzusehen, von wie grosser Bedeutung für das ganze Bestehen und Wesen des Staates dieses Verhältniss zu seines gleichen sein muss. Denn der Staat begegnet hier anderen ihm coordinierten Wesen, gegen deren Feindschaft er sein Bestehen mit Aufbietung aller seiner Kraft zu schützen hätte, von deren Freundschaft aber ihm die grösste Förderung zuwachsen müsste, die er überhaupt erfahren kann. Darum ist es eine Fundamentalfrage für die Erkenntniss des Wesens des Staates und für das Verständniss aller geschichtlichen Vorgänge, von welcher Art der besonderen Natur des Staates nach das Verhältniss ist, in welches Staaten überhaupt zu einander treten können.

Indem wir von der Erwägung der Natur des Staates aus diesen Gegenstand betrachten wollen, gilt es uns nicht, Projecte zu

entwerfen, wie sich wohl die staatlichen Verhältnisse einmal gestalten möchten, um ein Reich ungestörten Friedens auf Erden zu ermöglichen, sondern zu untersuchen, wie sich diese Verhältnisse von je gestaltet haben, was ihre tiefsten Gründe und ihre wesentliche Natur von je gewesen ist und darum auch bleiben wird. Nur durch solche nüchterne Erwägung des Wirklichen lässt sich dann auch erkennen, in welcher Richtung und zu welchen Zielen hin die weitere Bewegung und Vervollkommnung sich vollziehen wird. Denn das Wirkliche ist in allem Ernste allein das Vernünftige.

Ueber die Natur der zwischen den Staaten waltenden Verhältnisse giebt es zwei extreme Ansichten, die sich diametral gegenüberstehen, und von denen wir die eine die macchiavelistische, die andere die ultramontane Doctrin nennen können. Wir nennen die erstere nach ihrem entschiedensten und berühmtesten Vertreter, die andere nach der religiösen Richtung, deren Verfechter sie am weitesten ausgebildet haben. Das Wesen des ersteren Standpunktes besteht darin, dass alle rechtlichen und sittlichen Gesichtspunkte aus den Beziehungen zwischen Staat und Staat schlechtweg ausgeschlossen werden und egoistische Klugheit, die allein den Vortheil in's Auge fasst und jedes zum Ziele führende Mittel ohne alle Rücksicht auf dessen rechtliche oder sittliche Natur verwendet, als Norm für die Thätigkeit des Staates hingestellt wird. Auf dem entgegengesetzten Standpunkt begnügt man sich nicht, eine Rechtsordnung, wie sie sich innerhalb des Staates findet, auch für die Beziehungen der Staaten zu einander zu fordern, sondern man betrachtet den Staat als ein Subject mit sittlicher Verpflichtung wie den einzelnen Menschen und verlangt vom Staate selbstverleugnende Liebe und brüderliche Gesinnung gegen seines gleichen, um mit ihnen gemeinsam für die Erreichung des höchsten Gutes zu wirken. An die Aufzeigung der in beiden Richtungen waltenden Einseitigkeit der Auffassung mag sich am leichtesten die wahre Erkenntniss der Sache anknüpfen lassen.

Macchiavelli hat das grosse Verdienst, mit ausserordentlicher Schärfe des Blickes die Erscheinungen der Wirklichkeit

in ihrem Wesen erfasst zu haben; er ist wesentlich ein nüchterner Beobachter, den keine Phantasie besticht und der sich nicht scheut, auch die äussersten Consequenzen zu ziehen und das Princip, das er in dem politischen Getriebe seiner Zeit wirklich vorfand, mit völliger Strenge durchzuführen. Es war ein gewaltiger Fortschritt in der Erkenntniss der Dinge, dass es ein kühner Kopf wagte, die Staatskunst schlechtweg von allen theologischen Vorstellungen zu befreien und rein auf ihr eigenthümlichen Principien aufzubauen. Die Staatskunst aber wird wirklich beherrscht von dem Princip des Nutzens. Denn der Staat ist wesentlich Zweck und zwar ein bestimmter endlicher Zweck; d. h. er will nicht das Gute schlechthin, sondern das in dieser bestimmten Beziehung Nützliche, und ihn leitet in aller Thätigkeit sein Interesse und weiter nichts. Aber in mehrfacher Hinsicht hat der grosse Florentiner seiner Zeit und Umgebung mit ihren dem Wesen der Sache wenig entsprechenden Zuständen seinen Tribut gezahlt und sich von solcher Beschränkung seines Blickes nicht zu befreien vermocht. Denn erstens unterscheidet er nicht genügend zwischen der Thätigkeitsform des Staates in seinen äusseren und in seinen inneren Beziehungen, und dieser Unterschied ist doch ein himmelweiter. Der Staat nämlich als die realisierte Rechtsordnung ist in allen inneren Verhältnissen durch das Recht gebunden; der Staatswille und der Rechtswille ist hier eines und dasselbe, und wo widerrechtlich gehandelt wird, da ist es gar nicht der Staat, welcher handelt, weil dieser als bloss moralische Person nichts seinem Begriffe Widersprechendes thun kann. Dies Bewusstsein von der uneingeschränkten Herrschaft des Rechts im Staate, also davon dass nur der Rechtsstaat wahrhaft ein Staat ist, mangelt der Zeit, in der Macchiavelli lebte, und so zeichnet er einen widerrechtlichen Despotismus, der ja durch eine Ausartung die Form vieler damaligen Staaten geworden war, aber doch unter allen staatlichen Formen die niedrigste ist und seine geschichtliche Berechtigung nur als Uebergang zu höheren Formen hatte. Denn man kam aus einer Epoche relativer Staatslosigkeit; um nun zu einem wahrhaften Staate zu gelangen, war wohl die zeitweise Despotie

des Stärksten das unerlässliche Mittel, und zu diesem Zwecke, nämlich den nationalen Staat zu bauen, will Macchiavelli in der That den rücksichtslosesten Gebrauch der rechtlosen Gewalt. Aber wenn er auch Ideale republikanischer Freiheit verstand und hegte, so hat er doch von der rechtlichen Ordnung des eigentlichen Staates keine klare Vorstellung gehabt. Darum gelten ihm die Unterthanen als schlechthin rechtlos und als blosse Mittel und Werkzeuge der Staatskunst, welche dieselben wie Sachen und nicht wie Personen behandelt. Aber zweitens, was damit zusammenhängt, Macchiavelli unterscheidet auch nicht zwischen dem Interesse des Staates und demjenigen des Fürsten. Ihm kommt es nur darauf an zu zeigen, wie man es anzufangen habe, um möglichst mächtig zu werden und seine Herrschaft zu sichern; dies ist aber zunächst nur das Interesse des Fürsten, der die Lust an der Herrschaft befriedigen will, aber nicht das Interesse des Staates, der eine solche Lust nicht empfinden kann, sondern sich mit dem Nützlichen begnügt, was nach Möglichkeit das Wohl des Staates fördert. Es ist eine unvollkommene, geschichtlich wohl begründete, aber durch den geschichtlichen Fortschritt zu beseitigende Form des Staatslebens, dass das persönliche Interesse des Fürsten, etwa der Glanz seines Hauses, die Versorgung seiner Angehörigen, der Ehrgeiz und die Habsucht die Action des Staates mit bestimme und es auf den Zufall ankomme, ob der Fürst ein lebendiges Staatsgefühl habe und seine Interessen mit denen des Staates identificiere. Ein gebildeteres Staatswesen schafft dauernde Institutionen, welche der Obrigkeit die Macht nach Möglichkeit nehmen, persönlichen Interessen nachzugehen, die nicht solche des Staates sind. Bei Macchiavelli erscheint alle Staatskunst als die Kunst, dem Inhaber der höchsten Gewalt möglichsten Vortheil, Macht und Ruhm zu verschaffen; der Fürst ist hier der Geschäftsmann, der durch jedes Mittel Erfolg sucht für sich selber, wobei allerdings in Macchiavelli's Sinne im Hintergrunde der Wunsch steht, dass durch solche Thätigkeit in der That doch weit mehr als des Fürsten Vortheil, nämlich der nationale Staat errungen werde.

Aber auch wenn wir von alledem absehen, ist Macchiavel-

li's Standpunkt ein irrthümlicher. Wohl hat er Recht, wenn er behauptet, die Norm der nach aussen gerichteten Staatsthätigkeit sei nicht die Sittlichkeit, nicht das Recht, sondern die Klugheit. Allein wenn er nun beschreibt, wie diese Klugheit verfährt, so lehrt er wohl, wie man mit berechneter Arglist augenblickliche und vorübergehende Erfolge erreichen, aber nicht wie man Dauerndes und Gesichertes schaffen kann. Ist er doch naiv genug, als das Muster eines geschickten Staatsmannes den Cäsar Borghia hinzustellen, dem zwar eine Zeit lang, solange ihn das Glück begünstigte, mancherlei gelang, dessen ganzes Werk aber durch ein paar unglückliche Zufälle zusammenstürzte. In der That ist diese Klugheit, die blosse Arglist ist, die Meuchelmord, Wortbruch und Verrath als ihre Lieblingswaffen braucht und die Menschen durch nichts als durch den Schrecken der Grausamkeit zu ihren Werkzeugen macht, gar keine Klugheit, sondern eher das Gegentheil. Denn alle diese Mittel wirken nur für den Augenblick; sie rufen die Vergeltung mit gleichen Mitteln hervor; sie machen das Vertrauen unmöglich, und ohne Vertrauen ist überhaupt kein dauernder Zustand denkbar. Vertrauen zu erwecken und zu nähren, ist deshalb das erste Gebot der Klugheit, und Vertrauen gewinnt man nur durch Ehrlichkeit. Will man also dem Staate dauernden Frieden gewinnen, so ist Ehrlichkeit das beste Mittel, und es müssen Institutionen geschaffen werden, die der Ausdruck dieser wechselseitig von Staat zu Staat waltenden Ehrlichkeit sind. Solche Institutionen macht aber eine Staatskunst wie die von Macchiavelli gelehrt unmöglich. Macchiavelli verfälscht ein an sich richtiges Princip, indem er die kurzsichtige Treulosigkeit, die Gemeinheit der Gesinnung, die Abwesenheit aller sittlichen Gesichtspunkte, die vielfach sein Volk und seine ganze Zeit, besonders aber die Staatsmänner dieser Zeit charakterisiert, für die consequente Folge aus dem klugen Egoismus ansieht, der die Norm staatlicher Thätigkeit ist. Aber grade aus diesem Egoismus ergeben sich jene Institutionen, die auf Ehrlichkeit beruhen. Somit entsteht für uns die Frage, da doch solche Institutionen wirklich vorhanden sind, ob diese Ehrlichkeit einen

rechtlichen oder sittlichen oder welchen Charakter sonst sie trage.

Der entgegengesetzte Standpunkt, den wir den ultramontanen nennen, beruht auf den theokratischen Voraussetzungen, deren äusserste und letzte Consequenz der moderne Jesuitismus zieht. Recht und Sittlichkeit werden auf diesem Standpunkte nirgends klar geschieden, und so fliessen hier in unklarer Vermischung auch die Grenzen von Staat und Kirche in einander; der Staat soll kirchliche, die Kirche staatliche Formen tragen. Die Sittlichkeit, d. h. das freie Verhältniss des Menschen zum höchsten Gut, erhält hier den Charakter eines äusseren erzwingbaren Thuns; eine selbstständige Sphäre der staatlichen Thätigkeit zur Wahrung der unentbehrlichen Bedingungen des geselligen Zusammenlebens der Menschen wird nicht geachtet. Was im Judenthum das Vergängliche und nur als Vorbereitung auf die christliche Wahrheit Berechtigte war, wird hier in scharf ausgeprägter Einseitigkeit dem fortgeschrittenen christlichen Bewusstsein gegenüber festgehalten, zum Theil gewiss aus einem lebendigen Eifer für das Heilige, aber aus missverständlicher und zelotischer Einseitigkeit und unter Verkennung der menschlichen Bestimmung, vom Gesetze frei zu werden. Der Ultramontanismus trifft im letzten Resultat theilweise mit den am weitesten verbreiteten und populärsten Meinungen zusammen, welche die Sittlichkeit als einen transscendenten Willensentschluss nicht kennen und der Bestimmung des Menschen damit genügt glauben, dass sich der Wille an die Gebote der Rechtsordnung bindet. Denn beidemale wird das Sittliche mit dem Rechtlichen verwechselt und die unendliche Freiheit des Gewissens verkannt. Wo es nun keine im strengen Sinne freie sittliche Thätigkeit giebt, fällt allerdings der wesentlichste Unterschied zwischen der Staatspersönlichkeit und der menschlichen Persönlichkeit hinweg, und für beide gilt das gleiche Gesetz. Alle Lehren, welche den Staat zum Subjecte sittlicher Pflichten machen, arbeiten deshalb dem ultramontanen System in die Hände.

Die Consequenzen der ultramontanen Lehren für die Auffassung der zwischen den Staaten waltenden Verhältnisse ergeben

sich leicht und werden von allen diesem Systeme Anhängenden in den verschiedensten Ländern, in Spanien, Deutschland, Frankreich, Italien auf gleiche Weise gezogen. Die Staaten sind sich gegenseitige Liebe schuldig; jeder hat den anderen in seinem Bestande, seinem Eigenthum und seiner Macht gerade so zu achten, wie innerhalb des Staates jeder einzelne Mensch den anderen unter der Herrschaft des Rechtes. Bei Streitigkeiten haben sich die Staaten einem Gerichte zu unterwerfen, und das natürliche Organ für ein solches Gericht ist der oberste Priester, dessen unfehlbare Entscheidung unweigerlichen Gehorsam finden oder die Gehorsamen zu zwingender Gewalt wider den Ungehorsamen vereinigen soll. Diese Herrschaft des Rechtes führt damit naturgemäss zu dem System der Legitimität. Die bestehenden Verhältnisse der Staaten bilden eine geheiligte Schranke gegen jedes Streben nach Veränderung; sie abändern zu wollen ist ein strafbares Verbrechen; der eigennützige Wille der Staaten, die ihrem Interesse dienen, ist unsittlich, sobald dies auf Kosten eines anderen Staates geschieht. Dieses durch rechtlichen Zwang geschützte gegenseitige Verhältniss der Staaten ermöglicht den ewigen Frieden, der allein dem christlichen Ideale von dem Berufe der Völker entspricht.

Diese als stricte Consequenz der ultramontanen Lehre wohl begreifliche Doctrin hat ein weites Publicum gefunden; denn sie schmeichelt vielen Instincten, und eine unklare Vorstellung wiegt sich gern in Träumen vom ewigen Frieden. Dagegen ist es wohl eigenthümlich, dass wenn auch alle praktischen Staatsmänner mehr oder minder nach den Grundsätzen des Macchiavelli gehandelt haben, darunter auch der grosse König, der eine so beredte Widerlegungsschrift gegen den weltkundigen Florentiner geschrieben hat, doch nur sehr wenige Menschen den Muth gehabt haben, sich zur Theorie des Macchiavelli auch nur mit den gebührenden Einschränkungen zu bekennen. Die Worte Recht und Sittlichkeit üben einen solchen Zauber aus, dass selbst die falsche Uebertragung solcher Kategorien auf ein fremdartiges Gebiet immer noch das Urtheil der Leute gefangen nimmt und mit einem Schimmer des Edlen und Lobenswerthen umgeben ist,

während derjenige, der da lehrt, von gewissen Lebensgebieten sei wegen der eigenthümlichen Natur derselben die Anwendung dieser Kategorien auszuschliessen, sich leicht den Vorwurf einer frevelhaften Gesinnung zuzieht, die das nicht achtet, was doch allen Menschen heilig sein sollte. Aber will man die Sache wirklich ergründen, so muss man sich entschliessen, ohne alles Pathos und ohne Voreingenommenheit die Sache selbst sprechen zu lassen.

Zunächst muss man sich klar darüber sein, dass die Anforderung an den Staat nicht die Anforderung an eine sittliche Persönlichkeit ist. Denn der Staat ist wohl Person, aber doch nur moralische Person. Er hat also nicht wie ein Mensch einen unendlichen Inhalt und den Beruf zur Gottähnlichkeit; er kann sich nicht beliebige Zwecke setzen nach freiem Willensentschluss: sondern er ist nur dieser eine bestimmte Zweck und der Wille diesen Zweck zu realisieren. Wohl wird der Wille der Staaten durch den Willen bestimmter Menschen vertreten; aber diese sind es doch nicht, die eigentlich handeln, sondern vermittelt ihrer handelt der Staat. Sie tragen deshalb auch nicht die Verantwortlichkeit, so lange sie in den Grenzen ihres Auftrages bleiben; denn sie sind nur die Beauftragten und haben den Willen ihres Auftraggebers, nicht ihren eignen zu vollziehen. Die Thätigkeit des Staates ist von derselben Art wie die jeder anderen moralischen Person, die eben nur ihren Zweck ausführt, und der Vertreter des Staatswillens ist nur ein Mandatar, der nirgends auf eigne Verantwortung zu handeln hat, sondern dasjenige thut, was ihm der bestimmte Zweck und das jedesmalige Interesse der von ihm vertretenen Person vorschreibt. Auch Stiftungen zu Zwecken, die man wohl sittlich oder fromm nennt, im Dienste der Wohlthätigkeit, der Kirche, der Schule, üben doch keine sittliche Thätigkeit, wenn auch der Zweck als Wille des Stifters ein sittlicher war; sondern sie realisieren nur ihren Zweck auf dieselbe kluge und angemessene Weise wie etwa eine Actiengesellschaft, die dem Erwerbe dient, und erhalten sich wie jedes andere Wesen von Natur, indem sie sich gegen feindliche Einwirkungen in ihrem Bestande zu be-

haupten und den ihrer Bestimmung entsprechenden Wirkungskreis möglichst zu erweitern suchen. Also selbst dann, wenn man den Staat solchen frommen Stiftungen seiner Abzweckung nach gleich setzte, könnte man doch von seiner Thätigkeit nicht erwarten, dass sie die Form der Sittlichkeit trüge, sondern nur dass sie selbstsüchtig darauf abzielte, den Zweck des Staates zu realisieren und den Staat in seinem Wesen zu behaupten. Der Vertreter des Staatswillens aber, für den nicht das Interesse des Staates die unverbrüchliche Regel seines Thuns bildete, sondern der subjectiven Auffassungen von sittlichen Geboten nachgieng, würde ebenso treulos und verrätherisch handeln, wie der Vertreter einer Actiengesellschaft, der auf Kosten seiner Auftraggeberin Wohlthätigkeit übte, den Schuldnern derselben ihre Verpflichtungen grossmüthig erliesse und seiner Meinung vom Sittlichen folgend nicht den Zweck der Gesellschaft, sondern andere Zwecke mit den Mitteln derselben verfolgte. Jede moralische Person ist in ihrem Verhältniss zur Aussenwelt vollkommen eigennützig. Diejenigen von ihnen, welche unter der Herrschaft des Staates stehen, sind gerade wie die lebendigen und natürlichen Personen an die Gesetze des Rechtes gebunden. Der Staat aber, der auch nicht unter der Herrschaft des Rechtes steht, ist schlechterdings durch nichts gebunden als durch seinen Zweck; er sucht daher überall das was ihm nützlich ist auf jede Weise, und seine Natur ist, in diesem seinem Eigennutz klug und nur klug zu sein.

Weil der Staat moralische Person ist, nicht eine Person von individueller Lebendigkeit, so ist es unmöglich, an ihn sittliche Anforderungen zu stellen. Er kann nicht Liebe üben, Wohlwollen beweisen, sich verleugnen oder opfern, nicht mit Rücksicht auf den höchsten Zweck handeln, sondern immer nur mit Rücksicht auf sich, auf diesen endlichen Zweck, der er selber ist, also auf seinen Nutzen. Von der Person des Staatsmanns aber kann man nur verlangen, dass sie diesen Willen des Staates erkenne und mit Aufgebung alles eigenen Willens und eigenen Nutzens ihn vollziehe. Verlangt man etwas anderes, etwas vermeintlich Sittliches von ihm, was der Selbstsucht

des Staates nicht angemessen wäre, so verlangt man also vielmehr von ihm eine Unsittlichkeit, nämlich eine Treulosigkeit, einen Verrath an den ihm anvertrauten Interessen. Ein Liebesband der Wohlthätigkeit zwischen den Staaten ist somit schlechthin unmöglich und der Natur der Dinge widersprechend.

Diese moralische Person, die wir Staat nennen, ist aber zugleich eine souveräne Person. Sie ist selber nur ihr Zweck, d. h. der Wille dieser rechtlichen Ordnung mit Bezug auf alles ihr Untergebene; aber sie ist schlechthin ungebunden und unbeschränkt mit Bezug auf alles was ausser ihr vorhanden ist. Als Rechtsordnung dieses bestimmten Volkes muss der Staat vollkommen unabhängig sein von jedem ausser ihm vorhandenen Willen oder Gesetze; sonst wäre dem Volke die Möglichkeit verkümmert, sich nach den in seiner Eigenart liegenden Richtungen zu entwickeln und eine seinem inneren Wesen entsprechende Rechtsordnung zu bewahren, d. h. das Volk wäre unfrei. Das soll aber und darf nicht der Fall sein. Der Staat kann sich also niemals einer Rechtsordnung wie überhaupt keinem Willen ausser ihm unterwerfen.

Mithin ist der Zustand, der zwischen den Staaten obwaltet, ein vollkommen rechtloser. Um die Uebel dieses Zustandes zu beseitigen, ist es von jeher der Traum der Wohlmeinenden gewesen, es müsse sich auf irgend eine Weise doch eine Art wenigstens von Rechtszustand zwischen den Staaten herstellen lassen. Viele lassen sich dabei durch eine falsche Analogie verleiten, in welcher die Staaten und die einzelnen Personen miteinander verglichen werden. Auch die Einzelnen, so meint man, hätten früher das Fehderecht gegen einander geübt und sich im Verhältniss der Nothwehr zu einander befunden; dann aber sei eine öffentliche Gewalt über ihnen errichtet worden, die nun das Recht verwalte und auch genügende Macht habe, um den Rechtsspruch durchzusetzen, so dass nun jede gewaltsame Selbsthilfe verhindert oder gestraft werde. Warum also sollte dasselbe nicht bei den Staaten stattfinden können, die zwar auch bis jetzt noch in dem unvollkommenen Zustande eines nicht gesicherten Rechtszustandes existieren, aber doch unmög-

lich in diesem Zustande der Rechtlosigkeit mit seinen bitteren Folgen des Krieges und der heimlichen Ränke ihre wahre Bestimmung finden können? So, meint man, müsse es auch ein Recht und einen Gerichtshof für die Thätigkeit der Staaten geben und eine zwingende Gewalt gegen den Ungehorsamen, um die Ausführung des rechtlichen Urtheils zu sichern, oder es müsse wenigstens zu diesem Ziele hin eine Annäherung in's Unendliche stattfinden und die Menschen müssten handeln, als ob dieses Ziel erreichbar wäre.

Aber leider, so wohlmeinend diese Ansicht ist, so verkehrt ist sie, und so naheliegend jene Analogie, so oberflächlich ist sie auch. Die Analogie zwischen den Einzelnen und dem Staate ist vorhanden: sie sind nämlich beide Personen und wollende Wesen. Aber es ist auch ein Unterschied zwischen ihnen, und zwar kein zu übersehender, vielmehr grade in der hier vorliegenden Beziehung ein durchgreifender Unterschied. Der Einzelne nämlich ist schon von Natur und ohne allen seinen Willen und seine Wahl Unterthan einer rechtlich geordneten Gemeinschaft; der Staat aber kann niemals Unterthan sein, auch wenn er es wollte und möchte, ohne dass er sich vollkommen aufgäbe und aufhörte ein Staat zu sein. Eine Rechtsordnung mit zwingender Gewalt, der die Staaten unterworfen wären, wäre selber ein Staat, und die ihr unterworfenen Staaten wären nun vielmehr keine Staaten mehr, sondern Unterthanen. Statt der vielen Staaten hätten wir somit einen Universalstaat, und der kann doch und soll nicht sein. Mit ihm verschwände alle Freiheit von der Erde, und für das Menschengeschlecht bliebe nichts anderes übrig, als die gemeinsame Fäulniss und Verwesung in dem für alle gleichen Verderben.

Nun und nimmer kann sich also ein Staat einem Rechtsurtheil unterwerfen. Was er zu thun oder zu lassen hat, kann er allein wissen. Von einer Anforderung an Menschen und von einer Aufgabe für den sittlichen Willen kann hier gar nicht die Rede sein. Denn der Staat ist es, der hier zu handeln hat, und die Personen sind nur seine beauftragten Vertreter. Der Staat ist das schützende Gefäss für die Heiligthümer der Nation. Alle

seine Institutionen tragen das Gepräge der geistigen Eigenthümlichkeit des Volkes; von diesem Quell lebendiger Bewegung aus strömt ihm die Kraft aller Weiterbildung und alles Fortschritts zu. Das Heil des gesamten Volkes, das Heil der Menschheit liegt daran, dass diese Entwicklung selbstständig und ungehindert vor sich gehe. Wer da hineinreden wollte, wer die innerlich fortschreitende Rechtsbildung unterbrechen oder dem Staate eine dem Geiste des Volkes fremde Rechtsordnung aufladen möchte, müsste mit dem Aufgebote der letzten Kraft zu Boden geschlagen werden. Was dem Staate frommt und was er bedarf, um sich die natürlichen Bedingungen für solche Selbsterhaltung und innere Fortbildung zu sichern, kann kein fremder Verstand, das kann nur der Staat selber beurtheilen, und niemals könnte er sich dem fremden Urtheil unterwerfen. Kann er diese Bedingungen der Selbsterhaltung und inneren Freiheit nur auf Kosten des anderen Staates erlangen, so hilft kein weiteres Bedenken und keine Rücksicht; der Staat darf nicht untergehen und nicht sinken, und um das zu verhüten, muss das Aeusserste auch gegen jeden Fremden versucht und unternommen werden. So vollzieht sich die Entwicklung der Staaten und das Geschick der Menschheit in lebendiger Bewegung. Erlahmen müsste an der unwiderstehlichen Gewalt der hier wirkenden Kräfte der Arm, der ihnen durch künstliche Veranstaltungen Einhalt thun möchte.

Der Staat ist nicht als Unterthan geboren, er kann es deshalb auch niemals werden. Selbst die einzelnen Menschen, trügen sie nicht schon von Natur den Zwang in sich, in der Gemeinschaft zu leben und der rechtlichen Ordnung derselben unterworfen zu sein, könnten niemals zum Eintritt in eine solche Ordnung gezwungen oder aus freiem Antriebe bewogen werden, weil sie selber ja ebensowohl die Organe als die Objecte des Zwanges bilden müssten und die Möglichkeit der unabhängigen Existenz nicht nur das Streben, sondern auch die sittliche Verpflichtung, sich in derselben zu behaupten, mit sich bringt. Um so mehr ist es vollkommen widersinnig, von dem freigebornen Staate zu fordern, dass er sich dem Zwange füge, wo-

fern man ihm nicht zugleich die Mittel der Existenz, d. h. seine Macht, sich in staatlicher Unabhängigkeit zu erhalten, vorher schon entzogen hat.

Die innere Widersinnigkeit des Projectes prägt sich in der äusseren Unmöglichkeit aus, es zu realisieren. Thatsächlich — das wird man doch wohl zugeben müssen — sind die Staaten nicht grossmüthig, nicht mildthätig, nicht rücksichtsvoll und zartfühlend, sondern durch und durch eigennützig und trotzig und gar nicht im Stande, sich für fremdes Wohl, sondern immer nur für das eigene zu begeistern. Wo will man denn da nun einen Richter über Staaten herbekommen? Jeder Staat ist selbst Partei; denn es geht bei jedem um sein eigenes Wohl und Wehe, wenn über einen anderen Staat gerichtet wird. Wie kann das eine Rechtsordnung heissen, wo der Richter parteiisch ist? Jeder Privatmann aus jedem Volke nimmt Partei für sein Volk und seinen Staat und steht mindestens in dem wohlbegründeten Verdacht, dass er ein unparteiisches Urtheil zu fällen nicht im Stande sei. Wem kann man zumuthen, sich solchem Richterspruche zu unterwerfen? Und wie in aller Welt soll denn ein Rechtsbuch geschaffen werden, welches die Normen für die Action der Staaten festsetzen könnte, wenn jeder doch nur die Bestimmungen zulässt, die ihm vortheilhaft sind? Und wo soll eine zwingende Gewalt herkommen, um dem Rechtsspruche die Ausführung zu sichern, wenn doch ein Staat nur durch andere Staaten gezwungen werden kann, diese aber nur im Stande sind, ihrem Interesse zu dienen, und dem Rechtsspruche augenblicklich ihren schützenden Arm entziehen, sobald es ihrem Interesse widerspricht, dass er durchgeführt werde? Und wie liesse sich gegen einen Staat Zwang üben als durch den Krieg, den zu beseitigen doch gerade die Rechtsordnung über den Staaten eingerichtet werden sollte? Oder glaubt man, dass künftighin die Völker ihre Unabhängigkeit nicht mehr lieben werden, oder dass künftig auch ein kleiner Staat es nicht mehr wagen wird, im Bewusstsein, dass für ihn alles auf dem Spiele steht, Wohlfahrt und Dasein, Freiheit und Ehre, sich gegen eine Welt in Waffen und gegen den Bund vieler anderer Staaten so lange zu ver-

theidigen, als es irgend möglich ist? Nein, dieser Traum von einer Rechtsordnung über und zwischen den Staaten ist ein wüster und widersinniger Traum, aus der Feigheit und falschen Sentimentalität geboren und nur durch den Missbrauch der Worte und durch schwebende unklare Vorstellungen mit einem Schein von Realisierbarkeit und Vernünftigkeit umkleidet.

Wären die Verhältnisse zwischen den Staaten wirklich rechtlich geordnet, so würde die Folge sein, dass die vorhandenen Staatenbildungen in alle Ewigkeit conserviert werden müssten. Denn wer könnte ernstlich an friedlichen Austausch von Land und Land zwischen den Staaten denken? Oder wer kann sich vorstellen, dass irgend ein Paragraph irgend eines Rechtsbuches jemals darüber vernünftige Bestimmungen festsetzen könnte, dass dieser Staat unter diesen Umständen sich dieses Besitzes unwürdig gemacht und der andere diesen Besitz anzutreten hätte u. dergl. m.? Solche Fragen werden thatsächlich durch das Uebergewicht der Macht, eventuell durch den Ausgang des Krieges entschieden. Nähme man diesen Processgang, der doch kein rechtlicher ist, hinweg, so bliebe nur übrig, die Staaten in ihrem Besitz für ewig zu conservieren; dies Ideal des ewigen Friedens läuft also auf eins und dasselbe hinaus mit dem System der Legitimität, wonach der überkommene historische Bestand der absolut rechtliche ist und eine unverbrüchliche Schranke bildet für alles menschliche Streben nach Verbesserung. Das Legitimitätsprincip, wie es unter dem Einfluss ultramontaner Tendenzen sich gestaltet hat, trifft nicht bloss zufälligerweise vollkommen zusammen mit den revolutionären Träumen der Friedensfreunde. In der That, wie diese sich auch nennen mögen, Quäker und Calvinisten, Kosmopoliten und Ultrarevolutionäre, sie arbeiten im Dienste der Ultramontanen für deren Tendenzen und sogar für ihre Theorien. Aber leider, diese Legitimität setzt unter dem Schein des Rechts das äusserste Unrecht. Sind denn die vorhandenen Staatenbildungen so vollkommen, dass sie nicht angetastet werden dürften? Soll denn, während alles Menschliche im Flusse und ewiger Wandelung ist, gerade dies, der Zufall dieser Staatenbildungen, für ewig vor der Veränderung geschützt sein und der

Wille, der nach dem Besseren und dem Unentbehrlichen strebt, hier sich nicht bewähren dürfen? Die Lehre ist ganz consequent von der Voraussetzung aus, dass alles was besteht auch in dieser seiner endlichen und unvollkommenen Form durch den Willen Gottes besteht und göttliche Autorität hat, dass es somit den Willen sittlich bindet, und das Bestehende anzutasten eine Sünde, ein unsittlicher Frevel ist. Wer diesen Aberglauben nicht theilt, der muss auch auf diesem Gebiete die rastlose Weiterbildung fordern, und kann also einen Rechtszustand, der allem Fortschritte Halt gebieten müsste, nur als gegen das Heil der Menschheit gerichtet ansehen.

Wie das Streben, das gegenseitige Verhältniss der Staaten unter rechtliche Gesichtspunkte zu stellen, zum System der Legitimität führt, so ist auch die Lehre, dass die Staaten zu einander in sittlicher Verpflichtung stehen, nur aus dem Ultramontanismus, d. h. der consequenten Form der Theokratie, verständlich. Danach soll nämlich nicht bloss das Ideal festgehalten werden, dass das Geistliche, das Streben nach dem höchsten Gute, die grösste Macht im Gemüthe jedes einzelnen Menschen habe oder erlange, sondern es soll die Anstalt, welche dazu errichtet ist, dieses Streben unter den Menschen zu erhalten und anzufachen, weil sie unter allen irdischen Anstalten den höchsten Zweck hat, auch unter allen die höchste physische Macht haben und alle andern beherrschen. Der Unterschied dessen, was selbst positiv menschlicher Zweck und was nur Bedingung für diesen Zweck ist, wird grundsätzlich aufgehoben; die Methoden des Rechtssystems, welche nur zur Wahrung der Bedingungen der menschlichen Bestimmung geeignet sind, werden auch auf diejenigen Gebiete der Thätigkeit ausgedehnt, welche, weil sie ihrem Begriffe nach allein durch die freie Gewissensentschliessung zu gestalten sind, von ihnen frei bleiben sollten. Die Menschen werden auch auf dem sittlichen und religiösen Gebiete, wo es sich unmittelbar um das Verhältniss zu Gott handelt, als unmündige und unselbstständige Wesen durch äusseren Zwang geleitet, und das sittliche Verhalten besteht in einem äusseren Thun, in guten Werken, die von den Vertretern der

äusseren Institution, die allein den Zugang zum höchsten Gute eröffnen kann, gerathen oder befohlen werden. Von dieser Institution aus wird auch der Staat beherrscht, damit er das Reich Gottes in ihrem Sinne fördere. Wenn alle diese Voraussetzungen gelten, so kann allerdings der oberste Priester allein beurtheilen, was in jedem Falle dem Reiche Gottes dienlich ist, — es ist nämlich immer dasselbe, was ihm und der von ihm vertretenen Institution dienlich ist, — und was demnach der Staat, der dann wie jede andere Person an die göttlichen Gebote in priesterlicher Interpretation gebunden ist, auch in seinem Verhältnisse zu andern Staaten zu leisten hat. In demselben obersten Priester ist dann auch der Schiedsrichter von allgemein anerkannter Autorität gegeben, von dem bei ausgebrochenen Streitfragen die rechtliche und sittliche Lösung mit voller Kraft und Geltung aufgestellt werden kann. Dem ultramontanen Standpunkt gelten daher mit Recht die Zeiten des Mittelalters als ein Ideal, wo eine solche Unterwürfigkeit der Staaten unter das Gebot des Papstes zuweilen annähernd vorhanden war. Wer aber Beherrschung der Gewissen durch priesterliche Gewalt für etwas Verkehrtes hält; wer da will, dass der Staat als die äussere Rechtsordnung sich nach seinen eigenen inneren Principien entwickle; wer bei aller Ehrfurcht für das Geistliche und eben wegen dieser Ehrfurcht die sorgfältige Scheidung zwischen weltlichen und geistlichen Dingen, zwischen rechtlichen und sittlichen Verhältnissen, zwischen dem was der freien Entschliessung und dem was dem äusseren Gebote anheimzustellen ist, für das Vernünftiger hält: der muss auch wollen, dass die Action der Staaten von allen dem Begriffe des Staates fremdartigen Gesichtspunkten befreit bleibe, und dann wird man auch die aus solcher Selbstständigkeit des Staates etwa erwachsenden Uebel als die unvermeidliche Bedingung des Wachstums der Menschheit in rechtlicher und sittlicher Freiheit hinnehmen.

So liegen denn also die Dinge, dass zwischen den Staaten jede rechtliche und sittliche Verbindung unmöglich ist, dass nur bei der äussersten Verkennung des staatlichen Wesens und des-

sen was Freiheit und Menschenwürde fordert, an die Herstellung einer solchen Verbindung gedacht werden könnte, dass dieselbe aber durch die Natur der Dinge schlechthin ausgeschlossen wird. Denn dünkte man sich auch im Princip solche Verpflichtung des Staates aufgestellt und anerkannt, der Staat bliebe immer mächtig genug, um sich ihr in jedem Augenblicke zu entziehen, wo es ihm sein Interesse zu gebieten schiene. Gesetzt man nannte diese Handlung des Staates, sich einer übernommenen Verpflichtung zu entziehen, böse und sündhaft: wer wollte denn den Staat an einer solchen Handlung hindern oder wer ihn dafür strafen? Etwa die anderen Staaten, die das doch nicht könnten, weil sie dabei zum Kriege schreiten und ihre Existenz auf's Spiel setzen müssten, oder wenn sie es auch könnten, es vielleicht nicht wollten, weil sie den gleichen „bösen“ Willen haben oder dabei ihren eigenen Vortheil sehen? Man wäre also immer nur auf den guten Willen des Staates hingewiesen, der doch sehr problematisch ist und durchaus keinen sichern Verlass ermöglicht. Weit eher kann man sich jedenfalls auf seinen bösen Willen verlassen, und auf diesen muss man sich daher einrichten, um von ihm nicht geschädigt zu werden, wenn er doch, was immer möglich bleibt, sich an übernommene Verpflichtungen oder an die Gebote des Rechtes und der Pflicht nicht kehren wollte.

Dass der Grundsatz: eine moralische Person kann kein Unrecht thun, auch vom Staate gilt, ist jedermann von selber klar. Geradezu komisch ist es, dem Staate Verbrechen oder gar Sünden zuzuschreiben. Da halten sich nun die Leute, um ihren Unwillen auszudrücken, wenn durch feindselige Acte von Staat zu Staat ein Bruch der bestehenden Verhältnisse begangen worden ist, an die Bevölkerung des Staates oder an die Staatsmänner und Fürsten, welche die Action des Staates vertreten, und statt zu untersuchen, ob sie mit Geschicklichkeit und Verständniss das Interesse ihres Staates wahrgenommen haben, klagen sie über den verbrecherischen Willen dieser Menschen, welche Unfrieden und Verwirrung stiften, welche Rechtsbruch, Treulosigkeit und Betrug üben, bei denen Macht vor Recht geht,

oder die in frevelhaftem Uebermuth das Blut von Tausenden auf den Schlachtfeldern vergiessen. Man kann diesen populären Unwillen, der sich nur naiv an die Person statt an die Sache hält, wohl verzeihen, wenn er sich gegen das Volk oder den Staatsmann des feindlichen Staates wendet; denn da ist er nur die vorstellungsmässige Form für den Hass gegen den feindseligen Staat und sein Interesse. Aber ein sicheres Zeichen der Verderbniss ist es, wenn man auch für die vom Staatsmann des eigenen Volkes vertretene Thätigkeit des Staates, sofern sie wirklich sich mit dem Interesse des Staates deckt, die zufällige Person des Staatsmannes mit ihren Launen und Stimmungen oder eigen-nützigen Bestrebungen verantwortlich macht, statt die innere Nothwendigkeit seines Handelns einzusehen; denn diese Nothwendigkeit soll im Wesentlichen mit instinctiver Sicherheit von jedem Bürger dieses Staates eingesehen werden.

Das also ist das wirkliche Verhältniss der Staaten zu einander, dass jeder von jedem andern sich der Zufügung der gröss-ten Uebel versehen muss, nicht bloss weil ein böser oder verbre-cherischer Wille Einzelner immer möglich ist und es kein Organ des Gerichts oder der Strafe giebt, sondern weil man sicher sein kann, dass das Interesse des fremden Staates endlich doch ein-mal dem eigenen Interesse feindlich werden und diese Feindse-ligkeit in dem Thun eines Staatsmanns seinen Ausdruck finden wird rein wegen der Natur der Dinge, und weil Staaten zwar Personen sind, aber weder ein rechtliches noch ein sittliches Band ihres Willens anerkennen können. Damit ist allerdings ein Verhältniss gegeben, das ganz andrer Art ist als es sich in der gewöhnlichen Vorstellung abspiegelt. Nur lächerlich kann demjenigen, der die Wirklichkeit der Dinge im Auge behält, dieser Traum erscheinen von einem Zustande, wo die Staaten auf Erden ein Liebesband umfängt, wo zwischen den Völkern eine herzliche Eintracht und brüderliche Zuneigung herrscht, wo jeder sich lieber etwas abzieht und versagt, als dass er dem lie-ben Nachbarn eine Unannehmlichkeit oder einen Verdruss berei-tete, und wo ein gehässiger Störenfried, der diese liebliche Har-monie zu durchbrechen unternähme, durch die blosse Drohung

der anderen, die tugendhaft und rechtlich gesinnt fein brüderlich zusammenhalten, und durch die Scham, ein so schönes Verhältniss stören zu wollen und so hartem Urtheil sich auszusetzen, gleich bekehrt und von seinen bösen Absichten zurückgebracht werden würde, um versöhnt von den lieben Brüdern wieder in die verzeihenden Arme geschlossen zu werden. So hübsch still und bürgerlich geht es unter den Staaten nicht zu. Von den äusseren Verhältnissen der Staaten gilt erst recht das Wort des Cosmus von Medicis: Staaten regiert man nicht mit Paternosterbeten. Jener weichliche und üppige Traum einer verzärtelten Phantasie wird nie wirklich werden. Sondern so wenig der Wolf und das Lamm, der Tiger und das Rind jemals in dieser irdischen Wirklichkeit friedlich zusammen weiden werden, so wenig wird jemals zwischen den Staaten brüderliche Eintracht und herzinnige Liebe herrschen. Jeder Staat ist vielmehr jedem andern von Natur als Gegner an die Seite gesetzt; und der Sinn davon ist klar genug: jeder stachelt und spornt den anderen durch sein blosses Dasein zu den grössten Anstrengungen, sich ihm gegenüber zu behaupten, und damit in aller Weise vollkommener zu werden und seine Bürger besser zu machen.

3. Zwischen verschiedenen Staaten herrscht von Natur der Streit.

Der Staat ist nach aussen ein ungebändigter, ungezügelter Wille der Selbstsucht. Da es für ihn keine sittliche Pflicht, keine Rechtsordnung giebt, der er zu gehorchen hätte, so dient er nur seinem Nutzen, und weil jeder Staat das thut, so gerathen die Staaten nothwendig in einen unablässigen und auch nach scheinbarer Unterbrechung doch immer sich erneuernden Conflict.

Denn der Staat hat zunächst die Interessen seiner Angehörigen zu schützen, welche zum Theil auch die seinigen sind; zugleich aber hat er für sich seine eigenen Interessen, die ihm gebieten, das für sein Bestehen Nützliche zu holen wo er es findet. Das von einem Volke bewohnte Territorium, über welches sich die Macht eines Staates zunächst erstreckt, ist doch keine absolute Schranke für die Staatsthätigkeit. Wie jede Ab-

theilung der Menschheit in normaler Entwicklung dahin strebt, ihr Arbeitsgebiet so weit wie möglich auszudehnen und die natürlichen Stoffe, welche durch die umformende Arbeit in für menschliche Zwecke brauchbare Dinge umzuwandeln sind, auf dem ganzen Erdkreise zu suchen: so ist es zugleich auch des Staates Streben, seine Unterthanen in solcher Ausdehnung ihres Arbeitsgebietes zu schützen, andererseits aber für sich die Ausdehnung seiner Macht über solches Territorium zu gewinnen, welches durch die dasselbe auszeichnenden Naturgaben irgend einem Mangel des heimischen Gebietes abzuhelpen im Stande ist. Die äussersten Entfernungen auf unserem Planeten aber sind noch relativ benachbart, und auch solche Staaten, die in keinem Punkte an einander grenzten, könnten sich doch an irgend einem Punkte der Erdoberfläche so begegnen, dass ihre Interessen mit einander stritten und einer dem andern weichen oder beide sich mit einander vertragen müssten. Ueberall demnach, wo Güter auf Erden vorhanden sind, die zweien Staaten zugänglich sind, können sie zusammenstossen und werden sie um so sicherer zusammenstossen, als der Fortschritt der menschlichen Bildung eine immer weiter greifende Aneignung und Umformung von in der Natur bereitliegenden Stoffen zur Folge hat.

Indessen, dieser Streit um die äusseren Güter ist es nicht allein, was die Staaten gegen einander treibt; vielmehr weit ursprünglicher und in seinen Wirkungen weit furchtbarer ist der Streit um die Herrschaft, und dieser ist es auch eigentlich, der den Streit um die Güter verschärft und verbittert bis zu einem Streit um das Dasein. Der Streit um die Herrschaft entbrennt überall da, wo Menschen, die sich in ihrem Bewusstsein als verschiedenartig empfinden, aufeinanderstossen. Denn Menschen können gegen einander nicht gleichgültig sein. Bewusstsein misst sich an Bewusstsein und deshalb Volk an Volk und Staat an Staat. Der Streit um die Herrschaft wird innerhalb des Staates in die Bahn des Rechts gelenkt und vom Rechte beherrscht und geleitet. Innerhalb des Staates sind auch die Gegensätze des Bewusstseins weniger stark und von der Gemeinschaft des Volks- und Staatsbewusstseins überwogen. In aller Stärke da-

gegen walten sie zwischen den Völkern verschiedener Staaten und in Folge dessen auch zwischen den Staaten selber. Es ist eine rein natürliche Erscheinung; sie tritt am stärksten in den Urzeiten des menschlichen Geschlechtes auf, sie wird gemildert mit dem Fortschritte der Bildung; aber sie hört niemals auf und bildet eine der Bedingungen für das sittliche Leben der Völker. Erst durch den geführten Beweis, dass der andere an Werth und Kraft geringer ist, kommt von Natur jeder zum Genusse seiner selbst. Was der Staat und das Volk thut und leidet, das empfindet der Einzelne, als habe er es gethan und gelitten; denn das gemeinsame Bewusstsein, das die Menschen im Staate einigt, ist ein hinreichend starkes Band, um die Vielen zu einer Art von gemeinsamer Persönlichkeit zusammenzuschliessen. Völker empfinden wie ein einzelner Mensch, und wie bei den einzelnen nimmt das Bewusstsein, durch ausschliessende und unterscheidende Qualitäten von dem anderen gründlich getrennt, etwas wesentlich anderes zu sein als er, die Form der Geringschätzung, der Abneigung, und kommt ein Streit der Interessen hinzu, des Hasses gegen denselben an. Denn jeder Unterschied der Qualität wird als ein Unterschied des Werthes empfunden. Jeder hält sich für den Besseren, oder er müsste sich verachten. Wenn nun der andere mit gleich stolzem Selbstbewusstsein sich ihm gegenüber behaupten möchte, so wird der Gegensatz des Bewusstseins zu einem Conflict des Willens. Erst indem der eine sich zum Herrn des andern, diesen zu seinem Knechte macht, hat er die Ueberlegenheit seines Wesens thatsächlich erwiesen, und dieser Beweis ist durch den Kampf mit den Mitteln physischer Kraft und mit dem Muthe zu führen, der sich nicht scheut, alle Güter des Lebens und das Leben selber einzusetzen, um sich in der Freiheit seines Selbstbewusstseins zu behaupten. Die Erscheinung ist in der Natur der Menschen gegründet und deshalb unaustilgbar; aller vernünftiger Fortschritt in menschlicher Bildung muss dies Gesetz anerkennen und stehen lassen; aber seine Wirkungsweise lässt sich allerdings einschränken oder modificieren. Wo innerlich differente Völker sind, da ist auch Abneigung zwischen diesen Völkern,

ganz abgesehen selbst von der Gefahr, die jedem von dem andern droht, und der daraus entspringenden wechselseitigen Furcht. Alle Befreundung der Einzelnen in zwei solchen Völkern durch immer zunehmenden friedlichen Verkehr kann daran nichts ändern. Dass ein Volk dem andern abgeneigt ist, dass diese Abneigung im Widerstreit der Interessen zum erbitterten, tödtlichen Hass wird, diese repulsive Kraft des Bewusstseins des eignen Werthes und des eignen Wesens gehört unabtrennbar zur Gesundheit des Volkslebens. Ein Volk, welches das Fremde nicht hassen kann, ist ein erbärmliches Volk, unwerth der Selbstständigkeit und nur bestimmt, geplündert und beraubt zu werden. Es ist ein widerliches Schauspiel, dass ein Volk, welches verhöhnt und misshandelt worden ist, „Busse thue“ und sich schäme, statt mit Einsetzung seiner Existenz entweder den Schädiger zu Boden zu schlagen oder mit Ehren zu unterliegen.

Diesen Hass der Völker auch seinerseits mitzuempfinden, dazu ist nun freilich der Staat ausser Stande. Denn der Staat ist ein durchaus herzloses Wesen. Aber um so rücksichtsloser ist sein Eigennutz, seine Selbstsucht. Die Aufgabe des Staates ist, die diesem Volke angemessene Rechtsordnung und damit die Bedingungen für die gesammte eigenthümliche Culturentwicklung des Volkes zu sichern. Dazu benutzt er jedes Mittel, welches zum Ziele führt. Der Hass der Völker wird für ihn ein solches Mittel zur Sicherung der Heiligthümer des Vaterlandes. Wo ein wirklicher Staat vorhanden ist, der seine Zwecke besonnen verfolgt, ohne von den wechselnden Stimmungen und Leidenschaften der Menschen abhängig zu sein, da wird nur der Streit der Interessen zum wirklichen Conflict führen; aber der Streit um die Herrschaft mit den Leidenschaften, die er erregt, wird in solchem Conflict der Staaten die Gemüther der Menschen erfüllen und in den Händen des Staates die furchtbarste aller Waffen sein, um seiner Macht in Angriff und Abwehr den möglichst grossen Nachdruck zu verleihen und die Triebe der Menschen für die Zwecke des Staates dienstbar zu machen.

Dieser Streit der Interessen aber wird immer da sein, und mit ihm der unausgesetzte Conflict. Denn was ist doch irgend

auf Erden werthvoll, was der Staat nicht in seinem Interesse verwenden könnte, wonach er also nicht Begierde trüge! Was irgend eine Förderung verheisst, danach trachtet er und mit ihm auch der andere Staat, und so ist der Widerstreit auf jedem Punkte im Entbrennen. Recht und Sittlichkeit bindet den Willen des Staates nicht. Nur eines ist es, was den Staat in solchem Trachten hindert, nämlich die Furcht vor fremder Macht. Nur dem Schwachen gegenüber ist ein Staat dreist und erlaubt sich was ihm gefällt; dem Starken gegenüber zwingt ihn Sorge und Furcht sich zurückzuhalten; denn der entbrannte Kampf wäre von ungewissem Ausgang, und unzweifelhaft nur die Gefahr für Gedeihen und Dasein. Darum sind alle Verhältnisse der Staaten auf die Spitze des Schwertes gestellt; nur die Macht entscheidet, nur der Starke kann bestehen, und der Schwache ist schon um der blossen Schwäche willen zum Untergange bestimmt.

Um die gegenseitige Lage der Staaten recht zu verstehen, muss man die Consequenzen daraus vollständig zu ziehen wissen, dass Staaten über sich keinen geordneten Rechtszustand haben, dass sie also in dem sogenannten Naturzustand einander gegenüber stehen. Denken wir uns zunächst, über den Staaten fehlte es nicht an einem anerkannten Rechtsgesetze: so würde doch jedenfalls die garantierende Macht fehlen. Jeder müsste also in jedem Augenblicke bereit sein, alles was zu den unentbehrlichen Voraussetzungen seiner Existenz und seines Gedeihens gehört, selber zu schützen. Denn auf den rechtswidrigen Willen des Nachbarn muss man immer gefasst sein. Der andere hat aber eben so wenig Garantie gegen mich, als er mir bietet, und muss sich ebenso zu mir verhalten, wie ich zu ihm. Wächst des andern Macht, so wächst auch die Versuchung mir zu schaden und die Schwierigkeit für mich ihm zu widerstehen. Der Gefahr muss man vorsichtig begegnen. Man muss also die eigne Macht auf jede Weise zu vergrössern, die fremde auf jede Weise zu verkleinern suchen. Alle Pflicht der Liebe hat ihre Schranken an der Pflicht der Selbsterhaltung. Mithin kann von sittlichem Handeln, von Wohlwollen, Gerechtigkeit nur die

Rede sein, wo ein garantierter Rechtszustand vorhanden ist. Der Zustand der Nothwehr schliesst jede Rücksicht aus und ist ein Krieg aller gegen alle, wenn nicht der Krieg offener Gewaltthätigkeit, der latente Krieg der List und Vorsicht. Ein Recht ohne Garantien ist gar kein Recht. Also schon wegen des Mangels einer garantierenden Macht sind die Staaten im Zustande des unausgesetzten Krieges gegeneinander.

Freilich nimmt mit der Cultur auch die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen den Staaten zu. Aber leider wächst mit den Fortschritten eines Volkes auf materiellem und geistigem Gebiete auch die physische Kraft des Staates, die Macht und die Versuchung dem andern zu schaden, die Ansprüche auf Geltung und Uebergewicht; mithin kann der Wettstreit der fortschreitenden Culturarbeit zwischen den verschiedenen Staaten auch bei noch so hoch gesteigerter Gemeinsamkeit der Interessen nicht dauernd ein friedlicher sein. Der Conflict wird also immer wieder von Neuem ausbrechen.

4. Der Staat ordnet sein Verhältniss zu anderen Staaten aus Bedürfniss des Friedens.

Wenn man, weil die Staaten keine Rechtsordnung in strengem Sinne für sich anerkennen können, die Vorstellung festhielte, die Staaten hätten von je in einem vollkommen ungeordneten Zustande brutaler Wildheit gegen einander gestanden, so wäre man in grossem Irrthum. Der Staat ist intelligenter, zweckmässig sich bestimmender Wille, und für die mangelnde Rechtsordnung schafft er sich aus kluger Selbstsucht einen Ersatz, der wenigstens das Nothdürftigste zu leisten vermag.

Die unausgesetzte Möglichkeit des Conflictes und der Zustand des beständigen Bedrohtseins, noch mehr aber die von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Ausbrüche thatsächlicher Feindseligkeit sind ganz so wie für die einzelnen Menschen auch für die Staaten ein wesentliches Hinderniss ihren Zweck zu erreichen. Denn offenbar muss erstens ein grosser Theil aller Kräfte des Staates dazu verbraucht werden, um in jedem Augenblick bereit zu sein, seine Interessen dem Willen des anderen Staates

gegenüber mit Gewalt durchzusetzen, vor fremder Gewalt sich zu schützen und durch die vorhandene Macht den andern von dem gewaltsamen Angriff zurückzuschrecken; alle diesem Zwecke dienenden Kräfte werden aber den andern Zwecken des Staates entzogen. Zweitens aber, jeder gewaltsame Conflict zerstört der Menschenleben und der Güter so viele, dass selbst in dem günstigen Falle eines glücklichen Erfolges der Verlust leicht den Gewinn für die Sicherheit und das Gedeihen des Staates überwiegt. Es liegt also im Interesse des Staates, dass er Frieden habe.

Um Frieden zu haben, muss sich aber der Staat bescheiden; er darf dann nicht alles verlangen, was ihm nützlich sein könnte, am wenigsten das, was schon im Besitze eines andern Staates ist oder was er nur gegen den Willen eines anderen Staates erringen könnte. Hat der Staat das Bedürfniss des Friedens und kann er den Frieden nicht auf andere Weise bewahren, so muss er den andern in seinem Besitze und seinem Bestande achten, so lange dieser den seinigen achtet. Es ergiebt sich daraus ein Zustand der Ruhe zwischen Staaten, der zunächst nur auf einer äusseren thatsächlichen gegenseitigen Anerkennung beruht, ohne dass man sich formell gegen einander verpflichtet hätte, und diese Anerkennung besagt zunächst weiter nichts, als dass man den andern für mächtig genug hält, um ihn fürchten zu müssen, und darum es vermeidet, mit ihm in Conflict zu gerathen.

Dieser Zustand der Ruhe tritt ein, sobald die rivalisierenden Staaten die zu ihrem Bestande und zu der Erreichung ihrer Zwecke unumgänglich nöthigen Bedingungen erreicht haben, ein genügendes Territorium, um der Bevölkerung des Staates die Mittel des Unterhaltes und das Material für fortschreitende Arbeit zu gewähren, und zugleich um durch natürlich geschützte Grenzen den Angriff des Gegners leicht abwehren zu können, eine genügende Menschenzahl, um für die unentbehrlichen Arten der Arbeit hinreichende Arme und Kräfte zu besitzen, und denjenigen Grad von Reichthum, der die innere Fortentwicklung des Volkes zu höherer Cultur ermöglicht. Aber selbst

wenn an diesen Bedingungen das eine oder andere mehr oder minder wesentliche Stück mangelt, so würde die Ruhe fort-dauern, so lange als der andere Staat bereit ist, in friedlichem Verkehr das Entbehrte zu liefern, und je umfassender und reichhaltiger dieser friedliche Austausch der Güter bei zunehmender Bildung vor sich geht, eine desto grössere Gewähr für die Dauer des friedlichen Zustandes wird vorhanden sein. Aber freilich giebt es für diesen Zustand keine vollkommene Sicherheit. Denn in jedem Augenblicke kann der Streit der Interessen wiederbe-ginnen, der so lange geschlummert hat, sobald nämlich vermöge der geschichtlichen Entwicklung in einem Staate neue unabweisbare Bedürfnisse aufgetaucht sind, die der eine Staat nur auf Kosten des anderen befriedigen kann. Es kann z. B. ein wesentlich ackerbauendes Volk dahin gelangen, dass ihm für die Fülle seiner Producte der Zugang zum Meere nothwendig wird, und diesen Zugang müsste es sich etwa mit Waffengewalt erkämpfen. Oder die Handelsmacht des einen Volkes wird dem anderen so gefährlich, dass es ihm seine Märkte zu verschliessen gezwun-gen ist, u. dergl. mehr. Dies alles in ganz normaler und untadelhafter Entwicklung, wo der Eigennutz des einen Staates dem des anderen widerspricht. Denn von den Fällen der tadelnswerthen Rohheit und Ausartung der Menschen, die nicht den Staatszweck vollziehen, sondern ihrer gemeinen Leiden-schaft oder einem falschen Fanatismus dienen, sehen wir ganz ab, weil das nicht der Natur der Sache angehört, sondern zwar das häufig Vorkommende, in der That aber das Zufällige und Unbestimmbare ist. Dahin gehören die Kriege der Staaten, wel-che aus blosser Raublust oder Eitelkeit oder sonst aus Gründen entspringen, die mit dem Eigennutz des Staates nichts zu schaf-fen haben, z. B. aus dem Streben, den eigenen religiösen Glau-ben auszubreiten oder die eigene Verfassungsform andern Völ-kern aufzuzwingen. Wenn auch in geschichtlicher Wirklichkeit die Kriege zwischen den Staaten sehr oft aus solchen verkehrten Gründen entsprungen sind, so wird man von der fortschreiten-den Gesittung mit Sicherheit erwarten können, dass solche un-staatliche Motive mit der zunehmenden Ausbildung der rein

staatlichen Formen und Thätigkeiten wegfallen und Conflict der Völker aus solchen Motiven nicht mehr entspringen werden. Aber es bleiben gleichwohl rein staatliche Motive für den Conflict der Staaten in genügender Anzahl und Häufigkeit übrig, um es begreiflich zu machen, dass der oben geschilderte Zustand der Ruhe und gegenseitigen thatsächlichen Anerkennung ein stets bedrohter und häufig aufgehobener ist, und dass, wenn der Staat das Bedürfniss des gesicherten Friedens hat, es anderer und dauerhafterer Garantien bedarf, um ihn desselbigen theilhaftig werden zu lassen.

Die Forderung also, dass zwischen den Staaten Verhältnisse geschaffen werden, welche die Gewähr eines dauernden Friedenszustandes geben, so weit als dies irgend möglich ist, ist gewiss unabweisbar; aber sie wird gewöhnlich falsch begründet. Sie geht keinesweges hervor aus der wesentlichen Einheit des menschlichen Geschlechtes, die über alle volksthümlichen und staatlichen Unterschiede hinübergreife. Denn diese Einheit ist wohl anzuerkennen; aber sie ist eine transscendente Idee. Für die reine Sittlichkeit freilich ist sie vorhanden und durch das christliche Princip der allgemeinen Gotteskindschaft zur Ueberzeugung des besten Theiles der Menschheit geworden. Aber sie ist auch nur ein Gesichtspunkt des sittlichen Lebens, und für die gegenseitigen Verhältnisse der Staaten eben deshalb nicht vorhanden, weil für Staaten die Gesichtspunkte der Sittlichkeit unmöglich sind. Vielmehr, was Veranstaltungen zur Gewähr des dauernden Friedens nöthig und möglich macht, ist allein das Staatsinteresse, welches sich auch dringend genug ausspricht, um weitere Motive überflüssig erscheinen zu lassen.

Solche Veranstaltungen hat denn auch die Natur der Dinge von je her in's Leben gerufen, und sie finden sich überall da, wo es irgend staatliche Vereinigungen von einiger Ausbildung giebt. Und genau so, wie die inneren Verhältnisse der Staaten in der fortschreitenden Entwicklung der Menschen immer vollkommener werden und dem Begriffe der Staatsthätigkeit immer mehr entsprechen, bilden sich auch diejenigen Institutionen weiter, die für das friedliche Zusammenleben der Völker geschaffen

sind. Es ist durchaus nicht wahr, dass diese Institutionen jemals nicht bestanden hätten oder dass irgend wann oder wo, etwa in neuerer Zeit und im christlichen Europa, auf diesem Gebiete etwas vollkommen Neues geschaffen worden wäre, was nicht vielmehr als eine blosse Fortbildung des geschichtlich aus den ältesten Zeiten her Ueberlieferten aufzufassen wäre. Im Gegentheil; wenn man der neueren Zeit seit der Reformation die ersten systematisch ausgebildeten Theorien über die internationalen Verhältnisse verdankt, so sind doch diese auch mit-schuldig an der Ueberspannung der rechtlichen Gesichtspunkte, die durch ihren widerstaatlichen und widergeschichtlichen Charakter das öffentliche Leben mit Verkümmern und Verderbniss bedrohen, und neben manchen an die realen und überlieferten Verhältnisse anknüpfenden gesunden Bestrebungen, die nicht ohne Erfolge geblieben sind, machen sich die unvernünftigsten Ansprüche geltend, die allen Fortschritt des Staatslebens in Frage stellen. Man muss nicht alles, was die zunehmende Humanität und Gesittung der Privaten auch für mehrere Staaten gemeinsam und von Staat zu Staat geleistet hat, für Fortschritte des internationalen Lebens ansehen, sondern dafür kommt eigentlich nur in Betracht, was sich in der Führung der politischen Geschäfte verändert oder verbessert hat. Dessen aber ist in der That zwar nicht wenig, jedoch bei weitem nicht so viel, dass man die neueren Zeiten so sehr rühmen dürfte, als hätten sie hier gewissermassen von vorne angefangen.

Soll es besser werden, so muss Klarheit herrschen, und man muss genau wissen, um was es sich handelt. So Viele meinen wirklich etwas Neues und Werthvolles zu sagen, was die menschlichen Verhältnisse zu fördern vermöchte, und wärmen doch nur die alte Seichtigkeit des Kosmopolitismus wieder auf, wie er sich im Alterthum in den unwissenschaftlichen Phrasen der Stoiker und bei den Neuen zuerst in der tendenziösen Dogmatik der Jesuiten findet. So viele dünken sich höchst edel und vornehm, wenn sie vom Menschheitsstaate, von der unverbrüchlichen Heiligkeit des Rechtes reden und die Kategorien des Rechts und der Sittlichkeit auf Gebiete anwenden, wo

sie schlechterdings widersinnig werden. Es ist durchaus nothwendig, solchen Irrthümern, die eben nicht bloss theoretische Denkfehler bleiben, sondern weil sie so ausserordentlich scheinbar und anmuthend sind für die Instincte der gemeinen Menschennatur, den leichtesten Eingang finden und nach einem praktischen Einfluss auf die Gestaltung der äusseren Lebensverhältnisse der Völker streben, die Köpfe verwirren und das Geordnete zerrütten, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Allerdings ist es leichter und bequemer, der herrschenden Vorstellungsweise sich anzuschliessen und das dem Unüberlegten Wohlklingende, der Eigenliebe Schmeichelnde, wohl auch einem falschen Idealismus Zusagende auf Kosten einer nüchternen Auffassung der Wirklichkeit herauszustreichen. Aber man soll, auch auf die Gefahr hin überall anzustossen, der herrschenden Lieblingsmeinung ohne Scheu widersprechen, wo es der Sache frommen kann und die Wahrheit es gebietet.

Zwischen den Staaten muss nothwendig so viel als möglich Friede sein; der Conflict thatsächlicher Gewalt muss die Ausnahme sein, und jener fortwährende Zustand des latenten Krieges, in welchem jeder den anderen nach Kräften schädigt, muss sich thatsächlich dahin umwandeln, dass die Staaten, um mit und nebeneinander zu bestehen und zu gedeihen, sich auch wieder gegenseitig fördern. Liefte die nicht zu beseitigende fortwährende Möglichkeit des Krieges in einen fortwährenden wirklichen Krieg aus, so müsste das Menschengeschlecht zu Grunde gehen, und der Staat mit seiner wilden und unbändigen Natur wäre nicht die Bedingung für das Gelingen, sondern das Mittel zur Vereitelung aller menschlichen Zwecke. In eben jener Natur des Staates, die den Kriegszustand erzeugt, muss deshalb auch das Heilmittel liegen, und hat es von je gelegen. Es ist von keiner neuen Erfindung die Rede, die etwa Philosophen oder weise Leute gemacht haben: sondern durch die Natur der Sache ist von je an der Krieg die Ausnahme, der Friede die Regel gewesen, genau wie es heute ist und wie es immer sein wird. Die Anstalten, die zu diesem Resultate führen, dass der Friede immer einige Zeit lang mit leidlicher Sicherheit gewahrt

bleibt, bis eine äusserste Nothwendigkeit den souveränen Staaten das Schwert in die Hand drückt, können nicht rechtlichen oder sittlichen Charakter tragen, sondern nur aus dem Egoismus der Staaten ihre Kraft und Wirksamkeit schöpfen. Welcher Art die so begründeten Veranstaltungen sind, wollen wir im Folgenden näher untersuchen.

5. Die für ihren gegenseitigen Verkehr von den Staaten anerkannten und innegehaltenen Vorschriften sind der Ausdruck für die Gemeinsamkeit der Interessen und tragen den Charakter des klugen Egoismus.

Alle Feindschaft der Staaten geht aus dem Widerstreit der Interessen hervor; alle vorübergehende oder dauernde Befreundung kann im Mangel der rechtlichen und sittlichen Gemeinschaft gleichfalls nur aus der Gemeinschaft der Interessen entspringen. Die Gemeinschaft der Interessen aber ist in beständigem Zunehmen, je mehr die Menschen und mit ihnen die Staaten aus dem Naturzustande heraustreten. Jedes Element der Bildung begründet eine Gemeinsamkeit zwischen den Menschen der verschiedensten Staaten, sowohl die höhere geistige Cultur, als die äussere materielle Civilisation. Besonders ist es die in ungeheurem Maassstab zunehmende Bewältigung der Natur durch die Arbeit und die Ausdehnung des Güteraustauschs, welche nicht bloss die Einzelnen aus den verschiedenen Staaten, sondern auch die Staaten selber in die lebhafteste Berührung bringt. Die alte Eifersucht schwindet mehr und mehr, seit man einsieht, dass was der eine Staat oder seine Bürger auf diesem Gebiete gewonnen haben zugleich ein Gewinn für alle Staaten und alle Menschen zu werden vermag. Den rechten Vortheil von dem, was andere Völker und Staaten Gutes für sich errungen haben, kann man aber nur ziehen, indem man in möglichst vielseitigen friedlichen Verkehr mit allen tritt.

Friede herrscht unter den Staaten nur in zwei Fällen: entweder wenn überhaupt kein Grund des Streites in irgend einem Conflict gegeben ist, oder wenn das Mittel vorhanden ist, den

entstandenen Conflict gütlich auszutragen. Dass das Erstere jemals der Fall sein werde, ist nicht wahrscheinlich. Haben also die Staaten das Bedürfniss des Friedens, so müssen sie auf Wege sinnen, um falls der zweite Fall eintritt, die drohenden Streitigkeiten gütlich zu schlichten. Der Staat ist im höchsten Maasse ein intelligentes Wesen und wählt seine Mittel für seine Zwecke auf das klügste. Darum trifft er die geschicktesten Anstalten, um seinen Zwecken zu genügen. Das Friedensbedürfniss ist das erste und wichtigste gemeinsame Interesse der Staaten. Damit dieses gewahrt werde, muss der Staat erstens gewillt sein, unter gewissen Bedingungen auf seinen nächsten Vorthail zu verzichten, wenn er dabei seitens des anderen Staates auf Gegenseitigkeit rechnen kann; er muss eben deshalb sich gewissen Formen fügen, unter denen die betreffende Verabredung mit dem letzteren stattfinden kann; er muss ferner mitten im gewaltsamen Streite diejenigen Bedingungen erfüllen, die die Wiedererrichtung des Friedens überhaupt möglich machen; es muss endlich auf die Innehaltung der von beiden Staaten anerkannten Bedingungen mit Sicherheit gerechnet werden können. Alles dies ergiebt ein System von Bestimmungen, welches von einer der Rechtsordnung sehr nahe verwandten Art ist und deshalb auch wohl im Gegensatze zu dem innerhalb des Staates geltenden Rechte das Völkerrecht, internationales Recht, Staatenrecht genannt wird. Aber alles kommt darauf an, dass man über der Aehnlichkeit die Unterschiede nicht vergesse, um die beiden Erscheinungen nicht miteinander zu verwechseln und auf dieses Völkerrecht Attribute des eigentlichen Rechts zu übertragen, die ihm der Natur der Sache nach ewig fremd bleiben müssen. Denn daraus ergäbe sich nicht nur ein schlimmer theoretischer Irrthum; sondern wir sehen auch alle Tage, wie durch solche Verwirrung verschiedener Begriffe in der einen unklaren Vorstellung des Rechtes die nachtheiligsten Folgen für die praktische Behandlung der staatlichen Verhältnisse entstehen und die Gesinnungen der Menschen verfälscht werden.

Wollen Staaten im Frieden mit einander leben, so müssen sie sich gegenseitig über gewisse Schranken verständigen, in-

nerhalb deren ihre Willensäusserungen sich bewegen sollen. Es muss zwischen ihnen ein Austausch der Meinungen stattfinden, damit jeder wisse, was er von dem andern unter gewissen Bedingungen zu erwarten hat, und danach seine Entschliessungen fassen kann. Solche Verständigung ist nur möglich, wenn nicht alles was ein Staat erstrebt für ihn von gleicher Erheblichkeit oder Unentbehrlichkeit ist. Es giebt aber in der That dringendere und weniger dringende Interessen des Staates, solche welche die Wurzeln seiner Existenz, seine ganze Selbsterhaltung betreffen, und solche welche sich nur auf seine Aussenwerke gleichsam beziehen, sein Wesen und seine Substanz aber unberührt lassen. Die ersteren zu befriedigen, kann der Staat nun und nimmer unterlassen, und um seine Existenz zu behaupten, muss er nöthigenfalls seine gesamnte Existenz einsetzen. Darüber gilt kein Pactieren und kein Vermitteln. Aber auf einen Vortheil kann er verzichten, ob dieser Vortheil nun mehr oder minder bedeutend sei. Und zwar kann er über die Aufgebung eines solchen Vorthells, der nur mehr zur Förderung und Erleichterung seiner Existenz und seiner Zwecke dient, sich verständigen, falls ihm eine entsprechende Gegenleistung dafür geliefert wird. Zum friedlichen Zusammenbestehen der Staaten gehört also, dass kein Staat den anderen in den Wurzeln seiner Existenz bedrohe, so lange es sich mit den Nothwendigkeiten der eignen Selbsterhaltung verträgt; es gehört ferner dazu diejenige Nachgiebigkeit auch in kleineren Dingen, welche dem anderen einen Vortheil nicht beneidet, wenn man dadurch, ohne in irgend einem wesentlichen Interesse geschädigt zu werden, den Vortheil des dauernden Friedens erlangen kann. Da nun der Staat zwar durchaus eigennützig, aber in diesem Eigennutze klug ist, so wird das bezeichnete Verfahren durchaus in seiner Natur liegen; er begehrt nicht blind zutappend nur seinen nächsten Vortheil, sondern er versteht, den augenblicklichen Vortheil gegen die dauernde Gefährdung abzuwägen und sich vorsichtig zu bescheiden. Dadurch wird ein friedliches Verhältniss möglich, sobald nur die eine wichtigste Bedingung hinzukommt, dass der eine Staat dem anderen vertrauen darf,

sobald also man gewiss sein darf, dass dieser Staat die übernommene Verpflichtung erfüllen, die von ihm anerkannte Schranke innehalten wird. Die Vertrauenswürdigkeit wird erlangt durch Ehrlichkeit. Da nun Vertrauen zu erwecken im Interesse des Staates liegt, weil er allein dadurch Frieden haben kann, so wird der Staat, der sich auf seinen Vorthail versteht, diese Ehrlichkeit bewähren, und wenn für einen möglichst gesicherten Friedenszustand dauernde Institutionen des Verkehrs zwischen Staaten vorhanden sein müssen, so wird die Grundlage für die Sicherung dieser Institutionen die Ehrlichkeit — oder wie man auch sagt, die Loyalität — zu bilden haben.

Solche Institutionen haben die Staaten denn auch ihrer Natur folgend von je an gestaltet. Andere sind zwischen ihnen nicht möglich, als die auf dieser Basis beruhen; auf dieser Basis aber ist es möglich sie weiter fortzubilden. Ihre eigenthümliche Natur müssen wir indes noch genauer untersuchen. Die völkerrechtlichen Institutionen haben keine Garantien rechtlicher Art. Ihre Innehaltung kann nicht erzwungen werden; denn es giebt keine grössere Gewalt als die des Staates. Auch wo sie in bestimmter, gesetzähnlicher Fassung fixiert vorliegen, giebt es keinen Gerichtshof, um über die Weite ihrer Geltung, die Bedeutung der Worte, die Natur des einzelnen Falles mit genügender Autorität zu entscheiden; und wo für eine gewisse Art von Fällen solche Gerichtshöfe eingerichtet sind, da muss es immer dem Belieben des Staates überlassen bleiben, ob er das ergangene Urtheil achten und sich gefallen lassen will. Fehlen somit alle rechtlichen Garantien für völkerrechtliche Bestimmungen, so können sie, weil von einem sittlichen Willen hier nicht die Rede sein kann, ihre Gewähr nur finden in dem Interesse des Staates und in der Klugheit, die nur auf die Wahrung dieses Interesses hinausläuft. Der Staat wird Bestimmungen, die ihm keine wesentliche Beeinträchtigung eintragen, so lange innehalten, als nicht ein dringenderes Interesse es ihm verbietet; er wird ein gegebenes Wort, eine eingegangene Verpflichtung so lange halten, als er dabei bestehen und seine Zwecke erfüllen kann, und zwar wird er dies um so sicherer thun, je besser er

sich auf sein Interesse versteht. Denn er muss wünschen, dass man ihm treu sei und ihm in Ehrlichkeit begegne, damit er nur einige Sicherheit und einigen Frieden genieße, und er kann dies nur dadurch erreichen, dass er selber Treue bewahrt. Aber im Falle des dringenderen Bedürfnisses wird er gleichwohl auch diese Ehrlichkeit nicht unbedingt innehalten können, besonders wo auf Gegenseitigkeit nicht gerechnet werden kann. Es genügt ihm, dass man von ihm wisse, er bestrebe sich Treue zu bewahren bis dahin, wo er in seiner Selbsterhaltung dadurch gefährdet sein würde, wo also dringende Noth ihn zwingt, von der Treue zu weichen. Dazu kommt, dass gar oft die Menschen, die den Willen des Staates vertreten, an die Stelle des wesentlichen Staatsinteresses ihr eigenes Gelüste setzen und ihre eigene Treulosigkeit und Schlechtigkeit statt des klugen Egoismus des Staates walten lassen. Ist dies der Fall, — und es ist bisher zwischen den Staaten fast unausgesetzt der Fall gewesen — so werden dadurch die gegenseitigen Verhältnisse der Staaten dauernd oder für immer getrübt, und eine äussere Macht giebt es nicht, um dies Verhältniss aus seiner Trübung wieder herzustellen. Diese gegenseitige Arglist wird so lange die Regel für die Beziehungen der Staaten bleiben, als nicht mit genügender Sicherheit dafür gesorgt ist, dass diejenigen, welchen die oberste Gewalt im Staate anvertraut ist, dieselbe nur im Sinne und zum Nutzen des gemeinen Wesens verwalten. Sie wird aber um so mehr zur blossen Ausnahme werden, als die Fürsten und Staatshäupter allen eigenen Interessen entsagend sich ganz in den Willen und die Natur des Staates hineinversetzen und in ihrem Thun den Willen des Staates getreu widerspiegeln.

Auf dem Gebiete der wesentlichen Staatsinteressen kann und soll die Ehrlichkeit herrschen; sie hat bisher immer nur theilweise geherrscht, nur so weit, dass überhaupt einiges Vertrauen und damit einiger Verkehr zwischen den Staaten ermöglicht war; es ist aber bis auf den heutigen Tag dieser Grundsatz der Ehrlichkeit nicht in genügender Weise befolgt, um alle bloss zufälligen Conflict, die vom Standpunkte des reinen Staatsinteresses aus wohl vermeidlich gewesen wären, zu verhüten. Mehr aber

darf man auch von der Zukunft in keinem Fall erwarten, als dass durch die Vervollkommnung der Staaten und der Menschen solche zufälligen Conflictte verhütet werden. Denn über die Lebensfragen der Staaten werden durch die geschichtliche Bewegung ohne allen bösen Willen immer Conflictte entstehen, die nicht anders als auf dem Wege der Gewalt ausgetragen werden können. Dagegen ist die ehrliche Befolgung der bestehenden und anerkannten Grundsätze von je an die fast ausnahmslose Regel gewesen für diejenigen Verhältnisse, die ein wesentliches Lebensinteresse des Staates nicht berühren und in eine Gefahr für seine Selbsterhaltung nicht leicht ausarten können. Es ist dies der Fall erstens in dem äusserlichen Verkehr der Staaten und den dafür geltenden Formen; und zweitens in Beziehung auf die gegenseitige Behandlung der Privaten, letzteres freilich erst, seitdem lebhafterer Austausch der Güter oder Reise- und Wanderlust zu häufigem Aufenthalte in fremden Staaten Anlass gab. Dass die Staaten dann gegenseitig Abrede trafen, wie sie in den einzelnen Fällen und Vorkommnissen des Lebens jeder die Bürger des anderen Staates, die auf seinem Gebiete lebten, behandeln wollten, dass sie die Bedingungen festsetzten, unter denen sie den Austausch der Güter gestatten wollten, war ebenso natürlich, als dass sie an solche Verabredungen und Festsetzungen, die den gemeinsamen Vortheil betrafen, sich auch regelmässig für gebunden hielten. In der Natur der Sache liegt es, dass wo nicht blinde, barbarische Leidenschaft waltet, sondern nur das Interesse des Staates spricht, dieser Theil des Völkerrechts einen dauernden und gesicherten friedlichen Verkehr herbeizuführen im Stande ist. Etwas Precäres bleibt freilich immer auch hierbei, weil sich niemals von vorn herein mit voller Sicherheit bestimmen lässt, ob nicht mit der Entwicklung der Dinge eine Festsetzung so bedenklich zu werden vermag, dass sie gradezu das Gedeihen des Staates bedroht. Und dann würde immerhin der Natur der Sache nach der Staat nicht umhin können, unter dem Zwange seines dringenden Interesses sein gegebenes Wort oder die bestehende Regel zu verletzen, falls er auf andere Weise eine Beseitigung dieser Gebundenheit nicht erreichen kann.

Wann aber dieser dringende Fall eingetreten ist, darüber urtheilt allein der Staat selber; das kann gar kein anderer Staat beurtheilen, weil er die Lage und die Bedürfnisse des ersteren gar nicht versteht oder ihm gegenüber partiisch voreingenommen ist. Es gelten mithin alle völkerrechtlichen Regeln, sowohl die die Selbsterhaltung des Staates unmittelbar betreffenden, als die zur Regelung weniger wichtiger Verhältnisse bestimmten, nur in bedingter Weise, nämlich nur so lange, als ein Staat nicht seine Selbsterhaltung durch solche Bestimmungen bedroht glaubt. In diesem letzteren Falle cessieren alle äusseren Schranken für den Willen des Staates, und er thut allein was ihm frommt, ohne auf irgend etwas anderes Rücksicht zu nehmen. Das ist die Natur der Sache, und in diesem Sinne sollte jede völkerrechtliche Regel gefasst werden, dass man vom Staate niemals die unbedingte Einhaltung derselben verlange, der Staat selber eine solche nie verspreche.

Dieses precären Charakters wegen ist das Völkerrecht kein Recht. Aber der Form nach ist es theils dem Rechte, theils dem Sittengesetze analog. Theils nämlich setzt es die Schranken fest, innerhalb deren sich die Willensäusserungen der Staaten zu halten haben, und erlaubt und verbietet; theils aber schreibt es Pflichten der Menschlichkeit, der guten Sitte vor. Das entsprechende Thun des Staates aber ist weder ein rechtliches, noch ein sittliches. Der Staat hält in aller Ehrlichkeit solche Bestimmungen inne, so lange es angeht. Aber die Ehrlichkeit des Staates ist nicht die Redlichkeit des Bürgers. Jene entspringt aus dem Bedürfniss, Frieden zu haben und Vertrauen zu erwecken und ist eine Bewährung eigennütziger Klugheit; diese ist der feste Wille, das mit zwingender Gewalt ausgestattete Rechtsgesetz zu halten auch da, wohin der Zwang sich nicht erstreckt, aus guter Gewöhnung oder Liebe zur Gerechtigkeit. Das Rechtsgesetz ist von einer höchsten Autorität im Staate sanctioniert und bindet den Willen aller, sie mögen nun zustimmen oder nicht. Das Völkerrecht hingegen ist eine freie Abmachung unter Coordinierten, die zu halten sie nicht gezwungen werden können. Und wie es neben dem geschriebenen Recht

ein Gewohnheitsrecht giebt, so giebt es neben den ausdrücklich anerkannten Regeln des Völkerrechts auch solche, die nach stillschweigender Uebereinkunft gewohnheitsmässig inne gehalten werden, doch allerdings immer nur so lange man es für passend und nützlich hält.

Das Rechtsgesetz im Staate, öffentliches wie Privatrecht, hat den Zweck, die Bedingungen für die staatliche Gemeinschaft, die als ein selbstständiges Wesen mit eigenen Zwecken neben und über den Individuen in eigener Persönlichkeit existiert, herzustellen und zu sichern. Ueber den Staaten giebt es ein solches höheres persönliches Wesen mit eigenen Zwecken nicht; die völkerrechtlichen Bestimmungen werden also immer nur im Interesse der Staaten selber, nicht eines über sie übergreifenden Wesens geschlossen und haben ihre Bedeutung nur so lange, als sie dieses Interesse wirklich ausdrücken. Die „menschheitliche Idee“ ist ein leeres Wort; der einzige berechtigte Kosmopolitismus beruht auf Interessen der Cultur, der Industrie und des Handels, welche immer zugleich die Interessen jedes einzelnen Staates sind. Das Völkerrecht hat ferner seinen Werth durch seinen Nutzen für die Erhaltung des Friedens. Freilich hat auch das eigentliche Recht einen ähnlichen Nutzen für die Einzelnen im Staate, aber es trägt doch zugleich den Charakter der Nothwendigkeit und Unentbehrlichkeit; denn ohne das Recht könnte es überhaupt keine Gemeinschaft, ja keine Menschen geben und wäre die menschliche Bestimmung überhaupt unerreichbar. Das Völkerrecht hingegen ist nur ein Förderungsmittel für die Staaten. Diese könnten ja in unbeschränkter Selbstherrlichkeit auch ohne das bestehen; aber um in Frieden ihre Zwecke sicherer und leichter zu erreichen, ist ihnen das Völkerrecht vortheilhaft. Tragen deshalb die Regeln des Völkerrechts zuweilen auch die Form von Rechtssätzen, so sind sie doch dem Inhalt und der Form der Verpflichtung nach durchaus von anderer Art. Sie sind Klugheitsregeln, nicht Rechtsgebote.

Diese Klugheitsregeln, welche im gegenseitigen Verkehr inne zu halten die Staaten übereingekommen sind, nehmen nun an Umfang und an Wirksamkeit zu mit der fortschreitenden Ent-

wicklung der Staaten. Denn jene Regeln sind der natürliche und wahre Ausdruck des Staatswillens; dass der Staatswille aber immermehr seine reine und vollkommene Verwirklichung finde, das ist das Ziel der staatlichen Entwicklung. So lange der ungezähmte Barbar seine Wildheit an die Stelle des Staatswillens schiebt, den er vertritt, so lange ist von Klugheit und Völkerrecht nicht oder kaum die Rede, sondern nur von unbesonnener Lust und gemeiner Tücke, die beide dem Staate selber vollkommen fremd sind. Je mehr aber der Staat das Ziel seiner Entwicklung erreicht, desto mehr wird sein wahres Interesse und die echte staatliche Klugheit in dem Thun der Staatsmänner ihren Ausdruck finden und damit die Ehrlichkeit im Umgang der Staaten immer mehr zur Regel, die völkerrechtlichen Bestimmungen aber immer reichhaltiger und wirksamer werden. Wo wirklich im Handeln des Staates der Wille des Staates ausgeführt wird, da wird gehandelt werden, als ob der Staat sich rechtlich gebunden fühlte, bis ihn die äusserste Nothwendigkeit zwingt, die Gesichtspunkte der Selbsterhaltung über die der Ehrlichkeit zu stellen. Bis dieser Punkt eintritt, macht man mit vollem Recht an den Staat den Anspruch, dass er, obgleich er nicht gezwungen werden kann, analog wie der Privatmann unter dem Zwange der öffentlichen Gewalt seinen Willen an die Form des Rechtes binde. Eben deshalb sollte es allgemein anerkannte Regeln des Völkerrechts möglichst für alle zwischen den Staaten vorkommenden Formen des Verkehrs geben, und sie sollten mit der Autorität dieser allgemeinen Anerkennung umgeben wie eine Art von guter Sitte wirken, damit der Staat, der ehrlichen Willen hat, wisse, was er in jedem einzelnen Falle zu thun hat. Darin besteht auch die Wichtigkeit eines festgestellten Ceremoniells, das der Ausdruck für die Achtung ist, die jeder Staat als gleichberechtigt von jedem andern fordern darf.

Die Sätze des Völkerrechts beruhen freilich zum Theil auf reiner Theorie. Denkende Beobachtung von Männern der Wissenschaft oder der Praxis hat gefunden, was unter gegebenen geschichtlichen Bedingungen oder dauernd für die Staaten das wahrhaft Nützliche ist, was nach Begriffen der gesunden Ver-

nunft gerecht ist oder sich als Consequenz schon allgemein anerkannter Grundsätze selbstverständlich erweist und was deshalb durch die Action der Staaten verwirklicht werden sollte. Erst allmählich werden solche Sätze theoretisch allgemein als richtig anerkannt und in der Praxis der Staaten zu feststehender Gewohnheit. Aber selbst dann, wenn durch vertragsmässige Verpflichtung die Staaten in solchem Sinne ihren Willen gebunden haben, bleiben solche Sätze vielfach fromme Wünsche, weil selbst bei den gebildeten Völkern im Drange der Noth, in der Hitze des Kampfes die entfesselte Leidenschaft der Menschen an die Stelle des kühlen Eigennutzes des Staates tritt und zeitweise die natürliche Wildheit alle Resultate der Bildung und Gesittung vergessen lässt. Indessen wird die immer zunehmende und sich weiter verbreitende Erkenntniss dessen, was im wahrhaften Interesse des Staates liegt, allmählich gewiss solche Erscheinungen immer seltener und vereinzelter machen. Dem Drange der Noth gegenüber werden indes alle Schranken machtlos: wie wenig hat selbst die eidliche Bekräftigung des Versprechens zwischen Staaten genützt, um die Innehaltung des Versprechens zu sichern!

Wenn man freilich im völkerrechtlichen Handeln davon absieht, dass die Handelnden den Staat vertreten und dass es eigentlich der Staat ist, welcher vermitteltst ihrer handelt, so erscheint die Beobachtung des Völkerrechts nicht wie egoistische Klugheit, sondern wie die Heilighaltung der guten Sitte, des Rechtes, der Sittlichkeit, dagegen der Bruch des Völkerrechts wie Rohheit, Unredlichkeit, Unsittlichkeit der Menschen. In der That aber ist bei der Beobachtung des Völkerrechtes, falls nur dieses in seinen Bestimmungen wirklich zweckmässig und vernünftig ist, nichts anderes löblich, als dass der Handelnde sein etwaiges eigenes Gelüsten unterdrückt und den Willen des Staates vollzogen hat; andererseits ist der Bruch des Völkerrechts nur dann zu tadeln, wenn er durch das Interesse des Staates nicht genügend motiviert war und somit auf die Rechnung des eigenen Gelüstens des Handelnden kommt. Dass aber irgendwie Lob oder Tadel die Action des Staates wahrhaft beeinflussen und

von der Verletzung völkerrechtlicher Regeln abhalten könnte, sollte man doch nicht glauben. Der Staat ist für Lob und Tadel vollkommen unempfänglich, und der rechte Staatsmann, der sich ganz und voll dem Dienste des Staates ergeben hat, wird auch den herbsten Tadel der Unverständigen, die, was er im Namen und im Dienste des Staates thut, ihm selber zurechnen, höchstens mit schmerzlicher Ergebung tragen, ohne sich in seiner Pflicht irgend beirren zu lassen.

Das Völkerrecht ist kein Recht, keine Moral der Staaten, aber gewissermassen und in manchen seiner Theile eine Staats-sitte, natürlich Sitte nicht im Sinne von Sittlichkeit, sondern eines gewohnheitsmässigen und der allgemeinen Meinung entsprechenden Thuns genommen. Aber es ist doch auch keine eigentliche Sitte, weil dazu ein Mangel an bewusster Reflexion gehört, der beim Staate nicht denkbar ist. Den Menschen freilich erschienen ursprünglich die Regeln, die das Bedürfniss des Staates gebot, als religiöse Pflichten, die sie unter den Schutz der Götter stellten, und die innere Nothwendigkeit dieser Regeln verhüllte sich in die scheinbar zufällige Entstehung als durch die Macht der menschlichen Sitte, des religiösen Glaubens, der volkstümlichen Meinung geheiligte Formen des Verkehrs der Obrigkeiten oder der Beauftragten verschiedener Staaten, oder als durch theoretische Speculation gefundene Gesetze über das, was für die Staaten in ihren Beziehungen zu einander gerecht und sittlich ist. In Wahrheit aber hat weder der religiöse Glaube noch die Philosophie das Völkerrecht geschaffen oder bestimmt; sondern das sich fühlbar machende Bedürfniss des Staates nach Vertrauen und Frieden hat die Menschen veranlasst, dahin zielende Bestimmungen mit der Autorität religiöser Satzungen zu umkleiden, und von den durch Philosophie gefundenen Postulaten des Völkerrechts hat sich nur das als gültig und sachgemäss erwiesen, was der zunehmenden Gesittung auf diesem Gebiete entspricht, d. h. was immermehr dahin führt, dass in der Action des Staates nur des Staates wesentliches Interesse, aber kein Gelüsten einer Person seinen Ausdruck finde. Das übrige kann nur dazu dienen, die Gemüther zu verwirren, und wenn Philo-

sophen oder Juristen vom Menschheitsstaate und Menschheitsrechte träumen, so muss man sie stehen und reden lassen, ohne sich weiter um sie zu kümmern. Gestalten sich aber solche Phantastereien zu practischen Tendenzen auf dem Boden der gegebenen Staaten, so muss der Staat alle Mittel der Vertheidigung und der Zucht anwenden, um solche sittliche Verirrung unschädlich zu machen oder sie zu strafen. Die verkehrten Motivierungen des Völkerrechts und das Streben, es über sein ihm gebührendes Gebiet auszudehnen, haben die Schuld an einem grossen Theil der heute auf politischem Gebiete herrschenden Verderbniss. Besonders das Urtheil über die auswärtige Action des Staates, über Krieg und Eroberung, über den Frieden und die Mittel letzteren zu erhalten, ist nicht nur bei der Masse, sondern auch bei der Mehrzahl der Gebildeten durch ganz fremdartige Gesichtspunkte bestimmt. Eine nüchterne Erwägung der wahren Natur des Völkerrechts und der internationalen Verhältnisse ist selbst bei den Staatsmännern selten, am wenigsten in ihrer Phraseologie zu finden. Es ist durchaus nöthig, dass in allgemeinem Bewusstsein der Unterschied zwischen dem Völkerrecht und dem innerhalb der Staaten geltenden Rechte deutlich erkannt werde, damit man an den Staat nicht ungebührliche Forderungen stelle und über seine Action nicht unverständlich urtheile. Des Staates unbeschränkte Souveränität, frei über sich zu verfügen und seine Handlungen nach den Nothwendigkeiten seiner Lage einzurichten, darf durch kein Völkerrecht beeinträchtigt werden.

Was im wahren Vortheil des Staates und unter dem Einfluss dieser Nothwendigkeit geschieht, das soll sich niemand unterfangen zu tadeln, weil es irgend einer angeblichen Rechtsform nicht entspräche. Die hohen Ideale von Sittlichkeit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit sind nicht für den Staat da. Wo die Action des Staates solchen Zielen nachgeht, da ist es nur scheinbar ein Thun des Staates, in der That vielmehr ein Thun des Staatsmanns, um vermittelt der in seiner Hand ruhenden staatlichen Macht Zwecke zu verfolgen, die nicht Staatszwecke sind. Dergleichen ist tadelnswerth nur, wenn es gegen das Interesse des Staates ist, dagegen möglicherweise löblich, wenn es sich mit

dem Interesse des Staates verträgt. So kann ein Staatsmann einen fremden Staat durch seine Autorität bewegen, unmenschliche Gesetze abzuschaffen; er kann sich seiner Religionsverwandten im Auslande annehmen, ungerecht Unterdrückte beschützen u. dergl. m. Aber die Staatsmacht für solche Zwecke zu verwenden, würde nicht gerechtfertigt sein. Den Sklavenhandel durch internationale Verträge zu beseitigen, war löblich. Einen Krieg aber anzufangen, um die Abschaffung der Sklaverei in einem fremden Lande zu erzwingen, wenn der eigne Staat sonst wesentlichen Nachtheil durch diese fremde Institution nicht erleidet, also aus bloss sittlichen und menschlichen Gesichtspunkten, das wäre durchaus willkürlich und tadelnswerth.

Auch in allen privatrechtlichen Verhältnissen, in denen der Staat zu anderen Staaten oder zu Bürgern anderer Staaten steht, entscheidet das Bedürfniss des Vertrauens, und darum wird der Staat den Bruch der übernommenen Verpflichtung unterlassen; er wird Schulden und Zinsen, Entschädigungen und Tribute zahlen nach den allgemein gültigen Vorstellungen von dem was gerecht ist und sich schickt. In der eignen Noth aber wird er's unterlassen, und niemand soll über das Unerwartete oder Gehässige klagen, wenn der in Noth gerathene Staat übernommenen Verpflichtungen der Art untreu wird. Denn wenn irgend jemand so wird der Staat nur bis an die Grenze der Möglichkeit verpflichtet, und diese Grenzen kann niemand bestimmen, als er selber. Mit dem Staate muss man sich vorsehen; man kann ihn niemals absolut binden, und alle Verpflichtungen die er übernimmt haben selbstverständlich und ohne dass es irgendwie ausdrücklich erklärt würde, ja selbst im Gegensatze zu der ausdrücklichsten Versicherung des Gegentheils nur einen relativen Werth. Sie gelten nur bis dahin, wo für den Staat ein höheres Interesse als das des blossen Friedens und der Vertrauenswürdigkeit eintritt. Wer das nicht beachtet hat, als er den Willen des Staates zu binden unternahm, hat es auf eigene Gefahr gethan und den ihm dadurch erwachsenen Schaden sich selber zuzuschreiben.

6. Die Verträge zwischen den Staaten sind der Ausdruck des gegenseitigen Machtverhältnisses.

Das eigentliche Völkerrecht umfasst alle diejenigen Regeln des Benehmens zwischen Staaten, welche für alle Staaten entweder gelten sollten oder wirklich gelten. Man muss von diesem Theile des Völkerrechtes durchaus trennen alle Abmachungen, die nur zwischen bestimmten Staaten getroffen sind, um ihre individuellen Verhältnisse zu regeln, wie sie durch ihre gegenseitige Lage in dem bestimmten historischen Momente gegeben sind. Denn die aus solchen Abmachungen sich ergebenden Verpflichtungen sind ihrer Art nach ganz verschieden von denen, die im eigentlichen Völkerrechte begründet sind, das seinem Sinne nach für alle berechnet ist.

Denken wir uns, jene permanenten Beziehungen zwischen Staaten wären alle grundsätzlich geordnet und diese Ordnung so allgemein anerkannt, dass jeder Staat, der sich auf seinen Vortheil versteht, also ehrlich sein will, in jedem Falle weiss, was er zu thun und zu lassen hat, um auf Gegenseitigkeit rechnen zu können: so bliebe immer noch die unendlich schwierigere Aufgabe, alle diejenigen Beziehungen zu regeln, die im Flusse des Lebens und der Zeit sich gewissermassen zufällig und ohne dauernden Charakter ergeben; unter diesen aber sind gerade die eigentlich für den Staat bedeutungsvollen und für seine Selbsterhaltung entscheidenden. Jene andern Beziehungen sind doch zum grösseren Theil mehr formeller Art, und die über sie vorhandenen Regeln finden die Grenze ihrer Wirksamkeit grade daran, dass sie, wo sie gegen ein Lebensinteresse des Staates im einzelnen Fall verstossen, alle Kraft und Gültigkeit verlieren. Die Frage ist nun: welches Verhältniss ergiebt sich zwischen zwei souveränen Staaten für alle diese die Selbsterhaltung derselben betreffenden und sich in der geschichtlichen Fortentwicklung ergebenden Angelegenheiten?

Das vorliegende Problem ist nicht durch Gesichtspunkte des Rechtes oder der Sittlichkeit zu lösen; denn für den Staat als bloss moralische Person existieren diese Gesichtspunkte nicht,

und das Thun des Staatsmannes ist nicht sowohl ihm selbst als dem von ihm vertretenen Staate zuzuschreiben. Es bleibt also den Staaten kein anderes Mittel, um ihre gegenseitigen Beziehungen, soweit sie ihre Selbsterhaltung angehen, zu ordnen, als ihre Macht, mit der jeder den fremden schädlichen Willen zu brechen, den eignen zu behaupten weiss. Das Problem, eine Ordnung zwischen Staaten herzustellen, ist also gewissermaassen ein Problem der Mechanik, aber allerdings ein sehr verwickeltes.

Zwei Staaten stehen sich gegenüber wie zwei physische Kräfte. Beide sind freilich Personen und mit Intelligenz begabt, um das ihnen Vortheilhafte zu erkennen und handelnd nach Möglichkeit zu verwirklichen; aber zugleich verbindet sie keinerlei Band als das gemeinsame Interesse, und keine sittliche Form des Wollens beschränkt ihre Eigensucht. Dabei hat jeder das Streben, sich gegen den anderen zu behaupten, und vermag das allein vermittelt seiner durch Intelligenz gebildeten physischen Macht. Jeder weiss, dass der andere ohne alle Rücksicht darauf ob er jenem schadet, dasjenige thun wird, was ihm selber nützt, soweit nämlich als seine Macht reicht. Will er sich vor Schaden sichern, so muss er des andern Macht schwächen oder diesen am Gebrauche seiner Macht hindern. Das Verhältniss ist durchaus gegenseitig. Wann und auf welchem Punkte das natürliche und wie jede Erscheinung der Natur untadlige und gerechtfertigte Streben des Staates nach eignem Nutzen dem andern Staate zu wesentlichem Schaden ausschlagen wird, lässt sich durchaus nicht von vornherein absehen. Man muss in jedem Augenblicke darauf gefasst sein. Und da ja nicht der Staat selber eigentlich handelt, sondern die Macht des Staates gewissen Personen anvertraut ist, um vermittelt derselben den Willen des Staates auszuführen und sein Interesse wahrzunehmen, diese Personen aber die Möglichkeit haben, in Irrthum und Unkenntniss von dem wahren Interesse des Staates oder in bösem Willen und zu persönlichen Zwecken die ihnen anvertraute Macht zu missbrauchen, um auch ohne dass es das Interesse des Staates gebietet, einen andern Staat in den Wurzeln seiner Existenz zu schädigen: so ist um so mehr jeder Staat gezwungen, dem an-

deren zu misstrauen und das Wachsthum der Macht desselben mit Unlust und Argwohn zu beobachten, weil er selber um so mehr gefährdet ist, je mächtiger der andere wird. Jeder sucht daher dem anderen möglichst viel Abbruch zu thun, um sich besser zu decken, und alle Mittel zu sammeln und vorzubereiten, um wo es für die Selbsterhaltung nöthig wird mit möglichst grossem Nachdruck den anderen anzugreifen oder sich gegen ihn zu vertheidigen. Man sieht, es kommt dabei alles auf das gegenseitige Machtverhältniss an; die Klugheit, die Machtmittel in der rechten Weise zu gebrauchen, ist selber ein Element der Macht.

Die natürliche Folge dieses Verhältnisses ist, dass jeder zuerst darnach strebt, seine Macht der des anderen überlegen oder wenigstens gleich zu machen. Ein Zustand der Ruhe kann nur eintreten, wo ein Gleichgewicht der Macht hergestellt ist; dieses aber ist im wesentlichen schon da vorhanden, wo der Erfolg eines Angriffs nicht von vornherein gewiss ist. In diesem Falle kann es keiner wagen, dem anderen zu schaden, ohne dabei seine eigene Existenz auf's Spiel zu setzen, und das wird er nur thun im Falle der äussersten Nothwendigkeit. Hat dagegen der eine Staat ein entschiedenes Uebergewicht der Macht, so ist er fortwährend in Versuchung oder unterliegt wenigstens dem Verdachte, dass er dasselbe benutzen werde, um seinem Vortheil auf Kosten des anderen nachzugehen, eventuell denselben anzugreifen und ihm dasjenige abzugewinnen, was seinem Interesse entspricht, falls er ihn nicht lieber ganz vernichtet und der Selbstständigkeit beraubt. Ein erträgliches Verhältniss kann zwischen Staaten nur herrschen im Falle des Gleichgewichts. Zwar wird auch hier der Wettstreit nicht aufhören; denn jeder wird, um ganz sicher zu sein und die Befriedigung seines Interesses eher zu erreichen als der andere, versuchen, wie er zu einem entschiedenen Uebergewicht gelangen könne. Aber er wird es versuchen nicht auf dem misslichen und gefährlichen Wege der Gewalt, sondern durch Ausbau seiner eigenen Hilfsmittel, durch Klugheit und Ueberlistung. In diesem gegenseitigen Wetteifer ist die Möglichkeit gegeben, sich zu vertragen. Jeder will wenigstens zeitweise vor dem andern Ruhe haben und

kann, indem er den Willen des andern bindet, zugleich sich ihm gegenüber verpflichten und nach dem Grundsatz der Ehrlichkeit solche Verpflichtung unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit halten. Nur im Zustande des allerdings immer labilen Gleichgewichtes können die beiden Staaten solche Verabredung treffen. Denn die Verabredung des Mächtigen mit dem Schwachen hat gar keinen Sinn. Sobald der Mächtige ein dringendes Interesse hat, die Verabredung zu brechen, so ist dann dieselbe aufgehoben und vernichtet, als wäre sie nie gewesen. Denn der Schwache könnte ja nie daran denken sich zu widersetzen und den mächtigen Gegner zu zwingen. Im Zustande des Gleichgewichtes dagegen ist die Annahme wahrscheinlich, dass keiner ohne die äusserste Noth sich der Gewalt des andern preisgeben wird. Die Verabredung zwischen Gleichen wird wohl gehalten werden, weil jeder den Krieg vermeiden will, sobald der Ausgang desselben zweifelhaft ist. Nur wer genügende Macht hat, um den andern in demselben Maasse zu bedrohen, wie er von ihm bedroht wird, darf sich auf einen irgend dauernden Friedenszustand auf Grund geschlossener Verträge Aussicht machen.

So liegt die Sache, wo nur zwei Staaten in Betracht kommen. Verwickelter werden die Verhältnisse, wo es viele Staaten giebt von verschiedener Grösse und Macht, die nebeneinander ihre Existenz zu behaupten haben. Da haben dem einen Uebermächtigen gegenüber, der alle bedroht, die kleineren und schwächeren Staaten ein gemeinsames Interesse; sie werden sich also verbünden, um gemeinsam sich mit dem andern in's Gleichgewicht zu setzen, und die Bedrohung eines einzelnen von ihnen ist eine Bedrohung für alle. Giebt ein Bündniss der verbündeten Macht das Uebergewicht, so tritt dem Bündniss das Bündniss gegenüber, bis wieder ein Gleichgewicht hergestellt ist und ein Angriff die Aussicht verliert, erfolgreich zu sein. Kleinere Staaten können daher neben grossen in voller Selbstständigkeit nur bestehen, wenn sie Bundesgenossen finden, die ihre Macht des Widerstandes ergänzen. Bundesgenossen aber findet nur der, dessen Existenz von Werth für andere ist. Darin hat die Kleinheit der Staaten ihre vernünftige Grenze. Denn ein Staat,

dessen Werthlosigkeit für das ganze System vor Augen liegt, der auch als Bundesgenosse kein Gewicht mehr in die Wagschale zu legen hat, an dessen Existenz also niemandem gelegen ist, ein solcher Staat kann nicht eigentlich als selbstständiger Staat existieren, und sobald er in eine Krisis streitender Interessen der Mächtigen hineingezogen wird, wird er spurlos verschwinden. Ein verhältnissmässig kleiner Staat wird sein Recht auf Existenz nur dadurch erweisen können, dass sein Bestehen ein wesentlicher Vorthail für das Gleichgewicht des ganzen Systems ist.

So rein wie wir es dargelegt haben erscheint nun das Verhältniss der Staaten in Wirklichkeit nirgends und zu keiner Zeit. Aber das Dargelegte ist die wesentliche Form in aller geschichtlichen Bewegung der Staaten. Wir haben abgesehen von der Leidenschaft und dem Irrthum der Menschen, die die Action der Staaten beeinflussen, wie von aller Besonderheit geschichtlicher Situationen. Denn diese modificieren das Gesetz nur unwesentlich. Die geschilderte Form der staatlichen Processe ist überall die reine Consequenz aus der Natur der Staaten. Der Vorgang ist ein rein natürlicher; so müsste es zugehen, wo der Wille und das Interesse des Staates im Willen der beauftragten Personen sich rein und vollkommen ausprägte. Im wesentlichen ist es denn auch immer so zugegangen. Man kann dieses Streben der Staaten nach mechanischem Gleichgewicht der Kräfte den Menschen weder zum Lobe noch zum Tadel anrechnen, als insofern sie den Tact gehabt haben oder nicht gehabt haben, ihre Einsicht und ihre Bestrebungen mit der Natur der Sache zu identificieren. Menschen können mit allem Witz und aller Begeisterung nichts Wesentliches daran ändern; nur die Grösse der vorhandenen Kräfte im Staate können sie durch die Mittel der Gesetzgebung und Verwaltung und durch die Selbstthätigkeit der Bürger heben; aber die durch solche Mittel erzeugte Kraft des Staates wirkt dann auf die anderen Staaten mit derselben strengen Gesetzlichkeit wie die Schwerkraft in der Natur. So lange es verschiedene Staaten geben wird, so lange werden daher diese Processe sich wiederholen. Wo verschiedene Staaten auf einan-

der wirken, da müssen sie entweder in's Gleichgewicht kommen, oder der übermächtige verschlingt die anderen. Es ist keine andere Wahl: entweder das System des Gleichgewichts oder der Universalstaat. Die alte Geschichte lief auf den letzteren hinaus, in der neueren ist das erstere unter einer Fülle von staatlichen Individualitäten bisher noch immer wieder hergestellt worden, und kein Zweifel, dass es auch künftig aus etwaigen Schwankungen sich immer wieder herstellen wird. Denn erstens ist durch die Zunahme und Ausdehnung der Cultur der innere Werth der einzelnen verschiedenen Völker weniger ungleich geworden; zweitens setzt sich in jedem einzelnen Staate die Macht künstlicher aus einer Vielheit von Factoren zusammen, so dass ein entschiedenes Uebergewicht schwerer zu erreichen ist; und endlich ist die Staatskunst, d. h. die Kunst des Staatsmanns, das Interesse des von ihm vertretenen Staates sicher zu erkennen und zur rechten Zeit mit den geeignetsten Mitteln wahrzunehmen, ausserordentlich gefördert worden. Je mehr die Staaten in freier Verfassung wachsen, also die Zufälligkeit des Beliebens aus der Regierung ausgeschlossen und die Mitthätigkeit der Bürger herangezogen wird, desto sicherer werden auch die Staaten einerseits durch innere Kraft ihre äussere Unabhängigkeit gegen andere behaupten können und andererseits anderen gegenüber nur das erstreben, was sie nicht entbehren können.

Im Zustande des Gleichgewichts können die Staaten sich über Gegenstände, die ihr beiderseitiges Interesse angehen, vertragen; denn thatsächlich ist der Wille des einen Staates durch den des anderen, nämlich durch die Furcht vor seiner Macht gebunden, und weil beide sich so gebunden fühlen, so können sie ausdrückliche Verpflichtungen übernehmen, dauernd für Leistung Gegenleistung zu thun. Das gegenseitige Verhältniss der Staaten regelt sich also in den Dingen, die ihre Selbsterhaltung betreffen, nach Gesetzen der Mechanik.

Die Frage ist nun weiter, welche Bedeutung die auf jene Dinge bezüglichen Staatsverträge haben. Dass sie die Wirkung einer rechtlichen Verpflichtung im strengen Sinne nicht haben können, muss aus dem Dargelegten klar geworden sein. Jeder Staat

kann thatsächlich von jedem Vertrag ohne weiteres zurücktreten, sobald er es in seinem Interesse für geboten hält; es hemmt ihn dann nur die Furcht vor dem Kriege, falls er eine ebenbürtige Macht sich gegenüber hat, und im dringendsten Falle scheut er auch den Krieg gegen die Uebermacht, den Krieg von ungewissem Ausgang nicht, wenn der Vertrag schlechterdings sich mit seiner Selbsterhaltung nicht vereinigen lässt. Dass dies wirklich so geschieht, erleben wir alle Tage. Jeder Staat ist von Natur geartet, keine Fesseln seines Willens zu übernehmen als unter dieser Bedingung, dass er sie durch einfachen Willensentschluss wieder abwerfen kann, freilich nicht wenn es ihm beliebt, — denn ein solches willkürliches und unmotiviertes Belieben kennt der Staat nicht —, sondern wenn es sein dringendes Interesse erfordert. An diesem Entschluss kann ihn nur eines hindern, nämlich die ihm gegenüberstehende Macht, die ihn durch Krieg zu zwingen vermag oder ihn wenigstens dahin bringen kann, dass er seine gesamte Existenz und seine höchsten Güter als Kampfpfeis einsetzen muss. Denn dann wird er die Grösse des Einsatzes mit der Grösse des etwaigen Gewinnes vergleichen. Ein Vertrag hat also nur so lange Gültigkeit, als er dem Interesse keines der beiden Staaten widerspricht, und da dies bei einem Vertrage, der einem Staate Lasten auferlegt, niemals der Fall sein kann, nur so lange als die genügende Macht hinter dem Vertrage steht, um seine Innehaltung nöthigenfalls mit Sicherheit zu erzwingen. Kann aber der Natur der Sache nach ein Vertrag nur in diesem Sinne und mit dieser Restriction seiner Gültigkeit abgeschlossen werden, so ist es offenbar, dass er auch nur in diesem Sinne abgeschlossen werden soll; denn verbindet man mit einem Vertrage zwischen Staaten einen anderen Sinn, so ist dies entweder Selbsttäuschung oder Heuchelei. Von Zeit zu Zeit wird die Heiligkeit geschlossener Verträge von den einen bezweifelt, von den anderen um so feierlicher behauptet. Was hätte das für einen Sinn, wenn die Verträge wirklich ein Recht im eigentlichen Sinne bildeten? Die Heiligkeit des bestehenden Rechtes im Staate braucht doch kaum erst von Zeit zu Zeit proclamirt zu werden. Vielmehr wer erklärt: die Verträge gelten mir als heilig und ich will dass

sie auch von den anderen heilig gehalten werden, der erklärt damit: die Verträge sind mir nützlich, und eben weil sie das sind, bin ich bereit, sie mit Gewalt zu beschützen.

Daraus ergibt sich der wichtige Satz: Staatsverträge sind so lange vernünftig, als sie das gegenseitige Verhältniss der Macht zwischen den Paciscierenden im wesentlichen correct ausdrücken; sie werden augenblicklich unvernünftig, sobald sich dieses Machtverhältniss durch irgend welche Ereignisse in der geschichtlichen Bewegung wesentlich verändert hat. Dieser Satz spricht sich in der geschichtlichen Wirklichkeit mit vollkommener Deutlichkeit aus. Wo die Menschen unverständlich und die Consequenzen ihrer Lage zu ziehen nicht geeignet wären, würde einfach die Nothwendigkeit der Thatsachen über die Köpfe der Menschen hinweg wirken; denn an Werkzeugen fehlt es dieser Nothwendigkeit nie. Entweder werden die einsichtslosen und übelwollenden Leute durch bessere verdrängt, oder die Bedürfnisse machen sich in so dringender Form geltend, dass sich auch der Schwache, der Unentschlossene ihrem Gewichte nicht auf die Dauer entziehen kann. Dass nicht durch allseitige vertragsmässige Regelung der zwischen den Staaten obwaltenden Verhältnisse die Weltgeschichte gewissermaassen ihren juristischen Abschluss finde, dafür ist durch die Noth des Lebens und die Evidenz der Thatsachen genügend gesorgt, und nur die blinde, von sich selber eingenommene, aber gegen die Wirklichkeit sich abschliessende Phrase von Recht und Vertragstreue kann sich an diesem juristischen Gesichtspunkte bei der Auffassung von Staatsverträgen genügen lassen.

Staatsverträge bilden, wenn man die Analogie zum Privatrechte festhalten will, eine Art von statutarischem bestehendem Recht. Aber dies Recht hat keine äussere Garantie und bietet darum auch gar keinen eigentlichen Schutz. Weil ich vor dem Vertragsbruche durch den anderen nie sicher bin, so kann er's auch umgekehrt mir gegenüber nicht sein. Einen Schutz gewährt der Vertrag nur, wenn er offenbar vernünftig und angemessen, d. h. wenn er gerecht ist. Der ungerechte Vertrag ist schlechthin widersinnig und bindet den Willen nicht einen Augen-

blick. Das Recht im Innern des Staates bleibt immer Recht, wenn es auch noch so ungerecht ist; denn erstens wird es durch die überlegene Macht des Staates geschützt, und zweitens ist die Bewahrung der bestehenden Rechtsordnung an sich etwas so Wichtiges, dass eine einzelne Ungerechtigkeit dagegen nicht in Betracht kommt. Das Vertragsrecht der Staaten dagegen, das ohne solche Garantie und ohne solche Bedeutung ist, hat als bloss statutarisches Recht gar keinen Sinn und kann auf gar keine Achtung Anspruch machen. Ungerecht aber ist jeder Vertrag, der den Machtverhältnissen widerspricht; denn jede Rechtsfrage wird zwischen Staaten zur Machtfrage rein durch die Natur der Dinge selber und ohne alles Zuthun der Persönlichkeit. Der Staat, der unter der Ungerechtigkeit des bestehenden Rechtes leidet, wird an die Macht appellieren, sobald er von dieser Instanz eine günstige Entscheidung erwarten darf oder sobald die Uebelstände so gross geworden sind, um es zu rechtfertigen, dass man für ihre Beseitigung den höchsten Einsatz wagt. Entweder also sind die Verträge und mit ihnen das bestehende Recht zwischen Staaten in's unendliche modificierbar, oder sie selber sind der eigentliche Zunder des Krieges, d. h. ihre angemaasste Autorität zwingt immer wieder, die Entscheidung durch die Macht anzurufen.

Durch kluge und sachgemässe Verträge wird der thatsächliche und durch äussere Gewalt auszutragende Conflict der Staaten bis zu einem gewissen Grade in Wirklichkeit verhütet. Denn wenn jedem ebenso viel zugestanden ist, als er hoffen darf mit Macht behaupten zu können, und keinem mehr aufgeladen wird, als er nöthigenfalls mit Macht ablehnen könnte, so wird er Frieden halten dürfen und durch sein wahres Interesse sogar gezwungen sein den Frieden zu suchen. Dann muss man aber allerdings Verträge nicht mit der Aussicht und Absicht auf ewige Gültigkeit schliessen wollen. Vielmehr wenn die Umstände, d. h. das Machtverhältniss, sich wesentlich geändert haben, oder wenn in einem Staate durch die geschichtliche Bewegung neue unabweisbare Bedürfnisse entstanden sind, so muss die Bereitschaft vorhanden sein, den Vertrag den neuen Umständen und Bedürfnissen angemessen umzuändern. Kann man auf diese Bereitschaft

rechnen, also im Falle des wenigstens annähernden Gleichgewichts, so tritt zwischen den Staaten ein Verhältniss der Befreundung ein. Dem übermächtigen, also bedrohlichen Staate wird man einen Vortheil ungern und gezwungen wohl zugestehen müssen, aber immer auf die Gelegenheit lauern, wo jener etwa seine ganze Macht nicht beisammen hat oder wo man selber durch ein Bündniss seine Macht vergrössern kann, um den zugestandenen Vortheil zurückzunehmen. Ist aber das Gleichgewicht vorhanden, so kann man dem andern einen Vortheil gönnen, wenn man bei der obwaltenden Gegenseitigkeit einen ebenso grossen Vortheil erlangt oder hoffen darf, einen noch grösseren Vortheil davonzutragen. Der Zustand solcher Befreundung schliesst freilich nicht aus, dass jeder zunächst seinen Vortheil sucht und sich bestrebt, des andern Vortheil nur bis zu der Grösse zuzugestehen, bis zu der er muss. Aber eigentliche Arglist gehört in dieses Verhältniss nicht, weil der Charakter strenger Nothwehr hier nicht mehr vorhanden ist. Arglist wäre gegen das Interesse des Staates der sie übt ebensowohl wie gegen das Interesse desjenigen, gegen den sie verübt wird, denn sie beseitigte das Vertrauen; sie wäre also eine Schuld der Menschen und käme nicht auf Rechnung des Staates.

Sachgemässe Verträge zu schliessen ist die höchste Kunst, die ein Mensch üben kann. Denn es heisst nichts anderes, als sich mit dem eindringlichsten Scharfblick in die Lage der Dinge versenken, die Natur der individuellen Staaten, ihre geschichtlichen Bedürfnisse, ihr gegenseitiges Machtverhältniss im tiefsten durchdringen und in lauterer Gesinnung mit Drangabe alles Wünschens und aller persönlichen Neigungen oder Interessen die Natur der Thatsachen in seinem Thun realisieren. Je mehr von solchem Vertrage den zunächst betroffenen Völkern und weiter allen menschlichen Gemeinschaften auf Erden Heil oder Verderben kommen kann, um so höher muss man die politische Weisheit stellen, die den vernünftigen und zweckmässigen Vertrag hergestellt hat.

Ist ein solches Werk geschaffen, so ist es allerdings von der allerhöchsten Bedeutung, und in diesem Falle kann man auch von der „Heiligkeit“ der Verträge sprechen. Denn nur

sträflicher Muthwille, frevelhafte Selbstsucht oder Thorheit kann an einem solchen Werke rütteln, welches sich mit dem Interesse des Staates deckt und für sich die Gewähr der Macht hat. Aber wo die Heiligkeit des ersten besten möglichst unvernünftigen und widersinnigen Vertrages herkommen soll, das möchte man die Staatsweisen fragen, die den fremden Staat, was sie doch für sich selber niemals würden gelten lassen, auf jeden Fall an einen Vertrag binden wollen, bloss weil er einmal abgeschlossen ist und vielleicht einmal unter vielem Schlechten was auch möglich gewesen wäre als das noch am wenigsten Schlechte erschienen ist. Aber auch der beste Vertrag wird mit der Zeit hinfällig, und die rechte Achtung vor den Verträgen kann nur darin bestehen, dass man nicht muthwillig, nicht aus Laune oder persönlichem Eigennutz, sondern nur im wohlverstandenen Dienste und Interesse des Staates, also im allerdringlichsten Falle sie als nichtig ansieht und im wirklichen Handeln verfährt, als wären sie nicht vorhanden.

Bei allen Staatsverträgen, Friedensschlüssen ist das Wort von der Ewigkeit zunächst ein leeres und unnützes, weiterhin aber auch ein schädliches und verkehrtes Wort, weil es die Meinung der Menschen irre leitet, das Wesen der Sache verhüllt und als Anlass zu Verfälschungen des Rechtsgefühls missbraucht werden kann. Dass die Clausel „*rebus sic stantibus*“ bei allen Staatsverträgen selbstverständlich hinzuzudenken ist, wird ganz allgemein zugestanden. Um nun die Tragweite jeder Bestimmung solches Vertrages zu bezeichnen, um darüber zu entscheiden, ob eine wesentliche Veränderung der Umstände eingetreten ist, die den Staat von der Haltung des Vertrags rechtlich befreit, ist immer kein anderer Richter da als der Staat selber; er fällt im Streit das Urtheil in der eignen Sache und führt das Urtheil auch selber aus, soweit seine Kraft reicht. So ist es von je bis heute, und dass es je anders werden kann, ist schlechthin undenkbar. Ganz offenbar bilden also Staatsverträge kein Vertragsrecht nach Art der Privatverträge; sondern sie werden gehalten oder gebrochen nicht nach Rücksichten des Rechts, sondern des Vorthells und der Macht. Der Vertrag gilt, so lange

er vortheilhaft ist, und ist er das nicht, so lange eine genügende Macht zur Hand ist, um seine Haltung zu erzwingen. Wer über den Bruch eines Staatsvertrages klagt, steht im Verdacht der Arglist, dass er den andern einreden möchte, er habe jemals auf die Sicherung des Vertrages durch den guten Willen sich Rechnung gemacht, und dass er ein hier zum Mitreden nicht berufenes Rechtsgefühl zu unverständiger Betheiligung aufrufen wolle. Wer einen Vertrag eingeht, muss wissen dass er auf seine Haltung nicht zählen kann. Verträge müssen auch in ihrer Form so eingerichtet sein, dass nicht der Schein entstehe, als sollte der schlechthin gebunden sein, der sich gar nicht so binden lassen kann, auch wenn er wollte.

7. Der Krieg ist seinem Wesen nach ein Mittel der Unterhandlung, um zu einem neuen vernünftigen Verträge zu kommen.

Sehen wir, wie im bisherigen, von allen Zufälligkeiten der Erscheinung ab und suchen wir zu ergründen, welche Consequenzen für das gegenseitige Verhalten der Staaten sich aus dem Wesen der Sache ergeben: so gelangen wir zu einer von der gewöhnlichen Meinung wesentlich abweichenden Auffassung der Action der Staaten insbesondere für den Fall, wo der alte Vertrag zwischen Staaten hinfällig und äusserlich unerträglich oder innerlich widersinnig geworden ist und wo gleichwohl auf dem Wege der friedlichen Unterhandlung der neue vernünftige Vertrag nicht zu erreichen ist. Wir müssen auch hier, wollen wir anders der Sache auf den Grund kommen, annehmen, es geschehe wirklich, was geschehen sollte, d. h. diejenigen, welche den Willen des Staates vertreten, seien durch nichts anderes beeinflusst als durch das wahre Interesse und die inneren Nothwendigkeiten ihres Staates; wir hätten also mit menschlicher Leidenschaft, Selbstsucht und Verblendung hier nichts zu thun, überhaupt mit nichts, wofür die Menschen verantwortlich sind, und wir belauschten rein das Verfahren der Staaten selber, als ob diese unlebendigen Personen ihre Angelegenheiten durchaus selber führten. Gewiss ist es in der Wirk-

lichkeit nicht so, sondern die zufälligen Meinungen und Charaktere der bestimmenden Persönlichkeiten durchkreuzen vielfach das, was sich als natürliches Resultat der Verhältnisse ergibt, so dass dieses letztere nie ganz rein zum Ausdrucke kommt. Aber wir dürfen behaupten, dass es auch nie durch die der Sache fremdartigen Einflüsse so verdeckt und verhüllt wird, dass man es nicht gewissermaassen durch diesen dichterischen oder leichteren Schleier hindurch erkennen könnte.

Die gemeine Meinung freilich hält sich an die Person, nicht an die Sache, weil sie diese letztere, die ihr zu abstract, zu wenig sinnlich ist, nicht versteht. Von solcher Meinung befangen stellt man die gegenseitigen Beziehungen der Staaten unter den Gesichtspunkt der Rechtsordnung, und weil thatsächlich von je her die Uebung gegenseitiger Gewalt, die man Krieg nennt, eine regelmässige Erscheinung im Staatsleben gewesen ist und die äussere Geschichte der Staaten und Völker eine Kriegsgeschichte ist, so fasst man auch den Krieg als ein Moment der Rechtsordnung zwischen Staaten auf und bezeichnet ihn mit einer allerdings sehr gewagten Analogie als eine Art von Rechtsprocess zwischen Staaten. Es lohnt sich kaum der Mühe nachzuweisen, dass dieser Vergleich nicht bloss in wesentlichen Punkten hinkt, — was jeder andere auch thut, — sondern dass er eigentlich in keinem Zuge zutrifft, dass er also nicht geeignet ist, den Begriff der Sache klar zu machen, sondern zu entstellen. Denn das einzige, was der Krieg mit einem Rechtsprocess gemeinschaftlich hat, ist das, dass er zur Entscheidung eines Streites dient. Aber erstens handelt es sich im Kriege nicht um Rechtsfragen, — denn solche giebt es in strengem Sinne zwischen Staaten nicht; zweitens giebt es kein anerkanntes Recht und Gesetz, aus welchem die Entscheidung geschöpft würde, und keinen Richter, der das Urtheil fällen könnte. Sondern der Streit wird entschieden durch physische Gewalt, nicht etwa eine Gewalt, die im Dienste einer Obrigkeit über den Streitenden stände, sondern einer solchen, die die Streitenden selber im Dienste ihrer Selbstsucht üben, und wer die grössere Gewalt hat, der behält Recht, das Wort im populären Sinne

gebraucht. Der Unterliegende wird gezwungen durch die Macht seines Gegners, durch Drohung, Einschüchterung, und was er so zugestanden hat, das soll einen Rechtszustand verbürgen können! Nein, der Satz: der Krieg ist ein Rechtsprocess zwischen Staaten, ist eine blosser Metapher und giebt eine eben so gründliche Erkenntniss vom Wesen des Krieges, wie sie die Bezeichnung der Schwalbe als der Botin des Frühlings dem Zoologen von dem Wesen der Schwalbe zu geben vermag.

Um zu der Sache selbst zu gelangen, muss man die Metaphern und die schlechten Analogien fahren lassen. Die Uebung äusserer Gewalt ist die natürliche Weise jedes in der Natur gegebenen Wesens, sich in seinem Sein zu behaupten und das ihm Störende und Widrige abzuweisen. Dass der Staat dieselbe Methode anwendet, kann für den nichts befremdendes haben, der ihn erkennt als das was er ist, und ihm keine moralischen Eigenschaften andichtet, die er nicht haben kann. Man wird dafür also nach keiner weiteren Erklärung zu suchen haben. Da aber der Staat zugleich eine Person und mit Intelligenz begabt ist, so wird sich die Frage erheben: in welchen Fällen der Staat, der doch auch über andere Mittel der Selbsterhaltung gebietet, gerade zu dem bezeichneten Mittel der äusseren Gewalt schreiten wird.

Wenn der Staat Krieg führt, so kann es nur für sein Interesse geschehen; denn ein anderes Motiv des Handelns giebt es für ihn nicht. Das nächste Interesse des Staates aber, haben wir gesehen, besteht darin, sich durch die geeigneten Mittel den Frieden zu sichern, und zu diesem Behufe schliesst er Verträge, die ehrlich zu halten ihm das Interesse gebietet. Wenn also der Staat zum Kriege schreitet, so kann das nur dadurch erklärt werden, dass seine Interessen auf friedlichem Wege zu schützen schlechthin unmöglich geworden ist, d. h. dass die vorhandenen Verträge seine Selbsterhaltung bedrohen, neue günstigere Verträge aber ihm der fremde Staat schlechthin nicht zugestehen will.

Solche Fälle kommen vor; sie können, ja sie müssen eintreten ohne allen bösen Willen der Menschen, rein durch den

Verlauf der geschichtlichen Entwicklung menschlicher Verhältnisse. Denn diese ändern sich beständig, nicht bloss an ihrer Oberfläche, sondern in ihrer Tiefe, und mit ihnen ändern sich die Bedürfnisse und die Ansprüche der Staaten. Ein schwaches Volk wird durch innere Entwicklung stark, ein starkes schwach; ein Volk geht von vorwiegendem Ackerbau zu Industrie und Handel über, ein anderes sieht sich in seinem vorhandenen Reichthum bedroht. Vielfache Umstände veranlassen Auswanderung und das Bedürfniss der Colonisation, einer Flotte; das Land wird zu eng, seine Hilfsmittel hören auf ausreichend zu sein. Durch frühere Antipathien Getrenntes will sich vereinigen, Vereinigtes sich trennen; ein ungeordneter Staat nimmt feste Formen an, ein wohlgeordneter geräth in Verwirrung. Den neuen Zuständen sollen neue Verträge entsprechen. Setzen wir auf beiden Seiten den höchsten Verstand und den ernstesten Willen des Friedens voraus, — dass der letztere vorhanden sei, ist im Zustande des Gleichgewichtes immer wahrscheinlich —, so wird dennoch der Fall von Zeit zu Zeit eintreten, wo der eine zu fordern gezwungen ist, was der andere nun und nimmer freiwillig zuzugestehen im Stande ist, wenn er sich nicht selbst aufgeben will. Und dann ist zweierlei möglich. Entweder er giebt wirklich nach, um für jetzt dem Kriege zu entgehen, weil das gegnerische Uebergewicht wahrscheinlich ist; das bedeutet aber nichts als ein Hinausschieben des Krieges bis auf günstigere Gelegenheit, wo das Uebergewicht nicht mehr so sicher ist. Denn dauernd seine Existenz bedrohen zu lassen ohne den Versuch gewaltsamer Selbstbehauptung liegt ganz ausser der Natur des Staates, und schliesslich geht er lieber im Kriege gänzlich unter als dass er im Frieden dahinsiechte. Oder das Verhältniss der Macht ist zweifelhaft geworden, und dann ist der Krieg die unzweifelhafte Folge. In beiden Fällen also ist der Krieg unausbleiblich, sobald die Interessen der Staaten auf unversöhnliche Weise einander widerstreiten, und auf beiden Seiten ist der Krieg vernünftig und durch die Natur der Dinge geboten, und das heisst doch wohl gerecht. Wo sich Menschen vordrängen, die ihr Gelüsten statt des Interesses der Staaten

walten lassen, da kann von ungerechten Kriegen die Rede sein. Wo sich aber der Conflict aus der Natur der Staaten und ihrer Verhältnisse ergiebt, da ist der Krieg auf beiden Seiten gerecht, und so ist es auch meistens im wirklichen Verlaufe der Geschichte.

Dies gilt selbst für frühere Zeiten, wo im Mangel einer rechtmässigen Verantwortlichkeit der Regierung und einer geordneten Theilnahme der Regierten an der Verwaltung der Staatsangelegenheiten die Unterhandlungen und die Entschliessungen zu Krieg und Frieden mehr wie eine persönliche Angelegenheit der Regierenden angesehen wurden. Man würde sehr unrecht thun, die Kriege der Vergangenheit schlechtweg für Cabinetskriege anzusehen, die der Wille des Regenten angezettelt, nicht das Interesse des Staates bedingt hätte. Vielmehr war es meist so, dass die Regierten nur deshalb an der Regierung keinen Antheil hatten, weil sie einen solchen nicht zu führen vermochten, indem der Gedanke des Staates in ihnen nicht lebendig war, und dass der Staatsgedanke vielmehr in der Person des Regenten sein Organ fand. Noch heute ist fast jeder Franzose ohne Ausnahme bereit anzuerkennen, dass die Kriege Ludwig's XIV für die wahren Interessen Frankreichs geführt worden sind, und ein Preusse oder Russe müsste sehr unverständlich sein, wenn er von den Kriegen Friedrichs des Grossen oder Peters des Grossen nicht zugeben wollte, dass sie auf der rechten Bahn des Lebens dieser Staaten lagen. Ohne eine vorliegende geschichtliche Nothwendigkeit ist kaum jemals ein Krieg geführt worden. Die Verantwortlichkeit des Entschlusses Krieg zu führen und die möglichen Wechselfälle des Krieges sind auch so furchtbar, dass nicht wohl ein Regent sich zum Kriege entschliesst aus Leichtsinn und ohne dringenden Zwang.

Der Staat führt niemals Krieg um des Krieges, sondern um seines Interesses, d. h. um des Friedens willen; die Bedingung des Friedens aber ist der Vertrag. Der Weg, um zum Vertrage zu gelangen, ist die Unterhandlung; der Inhalt des Vertrages ist der thatsächliche Ausdruck des vorhandenen Machtverhältnisses. Will der andere den Vertrag nicht eingehen, so

liegt das daran, dass er die vorhandene Macht entweder nicht gelten lassen will oder nicht gelten lassen kann, ehe er dazu gezwungen wird. Es ist also ein Unterstützungsmittel der Unterhandlung, dass die Macht thatsächlich erwiesen oder dass der andere zu ihrer Anerkennung gezwungen wird. Dies Verfahren und nichts anderes ist der Krieg. Darum ist das naturgemässe Ende des Krieges entweder der Friede, d. h. der erwünschte und vernünftige Vertrag, oder die Vernichtung des Gegners, d. h. seine völlige Unterwerfung zur Willenlosigkeit und die Aufhebung seiner selbstständigen staatlichen Existenz, das letztere nur, wenn sich das Nebeneinanderbestehen des Siegers und des Besiegten überhaupt als unmöglich bewies. Seiner Natur nach geht der Krieg niemals auf ein besonderes Object des Streites, das etwa den Anlass zur Verfeindung gegeben hat. Denn mit dem ausbrechenden Kriege wird die ganze Existenz beider Gegner in Frage gestellt. Jeder droht dem anderen nicht bloss zum Spasse, sondern im bittersten Ernste mit der höchsten Noth, mit völliger Vernichtung, wenn man nicht früher zum Ziele kommen kann. Darum gilt es nicht dieses oder jenes einzelne Verhältniss zwischen den Staaten durch den Krieg neu zu ordnen, sondern alle Verhältnisse und das Fundament aller gegenseitigen Beziehungen. Nur die ganz gleichgültigen Verabredungen der Staaten, die für die Selbsterhaltung des Staates nach keiner Seite hin irgend welche Bedeutung haben, werden durch den ausgebrochenen Krieg nicht stillschweigend mit beseitigt; alles ernstere wird von selber hinfällig. Weil man das gefräsige Ungeheuer des Krieges zu bannen nicht im Stande ist, möchte man die zerstörende Wuth des Riesen hier und da durch ein aus zarten Empfindungen und Rücksichten geflochtenes Bändchen aufhalten. Vergebens! Der furchtbare Ernst der That-sachen spottet solcher völkerrechtlichen Spielereien; die äusserste Noth im Kampfe um Sein oder Nichtsein kennt die Gesetzesparagraphe der Buchgelehrten nicht. Das Schauspiel ist erhaben wie der Kampf der Elemente; man sollte es nicht herabwürdigen, indem man schwache Menschen als Hauptträger der Handlung ansieht, in der die grössten Organismen, welche die Natur

hervorbringt, das innere Leben, das sie durchdringt, mit Leviathans Macht und Kühnheit bethätigen.

Der Krieg wird mit Rücksicht auf den zu schliessenden Vertrag geführt; Raub- und Rachezüge staatsloser Horden sind keine Kriege. Der Krieg hat ein politisches Ziel, nämlich dass die gegenseitigen Verhältnisse der Staaten in ihrer Totalität neu und vernünftig geordnet werden. Es kann gar nicht die Rede davon sein, dass man nur für dieses oder jenes verletzte Recht eine Art von Criminalstrafe durch den Krieg vollziehe, — denn das wäre einfach verwerfliche Rache, und dazu gehörte doch wenigstens einige Sicherheit, dass man auch der Strafende und nicht vielmehr der Gestrafte sein werde, eine Sicherheit, die in den meisten Fällen durchaus nicht vorhanden ist. Es ist eben auch der Krieg damit nicht zu Ende, wenn man die Anerkennung eines verletzten Rechtes, eine Entschädigung für den erlittenen Schaden und einen Ersatz für die Kriegskosten erlangt hat: sondern erst dann ist der Krieg wirklich beendet, wenn die vorhandene Uebermacht völlig und zweifellos constatirt, der Gegner zur Anerkennung derselben gebracht und auf solche Erkenntniss hin dazu gezwungen ist, einen Friedensvertrag zuzugestehen, der dieses gegenseitige Machtverhältniss für alle Beziehungen der kriegführenden Staaten, die irgend in Frage kommen können, vollkommen correct ausdrückt. Ist der feindliche Staat zu solcher Anerkennung der Uebermacht und zu dem Zugeständniss des entsprechenden Vertrages nicht zu bewegen, so dauert der Krieg fort bis zur Vernichtung des Gegners, d. h. bis zu seiner völligen Unterwerfung. Ist eine sichere Uebermacht überhaupt nicht constatirt worden, so wird das Resultat genügen, dass der Zweifel über das vorhandene Gleichgewicht gehoben und dadurch eine sichere Basis für die Abschliessung eines neuen oder die Bestätigung eines schon vorhandenen Vertrages gefunden worden ist. In der Regel aber hat ein unter solchen Umständen geschlossener Friede nur den Werth eines Waffenstillstandes, der die Feindseligkeiten bis auf günstigere Gelegenheit hinausschiebt. Vor einem Rachekriege hat man sich wohl in den seltensten Fällen zu scheuen. Civilisierten Völ-

kern ist es durch tausend Dinge rein unmöglich gemacht, Kriege zur Befriedigung ihrer Rache und nicht aus eigentlich politischen Gründen zu führen.

Der Krieg ist deshalb in der That nur die Fortsetzung der gewöhnlichen Unterhandlung zwischen Staaten, doch in anderen Formen und mit anderen Mitteln. Er unterstützt die Unterhandlung, indem er ihr eine Basis schafft, durch den thatsächlichen Erweis der gegenseitigen Machtverhältnisse. Im Kriege aber hört vernünftigerweise die gewöhnliche Form der Unterhandlung durchaus nicht auf, sondern sie begleitet ununterbrochen die kriegerische Action, indem sie aus derselben beständig das Resultat zu ziehen sucht. Der Krieg muss allerdings schon im Kriege selber aufhören, wenn überhaupt wieder Friede werden soll. Ein Kriegszustand im strengsten Sinne des Wortes ist deshalb nie vorhanden; der Krieg ist in jedem Augenblick der werdende Friede und wird im Bewusstsein geführt, dass er dies ist. Noch mitten im Kriege erkennt der Feind den Feind als seinesgleichen an, mit dem er gern in Frieden sobald als möglich leben möchte. In der That tritt der Friede ein, sobald der Beweis der Macht so geführt ist, dass er nicht mehr umgestossen werden kann. Dass die einen Staat leitenden Menschen oder auch ein ganzes Volk sich über die Gültigkeit des geführten Beweises täuschen und dennoch den Krieg fortsetzen können, ist gewiss; das ist dann aber für diese Menschen eine Schuld, ein Tadel, und liegt nicht in der Natur des Krieges oder des Staates, der ihn führt. So kann verblendete Leidenschaft unnöthigerweise die ganze Zukunft des Staates und damit zugleich der Nation in Frage stellen, indem in zwecklosem und aussichtslosem Widerstande die Kraft des Staates unheilbar zerrüttet wird. Aber in dem Urtheil, ob solche Schuld wirklich vorliegt, muss man vorsichtig sein. Der Fremde urtheilt nie recht sicher über die Bedürfnisse eines Staates. Wenn der correcte Vertrag, den die Uebermacht erzwingt, so beschaffen sein würde, dass er das Bestehen und Gedeihen des Staates in einer seiner Grundbedingungen antastete, so würde immerhin der Staat die Gefahr des völligen Unterganges der sicheren Aussicht

auf bleibendes Siechthum vorziehen. Was aber zu jenen Grundbedingungen gehört, darüber muss der Staat selber urtheilen. Es ist — allerdings nur bei krankhafter Ausartung des Volksgeistes — denkbar, dass ein Staat in der Möglichkeit seines Bestehens durch das blosse Zugeständniss fremder Uebermacht und das Eingeständniss des eignen Unterliegens erschüttert würde. In solchem Falle z. B. würden diejenigen genau den Willen des Staates ausdrücken, die lieber untergehen und den Staat selber verderben wollen, als dass sie den Beweis der Uebermacht zugeben und die Bedingungen eines der Macht angemessenen Vertrages eingehen. In demselben Falle befindet sich ein kleiner Staat einem übermächtigen gegenüber, der jenen in den Wurzeln seines Daseins angreift; wird ein Staat doch mit Vernichtung bedroht, so gilt der Widerstand bis auf's äusserste, auch wo keine Aussicht des Sieges mehr ist.

So vollziehen sich die Schicksale der Staaten und der Nationen, nicht nach den Paragraphen eines Rechtsbuches. Die Interessen der Staaten, welche sich aus den Entwicklungen des Culturlebens ergeben, führen zur Feindschaft und zum Kriege; der einmal ausgebrochene Krieg führt zum Kampfe um das Dasein, um nichts oder alles. Sind die Würfel einmal im Rollen, so gilt kein künstliches Einhaltthunwollen; die Action ist nicht mehr auf ein beschränktes Ziel gerichtet; es geht um die Totalität aller Interessen, um die Frage, wer bestehen, wer untergehen soll, und nur der günstige Fall erlaubt einen weniger entscheidenden, weniger entsetzlichen Ausgang.

Die Staaten stehen unter keinem Rechtsgesetze, und vergeblich ist es, ihre Action an ein vorgebliches Recht binden zu wollen. Sie haben keinen Prätor über sich, der ihnen das Urtheil spräche; oder vielmehr der einzige Prätor, der nicht nach einem Rechtsbuche, aber nach Gerechtigkeit über die Staaten das Urtheil spricht, ist der Krieg. Der Prätor ist unerbittlich und unbestechlich, und gegen seinen Ausspruch giebt es keinen Einwand und keine Ausflucht. Er ordnet in letzter Instanz das Dasein und den Untergang, das Zusammenbestehen und die Verhältnisse der Staaten und stellt in aller geschichtlichen Entwick-

lung die einzig mögliche und denkbare Form der Harmonie her, indem er das Werthvolle emporhebt, das Werthlose daniederbeugt. Aus Ruinen lässt er neues, besseres Leben spriessen. Der Maasstab seines Urtheils ist der einzig gerechte, denn seine Entscheidung gründet sich auf die Macht. Die Macht des Staates aber ist die Disciplin, die Mannhaftigkeit, die Tugend, die Wissenschaft seiner Bürger; der machtvollere Staat ist der bessere Staat, sein Volk ist das bessere Volk, seine Cultur die werthvollere Cultur. Wer unterliegt, muss bekennen, dass er es verdient hat; der Sieger darf sich sagen, nicht dass er gut, aber dass er der Bessere war. Der Zufall kann ein Gefecht, eine Schlacht, nicht einen Krieg entscheiden. Denn keine Niederlage, kein Sieg ist definitiv. Alle Verhältnisse der Völker sind ewig im Schwanken und im Wechsel. Der tief Gefallene kann sich neu erheben, der hoch Gestiegene schmäählich sinken. Immer gilt es, sich zu behaupten, den Quell der Kraft nicht versiegen zu lassen, sondern immer ergiebiger und reicher strömend zu machen. Nur ein Volk, das der Disciplin und der Tugend vergisst, kann unfrei werden und unterliegen. Ein Volk, das dem Despoten fröhnt, kann wohl vorübergehende Erfolge erreichen gegen werdende oder aufgelöste Staaten, die noch kümmerlicher und zerrütteter sind, aber es kann nicht dauernd blühen und stark sein; die Kraft, die ein Volk zu entwickeln vermag, wird nur durch Freiheit reif und wirksam. Der freie Staat ist immer auch der mächtigere Staat. Selbst wenn der tüchtige Staat nur ein kleines Volk umfasst, so vermag er sich frei zu behaupten, indem er sich durch Bündnisse stärkt; denn es ist ein allgemeines Interesse, dass er bestehe. In jedem Falle gilt es: der Staat soll stark sein. Das ist sein Beruf und seine Pflicht; wehe ihm, wenn er diese erste Pflicht versäumt und anderem Gute nachjagt auf Kosten der Macht! In dem grossen weltgeschichtlichen Processe geht das Schwache unter, weil es werthlos ist, und das Starke besteht, weil es an dieser Stelle und zu dieser Zeit der grossen Aufgabe des menschlichen Geschlechtes besser zu dienen vermag. Das ist die ewige Gerechtigkeit der Weltgeschichte.

8. Das Kriegerrecht beruht darauf, dass nicht Menschen, sondern Staaten in Wahrheit den Krieg führen.

Der Zweck des Krieges ist, einen dauernden und gesicherten Friedenszustand herbeizuführen, der um minderen Preis nicht zu erlangen gewesen wäre. Das Mittel, dessen sich der Staat im Kriege zu diesem Zwecke bedient, ist die Führung des Beweises der Uebermacht. Denn einen dauernden Frieden verbürgt nur der vernünftige, d. h. der gerechte Vertrag, und gerecht ist ein Vertrag nur dann, wenn er den wirklich vorhandenen Machtverhältnissen entspricht. Man kann somit eigentlich nicht sagen, dass die kriegführenden Staaten sich gegenseitig hassen oder einander zürnen; vielmehr diese handeln nur in ihrem Interesse mit kluger Berechnung. Aber die Macht der Staaten wird theils durch Menschen geführt, theils aus ihnen gebildet, und für die den kriegführenden Staaten angehörigen Menschen wird der Krieg leicht der Grund zur äussersten Verfeindung, zum tödtlichsten Hasse, wie denn gerade im Kriege die repulsive Kraft des Nationalbewusstseins gegen alles Fremde am energischsten sich zu offenbaren pflegt.

Aus diesem Hass der Menschen, nicht aus der Staatsraison folgen die barbarischen Feindseligkeiten, die der Krieg in den Zeiten mangelhafter Bildung in seinem Gefolge hat. Aber die Wirkungen dieses Hasses sind überall zurückzudrängen, wo sie nicht bloss einen eifrigeren Dienst des eigenen Staates herbeiführen, sondern zur Feindseligkeit gegen die Bürger des gegnerischen Staates antreiben. Die Staatsoberhäupter zweier in Krieg gerathener Staaten hegen deshalb gegen einander keine persönliche Feindschaft, sondern können sich gegenseitig ein anständiges Wohlwollen und Achtung bewahren; denn jeder thut nur seine Schuldigkeit und dient seinem Amte, und nur die Staaten sind verfeindet. Dasselbe sollte von den Bürgern kriegführender Staaten gelten. Der Hass gilt dem Volk und dem Staate, nicht den Einzelnen. Mit den Fortschritten menschlicher Gesittung hören denn auch die Menschen auf, die Gegensätze der

Staaten als Vorwand zu gebrauchen für ihre persönliche Wildheit. Dann gilt im Kriege nur diejenige Feindseligkeit, welche wirklich von Staat zu Staat sich erstreckt, und jede andere darf sich nicht mit dem Namen des Krieges decken, sondern ist wirklich ein Verbrechen, welches von Menschen gegen Menschen unter dem Vorwande des Krieges geübt wird.

Dies Verhältniss ist das allein vernünftige, allein natürliche; nur was vom Staate gegen den gegnerischen Staat geschieht, um dessen Macht zu brechen und den Beweis der eigenen Uebermacht zu führen, kann man wirklich dem Kriege zu rechnen. Wenn es je anders gewesen ist, so ist das nicht die Schuld des Krieges, sondern der Rohheit, Barbarei und Unsittlichkeit der Menschen zuzuschreiben. Diese benutzten dann nur den Krieg, um ihrer Raub- und Mordlust, ihrer Grausamkeit und Unmenschlichkeit freien Lauf zu lassen, die sonst durch den Zwang der Gesetze in ihren Aeusserungen behindert war. Es sind nicht Zugeständnisse der Humanität, der Milde und Menschenfreundlichkeit, die der Entsetzlichkeit des Krieges dies oder jenes einzelne abzuziehen suchen; sondern vielmehr es wird hinweggethan, was der Bosheit der Menschen angehört, und der reine und wahrhafte Charakter des Krieges wird aus der Entstellung und Fälschung wiederhergestellt. Denn der Krieg wendet sich schlechthin nur gegen den Staat und die Mittel seiner Macht; jede Grausamkeit und Härte gegen die einzelnen Menschen, die nicht der Kriegszweck unbedingt gebietet, bleibt aus demselben ausgeschlossen, wo die Menschen nicht sittlich verwildert sind.

Der Krieg führt daher keineswegs eine absolute und allseitige Feindseligkeit mit sich, sondern nur eine relative und in bestimmter Richtung wirksame. Mitten im Kriege sind die Staaten zu friedlicher Unterhandlung bereit, und in aller Feindseligkeit halten sie den Gesichtspunkt fest, dass dieselbe zum Frieden führen soll. So kann nicht allein, sondern muss auch um des gegenseitigen Nutzens willen mitten im Kriege ein System von Verabredungen gelten, welche die Streitenden in aller Ehrlichkeit einhalten, theils um die Leidenschaft der Men-

schen, die so leicht ausartend ihren Trieben und nicht den Interessen des Staates dienen, einzudämmen, dass sie nicht überfluthe, theils um mit deutlichem Bewusstsein diejenigen Punkte festhalten zu können, in denen das Interesse des Staates unter der Bedingung der Gegenseitigkeit sich mit der Schonung feindlicher Streitkräfte wohl verträgt. Dass man das Leben und das Eigenthum der Privaten schone und wo man durch den Verlauf des Kampfes es zu verletzen gezwungen ist, nach Möglichkeit Ersatz leiste; dass man Verwundete und Kranke, deren Pfleger und Aerzte nicht als Theile der feindlichen Kriegsmacht ansehe und behandle; dass man Gefangenen keine unnöthigen Leiden bereite: das alles ist eine Anforderung mehr an die Menschen als an die Staaten und würde selbstverständlich sein, wenn nicht die Menschen wild und roh wären. Aber auch der Staat selber verpflichtet sich seinem Gegner gegenüber mitten im Kriege. Parlamentärs werden heilig gehalten, Waffenstillstands- und ähnliche Verabredungen ehrlich durchgeführt. Nur der fremden Unehrlichkeit gegenüber, also wenn man nicht auf die berechtigten Procedures des Staates, sondern auf die wilde Leidenschaft der Menschen stösst, schwinden solche Rücksichten, die auf Gegenseitigkeit berechnet und nur in dem Falle der Gegenseitigkeit nützlich sind.

So kann man von einem Kriegerrecht sprechen als von der Gesammtheit derjenigen Regeln, die von jedem Staate im Kriege mit einem andern innezuhalten sind. Aber man muss sich bewusst bleiben, dass dies Recht wie alles Völkerrecht kein eigentliches Recht ist. Nur theilweise geniesst es einer allgemeinen Anerkennung, und ein grosser Theil davon ist nicht praktische Uebung, sondern theoretische Meinung von dem was nützlich und gerecht wäre. Niemals ist seine Durchführung erzwingbar, und einen Richter über das was dem Rechte entspricht giebt es im eigentlichen Sinne nicht. Das Kriegerrecht ist also nur eine gute Sitte derjenigen, die die Leidenschaft zu bändigen und das der Sache Angemessene zu thun vermögen. Dieses Kriegerrecht theoretisch zu weit auszudehnen, hat seine grosse Gefahr; die Forderungen an den Staat, der sich im Kriege be-

findet, zu hoch spannen, heisst die Erfüllung auch gerechter Forderungen beeinträchtigen. Dazu ist die Situation des kämpfenden Staates zu misslich und zu bedroht, und wer zu viel von ihm verlangt, möchte leicht gar nichts erlangen. Die erste Sorge ist immer die um die Erhaltung der Kriegsmacht und die Sicherung des günstigen Erfolges; alles andere kann erst in zweiter Stelle in Betracht kommen, und jede Vorschrift, die den Staat darin hemmen möchte, dass er jeden wirklichen Vorthail ausbeutet, jeden Nachtheil vermeidet, würde eben damit entweder dauernd oder für den Augenblick ungültig sein.

Man muss über die Action eines Staates im Kriege sehr vorsichtig urtheilen, wenn man gerecht urtheilen will. Es giebt Fälle, wo das Gebot der Selbsterhaltung erzwingt, dass man auch die einfachste Ehrlichkeit nicht bewahren kann, dass man einen Waffenstillstand vertragswidrig bricht, getroffene Verabredungen nicht einhält. Wenn sich die Nothwendigkeit solcher misslichen Maassregeln aus der Lage und ihrer Gefahr oder der Grösse des dadurch erlangten Vorthails erweisen lässt, so erlangen sie Verzeihung und Rechtfertigung von jedem einsichtigen und billigen Urtheil. Ist eine solche Nothwendigkeit von ihnen nicht zu erweisen, so sind sie allerdings tadelnswerth, weil sie ohne Noth das unentbehrliche Vertrauen zerstören. Dass wo alles auf dem Spiele steht ein Staat sich nicht ängstlich an ein gegebenes Wort bindet, weiss jeder vom andern und richtet sich darauf ein. Lässt er sich unvorsichtig überfallen, so ist es seine Schuld und er muss die Folgen tragen. Das Kriegerrecht hat somit den precären Character, dass es nur gehalten wird, so lange es mit dem Interesse eines Staates vereinbar ist, und dass nur der Staat selber entscheiden kann, wie lange diese Vereinbarkeit stattfindet. Der Staat also giebt sich selber die Regel und entbindet sich von ihr in höchster Instanz. Eigentliches Recht ist da offenbar nicht vorhanden.

Ein Kriegerrecht aber in dem bezeichneten Sinne und mit der beschränkten Geltung giebt es nicht bloss für die Führung des Krieges selber, sondern auch für den Anfang und die Beendigung des Krieges. Vorschriften darüber, wann und wie er Krieg

anzufangen oder zu unterlassen habe, wird sich der Staat nur in sehr bedingter Weise gefallen lassen. Die Lage ist jedesmal ganz individuell, und ihren Charakter zu beurtheilen, muss man dem Staate selber überlassen. Z. B. Angriffskriege zu untersagen hat keinen rechten Sinn; vielmehr ist der Angriff oft die einzig mögliche Form der Vertheidigung. Wer des anderen Interesse wesentlich geschädigt hat, wenn auch auf ganz friedlichem Wege, ist der wahrhafte Angreifer; wer zuerst zum Schwerte greift, um sein geschädigtes Interesse wiederherzustellen, nachdem die Unterhandlung vergeblich geblieben, oder die begründete Ueberzeugung erlangt ist, dass sie vergeblich bleiben würde, der führt in Wahrheit einen Vertheidigungskrieg. Dass ein Staat aber die Interessen eines andern Staates schädigt, begründet keinen Vorwurf gegen ihn, so lange er es im dringenden eigenen Interesse gethan hat. So können der Angreifer im Kriege und der der sich vertheidigt beide tadellos sein, sofern jeder sein Interesse wahrgenommen hat; einen Angriffskrieg zu führen wird Pflicht des Staates, wenn sonst seine Selbsterhaltung bedroht ist. Man fängt ferner den Krieg nicht leicht an ohne vorhergehende förmliche Anzeige; im dringenden Falle aber unterlässt man es auch wohl, wenn der Ueberfall grosse Resultate verspricht. Um so wachsender muss jeder sein.

Die Meisten halten einen Krieg nicht für gerechtfertigt, wenn den Grund desselben innere Vorgänge in dem mit Krieg überzogenen Staate bilden, ohne dass dieser das Interesse des Angreifers direct bedroht hat. Eine solche kriegerische Intervention wird in der That ungeeignet sein, wo nur die Vorstellungen der Menschen, z. B. von der Gefährlichkeit einer Erscheinung, und nicht das wirkliche Interesse des Staates zum Kriege geführt hat. Aber wenn man nicht aus falscher Theorie heraus redet, so darf man hier keine allgemeine Regel aufstellen, sondern man muss die Natur jedes einzelnen Falles untersuchen. Eine solche innere Veränderung eines Staates, welche seine Macht wesentlich erhöht oder wesentlich schwächt, bringt eine Veränderung im Gleichgewicht hervor und fordert daher neue Verträge. Aber auch sonst sind die inneren Verhältnisse

des einen Staates dem andern nicht gleichgültig, weil Zustände und Theorien weiter wirken und gewissermaassen die Kraft eines Contagiums besitzen. Wenn der Staat behufs seiner Selbsterhaltung ihm zusagende Zustände in einem andern Staate herzustellen sich bemüht, nöthigenfalls durch den Krieg, so liegt darin nichts was gegen die Natur des Staates wäre. In jedem einzelnen Falle vielmehr muss verständige Ueberlegung das Urtheil abgeben, ob zweckmässig und dem Staatsinteresse entsprechend gehandelt worden ist.

Es ist gebräuchlich und entspricht dem Wesen der Sache, dass das Ende des Krieges ein Friedensvertrag bildet; denn um dessen willen ist ja Krieg geführt worden. Indessen kann es vorkommen, dass der besiegte Staat in keinen Frieden willigen, oder dass der siegreiche Staat keinen Frieden zugestehen will. In diesem Falle ergäbe sich entweder ein permanenter Kriegszustand, so lange der besiegte Staat noch irgend eine Kraft des Widerstandes besitzt, oder die Eroberung, wenn derselbe ohne früher nachzugeben vollständig zu Boden geworfen worden ist. Der Sieger hat dann nur zu untersuchen, wie viel von dem feindlichen Volke und Lande eine wirkliche Bereicherung seines Staates bilden würde, und so viel eignet er sich mit voller Gültigkeit an. Eine Eroberung geschieht also entweder auf dem Wege des Vertrages, indem der Gegner die vollzogene That- sache der Occupation im Friedensvertrage anerkennt und das vom Sieger Begehrte ihm überlässt, oder durch die reine tatsächliche Macht, und sie gewinnt dann ihren festen Bestand erst dadurch, dass keine Macht vorhanden ist, die den Besitz des Eroberten streitig machen könnte. Die eigentliche Beseitigung des Gegners durch den Krieg, indem man seine staatliche Selbstständigkeit vollkommen aufhebt und was früher zwei getrennte Staaten bildete zu einem Staate vereinigt, hat einen vernünftigen Sinn nur dann, wenn der eroberte Staat kein wirklicher Staat war und die innere Gemeinschaft der beiden kriegführenden Völker so gross ist, dass sie ihren Ausdruck in einer für beide gemeinsamen Rechtsordnung nicht bloss ermöglicht, sondern gebieterisch verlangt. In jedem andern Falle wird der Staat

nach dauerndem Besitze nur solches Landes trachten, welches durch die natürliche Gestaltung des Bodens für seine Vertheidigung gegen fremden Angriff besonderen Vortheil verleiht, oder welches sonst durch die Hilfsmittel die es umschliesst wesentliche Nachtheile des eignen Staatsgebietes ausgleicht.

Die Staatenbildungen sind von je zumeist auf dem Wege der Eroberung vor sich gegangen. Das „Recht“ der Eroberung in Frage zu stellen, ist erst in neuerer Zeit aufgekommen. Grade die Arglist und die Gewissenlosigkeit hat die Theorie aufgestellt von dem geheiligten Charakter der legitimen Länder- und Staatenbegrenzung, dem gegenüber die Eroberung einem Diebstahl oder Raube gleichzuachten sei. Solche Anschauungen haben ihren Sinn, so lange die Länder als das Eigenthum ihrer Fürsten angesehen werden, die dann wie grosse Gutsbesitzer erscheinen. Dann mag man die geschichtlichen Processe der Staatenbildung wie Eigenthumsverhältnisse mit dem Maasstab des Civil- und Criminalrechts oder der privaten Moral messen.

In freien Staaten liegen die Dinge anders. Jeder Staat, der sich mit dem andern im Kriege befindet, setzt dabei seine Existenz ein und muss sich auf Einbusse im Falle des Unterliegens gefasst machen. Der Sieger hat die Macht, mit dem Besiegten nach seinem Belieben zu schalten, wie es ihm ergangen sein würde, wenn er der Besiegte gewesen wäre. Der Besiegte hat die Macht verloren, dem Interesse des Siegers zu widerstehen, und es ist schlechterdings kein Grund denkbar, weshalb nun der Sieger den erlangten Vortheil nicht dazu benutzen sollte, um seine Interessen möglichst dauernd und sicher zu befriedigen. Eine Eroberung ist also nur dann gerechtfertigt, wenn sie wirklich im Interesse des siegreichen Staates ist; dann aber ist sie eben so vernünftig wie alle Handlungen, welche wirklich aus wohlverstandener Staatsraison entspringen. Der Inhaber einer Staatsgewalt, der an dem besiegten Feinde Grossmuth übte, statt kaltblütig das Interesse des Staates, den er vertritt, im möglichsten Umfange wahrzunehmen, würde Verrath an seinem Staate begehen und sittlich tadelnswerth sein.

Eine vollkommene Verkehrung des Verhältnisses tritt aber

dann ein, wenn man, wie es in neuerer Zeit mehrfach geschehen ist, Eroberungen oder Abtretungen an Land durch eine allgemeine Abstimmung der auf solchem Lande Ansässigen zu „legalisieren“ versucht hat. Denn der Abtretende und der Erobernde sind Staaten, die betreffenden Verträge sind Staatsverträge; die Einzelnen, die Privaten haben gar nichts damit zu thun. Wenn es im Staatsrechte der einzelnen Staaten vorgeschrieben wäre, dass Staatsverträge nur dadurch Gültigkeit erlangen sollen, dass sie durch eine Abstimmung des ganzen Volkes im Staate ratificiert werden müssten, so hätte das vielleicht einen Sinn, und die andere Partei müsste sich darauf einrichten, wie jetzt, wo die Verträge zum Theil erst durch gesetzgebende Versammlungen ratificiert werden müssen, um volle Gültigkeit zu erlangen. Dann müsste aber im ganzen Volke des abtretenden und des erobernden Staates die Abstimmung stattfinden. Dieser Bruchtheil aber des Volkes, der auf dem abzutretenden Boden sitzt, hat doch nun und nimmer den Beruf, den Willen des ganzen Staates zu vertreten; der ganze Staat aber ist es, der das Gebiet vertragsmässig abtritt. Die Leute, die auf dem abgetretenen Boden leben, müssen freilich, falls sie Unterthanen des früheren Staates bleiben wollen, alle Erleichterung haben auszuwandern und ihr Eigenthum zu veräussern. Aber das Land selber ist doch keineswegs das Eigenthum der Leute, die darauf wohnen, sondern es gehört dem Staate, und nur je dieses oder jenes Grundstück gehört dem Privatmann; nur über dieses also kann er verfügen und auch nur so, dass es jedenfalls dem Staate verbleibt. Ueber das Land im Ganzen aber verfügt nur der Staat durch seine Organe, und eine durch die Organe des Staates geschehene Abtretung hat ihren vollen Werth ohne alle Betheiligung der Privaten in Zustimmung oder Ablehnung. Die Abtretung der Form nach unter der Bedingung eines zustimmenden Votums der Bevölkerung ist entweder blosse Heuchelei, weil man von vorn herein dieses Votums gewiss und auch entschlossen ist, es andernfalls gar nicht zu achten, oder es geht aus dem grundfalschen Princip hervor, die Menschen über das mit scheinbarer Freiheit verfügen zu lassen, worüber zu verfü-

gen der Natur nach nicht ihre Sache ist, und was sie als ihr Schicksal hinzunehmen haben. Die Folge würde vernünftigerweise die Auflösung alles staatlichen Bestehens sein. Denn will man consequent sein, so müsste man von Zeit zu Zeit auch die neu herangewachsenen Generationen befragen, ob sie denn auch noch diesem Staate angehören wollen, weil doch gar kein Grund vorhanden ist, warum das Votum der Vorfahren auch die Nachkommen binden soll; oder noch consequenter müsste man die Kinder im Mutterleibe fragen, ehe sie geboren sind, von wem und wo sie geboren werden wollen. Das Sachgemässe ist hier allein das, dass es jedem einzelnen Individuum für sich unbenommen bleibe, wenn es in den vollen Besitz seines freien Willens gelangt ist und nachdem es seine Pflichten gegen das Gemeinwesen erfüllt hat, welches den Schutz seiner Jugend geleistet hat, sich frei zu bestimmen, ob es in diesem oder in einem anderen Staate seine Heimath finden will. In dieser Auswanderungsfreiheit bestimmt jeder, was er vernünftigerweise bestimmen kann und darf, seine eigene Zukunft, nicht die seines Landes, über das er nicht zu verfügen hat.

9. Die weitere Vervollkommnung des Völkerrechtes ist von der zunehmenden staatlichen Freiheit zu erwarten.

- Aus dem dargestellten ergibt sich ein höchst einfaches und klares Resultat in Bezug auf die Hoffnungen, die man für eine weitere Ausbildung der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen Staaten vernünftigerweise hegen darf.

Ein gefährlicher Irrthum ist es, dem sich viele hingeben, als könnte das gegenseitige Verhältniss der Staaten jemals im Principe ein anderes werden, als es von je und bis zum heutigen Tage gewesen ist. Die Natur der Dinge ist mächtiger als alle frommen Wünsche und erlaubt weder jetzt, noch wird sie jemals erlauben, dass die Staaten in Freundschaft und Liebe mit einander verbunden oder durch den Gehorsam gegen eine zwingende Rechtsordnung beschränkt sind. Von einer Vervollkommnung des Völkerrechtes kann also in diesem Sinne nicht die Rede

sein, dass jemals die Verhältnisse zwischen Staaten rechtlich oder sittlich geordnet werden könnten, aber wohl in dem Sinne, dass mehr als bisher das wahre Interesse der Staaten, welches ein friedliches Nebeneinanderbestehen erfordert, gewahrt werde, und dass dieses auf berechtigten Eigennutz sich gründende Verhältniss der Ehrlichkeit und Gegenseitigkeit weiter ausgebaut und befestigt werde. Dadurch allerdings liesse sich immer mehr dem Streite vorbeugen oder das rechte Mittel finden, den entstandenen Streit auf eine alle Theile befriedigende Art auszugleichen, und es würden zwar in den grossen Krisen und den Knotenpunkten menschlicher Entwicklung die Fragen der staatlichen Existenz immer wieder auf die Spitze des Schwertes gestellt werden müssen, aber alle irgend vermeidlichen Kriege würden durch kluge Vorkehrungen abgewandt werden können. Denn jetzt werden ohne Zweifel auch solche Kriege geführt, die mit ein wenig mehr Weisheit und gutem Willen oder unter der Voraussetzung vollkommenerer völkerrechtlicher Institutionen hätten vermieden werden können. Wäre es mit einiger Sicherheit zu bewirken, dass die Obrigkeiten, allen eigenen Gelüsten und allem Eigensinn entsagend, rein den Willen des Staates vollzögen, oder dass die Völker, so weit sie durch den Ausdruck ihrer Gesinnung oder durch selbstthätige Theilnahme an der Leitung des Staates auf die Beziehungen des eigenen Staates zu andern einen Einfluss üben, sich nicht von falscher Bequemlichkeit oder von ungestümer Leidenschaft, sondern allein von der Einsicht in das, was die Lage des Staates erfordert, und von patriotischer Bereitwilligkeit dieses zu vollziehen leiten liessen: so würde allerdings das Völkerrecht nicht allein in beständigem Fortschritt ausgebaut, sondern auch stets beobachtet werden; es würde durch Unterhandlung immer das vernünftige Gleichgewicht hergestellt und so der Krieg theils vermieden, theils auf wahrhaft staatliche Weise geführt werden. Denn menschliche Barmherzigkeit, Milde und Freundschaft gilt da freilich in keiner Weise, wohl aber das Friedensbedürfniss des Staates, seine Klugheit, sein Wunsch Vertrauen zu geniessen, seine eigennützige Ehrlichkeit und seine Einsicht in das was Bestand verheisst, also

in das Gerechte. Aber leider sind die menschlichen Zustände weit davon entfernt, dass jene Sicherheit vorhanden wäre, und dieselbe ist immer nur theilweise und mangelhaft erreichbar. Doch besser machen als es jetzt ist lässt sich mancherlei, und darauf allein kann die Hoffnung und das Streben der Verständigen gehen.

Die wichtigsten Bedingungen des Besserwerdens sind folgende: 1) Es muss über die Natur der Beziehungen der Staaten zu einander grössere Klarheit der Erkenntniss und Offenheit in der Aussprache eintreten.

Das Haupthinderniss des Friedens und solcher Institutionen, welche den Frieden verbürgen, ist die mangelnde Einsicht der Menschen in das Gerechte und ihr unzuverlässiger Wille, auch nur das erkannte Gerechte durchführen zu helfen, falls es gegen ihr vermeintliches nächstes Interesse anläuft. Und zwar gilt dieser Vorwurf der mangelnden Einsicht und des ungerechten Willens nicht vorzugsweise den Regierenden und allen, die auf den Gang der staatlichen Action den weniger vermittelten Einfluss haben, sondern er gilt in weit höherem Maasse der durch Antipathien und Sympathien hin und her gezogenen schwankenden Meinung der Massen und derer, die im Namen dieser Massen das Wort in der Oeffentlichkeit führen. Denn durch die unumgängliche Rücksicht auf solche Stimmungen und populäre Tendenzen wird immer noch die Action der Staatsmänner, die allein dem Interesse des Staates dienen sollte, allzu sehr beeinflusst.

Es ist keine Frage, dass auch dort wo eine äusserlich durch den Zwang verbürgte Rechtsordnung nicht vorhanden ist, Gerechtigkeit allein Ordnung, Bestand und Frieden dauernd zu sichern vermag. Will man also Frieden, so muss man das Gerechte wollen; d. h. aber, man muss nicht bloss die Gerechtigkeit im Munde führen, oder die anderen an dieselbe binden wollen, selbst aber dem anscheinend Nützlichen dienen: sondern man muss wirklich gerecht zu sein den Muth und die Entsagung haben und nicht statt der Gerechtigkeit einen anderen Begriff unterschieben. Das Gerechte für Staaten besteht darin, dass

jeder so viel habe und nur so viel beanspruche, als er mit Macht zu behaupten im Stande ist und als dem gegenseitigen Machtverhältniss entsprechend ist, und dass er nach dem gleichen Maasstabe auch dem andern eben dasselbe zugestehe. Dann müsste allerdings jedesmal dem veränderten Machtverhältniss und den veränderten Bedürfnissen entsprechend jeder geschlossene Vertrag als nur relativ und für die bestimmten Umstände gültig beseitigt oder modificiert und durch einen gerechteren ersetzt werden können durch friedliche, auf dem Wege der Unterhandlung zu erzielende Uebereinstimmung. Aber gewöhnlich verstehen die Menschen, durch die ganz verschiedenen Verhältnisse des bürgerlich-rechtlichen Zustandes im Staate und durch ein falsches Gefühl oder ungerechtes Interesse irregeleitet, unter der Gerechtigkeit, die zwischen Staaten gelten sollte, etwas ganz anderes. Gerecht soll es unter allen Umständen sein, dass die bestehenden Verträge unantastbar sein und auf jede Bedingung hin gehalten werden sollen, bis es dem andern beliebt, in die Aufhebung einzuwilligen. Das heisst natürlich theoretisch bloss das Unrecht verewigen wollen, und praktisch bedeutet es, statt auf den Weg der Unterhandlung auf den Weg des Krieges verweisen. Denn wenn ein Staat sich auf den geschlossenen ungerecht gewordenen Vertrag, der ihm etwa vortheilhaft ist, unter allen Umständen sich so stützen darf, als wäre dies sein Recht, so würde er um so eher geneigt sein, seine Zustimmung zu versagen, dass dem andern eine unerträglich gewordene vertragsmässige Last abgenommen werde, und das Resultat könnte kein anderes sein, als dass dieser zur Selbsthilfe und zu gewaltsamem Verfahren gedrängt wird. Schöbe sich nicht diese verkehrte Vorstellung vom Rechte dazwischen, so würde jeder eher zur Unterhandlung geneigt sein und dadurch der Krieg leichter vermieden werden. Innerhalb des Staates liegen die Verhältnisse schon deshalb ganz anders, weil die Haltung des Vertrages erzwungen werden kann; sie soll aber deshalb erzwungen werden, weil die rechtliche Ordnung die *conditio sine qua non* für die Gesellschaft selber und die Erfüllung aller menschlichen Zwecke ist, und weil eine dem formalen Rechte entsprechende

Ungerechtigkeit wegen der Geringfügigkeit der dabei zu befürchtenden Beeinträchtigung der einzelnen gar nicht in Betracht kommt gegen den ungeheuren Werth, den eine ein für alle mal feste Ordnung für alle menschlichen Dinge hat. Zwischen Staaten aber giebt es keine Zwangsgewalt, und wer selber gutmüthig sich dem formalen Rechte fügte, könnte nicht einmal sicher sein, dass der andere nicht im nächsten Augenblick den eben noch für heilig erklärten Vertrag seinem eigenen Interesse zu Liebe bricht; zweitens aber sind die bei Staatsverträgen in's Spiel kommenden Werthe so ungeheuer, dass umgekehrt ihnen gegenüber in vielen Fällen der Werth einer friedlichen Ordnung gar nicht in Betracht kommt.

Aber gesetzt selbst, man liesse es gelten: Gerechtigkeit bedeutete so viel wie Haltung geschlossener Verträge, so ist nicht zu sagen, wie sonderbar die Menschen in ihrem Urtheile über den Inhalt und Werth eben dieser Verträge sich irren können. Und zwar nicht bloss die unverständige Masse, sondern gerade auch die Gebildetsten und Besten aus einer Nation. Einem Menschen ist ein kühles und unparteiisches Urtheil nur da möglich, wo nicht sein eigenstes heiligstes Interesse in's Spiel kommt; denn da erwacht zugleich seine leidenschaftliche Theilnahme, die seinen Blick trübt und seinen Verstand verdunkelt. Nur in Sachen, die einen relativ geringen Werth haben oder nicht den tiefsten Grund der Menschheit aufrühren, darf man an ein richterliches Urtheil appellieren. Aber kein Mensch kann sich von seinem Volke und seinem Staate auch nur in Gedanken so lostrennen, dass er im gegebenen Falle den Wortinhalt eines geschriebenen Paragraphen streng zu erwägen und danach sein Urtheil abgeben könnte. Daher diese wunderbare Verwirrung, die in der öffentlichen Meinung selbst bei den gebildetsten Völkern und in deren edelsten Bestandtheilen über Recht und Unrecht bei Vorgängen zwischen Staaten obwaltet. Wenn Sardinien mitten im Frieden seine kleinen Nachbarn unter nichtigen Vorwänden überfällt und gegen alles Völkerrecht auf revolutionäre Parteien gestützt Fürsten verjagt, mit denen es nicht im Kriege ist, und deren Länder „annectiert“: so thut

es der Meinung nach ganz recht daran; wenn aber Preussen in allen Formen des Völkerrechtes Fürsten, mit denen es sich im Kriege befindet, nach vollständiger Debellation „depossediert“ und deren Gebiet als Eroberung einzieht, so thut es äusserst unrecht daran. Denn Italien ist für andere ganz unschädlich und kann höchstens als Einheitsstaat im Handel ein besserer Kunde werden; Deutschland aber könnte leicht bei zunehmender Macht und Einigung für andere ein gefährlicher Concurrent werden. Wenn Italien hinterlistig mitten im Frieden sich von allen Verträgen lossagt und sich des Eigenthums eines durchaus legitimen Fürsten, des Papstes, dessen volle Souveränität mehr als die irgend jemandes ein europäisches Interesse ist, bis auf seine Schlösser und Möbel bemächtigt, so thut es ganz recht daran; aber wenn Russland einen schon im Anfang widersinnigen, mit der Zeit ganz unerträglich gewordenen Vertrag als nicht vorhanden ansehen zu wollen erklärt, so ist das ein unerhörtes Vorgehen, das zum allgemeinen Umsturz führen müsste. Wenn Frankreich Deutschland angreift, um ihm ein paar durchaus deutsche Provinzen zu nehmen, so ist das zwar bedenklich; aber dem lebenswürdigen, ruhmvollen, geistreichen Franzosen ist dergleichen zu verzeihen, und der Deutsche ist von Alters her dazu da, geplündert zu werden. Wenn aber der angegriffene Deutsche den Franzosen geschlagen hat und nun nicht eher Frieden machen will, als bis er ihn exemplarisch gezüchtigt und sich für die Zukunft vor neuen Angriffen geschützt hat, und wenn er deshalb dem Feinde zwei von Deutschen bewohnte Provinzen abnimmt: so ist das schändlich, ungerecht, höchst empörend. Wozu solche Beispiele häufen, deren jeder Tag neue bringt? „Es kann der Britte gegen den Schotten nicht gerecht sein“, nämlich so lange sie verschiedenen Staaten angehören und wenn es sich um das Interesse der Staaten dreht. Das Vertragsrecht zwischen Staaten hat also schon deshalb keinen absoluten Werth, weil es an jedem unparteiischen Urtheil und an jeder authentischen Interpretation fehlt. Wo es sich aber um die Beurtheilung eines Factums nach Gesichtspunkten des Völkerrechts handelt, fehlt es meist an jedem Mittel, das Factum

zu constatieren und durch regelrechte Untersuchung die entgegengesetzten Behauptungen der streitenden Parteien zu bestätigen oder zu widerlegen, und damit an jedem Material für einen förmlichen Richterspruch. Die Controversen der Staaten eignen sich daher fast nie zu einem eigentlich rechtlichen Verfahren.

Aber gesetzt auch, es sei in einem gegebenen Falle das anerkannte Recht ganz unzweifelhaft vorhanden: wo findet sich ein Schutz für dasselbe? Wer ist jemals dem ungerecht Angegriffenen beigesprungen, es wäre denn, dass er seinen Vorthail dabei fände? Wer hat jemals dem schamlosesten Unrechte zu wehren unternommen, bloss weil es Unrecht war, und auf die eigne Gefahr hin? Alle Tage kommt es vor, dass solche Zusagen, — allerdings von zweifelhafter Vernünftigkeit und die deshalb niemals hätten gemacht werden sollen, die aber doch einmal gemacht sind und für öffentliches Recht gelten — wie z. B. dass man einen etwaigen Streit ehe man zum Kriege schreitet erst einem Schiedsgerichte unterbreiten will, einfach gebrochen werden: wo ist der Arm, der sich zum Schutze solcher rechtlich gültigen Abmachungen erhebt? In der deutsch-dänischen Frage war eigentlich das ganze ausserdeutsche Europa von dem Unrechte Deutschlands, von dem Rechte des kleinen unterdrückten Dänemark überzeugt. Dass eine mächtige Nation unmöglich gleichgültig mitansehen konnte, wie eine Million ihrer Stammesbrüder mit systematischer Tücke in ihrer Nationalität gekränkt wurde, das konnte man im Auslande nicht begreifen. Wo aber blieb der Arm, der dem gezüchtigten Dänemark beigesprungen wäre, trotz aller Sympathien, alles Mitleids und alles gekränkten Rechtsbewusstseins? Ganz Europa war in dem Urtheil einig, dass der Angriff Frankreichs gegen Preussen im vergangenen Jahr nach seinen Motiven und seiner Inscenierung vollkommen unberechtigt war. War aber wohl eine einzige der europäischen Mächte kühn oder rechtsliebend genug, dem ungerecht Angegriffenen seinen Beistand zu leihen? Haben nicht alle, fast ohne Ausnahme, eine geradezu verletzend parteiische Theilnahme für den frechen Angreifer gezeigt und ihm auf jede mögliche Weise Beweise ihrer zarten Sympathieen

gegeben, die ihn freilich nur um so sicherer in völliges Verderben trieben, aber doch auch Deutschland grössere Opfer auferlegt haben? Nein, es ist nicht wohlgethan, in so ernsten Dingen heuchlerisch mit wohltönenden Worten zu spielen. Die Staaten kämpfen nicht für das „Recht“ und nicht für „Ideen“, sondern für ihre Interessen, und sie binden sich an das „Recht“ nur so weit, als ihr Interesse es gestattet. Das soll man aber auch einsehen und von sich nichts anderes aussagen, vom anderen nichts anderes verlangen. Der Kaufmann, mit dem ich ein Geschäft mache, will dabei verdienen; das weiss ich und richte mich darauf ein. Versichert er mich aber, um durch meine etwaige Bethörung um so mehr zu verdienen, er verkaufe mir aus reiner Brüderlichkeit, aus Zuneigung und Menschenliebe, so ist der Kaufmann ein Heuchler und ich bin ein Narr, wenn ich es ihm glaube. Wahrheit und Klarheit allein kann die menschlichen Dinge bessern und die Menschen veredeln; darum, soll es besser werden, so ist es zuerst nöthig, dass die heuchlerische Phrase vom „Rechte“ und von der „Heiligkeit der Verträge“ aus dem Verkehr der Staaten schwinde und auch theoretisch ausdrücklich anerkannt werde, dass das Völkerrecht keine andere Garantie habe, als seinen inneren Werth und seine Uebereinstimmung mit dem für die Selbsterhaltung der Staaten zuträglichen. Nur in dem Falle kann es gelten, wenn die Staatsmänner sich auf den wahren Nutzen ihrer Staaten verstehen und wenn die Bestimmungen des Völkerrechts diesem Nutzen entsprechen.

2) In diesem Sinne muss man das eigentliche Völkerrecht einerseits, das Vertragsrecht andererseits weiter bilden. Man wird vor allem das durch die Natur der Dinge gebotene Gerechte suchen müssen, um es, soweit es noch nicht in der Praxis lebendig geworden ist, theoretisch zu fixieren, die Vorstellungen der Menschen zu bilden und ihren Willen zu entflammen. Dies Gerechte ist auch das wahrhaft Nützliche; aber es ist nicht deshalb gerecht, weil es nützlich, sondern es ist nützlich, weil es gerecht ist. Es ist dies aber nur unter der Bedingung ehrlich eingehaltener Gegenseitigkeit, und nur unter

dieser Bedingung kann deshalb der Staat das an sich Gerechte wollen. Fremde Ungerechtigkeit aber erlaubt ihm nicht, selber an der Gerechtigkeit festzuhalten, wenn er nicht seine Existenz auf's Spiel setzen will. Es giebt kein realeres Wesen und welches mehr auf das Reale hingewiesen wäre, als der Staat; an seiner erbarmungslosen Natur scheitern alle Utopien und gedachten Möglichkeiten. Darum muss man ihm auch nicht zu viel zumuthen. Manches, was sonst sich scheinbar gerecht und zweckmässig ausnimmt, hält doch als allgemeine Regel dem strengen Zwange der staatlichen Lebensbedürfnisse gegenüber nicht Stand. So wird alles internationale Seerecht seine Schranken daran finden, dass eine Vergewaltigung des Privateigenthums zur See eine Lebensbedingung für die Seestaaten ist, die nur dadurch ihrer Macht in Angriff und Abwehr den rechten Nachdruck geben können, dass sie die Herrschaft zur See unbedingt in Anspruch nehmen und durch die Unterbindung seines Handels dem feindlichen Staate die Erneuerung seiner Hilfsquellen zu einem wesentlichen Theile abschneiden. So wird man einem Staate nicht verwehren können, im Kriege die Bürger des feindlichen Staates auszuweisen; es müsste denn der Krieg bloss ein Streit der Fürsten sein, die ihrem Eigennutze nachgehen oder auch das Interesse ihres Staates wahrnehmen, aber so, dass das Volk, das ohne eigenen Entschluss in den Strudel des Krieges hineingezogen wird, sich nicht mit lebendiger Bethätigung daran betheiligt. Ist der Krieg hingegen wahrhaft ein nationaler, so kann der Fall eintreten, dass man in jedem Bürger des feindlichen Staates einen Spion, ein schädliches Element für die volle Entwicklung der eigenen Kraft zu fürchten hat, und niemand darf den Staat tadeln, der solche Ausweisung verfügt, falls er dabei mit der nöthigen Schonung verfährt und zum Ersatze für die zu Kriegszwecken nöthig gewordene Verletzung privater Interessen bereit ist. Niemand ferner kann einem Staate verbieten, barbarische Truppen in's Feld zu führen. Wer will mit Bestimmtheit den Begriff des Barbaren definieren? Soll man mit dem Soldaten, ehe ihm erlaubt wird in's Feld zu rücken, erst ein Examen in der Civilisation anstellen und zusehen, ob er

auch einen Frack mit Anstand zu tragen verstehe? Mit was für Truppen sollte etwa ein Staat wie Russland in's Feld ziehen, wenn nur „civilisierte“ Truppen zulässig wären? So wird auch kein kriegführender Staat sich's nehmen lassen, im occupierten Gebiete Contributionen einzuziehen, um mit den Hilfsmitteln des bekriegten Landes die eignen zu verstärken, u. dergl. m. Wenn wir es dagegen bis auf den heutigen Tag erleben, dass in kriegführenden Völkern die einzelnen in Rohheit und Barbarei gegen einander wüthen, so helfen gegen solche Ausbrüche wüthender Leidenschaft keine Gesetzesparagraphen, und die Hoffnung der Besserung kann man allein auf die fortschreitende Macht der Gesittung begründen. Die Paragraphen selber sind vollkommen machtlos, wenn hinter ihnen nicht die Sitte steht, die sie stärkt. Sitte aber stammt aus Erziehung und Belehrung.

3) Es muss das Völkerrecht mehr und mehr zu allgemein anerkannten Grundsätzen in der Form des Gesetzes durchgebildet werden. Denn wenn die Paragraphen auch an sich machtlos sind, so sind sie deshalb doch nicht werthlos. Es ist die Natur des Völkerrechts, dass es zunächst durch die Erkenntniss des Zweckmässigen und des Gerechten wächst. Denn weil die Staaten, die das Völkerrecht unter sich ausmachen und beobachten, wohl Personen, aber keine Menschen sind, so stammt bei ihnen alles Wollen aus der Einsicht und klaren Erkenntniss, aus den unbewussten Trieben und unmerklicher Gewöhnung nichts. Was die Besten, die Edelsten, die Einsichtigsten zunächst nur theoretisch als der Natur der staatlichen Action entsprechend erkannt und bestimmt haben, das trägt die Fähigkeit in sich, wenn es den wirklichen Verhältnissen entspricht, auch praktische Gültigkeit sogleich oder mit der Zeit zu erlangen; auf keinem Gebiete ist die Ueberzeugung der Besten, wenn sie auf nüchterner Erwägung der Wirklichkeit beruht, mächtiger und einflussreicher. Dass es einen möglichst für alle Fälle ausreichenden Codex des Völkerrechts in allgemeiner Anerkennung gebe, ist ein offenes Bedürfniss aller gesitteten Völker, die in Frieden zu leben wünschen. Nur muss ein solcher Codex sich auf das Gebiet beschränken, das wirklich dem Völkerrechte

im engeren Sinne angehört, und nicht in das durch zeitweilige Verträge jedesmal im concreten Falle zu regelnde eingreifen wollen. Die Grenzlinie ist hier schwer zu ziehen; aber ein gesunder Tact und nüchterne Besonnenheit mag hier die angemessene Entscheidung treffen, und die Wirklichkeit wird die etwa nöthige Correctur schon vollziehen. Ferner darf ein solcher Codex nicht ausser Augen lassen, wie precär alles Völkerrecht ist, und nicht unternehmen wollen, die Staaten absolut und für jeden Fall zu binden. Denn vor der Nothwendigkeit der Selbsterhaltung schwindet alles Völkerrecht.

Der Versuch solcher Codificierung, die nicht bloss das umfasst, was wirklich gilt, sondern auch was gelten könnte und sollte, ist öfters gemacht worden mit verschiedenartigem Erfolge. Der Entwurf, den Grégoire dem französischen Convent unterbreitete, ist durch ein sachgemässes Urtheil dieser Versammlung, die allerdings sonst dem rein phrasenhaften Wesen reichlich gehuldigt hat, in einem lichten Augenblicke beseitigt worden. Bluntschli's „modernes Völkerrecht“ bietet so manches Werthvolle, was sicher dereinst allgemeine Ueberzeugung zu werden berufen ist; der Grundfehler aber ist eine falsche Vorstellung von der Natur des Völkerrechts und die Zurückführung auf sittliche und in strengem Sinne rechtliche Gesichtspunkte. Durchaus das richtige, freilich nicht in genügender allseitiger Durchführung, bietet Alphonse de Domin-Petrushevecz in seinem „Précis d'un Code du droit international“. Auf diesem Wege mag man fortschreiten. Die unendlichen Einzelheiten wird man dem Scharfblick und der Uebung der Juristen überlassen müssen; dann mögen die Diplomaten in ihren Verhandlungen vereinzelt und auf Congressen sich über das anzuerkennende einigen. Was so als allgemeine Ueberzeugung constatiert und verabredet worden ist, wird zwar niemals seiner Ausführung sicher sein; in jedem Falle, wo es mit dringenden Staatsinteressen collidiert, wird es übertreten werden. Aber für den gewöhnlichen Lauf der Dinge und selbst in tief aufgeregten Zeiten bietet es einen Anhalt zur Einsicht in dasjenige was man unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit zu thun und zu

lassen hat und kann dem friedlichen Benehmen zwischen Staaten auch in zweifelhaften Fällen wesentlichen Vorschub leisten.

4) Die Unterhandlungen zwischen den Staaten müssen mit möglichster Offenheit und möglichst unter Controle der Oeffentlichkeit betrieben werden.

In Betreff der Fortbildung des Völkerrechts im engeren Sinne kann man sich frohen Hoffnungen für die Zukunft mit ziemlicher Sicherheit hingeben. Die Einsicht der Menschen wird wachsen, die Kraft der Gesittung wird die bösen Leidenschaften zurückdrängen, und damit wird immermehr das Völkerrecht die Kraft der Gewohnheit und der guten Sitte erlangen, in die sich die Völker und ihre Oberhäupter einleben. Anders steht es mit dem Vertragsrechte. Grade in den durch dieses zu lösenden Fragen, wo es sich also um die Ordnung der vorübergehenden Beziehungen zwischen Staaten handelt, entstehen die schweren Conflict, die immer wieder zum Kriege führen und die ohne allen bösen Willen rein durch die Macht der geschichtlichen Entwicklung sich aus der stetig sich verändernden Lage der Staaten mit Nothwendigkeit ergeben. Den Krieg ein für allemal mit Sicherheit verhindern zu können, ist keine Aussicht vorhanden; das leistet weder ein Gesetz, noch die Einsicht oder der gute Wille einer Person, oder eine noch so vortreffliche Institution. Aber die Kriege zu verhindern bis auf die Fälle der gänzlichen Unvermeidlichkeit, das ist allerdings ein vernünftiges und ein höchst bedeutsames Ziel menschlichen Strebens. Die Vorbedingung dafür ist die, dass der Weg der Unterhandlung immer offen erhalten werde, und dass diejenigen, die die Unterhandlung im Namen ihrer Staaten führen, wirklich nur im Interesse dieser Staaten sich zu verständigen suchen ohne allen persönlichen Eigennutz. Dann würde es die Aufgabe sein, dass man dem berechtigten Interesse des Staates mit voller Einsicht nachgehe und dass man mit aufrichtiger Gerechtigkeitsliebe dem Gegner so viel zugestehe als seiner Macht gebührt, für sich nicht mehr beanspruche, als man nach Verhältniss seiner Macht fordern darf. Das wichtigste Interesse des Staates ist aber in jedem Falle das, Frieden zu haben und den

Krieg zu vermeiden, bis er schlechterdings unvermeidlich wird, und deshalb Zugeständnisse zu machen bis zu der Grenze, wo die Selbsterhaltung des Staates in irgend einem seiner Fundamente bedroht wird. Die echte Politik der Staaten ist immer eine wesentlich friedliche; die falsche Politik der Staatsmänner und die Leidenschaft der Völker führt zuweilen zu kriegerischen Verwicklungen, die mit mehr Einsicht und Besonnenheit hätten vermieden werden können. Insbesondere die Fragen der formalen Ehre und des formalen Rechtes können nur da zum Kriege oder auch nur zur Kriegsdrohung und demzufolge zur Störung der friedlichen Entwicklung dienen, wo sich die Ungeschicklichkeit, die Reizbarkeit, der falsche Ehrgeiz, der nicht der Sache, sondern sich selber dienen will, vordrängt.

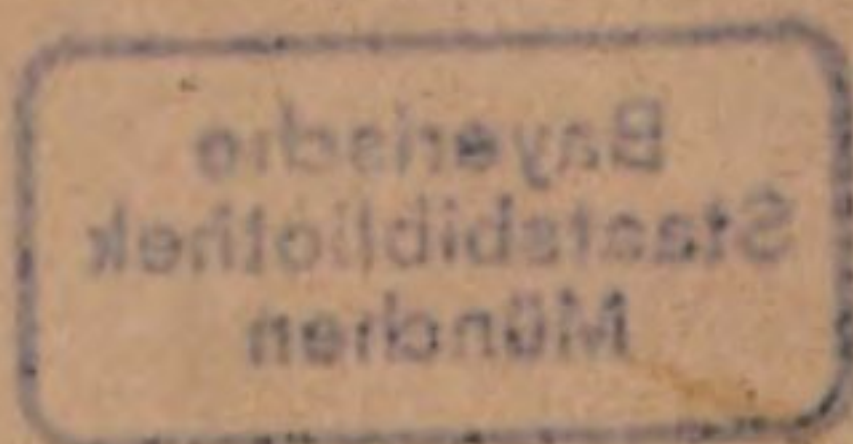
Für friedliche Zustände ist deshalb das meiste gethan, wenn die Staaten so organisiert sind, dass mit möglichster Sicherheit die höchste Obrigkeit gebunden ist, nicht ihre persönlichen Absichten und Interessen, sondern diejenigen des Staates zu vertreten. Die wichtige Entscheidung über Krieg und Frieden freilich in die Hände der Volksmassen zu legen oder auch nur dem Votum einer Versammlung von Volksvertretern anheimzustellen, wäre das allergefährlichste. Denn schwere Irrthümer und heftige Leidenschaften bilden sich in drängenden Situationen unter einer Menge leichter und entschiedener aus als bei einzelnen Menschen, und das Gefühl der Verantwortlichkeit wird viel leichter getragen, wo sich dieselbe auf eine Vielheit vertheilt, als wo man sie allein zu übernehmen hat. Das Wünschenswerthe ist vielmehr, dass der eine, der an höchster Stelle die Action des Staates vertritt, mit dem Wesen des Staates von Natur und Herkommen durchaus verwachsen ist, dass er in seinem Amte für sich nichts eigentlich mehr zu fürchten oder zu hoffen hat, was von dem Gedeihen und dem Interesse des Staates verschieden wäre, und dass er, wo eine Gefahr der Abweichung vorhanden ist, unter der regen Controle der mitwirkenden Staatsbehörden und des gesammten Volkes stehe. Dies alles ist in der constitutionellen Monarchie im höchsten Grade verwirklicht, und diese Verfassungsform mit Ständen, die be-

sonders das Recht der Geldbewilligung und der Controle aller staatlichen Functionen haben, mit einer in freier Erörterung die öffentlichen Fragen behandelnden Presse, mit freiem Gebrauche der andern Mittel, in denen sich die Meinung der Menschen aussprechen kann, giebt daher, wenn sie für die Staaten allgemein herrschend geworden ist, die grösste Gewähr einer wirklich dem Wesen des Staates angemessenen staatlichen Action auch nach aussen. Damit ist dann die Erhaltung des Friedens und die Unterdrückung aller kriegerischen Gelüste der Einzelnen und der Massen so weit als möglich verbürgt. Freilich, ein hohes Maass von sittlicher Tüchtigkeit und von Einsicht wird dabei immer vorausgesetzt, theils damit überhaupt die verfassungsmässige Staatsform bestehen, theils damit sie auch auf dem Gebiete der äusseren Politik ihre Segnungen entfalten kann.

Wenn es zu einem unnöthigen Kriege kommt, so liegt die Schuld wesentlich an schlecht geführten Unterhandlungen, die entweder aus Ungeschicklichkeit oder aus bösem Willen ihren Zweck verfehlt haben. Von höchster Wichtigkeit ist es deshalb, dass gerade die Unterhandlung unter der Controle der öffentlichen Meinung und unter dem Gefühle der Verantwortlichkeit geführt werde. So lange die Interessen der Staaten in der Form der privaten Interessen der Obrigkeiten behandelt wurden; so lange die Cabinetspolitik geheim ihre Wege gieng und von einer öffentlichen Besprechung dieser wichtigsten aller Angelegenheiten kaum die Rede war: so lange hieng vieles von Laune und Charakter maassgebender Persönlichkeiten, vom Einfluss von Frauen und Kammerdienern ab, und der Weg der Intrigue, der Spionage, der Arglist war der am meisten betretene, derjenige, auf dem man am ersten zum Ziele zu gelangen hoffen durfte. Es kommt aber alles darauf an, dass die zufälligen Einflüsse von Persönlichkeiten möglichst wirkungslos werden, die rein sachlichen Momente, die wahren staatlichen Interessen immer kräftiger wirken; nur so kann der Friede durch wirklich vernünftige Verabredungen dauernd und bis an die Grenze der äussersten Krisen gewahrt bleiben. Dazu aber, dass es dahin komme, ist das wichtigste Mittel die Offenheit und die Oeffent-

lichkeit. Es ist durchaus im Interesse des Staates, möglichst das Volk mit seinen Ansichten und Gesinnungen auch für die auswärtigen Verhältnisse zu interessieren; eine Politik ist im freien Staate machtlos, die nicht sicher ist, im entscheidenden Augenblicke bei dem gesammten Volke auf Zustimmung und freudige Unterstützung rechnen zu können. Schon deshalb nehmen mit dem Wachsthum der freien Staatsinstitutionen alle Acte der Diplomatie den Charakter öffentlicher Verhandlungen an. Die Schleichwege der Intrigue und der Hinterlist versprechen immer weniger Erfolg, je weniger die zufällige Stimmung einzelner Personen den eigentlichen Ausschlag zu geben vermag.

Es ist aber auch um so weniger der Mühe werth, solche Mittel zu gebrauchen, je weniger das was man zu thun vorhat, was man anstrebt und bezweckt, verheimlicht zu werden braucht. Was das wahre Interesse eines Staates ist, alles das kann offen eingestanden werden und in vielen Fällen selbst bei Fremden auf Verständniss oder auf Billigung und gerechte Würdigung rechnen. Denn zu dem Grade wenigstens hat doch die Gemeinschaft der civilisierten Völker in Handel und Wandel wie in allem friedlichen Verkehr und besonders in dem steigenden Bewusstsein der gemeinsamen Culturaufgaben zugenommen, dass nicht schlechthin und ohne weiteres ein Volk seinen Vorthail in der Erniedrigung, Verkleinerung oder Verarmung eines andern Volkes findet, sondern dass dieses Aeusserste der gegensätzlichen Tendenzen auf die wenigen Wendepunkte der geschichtlichen Entwicklung im Leben der Völker und Staaten beschränkt ist, wo das durchaus Neue sein Recht auf Existenz zu erweisen und sich seinen Platz in der Welt der Thatfachen durch Gewalt zu erkämpfen hat. Im gewöhnlichen Laufe der Dinge, sobald ein vernünftiges Gleichgewicht einmal hergestellt ist, ist die Befreundung zwischen der Mehrzahl der Glieder des Staatensystems nicht eine blosser Form. Schon der Austausch der Güter erzeugt die Einsicht, dass der Reichthum des Volkes durch den Reichthum des Nachbarn nicht geschmälert, sondern gesteigert wird; hört die gegenseitige wirthschaftliche Absperzung auf, so ist damit eine neue Garantie für dauernden Frie-



den gegeben. Gewiss ist diese Befreundung kein sicherer Grund, auf dem man bauen könnte; sie hält nicht Stich in der schweren Probe, wenn die Interessen der Staaten collidieren und jedes Volk mittelbar für seine Cultur und sein Selbstbewusstsein, unmittelbar für den Staat, der diese Cultur und das Bewusstsein des Volkes von sich schützt, zu fürchten anfängt. Aber so viel bewirkt sie immerhin, dass der kriegerische Wille zurückgedrängt wird bis auf die äussersten Fälle, und dass für die Interessen anderer Staaten sich einiges Verständniss und einige Geneigtheit zu bilden vermag. Es giebt darum keinen besseren Weg der Unterhandlung als Offenheit, die Vertrauen erweckt und mit Vertrauen erwiedert wird.

Zur Offenheit gehört aber auch die Oeffentlichkeit. Denn nehmen einmal alle Stände und Schichten des Volkes einen lebendigen Antheil an dem Gange und Stande der öffentlichen Angelegenheiten; sind alle berufen, die etwaigen Folgen der gescheiterten oder misslungenen Unterhandlung mit ihrem eigenen Gut oder Blut auszugleichen: so gebührt es sich, dass die öffentlichen Geschäfte nicht das Geheimniss einer vornehmthuernden und sich in die Nebel der Phrasen verhüllenden Diplomatie bleiben, sondern dass das Volk eines freien Staates in der Kenntniss der wichtigsten laufenden Fragen erhalten und seine patriotischen Sympathieen erweckt und angefeuert werden. Dazu genügt nicht die nachträgliche Verantwortlichkeit, die von dem Leiter der Geschäfte übernommen wird, indem er nach dem Abschluss der Unterhandlung seine Handlungsweise darlegt; sondern da wo es angeht, — und es geht an in weit mehr Punkten als gewöhnlich zugegeben wird, — soll gleich von vorn herein die öffentliche Meinung theils durch die Darlegung des Thatbestandes richtig geleitet werden, theils eben durch den vermittelt der Mittheilung hervorgerufenen Ausdruck der nationalen Gesinnung kräftige Impulse erhalten. Natürlich ist das nur da möglich, wo man sich seiner Intentionen nicht zu schämen braucht, wo man ein Verständniss für die Zwecke und die dazu gebrauchten Mittel zu finden hoffen darf, also nur einer gebildeten öffentlichen Meinung gegenüber in einem nicht von

wilden Leidenschaften durchwirkten Volke. Denn in einem Volke, das Vernunft anzunehmen nicht im Stande ist, würde es allerdings gefährlich sein. Man muss ferner keine verrottete Institution, keine verlorne Sache, kurz nichts zu schützen haben, worüber das Verdammungsurtheil der Geschichte schon unwiderruflich ergangen ist. Wer den wahren Interessen des Staates nachgeht, wer den in der Zeit und in ihren besten Geistern lebenden Gedanken sich hingeeben hat: der darf sich nicht allein zu seinen Zwecken offen bekennen, sondern auch zu den Mitteln, mit denen er für ihre Erreichung thätig ist. In freien Staaten hört der schmutzige Handel um kleinen Gewinn, um Länder und Güter auf; die gemeinsame Hinterlist gegen dritte oder die Lust sich gegenseitig zu betrügen, ist da nicht mehr am Platze. Nicht die Hinterthüren und die Schleichwege also sind es, die zum Ziele führen, sondern das offene Manneswort und der kräftige Ausdruck für das was man nöthig hat und was man erstrebt. Darum sollen nicht bloss Noten dazu fabriciert werden, um in die Oeffentlichkeit gebracht zu werden, sondern in diesen Noten soll sich auch die wahre Lage des Staates und die wirklich beim Staatsmann vorhandene Auffassung derselben aussprechen. Es gehört allerdings der Muth des charaktervollen Mannes dazu, dass man nicht bloss der flüchtigen Tagesstimmung nachgebe, sondern aus der besser begründeten Kenntniss des Staatsmannes heraus die Menschen zu überzeugen und zu führen wage. Denn allerdings kann nur der Fachmann von Uebung und Erfahrung in der vielfachen Verwicklung des gegenseitigen Verhältnisses der Staaten mit einiger Sicherheit das Rechte treffen, und da auf diesem Gebiete das Handeln so dringend ist und die Entschliessung leicht die äussersten Gefahren mit sich bringt oder verscheucht, so muss hier die Einsicht des Einen, nicht die Meinung der Vielen walten; aber diese Einsicht muss sich mit der Meinung nach Möglichkeit vermitteln, und die Gefahr, dass die abgeneigte öffentliche Stimmung auch wohl einmal dem Thun des Einsichtigen eine Hemmung bereiten könnte, wird tausendfach aufgewogen durch den Gewinn, dass der lebendige Volksgeist mit patriotischer Wärme sich an den

Angelegenheiten des Vaterlandes betheiligt und dass der blosse eigensinnige oder eigennützige Wille in der Führung der öffentlichen Geschäfte nicht aufkommen kann.

In dieser Richtung haben die Staaten seit einem halben Jahrhundert in der That gewaltige Fortschritte gemacht. Was grosse Geister des vorigen Jahrhunderts, Montesquieu, Kant gefordert haben, ist wirklich zum Theil erfüllt: die Offenheit und Publicität der diplomatischen Unterhandlungen, die Controle durch Parlamente, Presse und Volksversammlungen ist in hohem Maasse eingetreten; schlechte Ränke verfehlen ihren Zweck, seit der nationale Geist sich mit Eifer an den staatlichen Dingen betheiligt. Die freie Verfassung, die die meisten Staaten, freilich einige nur der Form nach, angenommen haben, und die die Bürger zur Betheiligung an dem Dienste des Staates heranzieht, giebt die Gewähr, nicht dass die Kriege immer werden vermieden werden, aber wohl dass sie nur im dringenden Falle, nur für die wahren Interessen des Staates und nur mit der Zustimmung der Völker unternommen werden können. Mehr aber kann man nicht hoffen noch erwarten. Der Trost des friedlich Gesinnten ist, dass das Wachsthum der Staaten an innerer Freiheit auch ein Wachsthum an friedlichem Willen bedeutet, freilich nur unter der Bedingung, dass in entsprechender Weise auch die Völker an Einsicht und an Tugenden zunehmen. Denn es genügt nicht, nur die Obrigkeiten einzuschränken, damit nicht an der höchsten Stelle die blosse Laune, die Willkür oder Selbstsucht entscheide; man muss die Staaten auch sichern gegen den Unverstand, den bösen Willen, die Leidenschaft der Massen, und dazu gehört vor allem, dass nur diejenigen Völker freie Institutionen haben, die sie ertragen können, diejenigen aber, die nicht intellectuell oder sittlich gebildet genug sind, um sich zu zügeln, und die Dinge zu verstehen, um die es sich handelt, erst erzogen werden, damit sie zur Freiheit heranreifen. Die bösen Leidenschaften der Massen erzeugen die Kriegsgefahr viel dringender als die Selbstsucht der Herrschenden. So wird auch der Fortschritt der Völker in Zucht, guter Sitte und Bildung dem Frieden zu gute kommen; den

Ungeduldigen aber, dem das zu lange dauert, kann man damit trösten, dass sicher die tüchtigeren Völker auch den besser begründeten und stärkeren Staat haben, dass deshalb die unreifen Völker, wenn die Constituierung der Staaten einigermaßen vernünftig vollzogen ist, wenig Aussicht haben zu siegen und dass sie daher durch die Furcht von übermüthig begonnenen Kriegen werden zurückgehalten werden.

Nimmt nun das Bewusstsein der Gemeinsamkeit der Interessen bei den Staaten zu, wird die Offenheit und die Oeffentlichkeit bei Unterhandlungen zum Grundsatz: so muss 5) noch eine regelmässige Institution hinzu kommen, die der Ausdruck jener Gemeinschaft ist, nämlich regelmässige Versammlungen der Vertreter der Staaten, theils um durch gemeinsame Verhandlung aufgetauchte Fragen und Schwierigkeiten des internationalen Rechts zu lösen, theils um in dringenden Fällen den sich entspinrenden Zwist der Staaten in sie allein berührenden und nur ihr augenblickliches Verhältniss betreffenden Dingen beizulegen. Die Zeit eine solche Institution zu gründen ist dann gekommen, wenn jeder Staat eine nationale Regierung hat, die nicht abenteuernd und schwindelhaft neben den ihrem Staate gewiesenen Wegen ihre eigenen Wege geht, etwa um sich überhaupt zu halten oder ein unverständiges Volk mit der Befriedigung seiner eiteln Gelüste zu ködern und zu beruhigen. So lange es Regierungen von dieser Art giebt, sind allerdings Institutionen der Gemeinsamkeit wie die Diplomatencongresse ein sehr gefährliches Werkzeug in den Händen der Arglist und der Treulosigkeit, und man hat betreffende Vorschläge mit vollem Rechte zurückgewiesen. Aber es ist zu hoffen, dass die Zeit nicht fern ist, wo die Bedingungen so ziemlich gegeben sind, unter denen jene Institution ihre segensreiche Wirksamkeit entfalten kann.

Denn in der That kann sie segensreich wirken. Die Behandlung allgemein wichtiger Angelegenheiten wird bei persönlichen Zusammenkünften im Angesichte der öffentlichen Meinung der verschiedenen Völker schneller und glücklicher von Statten gehen. Indes, man muss sich davor hüten, von sol-

chen Congressen zu viel zu verlangen oder zu erwarten. Eine gewisse Gefahr liegt in ihnen, das ist nicht zu leugnen, und man kann der Institution nur damit das Wort reden, dass sie zugleich doch auch überwiegende Vorthelle bietet. Die Besprechungen der Diplomaten an einem einzelnen Hofe stehen immer unter dem Einfluss eines engeren Kreises von Interessen, sind mehr von der zufälligen Beschaffenheit einiger weniger Persönlichkeiten abhängig. Dagegen Congresse von Diplomaten, in der ausdrücklichen Absicht berufen, vorliegende Fragen von dem Gesichtspunkte des allgemeinen europäischen Bedürfnisses zu erwägen, bringen das gegenseitige Verhältniss der einzelnen Mächte zu deutlicherem Bewusstsein, gestatten alle vorhandenen Wünsche, Tendenzen mit einem Blicke zu übersehen, und geben den gefassten Beschlüssen eine höhere Autorität. Freilich kann so unter Umständen auch die Gefahr eines Ausbruchs beschleunigt werden, aber es werden auch andererseits die Mittel näher gelegt sie zu beseitigen. Der vorschnelle Arm wird leichter zurückgehalten, wenn er den Ausdruck einer von vielen Staaten gebilligten Meinung sich gegenüber findet. Dass aber ein kriegerischer Ausbruch einmal das positive Resultat eines solchen Congresses werden könnte, ist freilich denkbar, um so mehr als es gewiss ist, dass es auch auf einem Congresse nicht immer gelingen wird, vorhandene Streitfragen aus der Welt zu schaffen.

Aber das Eine und sehr Werthvolle werden solche Congresse in jedem Falle leisten können: es kann constatirt werden, welche der noch unentschiedenen Fragen des Völkerrechts dahin gereift ist, dass über sie eine übereinstimmende Meinung der Mächte abgegeben werden kann, die dann als Grundsatz des positiven Völkerrechts zu gelten hat. Um wirkliches positives Völkerrecht zu schaffen oder zu sanctionieren, sind solche Congresse fast das einzige oder doch das wirksamste Mittel und bei weitem zweckmässiger als die langsameren und unsicheren Verhandlungen von Staat zu Staat. Und diese Bestimmungen sind doch von grossem Werth, damit jeder Staat wisse, was er unter der Bedingung der Gegenseitigkeit zu erfüllen habe, um ein

friedliches Verhältniss mit den anderen in jedem Falle zu erhalten und den lästigen Streitigkeiten zu entgehen. Noch besteht das Völkerrecht auch in den Dingen, deren Fixierung am aller-nöthigsten ist, zum grossen Theil aus blossen Ansichten von Gelehrten oder aus Präcedenzfällen und herkömmlichen Uebungen von zweifelhafter Autorität. Die anzustrebende Codificierung, die natürlich die Modificierbarkeit der einzelnen Bestimmungen nach Zeit und Umständen offen lassen muss, kann kaum vorgenommen werden ohne solche regelmässige Zusammenkünfte der Vertreter der Staaten, bei denen alle Interessen sich aussprechen und Berücksichtigung finden können. So kann man die zur Zeit schon lösbaren Probleme sicher abscheiden von dem was zunächst noch frommer Wunsch bleiben muss, und grosse Bestandtheile des Völkerrechts können aufhören, theoretische Sätze zu sein, und anfangen die Action der Staaten thatsächlich praktisch zu bestimmen.

Indessen, es würde alles verdorben werden, wenn man nicht fortwährend die thatsächliche Wahrheit im Auge behielte, dass das dringende Interesse des Staates und seine Noth schlechthin kein Gebot kennt, dass von der Errichtung eines eigentlichen Rechtszustandes über den Staaten und zwischen den Staaten nie die Rede sein kann, und dass man sich damit begnügen muss, nach bester Erkenntniss dasjenige zu fixieren, was, wenn es von allen ehrlich und mit voller Gegenseitigkeit geübt wird, allen nützlich ist.

Was für die Einführung der regelmässig wiederkehrenden diplomatischen Congresse seitens der heiligen Allianz geschehen ist, litt an grossen Gebrechen und war kaum ein Anfang, nicht einmal ein verheissungsvoller Anfang, weil die erste Grundbedingung fehlte, die Reife des öffentlichen Geistes und die bewusste Theilnahme der Völker an der Leitung der staatlichen Geschäfte. Wohl beruhte die heilige Allianz zum Theil auf löblichen Grundsätzen: Ausschluss einer bloss dynastischen und willkürlichen Politik, Hingebung an die wahren Interessen der Völker und der Staaten, Betonung der Gemeinsamkeit zwischen den Staaten des civilisierten Europa. Aber es mischte sich doch

auch viel verkehrtes und einseitiges ein. Einerseits gab man den durchaus irrthümlichen Vorstellungen von einer „Brüderlichkeit“ unter den verschiedenen Staaten allzusehr nach und gerieth in die Gefahr, Uebereinstimmung und Gemeinsamkeit auch da vorzuspiegeln, wo nur der nothwendige und unaustilgbare Eigennutz jedes Staates am Platze ist; andererseits unternahm man es, das Wohl der Staaten zu fördern im bewussten Gegensatze zu jeglichem Streben, die freie Selbstthätigkeit der Völker für diese wichtigsten aller Angelegenheiten heranzuziehen. Endlich lief der ganze Gesichtskreis der grossen Mächte darauf hinaus, dass einmal bestehende Zustände als solche geheiligt sein sollten, so nachweisbar und fühlbar zum Theil auch ihre Unnatur, ihre Unvernunft und Ungerechtigkeit war. Aus falscher Theorie heraus, zum Theil auch wohl aus der Angst des bösen Gewissens versuchte man die inneren Verhältnisse der verschiedenen Staaten über einen Kamm zu scheeren und witterte in jeder gewaltsamen inneren Veränderung eines Staates eine Gefahr für das gesammte System, die man durch thätigen Eingriff abzuwenden streben müsse. Nicht dass man überhaupt in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten intervenierte war das Verkehrte, sondern das man es ohne Noth und dauernden Nutzen um einer falschen Theorie willen that, während doch das wahrhafte Interesse der Staaten, die die Intervenierenden vertraten, zu solcher Intervention nicht drängte. Der Congress von 1856 dagegen und die ihm folgenden sind wirklich segensreich gewesen und haben theilweise einen Anstoss wenigstens zur Fortbildung des Völkerrechts gegeben. Die Erklärung der europäischen Mächte gegen die Kaperei, die allgemeine Annahme der Genfer Convention und das Verbot der explosiven Geschosse unter einem gewissen Gewichte bezeichnen wirkliche Fortschritte des Völkerrechts. Europäische Kriege in der dänischen, der griechischen Angelegenheit sind verhütet worden. Thöricht wäre es zu glauben, dass auf solchen Congressen etwas anderes die Entscheidung gäbe, als die Rücksicht auf den eigenen Nutzen eines jeden; es wäre deshalb viel besser, man liesse die Phrase von einem Recht, das niemand erkennt und niemand zu beob-

achten im Stande ist. Aber ein allgemeiner Weltbrand und selbst das einseitige Vorgehen einer einzelnen Macht ist wirklich mehrmals verhütet worden, indem sich die verschiedenen Mächte ihre gegenseitige Lage, ihre Macht und ihre Bedürfnisse und Tendenzen klar zu machen die volle Gelegenheit hatten. Das mit der Autorität der versammelten Mächte Europas abgegebene Urtheil wird niemals die Geltung eines Rechtsurtheils haben oder auch nur beanspruchen können; aber wohl wird es zeigen, was im vorhandenen Augenblick das Nützliche und Angemessene nicht nach einseitiger, sondern nach übereinstimmender Meinung gewesen ist. Beschleunigt aber die alle Mächte gemeinsam umfassende Unterhandlung im einzelnen Falle die Gefahr und führt sie zum kriegerischen Ausbruch oder bereitet sie ihn vor, so ist auch darin nicht unbedingt ein Uebel zu finden. Denn ein unter solchen Umständen ausgebrochener Streit, wie einst der zwischen Italien und Oesterreich, hat gewiss die Gewähr für sich, dass er schlechterdings nicht zu vermeiden war,* dass er also aus Schwierigkeiten der Lage hervorgegangen ist, die weder länger ertragen, noch durch friedliche Mittel beseitigt werden konnten. In diesem Falle wird aber jeder Verständige, auch der am friedlichsten Gesinnte, den acuten Ausbruch einem langsam sich hinschleppenden Siechthum vorziehen. Denn jener mag noch in engere Grenzen gebannt werden können; bei diesem ist aber die Gefahr vorhanden, dass es allmählich das ganze System der Beziehungen von Staat zu Staat anfresse und unterwühle und einen Brand veranlasse, der aller Mittel ihn einzuschränken spottet und räumlich und zeitlich in's ungemessene sich erstreckt.

6. Um Handel zwischen den Staaten von geringerem Anlass, bei denen es sich nicht um die Existenzbedingungen, sondern mehr um formale Beziehungen handelt, davor zu bewahren, dass sie nicht ausarten, genügt zuweilen der schiedsrichterliche Ausspruch eines Unparteiischen. Da solche Handel immer vorkommen und insbesondere da gefährlich sind, wo sonst schon ein Grund zur Verstimmung und eine Spannung vorhanden ist, so wäre es ein Mittel den Frieden zu wahren, wenn das Schiedsgericht

zwischen Staaten als eine ständige Institution in Function verbleiben könnte. Der Plan ist gewiss kein utopischer, vielmehr durchaus realisierbar und zwar bei einigem guten Willen und einigem Geschick in unmittelbarer Gegenwart realisierbar. Aber man muss nur sich der Grenzen bewusst bleiben, innerhalb deren von einem Schiedsgerichte zwischen Staaten überhaupt die Rede sein kann. Weder das Gericht anzurufen, noch sich seinem Urtheil zu unterwerfen kann ein Staat gezwungen werden; nur über freiwillig es Anrufende spricht es, und seine Entscheidungen können nur den Werth eines freundlichen Rathes haben. Die Sitte und der Gebrauch müsste was es Missliches und Peinliches für die Staaten hat, einen guten Rath vergebens anzubieten oder gar ihn verwerfen zu sehen, überwinden lehren. Ferner kann ein Schiedsgericht nur da functionieren, wo ihm allgemein anerkannte völkerrechtliche Sätze und Gebräuche einen sicheren Anhalt für sein Urtheil geben und wo es gilt, trotz eines verdunkelten oder gar nicht aufhellbaren Thatbestandes ein durch Leidenschaft nicht irregeführtes Urtheil abzugeben, wie wohl nach dem unparteiischen Urtheil des Verständigen die Sachlage am wahrscheinlichsten aufzufassen sei und welche Folgen für die Handlungsweise der Betheiligten sie nach sich ziehen müsse. In allen den Fragen aber, die rein singulärer Natur sind und nur einer bestimmten Situation zwischen den Streitenden entspringen, kann von einem Schiedsgerichte gar nicht die Rede sein, sondern nur von einer Vermittlung, und auch von dieser nur, wenn eine der beiden Parteien oder beide sie anrufen oder gestatten.

7. Mit alledem ist freilich das Problem, die Gefahr des Krieges in jedem Falle abzuwenden, immer noch nicht gelöst. Dies Problem ist aber auch durch keine Vorkehrungen irgend welcher Art lösbar, auch abgesehen von den in der Natur des Staates liegenden Gründen schon wegen der zufälligen Beschaffenheit bestimmter Staaten, Völker und Obrigkeiten. Denn keineswegs schreiten alle Staaten gleichmässig fort in freier Verfassung und sittlicher Bildung des Volksgeistes. Auch unter den civilisirtesten Völkern giebt es solche, deren Temperament

in der Aufregung sie zu bestialischen und brutalen Thaten hinreisst, so dass die nüchterne Erwägung dessen, was das Interesse des Staates erfordert und was andererseits gegen alle Menschlichkeit und gegen die Natur der Sache ist, gegen die wilde sinnlose Wuth und den blinden fanatischen Hass nicht aufkommt. Sehen wir doch, wie ein Volk, das sich rühmt, der Welt die Fackel des Lichts vorzutragen und den Anstoss zur Befreiung des Menschengeschlechts von seinen Tyrannen gegeben zu haben, trotz alledem unter einem dem Wesen nach uneingeschränkten Despotismus leben konnte als unter der einzigen Regierungsform, die überhaupt die von falschen Wahnvorstellungen unter dem Namen von Ideen und Idealen erhitzten Köpfe zu bändigen und den Staat vor dem Bürgerkriege zu schützen vermochte. Solch ein Despotismus aber wird immer geneigt sein, auch das Widerstaatliche und Widersinnige zu thun, um den verkehrten Begierden der Unterworfenen zu schmeicheln und das eigne Dasein zu fristen. Dies ist indes nur einer der vielen möglichen Fälle; die hohe Civilisation ist überhaupt kein sicherer Beweis für politische oder sittliche Tüchtigkeit eines Volkes. Es bietet die Geschichte unausgesetzt das Schauspiel von dem Aufsteigen des einen, dem Sinken des anderen Volkes nicht bloss an äusserer Macht, sondern weit mehr an wahrer Gesittung, Religiosität und echter Freiheit. Damit ist denn auch immer die Möglichkeit gesetzt, dass nicht das Interesse des Staates, sondern die Verkehrtheit der Menschen, der Obrigkeit oder des Volkes oder beider zusammen, die Leitung der äusseren Verhältnisse des Staates bestimmen und dass auch ohne zwingende Nothwendigkeit der Krieg gesucht werde, schon um in dem äusseren Lärme des Kampfes, im Glanze des etwaigen Sieges das Gefühl der inneren Leerheit zu übertäuben und die Unruhe des bösen Gewissens, das auch ein ganzes Volk haben kann, die Angst des Verfalles und den inneren Zwiespalt zu vergessen. Dagegen giebt es überhaupt kein Mittel; den Krieg völlig verhindern zu wollen ist schon deshalb rein unmöglich.

Dagegen giebt es allerdings perpetuierliche Anlässe des Krieges, die man wohl aus dem Wege räumen kann. Kein Wort

ist wahrer, als dass es ein Verbrechen ist schwach zu sein, d. h. schwächer als man zu sein nöthig hätte. Denn der Schwache fordert in den politischen Verhältnissen den Starken durch sein blosses Dasein heraus, nicht bloss weil er ihn in Versuchung führt, sondern weil der Schwache durch seine Schwäche gezwungen ist ungerecht zu sein. Er muss nämlich als Staat verlangen, jedem andern Staate coordiniert zu sein, — das liegt in seinem Begriffe, — und macht damit auf Berücksichtigung, auf Achtung seiner Interessen und vermeintlichen Rechte Ansprüche, die zu seiner realen Bedeutung und zu seiner Macht im schneidendsten Widerspruche stehen. Aber andererseits hat jeder Staat, auch der grösste, eine expansive Tendenz; denn so gross und reich er ist, so hat er immer doch Bedürfnisse, die noch nicht befriedigt sind, und bedarf nach dieser oder jener Seite hin einer Ergänzung seiner Hilfsquellen. Der starke Nachbar setzt dieser Expansion Grenzen, die respectiert werden müssen, weil sie nur um den Preis des Krieges mit Einsetzung der Existenz überschritten werden können. Der schwache Nachbar aber reizt den Appetit und wird sicher verschlungen werden, wenn er sich ernstlich dem grösseren in den Weg stellt und nur sonst die Gelegenheit gut ist. Kleine Staaten, — wir reden nicht einmal von Kleinstaaten, denn diese sind niemals Staaten gewesen, sondern immer nur durch eine Fiction für solche angesehen worden, wenn's passte, — kleine Staaten sollten also gar nicht vorhanden sein; denn sie sind eine Gefährdung des Friedens, der Zankapfel der Mächtigen, der natürliche Anlass und Schauplatz der Kriege und durch ihre blosse Existenz gedrängt, durch rastloses Intriguieren die Grossen, die ihnen schaden könnten, zu trennen und uneinig zu erhalten.

Welche Staaten klein genannt werden dürfen, das ergibt sich aus dem Zusammenhange der Glieder eines Staatensystems. Die Grösse misst sich an der Widerstandskraft. Im griechischen Staatensystem mochte ein Staat ein Grossstaat sein, der unter den europäischen Staaten dieses Jahrhunderts gar nicht mehr in's Gewicht fällt. Im siebzehnten Jahrhundert konnte das kleine Holland, im achtzehnten das kleine Preussen den Rang einer

Grossmacht behaupten. Gegenwärtig sind die Anforderungen an militärischen Aufwand allein so gross, dass ein Staat, dessen Mittel zum Aufbringen eines gewissen Maasses von Widerstandskraft nicht ausreichen, doch keine Aussicht hat, zu bestehen. Darum ist es eine sehr natürliche Erscheinung, dass die Gegenwart zur Bildung grosser und umfassender Staaten neigt, nicht zum Nachtheil, sondern zum allergrössten Vortheil des friedlichen Zustandes. Für die kleinen Staaten bleibt nichts übrig, als entweder unter sich ein föderatives Band zu stiften auf dem Grunde der Gleichheit, oder sich einem mächtigeren Staate anzuschliessen unter dessen Hegemonie, oder auch, wo die Existenz eines solchen Staates in voller Unabhängigkeit ausnahmsweise ein Bedürfniss des ganzen Staatensystems ist, sich eines Theils seiner staatlichen Souveränität zu begeben und sich neutralisieren zu lassen, d. h. auf eine eigentliche auswärtige Politik zu verzichten. Immerhin ist die Neutralisierung etwas precäres; denn es bleibt fraglich, ob sie sich im dringenden Conflict Anerkennung bewahren wird. Andererseits ist jede Föderation nur möglich, wo eine Gleichartigkeit der Bildung und des Charakters zwischen den einzelnen Gliedern, die sie bilden sollen, vorhanden ist; glücklicherweise sind thatsächlich die Hauptsprachen nicht so verschieden an Umfang ihres Gebietes, dass nicht eine gewisse Gleichartigkeit der Staaten entstände, wenn jeder Hauptsprache ein eigener Staat entspräche. Eine scandinavische Union wäre ein Gewinn für ganz Europa. Liesse sich das Problem lösen, die widerspenstigen Nationalitäten Oesterreichs auf dem Boden einer föderativ-monarchischen Verfassung zu einigen, so wäre der Gewinn noch grösser. Die Entwicklung des türkischen Reiches auf dieselbe Bahn gelenkt würde vielleicht eine gewaltsame Lösung der orientalischen Frage überflüssig machen. Wie viel oder wie wenig aber auch in dieser Beziehung gelingen mag, in jedem Falle wird auch bei der günstigsten Entwicklung genug zu thun übrig bleiben, und an Anlass, ja an Nöthigung zum Kriege wird es nicht fehlen, so lange es verschiedene Sprachen und verschiedene Staaten giebt.

8. Die Aufgabe kann somit immer nur die sein, unnö-

thige Kriege zu verhüten, solche, welche durch die Leidenschaft und die Selbstsucht der Menschen entstehen, nicht aus der Natur der Staaten in ihren geschichtlich gegebenen Verhältnissen. Zu diesem Behufe ist es vor allem nöthig, dass die Menschen besser und besonnener, die Verfassungen der Staaten freier werden. Aber ein Weiteres ist nöthig, nämlich dass die Staaten alles Mögliche thun, um ihre Macht zu entwickeln. Ein möglichst grosses Heer mit möglichst intelligenten Kriegern, möglichst gebildeten Officieren und mit allen Hilfsmitteln ausgestattet, welche Wissenschaft, Reichthum, Uebung verschaffen kann, giebt die Sicherheit, dass man nicht leichtsinnig wird angegriffen werden. Man nehme die immer schlagfertigen Armeen aus der Welt und der Krieg würde ebenso unablässig zwischen den Staaten wüthen, wie im Mittelalter, ehe es stehende Armeen gab, zwischen den Gliedern des Staates die Fehde. Einen dauernden Friedenszustand verbürgen allein die stehenden Heere; ohne sie ist ein Zustand des Gleichgewichts nicht möglich, darum auch keine eigentliche Unterhandlung, keine Ehrlichkeit und Gegenseitigkeit. Das Institut der stehenden Heere rettet allein die Welt vor der Barbarei. In der Culturwelt können die Heere immer nur vergrössert, nie verkleinert werden. Sie werden wachsen bis an die äussersten Grenzen der Möglichkeit, bis dahin wo es nicht mehr möglich ist, die Mittel für ihren Unterhalt aufzubringen und wo ihre Existenz die productive Kraft der Nation nicht sowohl schützt als untergräbt. Darum ist das Problem, den Krieg zur Ausnahme, den Frieden zur Regel zu machen, identisch mit dem Problem, die Heere möglichst gross und doch zugleich möglichst billig zu machen. Dies Problem ist lösbar nur so, dass eine stehende Armee, grade gross genug um den Rahmen für die Erweiterung abzugeben, hinter sich ein ganzes bewaffnetes Volk habe, so dass alle körperlich Tüchtigen von Jugend auf in den Waffen geübt, eine kurze Zeit in der eigentlich militärischen Technik ausgebildet, bis zu den Jahren des Alters bereit stehen, des Vaterlandes Macht im Kriegsfall zu verstärken. Es muss ferner in aller Weise darauf Bedacht genommen werden, dass das Institut der Armee, durch welches jeder

gesunde Mann hindurchgehen muss, nicht als eine bloss leidige Nothwendigkeit erscheine, die man tragen müsse um der Unvollkommenheit der menschlichen Zustände willen, die aber an den productiven Kräften der Nation zehre: sondern dass es zugleich die segensreichen Folgen habe, die es offenbar haben kann, nämlich dass der Aufenthalt in der Armee eine Schule der auch für das friedliche bürgerliche Leben nützlichen Kenntnisse, eine Bildungsstätte in Zucht und guter Sitte, in pietätvoller Liebe für's Vaterland, in äusserer Sauberkeit, in Gewandtheit und Pünktlichkeit, in Gemeingeist und Opferwilligkeit, kurz eine Anleitung zu körperlicher und geistiger Gesundheit werde. Wird das Heeresinstitut mit Rücksicht auf diese Punkte ausgebildet, so wird der Segen, den es unter dem Volke verbreitet, bei weitem alle seine Nachtheile überwiegen und die scheinbar der Volkswirthschaft entzogenen Kräfte hundertfach ersetzt derselben zurückgegeben werden. Ein Heer in diesem Sinne hat vor allem Preussen geschaffen und auf das unter seiner Leitung constituirte Deutschland übertragen; die Grundzüge dieses Institutes werden unvergänglich bleiben, wenn auch in einzelnen Punkten das minder dringende Bedürfniss, die vergrösserte Sicherheit oder die fortschreitende Volksbildung eine Umbildung in dem Sinne zulassen mag, dass der Friedensstand kleiner und die Präsenzzeit kürzer wird für solche, die nicht freiwillig länger bleiben. Die Verkürzung der Präsenzzeit könnte wohl noch ausgedehnter als jetzt als Prämie für gutes Betragen und gute Leistungen, für Kenntnisse, Bildung und Anständigkeit eintreten. Die Hauptsache aber bleibt, dass die Officiere fachmässig gebildet seien, die höheren Officiere ausserdem ausser der mathematischen und naturwissenschaftlichen eine universelle sprachliche, philosophische und historische Bildung haben und dass die Masse durch eine gute Volksschule gegangen sei, deren Resultate während der Zeit des Waffendienstes weiter ausgebaut werden. Die historischen Thatsachen sprechen dafür, dass unter sonst gleichen Bedingungen dasjenige Volk, welches die besseren Universitäten, die besseren Laboratorien und Volksschulen hat, auch das militärisch tüchtigere und stärkere ist. Die Stärke eines Volkes

im Kriege ist überhaupt nur der Ausdruck für seine sittliche und intellectuelle Tüchtigkeit und für die Gesundheit seiner Institutionen in Haus, Gemeinde und Staat.

Da die gegenseitigen Verhältnisse der Staaten in letzter Instanz nur durch die Macht zu regeln sind und zwischen den Staaten der Kampf um's Dasein unwiderruflich herrscht: so können nur diejenigen Staaten auf Dauer rechnen, die ihre Macht im grössten ihnen möglichen Maassstabe entwickeln und deren Hilfsmittel bei solcher Anspannung ausreichen, die nöthige Widerstandskraft zu bewähren, also nur Staaten, die ein gewisses Minimum von Gebiet und Menschenzahl umfassen, und die die allgemeine Wehrpflicht einzuführen und zu ertragen im Stande sind. Die allgemeine Wehrpflicht erweist ihre Vernünftigkeit und Gerechtigkeit auch darin, dass sie mit Nothwendigkeit für alle Staaten, die frei bleiben wollen, eingeführt werden muss, sobald ein einzelner Staat darin vorangegangen ist; aber sie ist zugleich die sicherste Bürgschaft für den Frieden. Eine Berufsarmee oder ein Heer aus Söldlingen steht immer den Herrschenden für jede ihrer Launen zu Gebote; ein bewaffnetes Volk kann nur für die wahren und für die höchsten Interessen des Vaterlandes in Action gesetzt werden. So muss alle blosse Cabinetspolitik aufhören, und eine wahrhaft volksthümliche Politik wird die Grundbedingung der staatlichen Existenz. Eine solche Politik ist aber immer eine friedliche Politik ihrem Grundsatz nach, und das allein vernünftige Ziel ist damit erreicht, nämlich dass der Krieg auf den Fall der äussersten Nothwendigkeit eingeschränkt wird, weil ihn überhaupt zu verhüten etwas schlechthin unmögliches ist. Denn wie weit man sich auch das Völkerrecht und die Kunst der Unterhandlung mit ihren Institutionen fortgeschritten denken mag: das Wesen des zwischen den Staaten vorhandenen Verhältnisses bleibt immer der Zustand der Nothwehr; die friedlichen Ausgleichungen und ihre Hilfsmittel, die Befreundung und die Gemeinschaft des gleichen Strebens, bleiben immer nur das Accidentielle, und in jedem Falle muss man sich, auch wo man von dem wohlverstandenen Interesse des fremden Staates nichts zu fürchten hätte, auf den etwaigen Unverstand seiner Lenker,

auf die Leidenschaften des Volkes und auf allerlei verwirrende Zwischenfälle einrichten und bereit sein, jeder Gefahr mit Macht zu begegnen.

Gerade so wie eine die möglichste Machtentwicklung gestattende Heereseinrichtung die sicherste Bürgschaft für den Frieden ist, so ist keine grössere Gefahr für den Frieden der Welt denkbar, als die Realisierung des immer wieder auftauchenden Projectes einer allgemeinen Entwaffnung. Denn so liegen die Dinge, dass die Macht nur durch die Macht im Schach gehalten wird; so wie die Furcht vor der fremden Macht aufhört, hört auch jede Möglichkeit der Unterhandlung und des Friedens auf. Die Stimme des Unterhändlers hat nach vernünftiger Ordnung nur dann den rechten Einfluss, wenn hinter ihr die nöthige Anzahl von Bajonetten und Kanonen steht, um ihr Respect zu verschaffen. Der Staat, der nicht zu fürchten braucht, würde geradezu verpflichtet sein, alles ihm Nützliche zu nehmen, was er ohne Gefahr bekommen kann, und da Streitfragen zwischen den Staaten unabänderlich und unvermeidlich entstehen, so hörte mit der Rücksicht auf fremde Macht überhaupt die Möglichkeit einer Rücksichtnahme auf. Denn nach abstracten und formalen Gesichtspunkten des Rechts können Staaten schlechterdings ihre gegenseitigen Verhältnisse nicht regeln, und die Gerechtigkeit fordert grade, dass jeder so viel habe, als er mit Macht behaupten, so viel erlange, als er mit Macht erringen kann. Mit treffendem Wort antwortete Mirabeau einer Deputation von Quäkern, welche mit der Petition kam, durch Entwaffnung den Frieden zu sichern: „Die Schwäche ist es, die den Krieg hervorruft; ein allgemeiner Widerstand würde der allgemeine Friede sein“. — Abschaffung der stehenden Heere würde ganz gewiss den Krieg aller gegen alle zur augenblicklichen Folge haben und sogar die inneren Zustände der Staaten unheilbar zerrütten. Man wäre augenblicklich in das Mittelalter zurückgeschleudert. Die Errichtung einer festen staatlichen Gewalt und die Sicherung des Friedens im Innern war nur vermitteltst der stehenden Heere möglich, die eine unendlich überlegene öffentliche Gewalt allen Unterthanen gegenüberzustellen erlaubten. Die Kriege würden

wieder Vernichtungskriege werden; es würden ungeordnete, undisciplinierte Haufen wider einander losgelassen werden; nicht die organisierte Kraft der Staaten, sondern die wilde Leidenschaft der Racen würde auf dem Schauplatze erscheinen, und aller Gewinn der staatlichen Bildung, alle Vervollkommnung des Völkerrechts wäre dahin.

Kaum anders würde eine theilweise Entwaffnung wirken, die auf gegenseitiges Einverständniss hin unternommen wäre. Erstens würde sie den inneren Zusammenhalt der kriegerischen Verfassung lockern und dem Staate nicht bloss vorübergehend, sondern dauernd einen Theil der Kraft rauben, die er doch immer präsent haben muss, weil er nicht wissen kann, wie bald er ihrer benöthigt sein wird. Zweitens aber lässt sich eine solche Verabredung gar nicht ernstlich innehalten. Kein einzelner hat über die Maassregeln des andern eine sichere Controle und weiss, ob dieser die versprochene Entwaffnung auch nicht bloss scheinbar und nicht in ungenügendem Maasse wirklich durchführt. Jeder muss vom andern fürchten, dass ihm eine blosse Falle gelegt und eine Hinterlist bereitet wird, damit er bei einem zu erwartenden Conflict nicht seine volle Macht beisammen habe. Die Furcht vor fremder Arglist würde somit, auch wenn sie nicht begründet wäre, nothwendig wieder Arglist zur Folge haben; eine allgemeine Confusion, ein Misstrauen würde entstehen, welches nur um so sicherer zum Kriege führen müsste. Man muss also solche Träume schlechthin fahren lassen. Die Menschen, welche nur auf ihre Bequemlichkeit sehen und die möglichen Verwicklungen und Gefahren der Zukunft nicht schätzen, meinen es besser zu haben, wenn der Aufwand an Menschen- und Capalkraft, den die Heere erfordern, nicht gemacht würde. Es gehört aber wenig Nachdenken dazu, um einzusehen, dass die durch ein starkes Heer erzeugte Sicherheit einen Werth vertritt, der durch keinen auch noch so starken Aufwand für das Heer zu theuer erkaufte wird. Auch wer in Kauf und Verkauf, in der Mehrung und im Genuss der materiellen Güter den Sinn des Lebens findet, sollte sich bewusst bleiben, dass diese ganze Thätigkeit nur möglich ist unter der Vor-

aussetzung, dass der Staat gesichert und stark genug ist, um die durch den Einbruch des Fremden entstehenden Störungen und Verluste der bürgerlichen Gesellschaft abzuwehren und das Gelüste des Fremden nach Raub und Plünderung in Schranken zu halten.

Europa darf künftig mit grösserer Zuversicht auf eine Aera dauernden Friedens hoffen als früher. In Deutschland und Italien sind die unvernünftigen Zustände einer sich souverän dünkenden Vielstaaterei weggefallen und grosse Nationalstaaten entstanden, die sich selber genügen. Besonders die im rechten Maasse föderativ gestaltete Constituierung eines neuen Deutschlands, die doch alle specifisch staatlichen Functionen auf eine mit den genügenden Attributen ausgestattete Centralgewalt überträgt, ist eine Bürgschaft des europäischen Friedens. Hier haben wir ein wahrhaft gebildetes Volk, ein echtes, nur zu defensiven Zwecken, zu diesen aber auch mit vollkommen genügender Kraft verwendbares Volksheer, eine freie, auf der Selbstthätigkeit jedes Mannes beruhende Verfassung. Nicht leicht kann Deutschland einen Krieg wollen, nicht leicht kann Jemand den Krieg gegen Deutschland oder auch einen Krieg trotz Deutschlands wollen. Das Centrum Europas vermag, nachdem es seine natürliche Schwerkraft wieder erlangt hat, die streitenden Parteien auseinanderzuhalten und durch sein Ansehen den Streit zu mässigen und in Schranken zu bannen. Der alte Unruhistifter, der Anspinner aller bösen Ränke ist zur Ruhe verwiesen, nach aller menschlichen Ansicht für geraume Zeit. Es ist mit voller Sicherheit darauf zu rechnen, dass das neue Reich zu jedem guten, den Frieden fördernden Werke seine Hilfe und seinen starken Arm reichen wird. So bleibt demjenigen, der den Frieden liebt, nur noch der eine Wunsch: Gott segne das in alter Herrlichkeit wiedererstandene neue deutsche Reich mit allen seinen Gliedern, mit aller Mannigfaltigkeit seiner Bildung und Gesittung! Gott segne den heldenmüthigen Kaiser und König, Wilhelm den Deutschen!

Anmerkungen und Belegstellen.

Ammerungen und Belegstellen.

Zu S. 9—12. Ueber den Universalstaat.

J. G. Fichte, Reden an d. deutsche Nation. Werke. Bd. VII. S. 467.

„Wage man es endlich auch noch das Traumbild einer Universalmonarchie . . . in seiner Hassenswürdigkeit und Vernunftlosigkeit zu erblicken! Die geistige Natur vermochte das Wesen der Menschheit nur in höchst mannigfaltigen Abstufungen an Einzelnen, und an der Einzelheit im Grossen und Ganzen, an Völkern, darzustellen. Nur wie jedes dieser letzten, sich selbst überlassen, seiner Eigenheit gemäss, und in jedem derselben jeder einzelne jener gemeinsamen, so wie seiner besonderen Eigenheit gemäss, sich entwickelt und gestaltet, tritt die Erscheinung der Gottheit in ihrem eigentlichen Spiegel heraus, so wie sie soll; und nur der, der entweder ohne alle Ahnung für Gesetzmässigkeit und göttliche Ordnung, oder ein verstockter Feind derselben wäre, könnte einen Eingriff in jenes höchste Gesetz der Geisterwelt wagen wollen. Nur in den unsichtbaren und den eigenen Augen verborgenen Eigenthümlichkeiten der Nationen, als demjenigen, wodurch sie mit der Quelle ursprünglichen Lebens zusammenhängen, liegt die Bürgschaft ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Würde, Tugend, Verdienstes; werden diese durch Vermischung und Verreibung abgestumpft, so entsteht Abtrennung von der geistigen Natur (,) aus dieser Flachheit, aus dieser die Verschmelzung aller zu dem gleichmässigen und aneinanderhängenden Verderben.“ —

Ancillon, tableau des révolutions du système politique de l'Europe. Tome I. p. 68. „Eine Universalmonarchie würde ohne Widerspruch ein grosses Uebel sein . . . Sie würde nothwendig die Unterdrückung der Völker zur Folge haben, und der schreiendste Missbrauch der Gewalt würde von der Ausübung derselben unabtrennbar sein. . . . Mit dem nationalen Staate würden die Charaktere und die Persönlichkeit aller Nationen erlöschen.“ —

Anselm v. Feuerbach, die Weltherrschaft das Grab der Menschheit. Kleine Schriften. Nürnberg 1833. S. 38. „Damit aber ein jedes Volk sein ihm eigenthümliches Leben frei entwickele, damit sein ihm eigener Geist auch in einem ihm eigenen Körper wirke, die Volkspersönlichkeit sich

durch diesen Körper in Kraft und Handlung offenbaren möge: so gehört wie jeder Seele ihr Leib, so jedem Volke auch sein besonderer Staat. Darum ist Selbstständigkeit der Völker souveräne Freiheit der Staaten, in welchen sie leben, als erste Bedingung alles eigenthümlichen Seins, das heiligste Palladium der Menschenwürde und der Persönlichkeit eines jeden Volkes, welches mit den höchsten Aufopferungen nicht zu theuer erkauft werden kann.“ — Aehnlich *H. G. Tzschirner*, Ueber den Krieg. Leipz. 1815. S. 69 ff. — *Lotze*, Mikrokosmos, Bd. III, S. 441. „Auch die Völker sollen nicht nur charakterlose Beispiele menschlicher Gemeinschaft überhaupt sein, die ohne Schaden in die Eintönigkeit einer allgemeinen Gesellschaft verschmelzen könnten, sondern jedes hat eigenthümliche Formen seines Lebens aus sich selbst zu entwickeln. . . . So wenig aber, wie zu wünschen, ist jene Verschmelzung zu erwarten.“ —

Joh. v. Müller, Darstellung des Fürstenbundes. Sämmtl. Werke. Thl. IX. S. 27. „Hingegen verhält sich jenes herkulische Mittel der Verzweiflung, die Universalmonarchie, zu allen diesen Uebeln, wie zu Krankheiten der Tod.“ — *Bülow*, Encyclopädie der Staatswissensch. Leipz. 1832. S. 225 ff.

H. Luden, Handbuch der Staatsweisheit od. der Politik. Jena 1811. S. 15. „Da Cultur nur möglich ist im Staate, folglich Eigenthümlichkeiten der Cultur nur in verschiedenen Staaten: so ist es klar, dass es nothwendig verschiedene Staaten neben und nacheinander geben müsse und zwar wenigstens so viele als es Volksthümlichkeiten giebt. S. 53. Ein Staat, dessen Bürger Staaten wären, ist nicht möglich, weil es an der Gewalt fehlt.“ — *C. v. Rotteck*, (Rotteck u. Welcker's Staatslexicon, 2. Ausg. Bd. VIII. S. 381 und Bd. V. S. 197). — Ueber Dante's Ideal von einer Weltmonarchie vgl. *Förster*, der Staatsgedanke des Mittelalters. Greifswald 1861. S. 18 ff.

P. A. Pfizer, (Rotteck u. Welcker, Staatslexicon, s. v. Ewiger Friede, 2. Aufl. Bd. IV. S. 561 ff.) Der Universalstaat wäre nur möglich als Universalmonarchie. Diese müsste bei fortgesetzter Dauer entweder so kraftlos werden, dass sie sich von selbst auflöste, oder so despotisch, dass die Völker sie nicht mehr ertragen. Das einzige Mittel zur Handhabung des ewigen Friedens bleibt immer nur der Krieg. — *Laurent*, Hist. du droit des gens. Tome I. 2. éd. Brüssel 1861. p. 42. „Wehe den Völkern, wenn sie einer solchen Macht unterworfen wären, dass sie selbst die Vorstellung des Widerstandes aufgeben! Das hiesse einfach das Grab der Menschheit. Friede würde in der Welt herrschen, aber es wäre der Friede des Römerreiches, d. h. die Knechtschaft.“ Doch meint er (S. 45), die Einheit des Menschengeschlechts werde durch freie Association hergestellt werden, welche die Souveränität der Staaten unversehrt lassen und ihre Unabhängigkeit eher verbürgen als beseitigen werde. — Dagegen *Bluntschli*, Allgemeines Staatsrecht. 4. Aufl. Bd. I. S. 43 — 54. Der Weltstaat oder das Weltreich ist das Ideal der fortschreitenden Menschheit. Der Idee

der universalen Kirche entspricht in der Politik die Idee des universalen Weltreichs u. s. w. — *J. H. Fichte*, d. j., Ethik, Bd. II, 2. S. 344. „Es ist die Stufe des Weltstaatenbundes, in welchem die Idee der Menschheit zum ersten Male von allen mit Bewusstsein gefasst und ihrer vollständigen Organisation entgegengeführt wird.“ — Richtiger urtheilt *Rothe*, Theol. Ethik. 2. Aufl. Bd. II. S. 424; 474. „Da der vollendete Staatenorganismus die vollständige Vollendung der moralischen Gemeinschaft ist, so kann er sich nicht früher abschliessend verwirklichen, bevor nicht die Vollzahl der in ihrem organischen Zusammensein den Begriff des menschlichen Geschöpfs vollständig erschöpfenden menschlichen Individuen auf dem Wege der natürlichen Zeugung hervorgebracht ist.“ Freilich hat das noch seine guten Wege!] — *Schleiermacher*, Lehre vom Staat. Werke. 3. Abthlg. Zur Philosophie. Bd. VIII. S. 32. „Somit ist die Vorstellung des Universalstaates völlig unzulässig.“ [Dagegen spricht er der Annäherung an den ewigen Frieden durch einen Staatenbund das Wort. Vgl. S. 37; 79; 152; 216 ff. Entwurf eines Systems der Sittenlehre. Werke. 3. Abthlg. Bd. V. S. 288, wo er eine schiedsrichterliche Ausgleichung aller streitigen Interessen als Ziel hinstellt, dem der europäische Völkerverein sich annähert]. — Ebd. S. 289. Anm. „Der Universalstaat müsste erst die natürlichen Verhältnisse im Bewusstsein der Menschen tödten. Das Gattungsbewusstsein besteht immer nur mit dem Bewusstsein der Differenz.“ — *R. v. Mohl*, Geschichte u. Literatur der Staatswissenschaften. Bd. I. Erlang. 1855. S. 439 ff. „Jeder Verständige sieht von selbst ein, dass der allgemeine Weltstaat ein blosses Hirngespinnst ist. Als weniger unmöglich an sich erscheint ein Völkertribunal oder die Verabredung von Schiedsrichtern für den einzelnen Fall.“ — *Ders.*, Encyclopädie der Staatswissenschaften. Tübing. 1859. S. 405. „Das letzte Ziel des philosophischen Völkerrechts ist kein Weltstaatsrecht, sondern ein Weltstaatenrecht.“ —

Bis zur wildesten Phantasterei treibt es *K. C. F. Krause*, Urbild der Menschheit. Dresd. 1811. S. 170. „Diese Volksthümer verschmelzen endlich zu organischen Theilmenschheiten der Haupterdländer, welche sich zuletzt in der geselligen Menschheit vollenden, die abermals ein eigentliches, einmaliges und einziges geselliges Ganze ist, welches den Theilmenschheiten anderer Himmelskörper zu höherer Vereinigung unter Gottes leitender Vorsehung gegenübersteht.“ —

Nach *Hegel*, Rechtsphilosophie. Werke. Bd. VIII. §. 321 ff. ist es dem Staate wesentlich, Individualität als ausschliessendes Fürsichsein zu haben. — Vgl. *H. B. Oppenheim*, System des Völkerrechts. 2. Ausg. Stuttg. u. Leipz. 1866. S. 2 ff. „Das Menschenrecht und das Recht der Menschheit erblühen und entfalten sich nicht durch Aufhebung oder Verletzung der natürlichen und historisch berechtigten Nationalgrenzen und Nationalunterschiede, etwa in einer Universal-Monarchie oder in europäischen Congressen, welche sich über die natürlichen Bedingungen des Völkerle-

bens hinaussetzen. Vielmehr bewahrheitet auch die Vielheit der Staaten, dass sich alles Geistige in einer lebendigen und mannichfaltigen Wechselwirkung der Kräfte manifestiert und verwirklicht.“ — *Eiselen*, Handbuch des Systems der Staatswissenschaften. §. 283 ff. „So ist die Aufgabe eines jeden Staates, ein Vernünftiges für sich zu sein, d. h. den in ihm zur Erscheinung kommenden Weltgeist auf eine eigenthümliche Weise zu entwickeln. Auf andere Staaten bezogen ist aber dieses Fürsichsein eine Negation oder Ausschliessung von sich.“ — *K. S. Zachariä*, Vierzig Bücher v. Staat. Bd. I. S. 181. — *Adam Müller*, Elemente der Staatskunst. Bd. I. S. 283 ff. „Jeder Staat bedarf, um sich selbst zu fühlen, um sich zu erkennen und um sich zu messen, beständig seines Gleichen. . . . Wenn es also überhaupt Einen Staat geben soll, so muss es mehrere geben.“ — *H. Schulze*, Einleit. in das deutsche Staatsrecht. Neue Ausg. Leipz. 1867. S. 157. „Erst wenn die Völker und Staaten sich in ihrer nationalen Eigenthümlichkeit völlig ausgelebt hätten, wäre der Universalstaat denkbar, dann aber wäre auch die Weltgeschichte an ihrem Ende.“

Zu S. 12—31. Der Begriff der moralischen Person und die Staatspersönlichkeit.

Dass der Staat eine Person ist, das ist der Punkt, auf den die Demonstrationen der vorliegenden Abhandlung fast sämmtlich zurückgehen. Die Auffassung des Staates als Person ist keineswegs neu; man kann vielmehr sagen, dass sie die herrschende ist. Aber es fehlt viel, dass es mit dieser Theorie ernstlich genommen werde, dass man sich in klarem Begriffe vergegenwärtige, was mit dem Prädicate der Persönlichkeit ausgesagt wird, und dass man die Consequenzen der Lehre vollkommen ziehe. Für manche, wie z. B. *Bluntschli*, wird das Wort Person der Anlass zu einem willkürlichen Spiel mit Analogieen, die den ernsthaften Fortschritt der Erkenntniss beeinträchtigen; andere wie *Fricker* und selbst *v. Gerber* suchen die Persönlichkeit des Staates am falschen Orte. Die Verwirrung ist eine allgemeine und kaum geringer als die durch das Wort *Organismus* veranlasste, das auch auf den Staat angewendet statt zu klaren Begriffen zu einem Knäuel von unklaren und schwebenden Vorstellungen Veranlassung gegeben hat, hinter denen es nur allzuoft vergeblich wäre, irgend eine begriffliche Erkenntniss zu suchen. Wir können daher eine nähere Erörterung des Begriffes Person nicht umgehen und versuchen die Berechtigung unserer in *Bergmann's* Philos. Monatsheften (Bd. VI. Heft 1. S. 14—17. Heft 2. S. 109—112) dargelegten Anschauungen hier eingehender nachzuweisen.

1. Den Anlass den Begriff der Person zu bestimmen bietet zunächst das Privatrecht. Hier kannte man seit den Römern ausser den physischen Personen auch noch andere Rechtssubjecte, die man als solche Personen

nannte, wie Gemeinden, Stiftungen, Vermögensganze. Indessen gestand man diesen Rechtssubjecten meistens keineswegs eine eigentliche Persönlichkeit zu; sondern wie die römischen Quellen nur sagen, dass sie die Rolle von Personen spielen (*personae vice fungi*), so sah man in dieser Persönlichkeit nur eine „Fiction“ der Juristen, eine künstliche Annahme zu wissenschaftlichen und praktischen Zwecken. In neuerer Zeit ist besonders von *Brinz*, *Demelius*, *Bekker* geleugnet worden, dass man das Recht habe, neben den physischen Personen noch solche „Vogelscheuchen“ anzunehmen, und man hat lieber statt von zwei Arten der Person von zwei Arten des Vermögens sprechen wollen, so dass statt der nicht physischen Person lieber ein besonderes „Zweckvermögen“ angenommen werden sollte. Das ist freilich zunächst nur ein Kampf gegen ein Wort; denn wenn man nun den Begriff des neuen Wortes „Zweckvermögen“ angeben soll, so kommt genau wieder dasselbe heraus, was man früher unter der nicht-physischen Person verstanden hat. Uebersehen hat man aber dabei, dass die nicht-physische Person keineswegs etwa *bloss* im Privatrecht auftritt, sondern dass sie auch im öffentlichen Recht ihre wichtige Rolle spielt und ihre so oft als „mystisch“ bespöttelte und skeptisch angezweifelte Existenz auf sehr deutliche Weise in die äussere Erscheinung treten lässt. Für die Erklärung dieser Erscheinung aber ist mit dem Begriff eines Zweckvermögens offenbar gar nichts geleistet; denn hier ist das Vermögen durchaus die Nebensache.

Diese letztere Erscheinung nun heben im Gegensatze zu den Romanisten einige Lehrer des deutschen Rechts hervor, wie *Beseler*, *Bähr*, *Gierke*, die geneigt sind, den Staat wie andere Gemeinschaften des öffentlichen Rechts im wesentlichen als gleichartig mit jenen nicht-physischen Personen des Privatrechts aufzufassen, dafür aber die strenge logische Auffassung des Personenbegriffs theilweis verfehlen und von der exacten römischen Weise abweichend von einer „Genossenschaft“ sprechen, die weder als *universitas*, d. h. als transscendente, durchaus von den physischen Personen getrennte Person, noch als *communio*, d. h. als blosse Verbindung von physischen Personen zur Erreichung gemeinsamer Interessen, aufzufassen sei. Kommen so die Grenzen der Begriffe in's Schwanken, so erscheint zugleich was im öffentlichen Recht als Person aufzufassen ist gar zu leicht als das frei gewollte Product der Association, als abhängig von dem Willen der Menschen, und jener strenge Begriff der Transscendenz wird nicht vollzogen. Diesen Ansichten gegenüber, zum Theil aber auch im Einklang mit ihnen wollen wir den Begriff der Person erörtern, weil nur von hier aus der Staat mit allen seinen Functionen recht verständlich wird.

2. Wenn wir nämlich den Staat eine Person nennen, so ist das nicht ein bildlicher Ausdruck, eine Metapher, sondern wir wollen es in strengem Wortsinne genommen wissen. Wir meinen also auch nicht, dem

Staate werde Persönlichkeit beigelegt durch eine mehr oder minder willkürliche Annahme, indem der Begriff der Person über sein rechtmässiges Gebiet analogisch ausgedehnt werde, um dadurch gewisse Eigenschaften und Functionen des Staates sich leichter klar und anschaulich machen zu können. Sondern wir meinen: Der Staat ist Person in vollem Ernste; Person ist er gerade so wie irgend ein erwachsener lebender Mensch von gesunden Sinnen, aber allerdings eine andere Art von Person, indem zwischen dem Staat und dem Einzelmenschen Unterschiede vorhanden sind, die zwar für den Begriff der Person zunächst unwesentlich, aber innerhalb desselben im Stande sind verschiedene Arten zu bezeichnen.

Nicht-physische Personen sind, wenn man nur, ohne durch das Dogma, es existiere nichts anders als das sinnlich Einzelne, voreingenommen zu sein, die vorliegenden Thatsachen der Wirklichkeit ruhig aufzufassen im Stande ist, auf dem Gebiete des Privatrechts, bestimmter des Vermögensrechts, in unmittelbarer Erfahrung gegeben, und sie nöthigen dem gesunden juristischen Sinne die Anerkennung ihrer Existenz unwiderstehlich auf. Offenbar haben z. B. die Römer in der Gemeinde ursprünglich nur die Gemeindebürger, die *municipes* gesehen; allmählich konnten sie sich der Erkenntniss nicht verschliessen, dass hier eine Persönlichkeit vorhanden sei, die von derjenigen der Einzelnen in der Gemeinde durchaus getrennt sei, und gebrauchten dann das Wort *municipes* für diese Persönlichkeit selber. (*Jhering*, Geist d. röm. Rechts. Bd. I. S. 186 ff.) Der gesunde Sinn der Römer und ihre äusserste Schärfe in der Auffassung und Beurtheilung des Rechtscharakters gegebener Verhältnisse hat auch hier ohne alle abstracte Theorie in der praktischen Ordnung der Rechtsverhältnisse das Richtige gefunden und gestaltet. Das römische Recht erkennt aber in der *universitas* ein eignes Rechtssubject, welches von jeder menschlichen Persönlichkeit oder von der Summe dieser Persönlichkeiten, die der *universitas* angehören, durchaus verschieden ist. *v. Savigny*, (Syst. d. heut. Röm. Rechts. Bd. II.) drückt dies so aus: S. 243. „Das Wesen aller Corporationen besteht darin, dass das Subject der Rechte nicht in den einzelnen Mitgliedern, selbst nicht in allen Mitgliedern zusammengenommen besteht, sondern in dem idealen Ganzen: eine einzelne, aber besonders wichtige, Folge davon ist, dass durch den Wechsel einzelner, ja selbst aller individuellen Mitglieder das Wesen und die Einheit der Corporation nicht afficirt wird.“ —

Ein Slav, ein Grundstück gehört der Stadt, und gehört doch nicht den Bürgern der Stadt. Wird der Slav freigelassen, so ist er den Bürgern keinen Dank schuldig, der Stadtslav kann gegen jeden Bürger als Belastungszeuge gebraucht werden. Der Bürger kann eine Servitut an dem Grundstück der Stadt, die Gemeinde eine Obligation gegen ihre Mitglieder haben; die Mitglieder haben ein Klagerecht gegen die Corporation und umgekehrt. Was die Corporation zu fordern hat, das haben die Mit-

glieder nicht zu fordern, und was die Corporation schuldig ist, das brauchen die Mitglieder nicht zu zahlen. Die Gemeinde hat ein Vermögen und hat Interessen, welche von dem Vermögen und von den Interessen der einzelnen Bürger durchaus verschieden sind. So kann die Gemeinde haben oder wollen, was sämtliche Bürger nicht haben und nicht wollen. Diese Selbstständigkeit der Corporation nun als eines vollkommen außerhalb ihrer Mitglieder bestehenden Wesens ist offenbar nicht erst von Menschen künstlich erschaffen, vom Staate zurechtgemacht durch die Gesetze, oder durch die Theorie fingiert; sondern sie ist von Natur gegeben, in der Erfahrung vorgefunden und von dem gesunden Urtheil und der Gerechtigkeit nur anerkannt und geordnet.

3. Dieses in wirklicher Erfahrung begegnende für sich existierende Wesen hat man nun eine Person genannt. Seine Existenz als Einzelsubstanz ist offenbar nicht fingiert; ist aber seine Persönlichkeit etwa fingiert, d. h. etwas nicht wirklich Existierendes, sondern nur durch juristische Construction wenn auch auf Grundlage vorliegender Thatsachen willkürlich Geschaffenes, um das thatsächlich Gegebene theoretisch leichter bestimmen, praktisch bequemer bewältigen zu können?

v. Savigny (Syst. Bd. II. S. 236) nennt die „juristischen“ Personen künstliche, durch blosse Fiction angenommene Subjecte und beschränkt ihre Bedeutung auf das Privatrecht und zwar auf Vermögensverhältnisse. Puchta (im Rechtslexicon von Weiske, Bd. III. S. 65 ff.) und die meisten andern, die sich am römischen Recht halten, lehren dasselbe. So Windscheid, (Pandecten. Bd. I. 3. Aufl. S. 116). „Die sogenannten juristischen Personen sind persönlich gedachte Nichtpersonen.“ — S. 134. „Eine juristische Person ist eine nicht wirklich existierende, sondern nur vorgestellte Person.“ Dagegen giebt letzterer allerdings zu, dass die Annahme juristischer Personen auf einem der Menschennatur inwohnenden Zuge und nicht bloss auf einer Vorschrift des Rechts beruht; insofern könne man sie sogar zu den natürlichen Personen rechnen. (S. 116). — Unger, zur Lehre v. d. jurist. Personen. (Krit. Ueberschau der deutsch. Gesetzgeb. Bd. VI. S. 158) nennt gleichfalls alle juristische Personen fingierte, künstlich geschaffene Personen, und fügt hinzu, was von der Sache noch weiter abzuleiten im Stande ist: „Personificiert wird nicht der Zweck, sondern das Substrat: der Personenverein, das Vermögen.“ Und Arndts, (krit. Vierteljahrsschr. f. Gesetzgeb. u. Rechtswsch. Bd. I. S. 93.) weist zwar Demelius gegenüber nach, wie nothwendig die Annahme der juristischen Personen ist dem Begriffe und der Sache nach, führt sie aber ebenfalls nur auf juristische Vorstellungsweise zurück.

In der That denkt jedermann, wenn von einer Person die Rede ist, zunächst an ein lebendes menschliches Individuum, das durch seinen Leib ein Object sinnlicher Wahrnehmung ist, und es erscheint selbst verdächtig, dass irgend etwas was nicht menschliches Einzelwesen ist, auch nur

in übertragenem Sinne Person genannt werden sollte. Indessen wäre es immerhin einer näheren Untersuchung werth, was man eigentlich sagen will, wenn man einen Menschen eine Person nennt, und ob man ihm dies Prädicat nicht gerade wegen solcher Eigenschaften giebt, die er mit andern Wesen gemein hat, so dass diese ganz in demselben Sinne Personen genannt werden müssten, wie jener.

Warum also heisst ein Mensch eine Person, das Wort in dem strengen Sinne genommen, in welchem es die Rechtswissenschaft gebraucht? Der Jurist antwortet: er heisst so als Subject von Rechten, und Subject von Rechten ist er, weil er 1) einen Willen hat, der sich einen Zweck zu setzen vermag, 2) Intelligenz, um zu diesem Zwecke die entsprechenden Mittel zu wählen, und endlich 3) das physische Vermögen, um in der äusseren Welt der Thatsachen mit seinem durch die Intelligenz geleiteten Willen bestimmte, sinnlich nachweisbare Wirkungen hervorzurufen und eben solche Einwirkungen von der Aussenwelt zu erleiden. Dieses dreifache ist es, was *Windscheid* z. B. bezeichnet (ebd. S. 116): „Person nennen wir das mit Selbstbewusstsein und Willensfähigkeit begabte Individuum,“ oder noch etwas weniger genau *Bluntschli* (krit. Vierteljahrsschr. Bd. I. S. 499): „Ein Wesen, das einen ihm eigenen Willen hat und Organe besitzt, durch die es spricht (!), d. h. hier seinen Rechtswillen äussert, ein solches Wesen ist eine Person.“ — Von dem lebendigen Menschen gelten alle diese Prädicate, darum allein ist er Person. Auf weiteres reflectiert das Recht beim Menschen nicht. Offenbar hat der Mensch noch andere Eigenschaften niederer und höherer Stufe, aber diese gehen das Recht bei seiner Beurtheilung des Menschen nichts an. Der Mensch hat die Möglichkeit, das Gute nicht um des äusseren Gesetzes willen oder aus den durch Furcht und Hoffnung bedingten Motiven, sondern um des Guten selber willen zu thun; ja er kann für sich den absoluten Zweck zu seinem Zwecke setzen und in jedem einzelnen was er will jenen mit wollen; er erweist sich als ein zur Gottähnlichkeit geschaffenes, vernünftiges und nicht bloss zu zweckmässigem, sondern zu sittlichem Thun bestimmtes Wesen, welches sich in seinem Gewissen als solches ergreift. Von dieser Fülle der Eigenschaften wie von derjenigen der physischen Lebenserscheinungen sieht das Recht ab und hält in allem nur die Person fest. An die Stelle der Wirklichkeit tritt die Abstraction, und durch eine Art von Fiction, weil nämlich das Recht nach seiner Bestimmung und Natur und vermittelt seiner Methoden an das Weitere und Höhere nicht hinanreicht, gilt der Mensch als Person, was doch durchaus nicht dafür angesehen wird, von seinem Wesen in seiner Totalität eine adäquate Vorstellung zu geben. Diese Abstraction ist allerdings keine willkürliche. Der Anlass dazu ist in der Natur des Menschen gegeben, dem es wesentlich ist auch Person zu sein: aber Abstraction bleibt es, dass der Mensch nur als Person angesehen wird. Das bestimmte Maass von Rech-

ten, das jedem zuerkannt wird, hängt dann freilich noch von Unterschieden des natürlichen Geschlechtes, des Alters, Standes, Vermögens, Ursprungs, der Bildung und Fähigkeit u. s. w. ab; ja es kann sich das Recht durch solche secundäre Eigenschaften sogar bestimmen lassen, bei einem menschlichen Individuum die Persönlichkeit, die doch vorhanden ist, nicht oder nur in einer besonderen Hinsicht anzuerkennen, und dann liegt offenbar eine Fiction vor, z. B. wenn der Slave schlechtweg als Bestandtheil des Vermögens angesehen wird.

Wenn nun einerseits das Recht Menschen kennt, die nicht Personen sind, so kennt es andererseits Personen, die nicht Menschen sind. Jenes beruht auf Fiction; ob dieses auch darauf beruht, erscheint zweifelhaft. Nicht von vorn herein darf es als ausgemacht gelten, dass nur menschliche Individuen die oben genannten Eigenschaften besitzen, auf Grund deren man einem Wesen die Persönlichkeit zuschreibt. In thatsächlicher Erfahrung nun begegnen uns gerade im Privatrecht wirklich solche Wesen, die nicht anders denn als Personen aufgefasst werden können und die doch keine Menschen sind; im Privatrecht drängt sich ihre Existenz am handgreiflichsten auf, und gerade die Corporation ist derjenige Fall, an welchem das Wesen solcher Personen am besten erkannt werden kann. Dass die Corporation ihr Vermögen, ihren Willen, ihre Interessen für sich hat, vollkommen getrennt von dem Vermögen, dem Willen, den Interessen jedes Mitgliedes der Corporation oder aller zusammen: das ist aus den Thatsachen und der rechtlichen Beurtheilung derselben so klar, dass es sich der Mühe nicht zu verlohnen scheint, mit denen zu streiten, die wie *Salkowski* (Bemerkungen zur Lehre von den jurist. Personen. Leipz. 1863. S. 5 — 9) es bezweifeln. Man kann aber nicht eigentlich sagen, dass die Corporation einen Willen *hat* und sich frei ihre Zwecke setzt: sondern dieselbe existiert nur als solcher Wille oder genauer als ein Zweck oder ein Ganzes von Zwecken, die eben Zwecke der Corporation sind und durchaus nicht der Zweck irgend eines Menschen zu sein brauchen. Jener Wille ist in der That kein freier Wille; er ist ohne Selbstbewusstsein und Intelligenz wie ohne eigenes physisches Vermögen, eine blosse Tendenz, ein Zweck ohne ein denselben hegendes Subject, und eben darum auch keine Person. Aber man kann nicht umhin, diesem Zweck eine objective, äussere Existenz für sich zuzusprechen; er bildet eine Einzelsubstanz von nicht sinnlicher Art, aber einen Gegenstand thatsächlicher Erfahrung, die an Gewissheit der sinnlichen Erfahrung durchaus nichts nachgiebt. Diese Wirklichkeit aber erlangt jener Wille, genauer jener Zweck und jene Tendenz, dadurch, dass er die Intelligenz und das physische Vermögen von Menschen für sich gewinnt, die ihm dienstbar werden. Eben dadurch wird er aber auch Person. Indem lebendige Menschen diesen Zweck ausführen, der nicht ihr eigener Zweck ist, als Beauftragte und Diener eines ihnen fremden Willens, den sie als solchen anerkennen,

indem sie die diesem Zwecke angemessenen Mittel zu seiner Verwirklichung mittelst ihrer eigenen Intelligenz auswählen und ihre eigene physische Kraft jenem Zwecke zu Gebote stellen, ergänzen sie, was dem Zwecke zur Persönlichkeit fehlt, und so erlangt dieser ganz dieselben Eigenschaften, die auch einen Menschen zur Person machen: einen Willen, Intelligenz und physisches Vermögen, die als ihm zu Gebote gestellt sein Wille, seine Intelligenz und sein Vermögen werden.

Diesen Personen nun die reelle Existenz absprechen und sie für bloss vorgestellte oder fingierte ansehen, das kann man nur, wenn man unter Realität die Eigenschaft versteht, sinnlich wahrgenommen zu werden. Denn wahrgenommen werden jene Personen in der That, wenn auch nicht unmittelbar mit den äusseren Sinnen; ein klarer Verstand unterscheidet mit Sicherheit in dem was geschieht dasjenige was durch den Willen einer solchen Person geschieht von allem andern. Dürfte aber nur demjenigen Realität zugeschrieben werden, was unsere äusseren Sinne afficiert, so existierten überhaupt keine Personen. Denn niemand hat jemals eine Person gesehen oder gehört. Was wir sehen, hören, tasten ist der Leib der Person; die Ungenauigkeit des Sprachgebrauchs führt die meisten irre. Aus dem Thun und Treiben dieses Wesens schliessen wir, dass es Selbstbewusstsein, Willen und Intelligenz habe, wie wir es selber von uns kennen, und deshalb nennen wir dies Wesen eine Person. Ebenso aber ist es auch mit dieser zweiten Art von Personen, den „moralischen Personen“, wie wir sie nennen wollen. In gewissem Sinne kann man einer Corporation, einer Anstalt oder Stiftung sogar einen Leib, d. h. ein organisiertes Ganzes von Mitteln physischen Wirkens, zuschreiben. Wenn sich schon bei einer physischen Person die Grenze zwischen dem zu ihr wesentlich gehörenden Leibe und dem mehr zufällig als Erweiterung der leiblichen Kräfte hinzutretenden Vermögen nicht so strenge ziehen lässt: so geht beides bei einer Corporation, einer Stiftung noch unmerklicher in einander über. Aber es ist keine äusserliche und willkürliche Analogie, wenn man z. B. das Krankenhaus selber als den Leib dieser Stiftung ansieht, überhaupt die Gesammtheit der äusseren Dinge, die unmittelbar dem Stiftungs- oder Corporationszwecke dienen, wie den Leib einer Person betrachtet. Die gewöhnliche Einschränkung des Realitätsbegriffes müsste dahin führen, dass man zwar einem Stück Schwarzbrot die reelle Existenz zuschreibt, weil man es kauen und schlucken kann, aber Schiller's Gedichten oder Beethoven's Symphonien dieselbe abspricht, weil ja vielmehr immer nur die Schriftzeichen existieren, aus denen der Kundige die dadurch bezeichneten Laute und Wörter oder Töne zusammensetzen vermag, deren Aufeinanderfolge Schiller oder Beethoven erfunden hat. Und für den Dichter gehört gar noch weiter dazu, dass man auch seine Sprache verstehe und die durch die Wörter nur bezeichneten Vorstellungen in sich zu erwecken vermöge, um bei jedesmaliger Lectüre nur für

sich dem Gedichte zur reellen Existenz zu verhelfen, die doch auch dann keine sinnliche Existenz ist. Es ist unmöglich, an dieser Stelle den Realitätsbegriff weiter zu erörtern. Es genügt aber auch die Bemerkung, dass die moralische Person in demselben Sinne reell existiert wie die physische Person. Beide existieren als die unumgänglich anzunehmenden Ursachen sinnenfälliger Wirkungen. Dabei erlangt man den Begriff der physischen Person nur durch Abstraction, indem man aus dem vollen Wesen der menschlichen Individualität die eine Seite heraushebt; zu dem der moralischen Person bedarf es einer solchen Abstraction nicht, denn sie ist durchaus nichts weiter als Person mit dieser oder jener näheren Bestimmtheit. Aber dafür muss man im letzteren Fall in dem Thun der physischen Personen, welche die moralische Person vertreten, dasjenige sondern, was sie im eigenen, und dasjenige was sie in einem ihnen ursprünglich fremden Interesse, in einem erhaltenen Auftrage thun.

Jeder Zweck, der nicht ursprünglich der Zweck bestimmter einzelner Personen ist, so dass sie für denselben als für ihr eigenes Interesse handeln, sondern der diese Personen zu seinen Dienern macht, — jeder solcher Zweck ist eine moralische *Person*. Eine ihr analoge Erscheinung ist die *Idee*, z. B. die Idee der Sprache, des Rechts, der Kunst, u. s. w.; die Idee hat ebenso wie der Zweck, der Person wird, eine selbstständige, in ihren Wirkungen erkennbare Existenz, indem ein Princip zu einem System von Gedanken und Erscheinungen wird dadurch dass es das geistige Vermögen der Menschen sich dienstbar macht. Aber die Idee beherrscht und leitet die Menschen und ihre Thätigkeit in einer ihnen unbewussten Weise, so dass sie in dem Glauben, das ihnen Zusagende mit freier Willkür zu thun, oder im Gehorsam gegen den blinden Drang ihrer Natur, doch vielmehr das thun, was die Idee zu voller Verwirklichung der in ihr enthaltenen Momente bedarf. Deshalb ist die Idee unpersönlich und bleibt es, und deshalb sollte man auch die absolute Idee nicht eine Person nennen. Aber der absolute Zweck ist eine Person, und zwar eine solche, welche die Organe ihrer Persönlichkeit nicht erst von aussen erlangt wie die endlichen Zwecke, sondern welche dieselben immanent hat.

Diejenigen Zwecke, welche Persönlichkeit erlangen können, indem sie in der Intelligenz und dem physischen Vermögen der Menschen ihre Organe finden, sind mit mehr oder minder erkennbarer Nothwendigkeit durch die Natur der Dinge gegeben und in ihr begründet. Sie haben aber zugleich eine Art von Individualität, die ihnen als Zufälligkeit anhaftet. So muss es Gemeinden geben, einen Staat, eine Kirche; so fordert das System der Gesellschaft, dass die Arbeit, für welche die Kraft der Einzelnen nicht ausreicht oder die durch das Interesse der Einzelnen nicht genügend gefördert wird, wenn sie sonst in jenem System nothwendig ist, in der Form eines substantiell für sich existierenden Zweckes die Menschen sich unterwirft und in ihren Dienst zwingt. Aber dass nun

gerade hier und gerade jetzt dieses Bedürfniss des ganzen Systems in dieser Form und bei diesem Anlass sich befriedigt, die Entstehung und der Untergang der moralischen Personen wie die bestimmte Art ihrer Organe und die besondere Gestalt ihrer Thätigkeiten, das räumlich-zeitliche Element an ihnen, ist zufällige Individualität wie bei den physischen Personen, und wie diese werden sie gewissermaassen durch den Willen anderer Personen, physischer oder ideeller, als „Stiftungen“ gezeugt.

Wir haben also jedesmal eine moralische Person vor uns, wo ein aus dem Gange des menschlichen Lebens und aus der Natur seiner Bedingungen sich natürlich ergebender Zweck menschliche Gehirne findet, die für jenen Zweck denken, und menschliche Arme, die ihm ihre Kraft leihen, so dass nun jener Zweck und das ihm entsprechende intelligente Handeln in continuierlicher Wirksamkeit deutlich nachweisbare Wirkungen in der Aussenwelt hervorruft und solche von ihr erleidet. Dann sind nämlich alle den Begriff der Person ausmachenden wesentlichen Eigenschaften in diesem für sich bestehenden Einzelwesen wirklich vorhanden. Das jedesmalige positive und geltende Recht hat aber hier wie bei den physischen Personen die Wahl, ob es mit Rücksicht auf den Zusammenhang des gesamten Rechtssystems und in Anbetracht der besonderen Qualitäten jenes als Substanz vorhandenen Zweckes die Persönlichkeit desselben, die es nicht schafft, sondern vorfindet, entweder ausdrücklich anerkennen will oder nicht.

Diese von uns dargelegte Auffassung ist auch unter den Rechtsgelehrten nicht unerhört. So sagt *Kuntze* (Heidelb. krit. Ztschr. f. d. gesamte Rswsch. Bd. V. S. 360): „Gemeinde, Nation sind nicht leere Nomina, blosse Gedankendinge, sondern historisch-organische Realitäten, welche sich in Gemässheit ihres typischen Wesens die Organe ihres Handelns aus sich erzeugen: solche grosse Körperschaften bestehen daher nicht durch Fiction, sondern kraft ihres selbstständigen Wesens als creatürliche Potenzen, welche unter anderem (neben einer ästhetischen, intellectualen) auch eine juristische Seite haben oder gewinnen können. Es ist daher grundfalsch, solche Corporationen als fingierte Personen zu bezeichnen; sie sind vielmehr so gut wie die einzelnen Menschen natürliche Personen und unterscheiden sich mit diesen gemeinsam von denjenigen Arten, welche in der That nicht ohne eine Fiction dogmatisch construiert werden können.“ Vergl. *Kuntze*, die Obligatio. S. 377. *Fitting* (krit. Vierteljahrsschr. f. Gesetzgebung u. Rswsch. Bd. I. S. 585): „Die juristischen Personen sind nichts künstliches, sondern eben so natürlich und nothwendig als die physischen. Der Staat hat nur die Wahl, solche Zwecke als berechtigte und erlaubte anzuerkennen oder nicht. Im ersten Fall hat er damit von selbst und kraft Natur- und Vernunftnothwendigkeit die zur Erreichung des Zwecks erforderliche Wirthschaft für eine selbstständige, d. h. das Dasein einer juristischen Person anerkannt.“ *Gierke* (Rechtsgeschichte der deutsch. Genos-

senschaft. Berlin 1868. S. 759): „Ihr (der Gemeinde) kommt eine eigene originäre Persönlichkeit zu, welche der Staat so wenig wie die des einzelnen Staatsbürgers schafft, wohl aber so gut wie die des einzelnen Staatsbürgers zu rechtlicher Geltung bringt, begrenzt und sich dienstbar macht.“

Wenn bestritten werden muss, dass jene moralische Personen fingierte Personen seien, so ist freilich damit nicht ausgeschlossen, dass es möglicherweise Fälle giebt, wo einem nicht persönlichen Wesen durch juristische Fiction Persönlichkeit beigelegt wird. Die ruhende Erbschaft indessen, die gewöhnlich als Beispiel angeführt wird, ist als fingierte Person schwerlich anzusehen, wie denn nach *v. Savigny* (Syst. II. S. 372) dieselbe auch im Sinne der Römer keine juristische Person ist. Dass hier ein Herr wirklich vorhanden ist, unterliegt ja keinem Zweifel; der Erbe, wer er auch sei, hat bloss noch nicht das Eigenthum angetreten. Aehnlich wird in dem Falle des embryo superstes die Persönlichkeit nur antedatiert, und somit ist auch hier eine juristische Person nicht anzunehmen, wie z. B. *Rudorff* will. Eben so wenig ist ein Grundstück in Bezug auf die Grunddienstbarkeiten mit *Böcking* als juristische Person zu betrachten; die Verbindlichkeit ist vielmehr die des jedesmaligen Eigenthümers. (Vergl. *Windscheid*, Pandect. Bd. I. 3. Ausg. S. 138. Dagegen *Demelius*, Jahrbücher f. d. Dogmatik des heut. röm. und deutsch. Privatrechts. Bd. IV. S. 129 ff. *Demelius* ganze Demonstration ist hinfällig, sobald als das Substrat der Persönlichkeit nicht das Vermögen sondern der Zweck erkannt wird.) Actienvereine endlich, die gleichfalls als Beispiel fingierter Persönlichkeit angeführt werden, sind dies nur dann, wenn sich von dem Interesse der Mitglieder der Zweck solches Vereins nicht deutlich und sicher abtrennen lässt und der Verein dennoch als Person für sich behandelt wird. Darum hat *Unger* (krit. Ueberschau. Bd. VI. S. 173) ganz richtig bemerkt, dass das Rechtsgebilde der „juristischen“ Person, (d. h. einer bloss fingierten Person), gerade in solchen Erwerbsgesellschaften, welche den Charakter der juristischen Persönlichkeit annehmen, zu seiner prägnantesten Erscheinung kommt. Für diese gilt, was er sagt, dass das „künstliche Rechtssubject“ nur um des Vermögens willen geschaffen wird. Aber in die Definition der moralischen, nicht fingierten Person gehört in der That das Merkmal der Gemeinnützigkeit und der ewigen (oder wenigstens continuierlichen) Dauer des Zwecks, das *Unger* aus den juristischen Personen ausschliessen will. Denn dieser Zweck ist gerade das Wesen einer solchen Person. — Die weiteren Consequenzen unserer Auffassung für die heute gerade so wichtigen Fragen privatrechtlicher Art, wie die nach der vom Staate anzuerkennenden oder zu ertheilenden Persönlichkeit der Associationen zu gewerblichen Zwecken, müssen wir den Juristen zu ziehen überlassen.

Für die moralischen Personen ist der Name „juristische Person“ nicht bezeichnend genug. Derselbe erinnert dem gewöhnlichen Gebrauche nach

zunächst nur an die vermögensrechtlichen Beziehungen, die doch das Lebensgebiet jener Personen bei weitem nicht erschöpfen. So ist der Staat zwar auch privatrechtliche Person als Fiscus; aber man würde doch sehr unrecht thun, wenn man nach *v. Gerber's* früherer Ansicht (Ueber öffentliche Rechte. S. 65) dem Staate keine andere Persönlichkeit als die des Fiscus zuerkennen wollte. Corporationen treten als Personen im Vermögensrecht auf; aber sie pflegen zugleich nachbarliche und gesellige Beziehungen zu anderen Corporationen, sie erweisen Dank und Ehre, erlassen Adressen und Petitionen u. s. w., alles das als Corporationen; denn wohl der Meinungsäusserung, aber nicht der Willensäusserung, sind sie unfähig. — Noch weniger passt für das in wirklicher Erfahrung vorkommende Phänomen der Name „mystische Person“, den der Nominalismus anwenden möchte, der wirkliche Existenz nur dem sinnlich Einzelnen zuschreibt. Auch „ideelle“ oder „intelligible“ Person würde einen Gegensatz zur realen Existenz auszudrücken scheinen. Unter den gebräuchlichen Benennungen geben wir deshalb dem Namen „moralische Person“ den Vorzug. *v. Savigny* (Syst. Bd. II. S. 240) verwirft zwar denselben, weil derselbe an sittliche Verhältnisse denken lasse und den Gegensatz gegen die unmoralische Person zu bezeichnen scheinen könne. Aber moralisch bezeichnet vielmehr hier, wie auch sonst zuweilen, nur den Gegensatz zum Sinnenfälligen, Physischen, wie wenn man von einer moralischen Ueberzeugung, von moralischem Zwang, von dem moralischen Zustand einer Truppe spricht u. dergl. m.; und damit ist grade eine wesentliche Bestimmung dieser Art von Personen bezeichnet.

4. Nachdem die Realität der moralischen Person nachgewiesen worden ist, ist die fernere Aufgabe, ihr eigenthümliches Wesen mit möglicher Genauigkeit zu bestimmen und dasjenige anzugeben, was sie als eine besondere Art von Personen von der physischen Person unterscheidet. Das Wesentliche ist in dieser Hinsicht folgendes:

a) Die moralische Person ist wie die physische ein wollendes Wesen, aber sie ist auch nur dieses und weiter nichts. Sie hat weder Empfindung und Gefühl, noch Vernunft und Gewissen. Ferner, was den Inhalt ihres Wollens anbetrifft, so ist derselbe nicht ein unbestimmter, so dass sie mit freier Willkür sich jedes Beliebige zum Zwecke setzen könnte; sondern was die moralische Person will, ist ein für allemal gegeben als ein durchaus bestimmter einzelner Zweck, der in seiner räumlich-zeitlichen Begrenzung ihre Individualität ausmacht, so dass in jedem Augenblicke deutlich erkannt werden kann, ob sie es ist welche handelt oder eine andere Person. Im Begriffe und Berufe der moralischen Person liegt es, dass jede Vermischung mit dem Handeln für das Interesse physischer Personen streng ausgeschlossen sei; denn nur als ein von den Zwecken der letzteren unterschiedener Zweck, der durch die Thätigkeit derselben realisiert wird, hat sie ihre Realität. Es ist darum nöthig, dass der Zweck

der moralischen Person klar und deutlich, jedermann erkennbar ausgesprochen sei; derselbe wird erkannt aus dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Statut, aus der Verfassung der moralischen Person, welche den Zweck, seine Organe und deren Wirksamkeit umschreibt.

b) Die moralische Person ist ferner zwar ein handelndes Wesen, welches Wirkungen auf die Aussenwelt übt, aber ihr Handeln ist keines von unbestimmter Mannigfaltigkeit, sondern es ist ebenso eng gebunden wie der Zweck, ein Handeln nur für diesen Zweck und in Ausführung des Statuts, darum auch ein schlechthin zweckmässiges und intelligentes Handeln. Sie kann nicht sittlich handeln; denn sittliche Thätigkeit ist eine Thätigkeit für den frei ergriffenen absoluten Zweck. Die moralische Person kann überhaupt keinen Zweck frei ergreifen, weil sie nur als dieser bestimmte Zweck, der ihren Begriff ausmacht, existiert und an ihn als an ihr Wesen gebunden bleibt. Sie weiss darum schlechterdings nichts von allen anderen Zwecken, höheren wie niederen, oder vom absoluten Zweck selber. Indem sie ihren Zweck verwirklicht, handelt sie ihm angemessen, also klug, und sucht nichts als ihren eigenen Nutzen. Sie kann nicht anders als durchaus eigennützig handeln, aber natürlich mit wohlverstandenen Eigennutz. Der Zweck der moralischen Person ist einer des allgemeinen Wohles und Nutzens, und das ist er z. B. auch bei corporativen Vereinen zu Zwecken des Vergnügens, die bis zu einem gewissen Grade entbehrlich scheinen könnten, aber doch auch etwas Förderndes von allgemeiner Gültigkeit enthalten. Aber indem die moralische Person für diesen Zweck handelt, handelt sie nur für sich selber und egoistisch, zum Theil mit ausschliessender Fremdheit gegen andere Zwecke, die auch solche des allgemeinen Wohles sind, aber sie in ihrer einseitigen Bestimmtheit nicht zu fördern vermögen. Darum stehen moralische Personen unter einander geradeso in einem herzlosen Verhältniss gegenseitiger Concurrenz wie die physischen Personen in der bürgerlichen Gesellschaft.

c) Ein Unrecht dagegen kann offenbar die moralische Person nicht begehen. Das Statut nämlich einer moralischen Person, die unter einer Rechtsordnung steht, stimmt natürlich mit den Bedingungen dieser letzteren überein und fordert also, dass alle für die Realisierung des Zwecks gewählten Mittel dem Rechte angemessen seien; solche Mittel sind auch allein zweckmässig, weil die Person, die sich zur Rechtsordnung in Widerspruch stellte, gar nicht existieren könnte. Nur ein rechtliches Handeln ist also ein Handeln der Person; was unrechtlich geschieht, kann niemals ihr zugeschrieben werden. Denn die Person kann nicht ihrem eigenen Begriff widersprechen; wenn sie aber etwas thäte, was ihrem Zweck und Statut entgegengesetzt wäre, so wäre damit ihr Begriff aufgehoben. Ein nicht dem Statut entsprechendes Handeln ist also kein Handeln der Person, auch wenn es scheinbar in der legalen Form geschieht, nach welcher die Willensäusserungen derselben geordnet sind. Was eine moralische Per-

son ausserhalb ihres Zweckes, neben ihrem Zwecke oder wider denselben thut, ist ein Thun der Vertretung, der Organe, die sich dem Zwecke gegenüber selbstständig machen, nicht der Person selber. Dass man sich für ein Delict der rechtmässigen Vertreter einer Corporation aus dem Vermögen derselben entschädigt, zur Strafe etwa die Corporation selbst aufhebt oder ihre Rechte einschränkt u. dergl., das geschieht nicht sowohl in der Form der strengen Gerechtigkeit, — denn dann könnte immer nur der Thäter selber in Anspruch genommen werden, — sondern es geschieht aus Zweckmässigkeitsgründen, um der äusseren Ordnung willen. Vergl. *v. Savigny*, Syst. Bd. II. S. 310 ff.

d) Den wesentlichsten Unterschied aber der moralischen Person von der physischen bedingt der Umstand, dass jene, damit sie als Person zu voller Wirklichkeit gelange, der Intelligenz und der Kraft von physischen Personen bedarf. Es ist also mit der moralischen Person ähnlich wie mit Unmündigen und Wahnsinnigen, die zwar als Personen anerkannt werden, denen aber die Handlungsfähigkeit zur Zeit fehlt und die deshalb durch andere Personen vertreten werden. Vgl. *v. Savigny*, Syst. Bd. II. S. 282. Manche staatliche Gemeindeordnungen erkennen so z. B. den Gemeinden ausdrücklich die Rechte der Minderjährigen zu. Die moralische Person handelt nur durch ihre Vertreter; für das, was diese im Namen jener Person, in vollem Verständniss ihres Auftrages und in den Grenzen ihrer Competenz thun, sind sie nicht selber verantwortlich, dies wird vielmehr als ein Thun der vertretenen Person angesehen. Wie diese Vertretung der moralischen Person zu Stande kommt und in Function tritt, das gehört mit zu dem Begriffe der Person; denn es ist die nächste und wichtigste Voraussetzung für die Existenz derselben und bildet naturgemäss einen Theil ihres Statuts. Wie die Persönlichkeit des Slaven nur anerkannt wird, wo er seinen Herrn vertritt, so wird die Persönlichkeit der moralischen Person nur darin gefunden, dass dieselbe durch Menschen, die ihr dienen, vertreten wird.

Den bezeichneten Charakter nun trägt alles, was man moralische Person nennen darf, so verschieden auch die Zwecke der einzelnen derartigen Personen, wie Gemeinden, Innungen, Stiftungen, Gesellschaften aller Art, sein mögen. Künstliche fingierte Personen des Privatrechts, die man besser juristische Personen nennt, sind solche Erscheinungen, denen die Rechte der moralischen Person ertheilt werden, ohne dass sie moralische Personen sind. Es findet hier also zu praktischen Zwecken die Annahme statt, sie hätten gewisse Eigenschaften, die sie nicht haben, z. B. einen von dem Interesse der Mitglieder unabhängigen Zweck. Nur so können Erwerbsgenossenschaften, bei denen ein Vermögen der Genossenschaft von dem Vermögen der Mitglieder, ein dauernder und allgemein gültiger Zweck der Genossenschaft von dem Interesse der Mitglieder nicht streng geschieden ist, als juristische Personen angesehen und behandelt werden. Vgl. *v. Ger-*

ber, Ztschr. f. Civilrecht u. Process. N. F. Bd. XII. S. 205. Wenn man aber auf solche Erscheinungen die Theorie gründen will, als gebe es gewisse Genossenschaften, welche zwischen der universitas und der communio im römischen Sinne die Mitte hielten und mit beiden etwas gemein hätten, so ist das offenbar unbegründet und man muss der Ansicht v. Gerber's zustimmen, welcher erklärt (ebend. S. 210): „Ein Rechtsinstitut, welches die Principien der universitas und der communio in sich vereinigt, ist überhaupt unmöglich. Beide Institute sind directe logische Gegensätze.“

5. In dem dargelegten Sinne nun ist auch der Staat eine Person, und das ist auch von den Lehrern des Staatsrechtes nicht verkannt worden. So sagt *H. Schulze* (Einleitung in das deutsche Staatsrecht. Neue Ausg. Leipz. 1867. S. 119): „Der Staat wird zwar von seinen Gliedern getragen und gebildet, ist aber ein von ihnen unterschiedenes Wesen, eine höhere Gesamtpersönlichkeit, eine moralische Person.“ *H. A. Zachariä* (Deutsches Staats- und Bundesrecht. Bd. I. 2. Aufl. Götting. 1853. S. 38): „Der Staat besitzt Rechtsfähigkeit, aber an sich keine Handlungsfähigkeit. Er bedarf daher stets eines ihn vertretenden Organs oder Stellvertreters, dessen Wille als der der moralischen Person — der Staatswille gedacht wird.“ — Ist aber der Staat eine Person, so ist er offenbar den Corporationen gleichartig, oder man kann ihn auch eine Stiftung nennen, in dem Sinne wie *Schmitthenner* (Grundlinien des allgemeinen oder idealen Staatsrechtes. Giessen 1845. S. 258) die „natürlichen Gemeinheiten als Stiftungen der Gottheit“ bezeichnet. Mit Entschiedenheit erklärt sich dagegen als eine privatrechtliche Auffassung v. Gerber (ebd. S. 199), ... der „die Idee, dass der Staat als politische Anstalt eine Corporation sei, völlig verwerflich“ nennt. Es hängt mit dieser Meinung zusammen, dass v. Gerber, der (Grundzüge eines Systems des deutschen Staatsrechts. 2. Aufl. Leipz. 1869. S. 2. 216 ff. 219 ff.) sich doch gezwungen sieht, den „Ausgangspunkt für die juristische Construction des Staates in dem eigenen Willensvermögen, der eigenen Persönlichkeit des Staates“ zu finden, zu einer klaren Bestimmung des Begriffs dieser Persönlichkeit sich den Weg verbaut und zwischen der Auffassung des Staates als Person und derjenigen als Organismus einen seltsamen Gegensatz statuiert. Wenn man wie v. Gerber einerseits in der Bekleidung eines Gemeinwesens mit der Persönlichkeit nur ein „allgemeines Mittel juristischer Construction“ sieht, andererseits in der Persönlichkeit des Staates etwas „thatsächlich in der natürlichen Anlage des Staates Vorhandenes“ findet, so ist das ein Widerspruch; von der Staatspersönlichkeit aber giebt es eine grundfalsche Vorstellung, wenn man sie auf das Volk als ihre Grundlage zurückführt, so dass „der Staat das Volk selber in seiner politischen Gestaltung darstelle.“ Mit vollem Rechte nennt *Gierke* (Rechtsgesch. der deutsch. Genossensch. S. IX) „die Abtrennung einer nur durch das Privatrecht und für das Privatrecht be-

stehenden juristischen Person einen Grundirrtum der herrschenden Corporationslehre.“ Vgl. *Beseler*, Volksrecht und Juristenrecht. 1843. S. 173.

„Der Staat ist den Gemeinden und Genossenschaften homogen.“ (*Gierke*, ebd. S. 833.) Er ist von allen Corporationen die grösste, — nur die Kirche kann mit ihm wetteifern. Aber freilich wäre es ein schwerer Irrthum, den Unterschied des Staates von andern Corporationen nur als einen quantitativen zu fassen. Denn „der Staat ist — (und nicht bloss „vielen Völkern“) — weit mehr eine Anstalt als ein Verein.“ (*Gierke*, ebd. S. 832.) Es ist ferner zwischen dem Staate und allen andern Corporationen, auch der Kirche, der durchgreifende qualitative Unterschied, dass der Staat eine souveräne Corporation und schlechthin die letzte Quelle alles Rechtes für alle anderen physischen und moralischen Personen ist, — denn ohne seinen Willen und seine Anerkennung gilt schlechterdings kein Recht, wie er auch in letzter Instanz alle Macht in sich vereinigt, um das Recht zu verwirklichen; — er selber aber ist schlechthin unabhängig und keinem Rechtsgesetz unterworfen, dabei mit der höchsten Macht ausgestattet, gegen die jede andere Macht als die eines anderen Staates verschwindend klein ist. Diese seine Souveränität macht allerdings den Staat zu einer von allen anderen Corporationen wesentlich verschiedenen besonderen Art der Corporation. Aus dieser seiner Natur als einer souveränen moralischen Person folgen alle unterscheidenden Eigenschaften des Staates in stricter Consequenz. (*Gierke*, ebd. S. 833.)

Vor allem ist es wichtig festzuhalten, dass der Staat nicht das Volk und der Volkswille nicht der Staatswille ist. Das folgt aus dem Begriffe der Corporation. Treffend sagt *v. Savigny* (Syst. Bd. II. S. 283): „Die Totalität der Mitglieder ist von der Corporation selbst ganz verschieden, und selbst wenn alle Einzelne ohne Ausnahme gemeinschaftlich handeln, so ist dieses nicht so anzusehen, als ob das ideale Wesen, welches wir die juristische Person nennen, gehandelt hätte.“ Derselbe grosse Rechtslehrer bemerkt auch, dass die Identificierung des Willens der Mitglieder der Corporation oder der Mehrheit dieser Mitglieder mit dem Willen der Corporation auf das politische Gebiet übertragen im wesentlichen die publicistische Lehre von der Volkssouveränität ist (ebd. S. 332). — Der Staatswille kommt vielmehr zur Erscheinung als der Wille des Souveräns, d. h. dessen, der im gegebenen Augenblick verfassungsmässig den Staat vertritt, vorausgesetzt natürlich, dass derselbe formell sich innerhalb der ihm durch die Verfassung, — d. i. den im Statut der Corporation zugleich mit den wesentlichen Mitteln der Ausführung formulierten Zweck derselben — zustehenden Competenz hält und materiell im Einklange mit dem Inhalte des Staatszweckes steht. Die gesammten Functionen des Staates sind ein Ausfluss der im Staate herrschenden rechtlichen Ordnungen, die in ihrer Gesammtheit den Begriff dieses individuellen Staates selber ausmachen; denn der Staat ist gar nichts anderes als das Ganze dieser aus dem einen

Zweck des vollkommenen äusseren Gemeinlebens dieser Menschen auf diesem Gebiete unter diesen natürlichen und geschichtlichen Bedingungen sich ergebenden rechtlichen Institutionen. Die in Folge dieser Rechtsordnung und in ihrem Sinne functionierenden Organe drücken den Staatswillen als Vertreter der Corporation aus und vollziehen ihn, an oberster Stelle der Souverän, — der in weniger vollkommener Ordnung nicht continuierlich vorhanden zu sein braucht, sondern z. B. auch existieren kann als ein jetzt und zu anderer Zeit wieder erfolgender Mehrheitsbeschluss eines Collegiums oder einer Volksversammlung; — aus der Machtvollkommenheit des Souveräns aber ist die jeder anderen Behörde oder beamteten Person abgeleitet. Nur so, durch eine rechtlich geordnete Vertretung, spricht sich der Wille des Staates aus.

In jeder Beziehung die entgegengesetzte Meinung vertritt *Fricker* (Die Persönlichkeit des Staates. Tübing. Zeitschr. f. Staatsw. Bd. XXV.). Er meint: „Könnte man den Begriff des Privatvermögens denken ohne den Gedanken einer dazu berechtigten Person, so wäre das Bedürfniss, eine juristische Person zu schaffen, beseitigt.“ (S. 32.) „Die ganz richtige Ansicht, welche den Staat Person nennt, sofern er ein lebendiger begeisterter Organismus ist, wurde weiterhin dahin verkehrt, den Staat als Person dem Volke gegenüberzustellen, ihm eine Herrschaft zuzuschreiben, in der Staatsgewalt den Ausdruck dieser Herrschaft, den Willen jener Person zu erblicken, und den Regenten als juristischen Vertreter derselben aufzufassen.“ (S. 29.) „Wenn der Souverän den Staat vertritt, so vertritt grade so gut jedes andere Glied des Staates, sofern es als solches activ wird, den Staat. Selbst der Steuerzahler vertritt so den Staat, da er nur als staatliche Person Steuer zu zahlen hat. [!] . . Nicht der Vertreter der Staatsperson ist der Souverän, sondern wie jedes andere Glied Vertreter des Staatsgedankens.“ — Es genügt, den Gegensatz der Auffassung angedeutet zu haben. Wir meinen, in diesen Aeusserungen *Fricker's* zeigt sich eine für die Erkenntniss des Gegenstandes und für die politische Praxis gleich gefährliche Unklarheit der Begriffe. Die Widerlegung solcher Vorstellungen glauben wir im Vorhergehenden geleistet zu haben.

Die gefährlichste Folge solcher Unklarheit ist die, dass die Staatspersönlichkeit mit einer präsumierten Volkspersönlichkeit, der Staatswille mit einem sogenannten Volkswillen verwechselt wird. Beides aber ist von Grund aus verschieden. Ein Volk ist gar keine Person, sondern eine unbestimmte Vielheit von Personen, die gelebt haben, jetzt in allen Stadien der Bewusstseins- und Willensreife leben oder noch leben werden. Hier ist also eine nur abstracte, ideelle Einheit, am allerwenigsten aber die Einheit einer Person oder eines Willens. Nur in bildlichem, übertragenem Sinne kann man von einer Volkspersönlichkeit sprechen. Der Ausdruck bedeutet in strenge Begriffe übersetzt nichts weiter als den hohen Grad von Gemeinsamkeit in Empfinden, Vorstellen, Wollen, die zwischen den Gliedern

eines und desselben Volkes wahrgenommen wird und die so gross ist, dass sie gleichsam wie getragen von der Einheit eines Selbstbewusstseins erscheint, wie die Mannichfaltigkeit der geistigen Prozesse sonst auf dem Boden einer sich zeitlich entwickelnden menschlichen Person sich vollzieht. In der That aber ist all dies Empfinden, Vorstellen, Erfahren, Wollen ein Thun und Leiden einer unbestimmten Menge von einzelnen menschlichen Personen, nicht aber einer neuen einheitlichen Person, welche ausserhalb aller dieser Einzelnen selbstständig für sich existierte. Es ist darum auch der Mode gewordene Ausdruck „Völkerpsychologie“ nur die Bezeichnung für eine ganz unhaltbare und verkehrte Vorstellung; denn es giebt keine Seele eines Volkes, also auch keine Wissenschaft von einer solchen Seele. Ein Unglück für die Wissenschaft ist es, dass man auf Metaphern Systeme zu bauen unternimmt, ohne sich in jedem Augenblick Rechenschaft abzulegen von dem in jener Metapher nur verhüllten Begriffe. Was für eine Thätigkeit der Volksseele ausgegeben wird, ist vielmehr die Wirksamkeit der Idee, welche sich die gemeinsame Thätigkeit der Glieder eines Volkes unterwirft und dieselbe nach sich formt, auf Grundlage allerdings der gemeinsamen geistigen Anlage, die alle Individuen eines Volkes von denen eines anderen unterscheidet und die man nur bildlich als eigenthümliche Anlage einer Volksseele bezeichnen kann.

Eine Persönlichkeit über dem Volke giebt es nicht anders als in der Form des Staates, d. i. eines substantiell für sich existierenden bestimmten Zweckes. Der Staat freilich hat einen Willen, weil er ein Zweck ist, dem sich Menschen als ausführende Organe in den Dienst begeben. Das Volk dagegen hat schlechterdings keinen Willen. Ein Wille aller im Volke wäre immer doch nur ein Wille aller Individuen, aber nimmermehr ein Wille des Volkes. Aber nicht einmal zu einem solchen gemeinsamen Willen aller kann es jemals kommen. Denn zum Volke gehören auch die Kinder, die Unmündigen, die Verstorbenen, die Ungeborenen, solche welche noch keinen Willen oder keinen Willen mehr haben. Aber selbst wenn das Volk nur aus willensreifen Individuen bestände, so könnte es doch niemals zu einem gemeinsamen Willen aller kommen. Denn thatsächlich sind bei aller Gemeinsamkeit der Geistesart, durch die sich die Individuen des einen Volkes von denjenigen jedes anderen unterscheiden, die Interessen, die Meinungen und Begierden nach Alter, Geschlecht, Stand, Bildung innerhalb eines und desselben Volkes so verschieden, dass ein vollkommen übereinstimmender Wille nie zu Stande kommen kann. Man müsste sich also mit dem Willen einer mehr oder minder überwiegenden Mehrzahl begnügen; dass aber dieser nur durch Fiction als Volkswille angesehen werden kann, ist an sich selbst klar, sowie man nicht mit der Phrase sich begnügen will.

Man kann von dem Willen des Volkes also nur in metaphorischer Weise reden. Deshalb muss in aller Weise verhütet werden, dass man

nicht den Staatswillen mit dem Volkswillen verwechsele; denn das würde immer dahin führen, dass ein grösserer oder geringerer Haufe von Menschen, die im gegebenen Augenblick von denselben Leidenschaften und Interessen bestimmt werden, ihren Willen für den Staatswillen ausgeben und danach die Action des Staates zu regeln unternehmen. Das aber ist der vollkommene Widersinn. Zwar kann es immerhin eine positive Bestimmung des hier oder da gegebenen Staatsrechts sein, dass ein solcher einmüthiger Beschluss einer mehr oder minder willkürlich zusammengesetzten Mehrheit von Individuen dafür angesehen werde, den Willen des Staates auszudrücken; es lässt sich auch nicht von vorn herein entscheiden, ob nicht unter diesen oder jenen gegebenen natürlichen oder geschichtlichen Bedingungen eine solche Bestimmung zweckmässig, vernünftig oder gerecht sein könnte. Aber man muss sich vor allem hüten, dergleichen als ein durch die Natur oder durch die Vernunft gebotenes Ideal hinzustellen, was im Grunde der Natur des Staates fast noch mehr zuwider ist als die despotischen Verfassungen des Orients. Um die Wahnvorstellung von Volkssouveränität, die nicht besser ist als der Glaube an Hexen oder an die Tischklopferei, gründlich zu bannen, dazu ist allein die Erkenntniss geeignet, dass der Staat eine moralische Person, eine Corporation und Anstalt zugleich ist. Daraus folgt denn, dass der Wille des Staates ausgedrückt ist in der geschriebenen oder ungeschriebenen Verfassung, der gesammten Rechtsordnung des Staates, dass er vertreten wird durch die rechtmässige Obrigkeit, die innerhalb ihrer regelmässigen Competenz in einem den Zwecken des Staates entsprechenden Sinne functioniert. Die verfassungsmässige „Volksvertretung“ freier Staaten aber ist nicht anzusehen, als ob sie dem Willen der Regierung gegenüber den Willen des Volkes verträte; vielmehr des Volkes Geistesart, Meinung und Gesinnung wird durch die Regierenden ebensowohl und gründlicher vertreten, falls das Volk nicht von Fremden unterjocht ist. Vielmehr die Volksvertretung ist nichts als ein Organ der Selbstverwaltung im weiteren Sinne, welches eingesetzt ist, weil es misslich ist, die Obrigkeit alle Räthe, die sie bei der Gesetzgebung und Controle der Regierungshandlungen gebraucht, selber ernennen zu lassen. Denn wie im freien Staate der Inhaber der Staatsgewalt einzelne Functionen derselben wie z. B. die richterliche regelmässig an bestimmte Organe abgiebt, damit willkürlicher Missbrauch der Staatsgewalt vermieden werde: so giebt derselbe auch das Recht, einen Theil seiner Räthe, ohne die kein Gesetz gegeben werden kann, zu ernennen, an mehr oder minder umfassende Theile des Volkes ab, die in der Uebung dieser Function dann allerdings einen obrigkeitlichen Charakter tragen. Es erscheint nämlich räthlich, auf irgend eine Weise durch eine Wahl seitens der freien Bürger aus der gesammten Kraft und Intelligenz des Volkes solche Räthe der Obrigkeit zur Seite zu stellen, die an der höchsten Gewalt freilich keinen Antheil haben, aber diejenige Auffassung vom

Zweckmässigen und Gerechten vertreten, welche bei einer Mehrzahl von Bürgern vorhanden ist. Dieses Organ der Staatsgewalt ist von grosser Wichtigkeit, weil in einem freien Volke auf die Mitwirkung des freien Mannes an der Staatsthätigkeit gezählt wird, und weil allerdings die Stimmungen und Gesinnungen der Menschen in diesem Organe zum Ausdruck kommen. Aber ein schwerer Irrthum ist es, wenn sich dies Organ als ausschliesslichen Ausdruck des „Volkswillens“ betrachten und daraus das Anrecht ableiten wollte den Staat zu beherrschen oder an der Herrschaft theilzunehmen. Vielmehr ein Volkswille existiert nicht; er käme aber, auch wenn er existierte, nicht gegen den bleibenden Willen des Staates in Betracht; dieser aber ist die rechtliche Ordnung und Verfassung und wird jedesmal vertreten durch die rechtmässige Obrigkeit. Vgl. *Gierke* (Rechtsgsche. der deutsch. Genossensch. S. 822—833), welchem gegenüber indes zu bemerken ist, dass der Inhaber der Staatsgewalt (der „Souverän“) alle Gewalt in sich vereinigt und dass jede staatliche Function aus seiner Gewalt abgeleitet, wenn auch von ihm an dauernde Organe übertragen ist, so auch die Ernennung der Abgeordneten, das richterliche Amt, die gesetzgebende und controlierende Thätigkeit der Abgeordneten selber. Alles was im Dienste des Staates geschieht, das geschieht im Namen und Auftrag des Souveräns.

Zu S. 14—17. Macchiavelli.

Zu der Literatur über Macchiavelli vgl. *R. v. Mohl*, Gesch. u. Literatur der Staatswissenschaften. Erlang. 1858. Bd. III. 542—588. Die von uns dargelegte Auffassung steht am nächsten derjenigen von *H. Leo* (die Briefe des N. Macchiavelli an seine Freunde. Uebers. Berlin 1826). Anderwärts, insbesondere auch bei *Gervinus* (Historische Schriften. Bd. I. S. 85 ff.) wird allzusehr die nächste praktische Rücksicht auf die vorliegenden politischen Verhältnisse, zu wenig dagegen die Absicht betont, die Macchiav. offenbar gehabt hat, eine ganz allgemein gültige Theorie der praktischen Regierungskunst zu geben.

Zu S. 18. Ultramontanismus.

Ueber die politischen Lehren des Ultramontanismus und das Legitimitätsprincip vgl. *Brockhaus*, das Legitimitätsprincip. Leipz. 1868. S. 22. Ueber de Bonald, de Maistre, Malte-Brun ebd. S. 97—116. Noch heute ist nicht ohne Interesse *J. C. Brederodii* *Repraesentatio pacis generalis inter Orbis Christiani Reges Principes et Status, Pontificum et Sedis Romanae sollicitudine procuratae*. 1608, wo nachgewiesen wird, dass der vom Papst betriebene Friede nur das Garn ist, um Fürsten und Völker zu fangen und alles dem römischen Stuhle unterwürfig zu machen; besonders zeige sich dies an dem Benehmen Roms den Evangelischen gegenüber, die es besonders durch trügliche Friedens-

anerbietungen zu umgarnen trachte. — Die katholischen, dem ultramontanen System zuneigenden Schriftsteller mögen hier durch einige Anführungen vertreten sein. *Walter*, Naturrecht. §. 463. „Der Staat und seine Angehörigen üben sie (die Pflichten der Gerechtigkeit und des Wohlwollens gegen andere Staaten) um ihrer eigenen sittlichen Natur willen, also aus Gewissen, aus Pflicht gegen sich selbst und gegen den göttlichen Willen. Auf dieser Stufe ist das Völkerrecht eines Staates ein Stück seines Religionsrechts und seiner öffentlichen Moral, die er übt, um sich nicht vor Gott eines sündhaften Unrechts schuldig zu machen.“ — *Taparelli*, Saggio teoretico di Dritto naturale. Roma 1855. Tom. II. p. 220 leitet ein Moralgesetz ab, welches für Souveräne gilt und sich so ausdrücken lässt: Eine staatliche Gemeinschaft soll auf der andern Wohlergehen bedacht sein und deshalb nichts weder selbst thun noch von den eignen Unterthanen verlangen, woraus sich für diejenigen der anderen ein Schade, eine Beeinträchtigung ihrer Rechte ergeben würde. Die Gemeinschaften sind einander wie die Individuen zu gegenseitiger Liebe verpflichtet. — p. 288 ff. setzt er auseinander, wie die internationale Gemeinschaft durch ein natürliches Factum entstehen wird. Er nennt dieselbe eine Ethnarchie. Dieselbe hat eine oberste Behörde, ein oberstes Gesetzbuch. Nicht Jahrhunderte mehr wird es dauern, bis ein universaler Bundesgerichtshof errichtet wird, welcher das Recht und die Macht hat, die Ordnung unter den Völkern aufrecht zu erhalten. Der deutsche Bund ist der verheissungsvolle Anfang solcher ethnarchischen Institutionen! (So wird le corps germanique gepriesen auch von *Rousseau*, Extrait du projet de paix perpét. de M. l'abbé de St. Pierre. 1761). Das Beste kommt dann p. 324. Der Papst und die Cardinäle aus allen Nationen bilden naturgemäss die ethnarchische Oberbehörde und ihre Repräsentanten. — Ein älterer Vertreter der katholischen Universalmonarchie mit dem Papst als Haupt und Vertheidiger ist *Thomas Campanella* (De Libris propriis, Paris 1642. p. 29). — Ganz ähnlich, wenn auch von verschiedenem Standpunkt aus, *Aug. Geyer*, Ueber die neueste Gestaltung des Völkerrechts. Innsbruck 1866. S. 20. „Nun giebt es allerdings eine Reihe von internationalen Pflichten, welche den Charakter von Rechtspflichten an sich tragen. Ihr Inbegriff lässt sich zusammenfassen unter dem einen Gesichtspunkt, dass die Staaten die Verpflichtung haben, dem idealen Zustande des ewigen Friedens zuzustreben. — S. 23. Denn in der That: die Moral wendet sich mit ihren Vorschriften nicht bloss an den Einzelnen, sondern auch an die Verbindungen. — S. 24. Zur ethischen Organisation soll sich das Gemeinleben der Menschen emporschwingen. Darin liegt allerdings auch die Herstellung einer rechtlichen Gemeinschaft einbegriffen. . . Weiter vorschreitend muss sie sich beleben lassen von der segenspendenden Wärme des echten Wohlwollens.“ — *Ernst Freiherr v. Moy de Sons*, Grundlinien einer Philosophie des Rechts auskathol. Standpunkte. Wien 1857. Bd. II. S. 12. „Die

Idee eines Weltstaates kann nur auf dem durch die Kirche im Mittelalter angedeuteten Wege realisiert werden.“ — S. 309 wird dann die Herrlichkeit, wie der Papst der Schiedsrichter in einer allumfassenden *respublica christiana* gewesen, des näheren geschildert. — *M. L. Bautain*, Philosophie des Lois. Paris 1860. p. 101 ff. „Die Idee des Völkerrechts in ihrem vollen Sinne ist in Wahrheit durchaus christlich. Erlösung und Taufe verbinden die Menschheit zu einer Familie; dies erst macht das Völkerrecht wirksam. Diese moralische Einheit bedarf einer Gewalt, um sie geltend zu machen; aber eine physische Gewalt vermag das nicht; es braucht einer geistlichen Gewalt, die enig und universell ist, die alle Zeiten, alle Räume durchdringt, also der Kirche und des Papstthums. Der Stellvertreter Christi lehrt mit höchster Autorität, was dem göttlichen Gesetze, was der Gerechtigkeit, den Rechten der Völker gemäss ist.“ — Darin findet er dann einen rühmenswerthen Vorzug des Mittelalters. — Vgl. *J. F. von Schulte*, Die Macht der röm. Päpste üb. Fürsten, Länder, Völker, Individuen. 2. Aufl. Prag 1871. S. 95 ff. „Aus dem Staatskirchenrechte der *Civiltà cattolica*.“

Die richtige Consequenz ist auch von nicht ultramontanen Schriftstellern gezogen worden. Vgl. *J. Schön*, Die Staatswissenschaft. 1840. 2. Aufl. S. 98. „Mittelst einer allgemeinen Kirche kann allein ein allgemeines Staatensystem in die Erscheinung treten.“ S. 100. „Da der Hohepriester als Bewahrer des göttlichen Wortes allein im Stande ist, sich jenes Zutrauen zu erwerben, welches dem Staatenrichter zu Theil werden müsste, jene Unparteilichkeit zu bewahren, die weltlichen Machthabern mangelt, jene Autorität zu erhalten, die richterlichen Aussprüchen nicht fehlen darf, so scheint die Hierarchie ebenso ein Postulat der höchsten menschlichen Entwicklung, wie wir es von der Theokratie behaupteten.“ — *P. J. B. Buchez* hegte vom Ziel der Weltgeschichte die Vorstellung, dass alle Völker der Erde ein umfassendes Bündniss bilden würden, welches durch den Glauben aller an dasselbe sittliche und religiöse Gesetz des Christenthums zusammengehalten würde. Vgl. *Buchez*, *Traité de politique*. Tome 1. Paris 1866. Notice sur Buchez par *A. Ott*, p. CXLII. — *Constantin Frantz*, Kritik aller Parteien. S. 212. „Die Friedensidee ist die dominierende Idee des Völkerrechts. Die Kirche als höchste Friedensanstalt ist also das höchste völkerrechtliche Institut.“ S. 175 ff. „Wird das Völkerrecht so angeschaut wie es dem Grotius vorschwebte, so beruht es auf der Idee eines die ganze Menschheit zeitlich und räumlich umfassenden Zusammenhangs durch die Gemeinschaft der Ueberzeugungen . . . So führt das Völkerrecht selbst zu der Forderung einer allgemeinen Kirche als einer lebendigen Gemeinschaft der Ueberzeugungen.“ — *Wippermann* (Beiträge zum Staatsrecht. 1. Beitrag. Götting. 1844. Ueber die Natur des Staates) lehrt, es hätte dahin kommen können, dass die Welt ein wahrhaftiges Völkerrecht kennen gelernt hätte, wenn es nämlich dem Papste gelungen wäre,

sich mit Effect und Dauer eine politische Macht über die Staaten zu erringen. Allerdings hätten dann die Staaten aufgehört, Staaten zu sein. — *Schleiermacher*, christliche Sitte (Werke. 3. Abthlg. Zur Philosophie. Bd. VII. S. 279). „Staaten sind moralische Personen und verhalten sich wie die Einzelnen, aber da sie keine Obrigkeit über sich haben, sondern alle nur unter dem göttlichen Gesetze stehen, nicht wie die Einzelnen im Staate, sondern wie die Einzelnen in der Kirche.“ (Wobei nur zu bedenken ist, dass die göttlichen Gesetze unmöglich eine Anforderung an den Willen einer moralischen Person bilden können, die ja auf die Realisierung ihres besonderen Zweckes beschränkt bleibt.) — Vgl. *Chalybaeus*, System der speculat. Ethik. Bd. II. S. 366 ff. „Ueber die souveränen Staaten lässt sich nicht wieder ein souveräner Allerweltstaat setzen. Das hiesse, unter dem zweideutigen Namen eines ethischen Menschheitsorganismus ein Zwittergebilde von Staat und Kirche, eine staatliche Theokratie oder einen hierarchischen Priesterstaat in mittelalterlicher Unklarheit hinnebeln.“ — *J. Fröbel*, Politik. Bd. I. S. 328. „Darum ist der Universalstaat ein der Sittlichkeit schlechthin und unbedingt widerstrebender Gedanke, — nicht etwa ein Ideal, hinter dem die Wirklichkeit leider zurückbleibt, sondern eine Missgeburt des Denkens — eine Verirrung des sittlichen Urtheils. Wenn die Menschheit eines universellen Organismus bedarf, so muss dieser ein idealer sein und gehört damit seiner äusseren Form nach der Kirche an, nicht aber dem Staate.“

Zu S. 21. Staatenmoral.

In der unglaublich gedankenleeren und phrasenreichen Schrift von *E. Jouy*, La morale appliquée à la politique. Paris 1822, findet sich der hübsche Beweis: „Es giebt eine universelle Moral, welche in dem menschlichen Gewissen innewohnt; mithin leitet sie die Individuen und die Gesellschaften nach denselben Gesetzen!“ (S. XX) Moral ist ihm die Kunst gut zu leben (de bien vivre) (S. 1) und das Gewissen der moralische Instinct der Selbsterhaltung; „man muss also gestehen, dass alle Moral auf der Selbstliebe gegründet ist!“ (S. 3). „Man hat viel über ein angebliches Recht des Krieges, ein angebliches Recht der Eroberung geschrieben. Als ob Mord und Diebstahl irgend ein Recht begründen und jemals einen Rechtstitel abgeben könnten!“ (S. 160). — *W. Paley* (Principles of moral and political philosophy. Vol. II. Book VI. Chap. 12) findet den Unterschied der politischen und privaten Moral besonders in der Schwierigkeit, dass die Folgen des politischen Handelns zuweilen die allgemeine Regel an Werth zu überbieten scheinen. Die Grösse des etwa sich ergebenden Uebels macht die Gültigkeit der moralischen Regel zweifelhaft. Aber mit Unrecht. Besser die eine Nation leidet, als dass durch Vertragsbruch, der regelmässig wird, die ganze Menschheit geschädigt wird,

weil nun das einzige Mittel das Unglück des Krieges abzuwenden der Welt für immer verloren wäre.

Einen Beitrag zur Casuistik der Staatenmoral liefert *J. Stuart Mill*, Diss. and disc. Vol. III. p. 164. Er wirft mit Bezug auf Englands Stellung zum Projecte des Suezcanals die Frage auf, ob eine Nation den Grundsatz hegen dürfe, dass etwas was für die Menschheit nützlich ist, ihr selber nachtheilig sein könne und sie demzufolge das Recht habe selbigem zu widerstehen; und antwortet: „Das hiesse erklären, dass das Interesse der Nation und das der Menschheit unvereinbar seien und dass insofern die Nation der Feind der Menschheit ist.“ — Aber damit die Menschheit sei, müssen doch wohl zunächst Nationen sein; denn das Abstractum Menschheit existiert nur in der Form von Nationen. Mit den Nationen hörte auch die Menschheit auf. Jede Nation muss sich für unentbehrlich halten oder sich als solche aufgeben; was ihr schadet, kann unmöglich der Menschheit nützlich sein — nämlich ihrer Ueberzeugung nach, und bis das Gegentheil durch thatsächliche Gewalt demonstriert ist. Eine Nation kann sich nicht selbst wegwerfen. Vgl. *E. Zeller*, Preuss. Jahrb. 1866. S. 643 ff. *Luden*, Politik, S. 42. „Die Politik ist die einzige Moral des Staates.“ — *Bluntschli*, Allgem. Staatslehre. I. S. 3. „Das Recht ist eine Voraussetzung der Politik, freilich nicht die einzige.“ — Dagegen *R. v. Mohl*, Geschichte u. Literatur der Staatswissenschaften. Bd. III. S. 352. „Was einmal eine unbedingte Nothwendigkeit des Rechtes oder der Sittlichkeit ist, muss eingehalten werden, auch wenn durch die Verletzung des Gebotes ein grosser Gewinn gemacht werden könnte.“ — *Heffter*, Völkerrecht, S. 7. „Eine sittlich correcte Politik kann niemals thun und billigen, was das Völkerrecht verwirft, und andererseits muss auch das Völkerrecht gelten lassen, was das Auge der Politik für den Selbstbestand eines Staates schlechterdings als nothwendig erkennt.“ — (Damit ist denn nun freilich nur gesagt, dass die Politik das Zweckmässige und Nothwendige erstrebt und das Völkerrecht solches Streben anerkennen muss. Gewiss richtig; aber dann muss man nicht von Recht und Sittlichkeit reden.) — *Bluntschli*, Das moderne Völkerrecht. S. 54. „Da sich kein Staat seiner Menschennatur entledigen kann, so darf er sich auch seiner Menschenpflicht nicht entziehen.“ (Der Staat kann sich der Menschennatur nicht entledigen, weil er sie nicht hat. Nur der Mensch hat Pflichten im eigentlichen Sinne; der Staat hat keine, sondern nur eine bestimmte seiner Natur entsprechende Wirkungsweise, die uns Beobachtung kennen lehrt. Der Staatsmann hat eine Pflicht, aber auch nur die, den eigennützigen Willen des Staates zu vollziehen.)

Zu S. 22. Vom ewigen Frieden.

Die vielberufene Ansicht *Kant's* von Völkerrecht und ewigem Frieden ist, wenn wir von dem was zu der theils ironischen, theils spie-

lenden Einkleidung der Schrift „Zum ewigen Frieden“ gehört, absehen, im wesentlichen folgende: 1) Staaten sind wie gesetzlose Wilde von Natur in einem nicht-rechtlichen Zustande; und dieser Zustand ist ein Zustand des Krieges, wenngleich nicht wirklicher Krieg und immerwährende wirkliche Befehdung, ein Zustand des Unrechts, aus welchem die Staaten auszugehen verbunden sind. (Rechtslehre. §. 54. Werke, ed. *Hartenstein*. 1867. Bd. VII, S. 162.) — Die gegenseitige Unabhängigkeit der Staaten ist eine brutale Freiheit (Zum ewigen Frieden. VI, 421. Idee zu einer allgemeinen Geschichte. 7. Satz. IV, 150); der Krieg ist der Quell aller Uebel und Verderbniss der Sitten, der Zerstörer alles Guten, das grösste Hinderniss des Moralischen (Anthropologie. §. 85. VII, 598. — IV, 152). — Gewöhnlich sieht *Kant* im Kriege nur die Wirkung der eiteln und gewaltsamen Erweiterungsabsichten der Staaten; doch bemerkt er auch: Der Krieg aber selbst bedarf keines besonderen Bewegungsgrundes, sondern scheint auf die menschliche Natur gepropft zu sein, und sogar als etwas Edles (VI, 431). —

2) Eben durch die Kriege, durch die Noth, die die Zurüstung zu denselben mitten im Frieden veranlasst, treibt die Natur zu Versuchen einen Völkerbund zu errichten, wo durch vereinigte Macht und Entscheidung nach Gesetzen jeder Staat seine Sicherheit und Rechte erwarten könnte. Ein Zeichen, dass das Menschengeschlecht auf solchen Völkerbund in der That hinstrebt, ist die allgemeine Theilnehmung, die nahe an Enthusiasmus grenzt, für die französ. Revolution, d. h. vielmehr für die Evolution einer naturrechtlichen Verfassung. Es liegt darin die Anerkennung des Rechts, dass ein Volk von anderen Mächten nicht gehindert werden müsse, sich eine bürgerliche Verfassung zu geben, wie sie ihm selbst gut zu sein dünkt; zweitens die des Zwecks, dass diejenige Verfassung eines Volks allein an sich rechtlich und moralisch-gut sei, welche ihrer Natur nach so beschaffen ist, den Angriffskrieg nach Grundsätzen zu meiden, welche keine andere als die republicanische Verfassung, wenigstens der Idee nach, sein kann. Der Republicanismus aber ist das Staatsprincip der Absonderung der ausführenden Gewalt (der Regierung) von der gesetzgebenden. Auch ein Monarch kann republicanisch regieren; es ist sogar seine Pflicht es zu thun, nämlich das Volk nach Principien zu behandeln, die dem Geist der Freiheitsgesetze, wie ein Volk mit reifer Vernunft sie sich selber vorschreiben würde, gemäss sind, wenn er auch der Form nach autokratisch herrscht, nicht demokratisch, so dass das Volk um seine Einwilligung nicht befragt würde. — Die republicanische Verfassung aber kann nicht kriegssüchtig sein. (Streit der Facultäten. Abschn. 2, 5. VII, 398 ff. — IV, 150 ff.) Was guter Wille hätte thun sollen, aber nicht that, muss endlich die Ohnmacht bewirken, welche die Folge der Kriege, der Rüstungen und ihrer Kosten ist: dass ein jeder Staat in seinem Innern so organisiert werde, dass nicht das Staatsober-

haupt, dem der Krieg eigentlich nichts kostet, sondern das Volk, dem er selbst kostet, die entscheidende Stimme habe, ob Krieg sein solle oder nicht. Denn dieses wird es wohl bleiben lassen, aus blosser Vergrößerungsbegierde, oder um vermeinter bloss wörtlicher Beleidigungen willen, sich in Gefahr persönlicher Dürftigkeit; die das Oberhaupt nicht trifft, zu versetzen (VI, 344).

3) Von dem Problem eines gesetzmässigen äusseren Staatenverhältnisses ist auch das Problem der Errichtung einer vollkommenen bürgerlichen Verfassung abhängig. Es ist ein Völkerbund nothwendig nach der Idee eines ursprünglichen gesellschaftlichen Vertrages zum Schutz gegen äussere Angriffe; diese Verbindung aber muss keine souveräne Gewalt, wie in einer bürgerlichen Verfassung, sondern nur eine Genossenschaft (Föderalität) enthalten, eine Verbindung, die zu aller Zeit aufgekündigt werden kann, mithin von Zeit zu Zeit erneuert werden muss. So ist ein weltbürgerlicher Zustand der öffentlichen Staatssicherheit herzustellen, der nicht ohne alle Gefahr sein darf, damit die Kräfte der Menschheit nicht einschlafen, aber doch auch nicht ohne ein Princip der Gleichheit ihrer wechselseitigen Wirkungen und Gegenwirkungen, damit sie einander nicht zerstören. Immerhin ist dies, wenn auch kein weltbürgerliches gemeines Wesen unter einem Oberhaupt, doch ein rechtlicher Zustand der Föderation nach einem gemeinschaftlich verabredeten Völkerrecht. (IV, 152. VII, 162. Theorie u. Praxis. 3. Bd. VI, S. 344.) An Stelle der positiven Idee einer Weltrepublik muss, wenn nicht alles verloren werden soll, das negative Surrogat eines den Krieg abwehrenden, bestehenden und sich immer weiter ausdehnenden Bundes den Strom der rechtscheuenden, feindseligen Neigung aufhalten, doch mit beständiger Gefahr ihres Ausbruchs. (VI, 424.)

4) Obschon die Absonderung vieler von einander unabhängiger Staaten an sich schon ein Zustand des Krieges ist, so ist doch selbst dieser besser als die Zusammenschmelzung in eine Universalmonarchie, weil diese zu einem seelenlosen Despotismus und zur Anarchie führen müsste. Das Verlangen jedes Staates ist es, wo möglich die ganze Welt zu beherrschen; aber die Natur trennt die Völker durch die Verschiedenheit der Sprachen und Religionen, und verbindet sie durch den wechselseitigen Eigennutz des Handelsgeistes, der den Kriegen wehrt. Jene Verschiedenheit führt zwar den Hang zum wechselseitigen Hasse und Vorwand zum Kriege bei sich, leitet aber doch bei anwachsender Cultur zum Einverständniss in einem Frieden, der nicht wie der Universal-Despotismus auf dem Kirchhofe der Freiheit, durch Schwächung aller Kräfte, sondern durch ihr Gleichgewicht im lebhaftesten Wetteifer derselben hervorgebracht und gesichert wird. (VI, 434. — Relig. innerh. der Grenzen der blossen Vernunft. III. Stück 1. Abthlg. 7. Bd. VI. S. 221.) Der Zustand eines allgemeinen Friedens kann der Freiheit noch gefährlicher sein,

als der des allgemeinen Krieges, indem er den schrecklichsten Despotismus herbeiführt; mit übergrossen Staaten ist es auch mehrmalen so gegangen. (VI, 344.)

5) Der ewige Friede ist also eine unausführbare Idee, weil der Universalstaat nicht möglich ist. Die politischen Grundsätze aber, die zur continuierlichen Annäherung zu demselben dienen, sind nicht unausführbar, weil diese Annäherung eine auf der Pflicht, mithin auch auf dem Rechte der Menschen und Staaten gegründete Aufgabe ist. Die moralisch-praktische Vernunft in uns spricht ihr unwiderrufliches Veto aus: es soll kein Krieg sein; der ewige Friede ist das höchste politische Gut. (VII, 168; 172.) Die Verwirklichung kann man mit nicht unangemessenem Ausdruck von der Vorsehung erwarten. Denn die Entgegensetzung der Neigungen, aus welchen das Böse entspringt, untereinander verschafft der Vernunft ein freies Spiel, sie insgesamt zu unterjochen, und statt des Bösen, was sich selbst zerstört, das Gute herrschend zu machen. Man muss auf die Natur der Dinge vertrauen, welche dahin zwingt, wohin man nicht gerne will, und auch auf die menschliche Natur, die nicht für so versunken im Bösen gehalten werden muss, dass nicht die moralisch-praktische Vernunft endlich über dasselbe siegen sollte. Das Rechtsprincip bestimmt, wie das Verhältniss unter Menschen und Staaten sein soll; die Erdengötter haben die Pflicht, in ihren Streitigkeiten jederzeit so zu verfahren, dass ein solcher allgemeiner Völkerstaat dadurch eingeleitet werde und ihn also als möglich (in praxi) und dass er sein kann anzunehmen. (VI, 346.) Die Erfahrung spricht uns alle Hoffnung ab, dass es je zu einem allgemeinen und machthabenden Völkerrecht kommen könne; aber es ist eine Idee der Vernunft, die als praktisches regulatives Princip objective Realität hat. (VI, 221.) Die Zukunft des ewigen Friedens lässt sich nicht theoretisch weissagen; aber Pflicht ist es, zu diesem nicht bloss chimärischen Zwecke hinzuarbeiten, und was Pflicht ist, das ist auch Aufgabe der Politik. Denn objectiv (in der Theorie) giebt es keinen Streit zwischen Moral und Politik. Wenn es Pflicht, wenn zugleich gegründete Hoffnung da ist, den Zustand eines öffentlichen Rechts, obgleich nur in einer in's Unendliche fortschreitenden Annäherung wirklich zu machen, so ist der ewige Friede keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele beständig näher kommt. (VI, 446 ff.) —

Kant's politische Einsicht entspricht nicht ganz der sonstigen Grösse des Mannes. Der Grund davon ist theils eine gewisse Verstimmung gegen die „Erdengötter“, die solche Abneigung freilich ganz wohl verdienen mochten; — doch schreibt *Kant* deshalb bisweilen dem bösen Willen der Menschen zu, was er sonst selber auf die Natur der Staaten zurückführt; — theils beherrscht ihn die Vorstellung von einer naturrechtlichen Verfassung, die das an und für sich Gerechte verwirklichen sollte und der gegenüber alle vorhandenen Verfassungen ungerecht wären. Zu den in un-

serer Zeit gewonnenen Resultaten für tiefere Erkenntniss des Wesens des Staates steht gerade der unhistorische Rationalismus *Kant's* im schneidendsten Gegensatze. Philosophische Zeitgenossen von ihm, z. B. *Chr. Garve*, haben auf diesem Gebiete ein unbefangeneres und gründlicheres Urtheil gehabt. Den oben dargelegten Ansichten liegt hauptsächlich die Vorstellung zu Grunde, dass der Staatsmann als solcher noch andere sittliche Pflichten habe, als die, das Interesse des Staates zu vertreten; es zeigt sich ferner eine allzugeringschätzung des Werthes der nationalen Besonderheit und damit der vollkommenen Unabhängigkeit des dem nationalen Geiste entsprechenden Staatswesens. So fordert *Kant* Abschaffung der stehenden Heere, des Landerwerbs durch einen Staat u. dergl. m.

Den *Kantischen* Anschauungen zunächst steht *Schelling* (System des transscendentalen Idealismus. 1800. Werke. Abthlg. I. Bd. III. S. 586 ff.). Auch er deduciert eine Föderation aller Staaten, die sich wechselseitig untereinander ihre Verfassung garantieren, als nöthig zum sicheren Bestehen auch nur einer einzelnen Staatsverfassung. Das giebt einen Staat der Staaten, einen Völkerareopag, welchem gegen jedes einzelne Staatsindividuum die Macht aller übrigen zu Gebote steht. „Wie nun eine solche Rechtsverfassung zu realisieren ist, ist schlechthin nicht zu begreifen, wenn nicht in eben jenem Spiel der Freiheit, dessen ganzer Verlauf die Geschichte ist, wiederum eine blinde Nothwendigkeit herrscht, welche zu der Freiheit objectiv das hinzubringt, was durch sie allein nie möglich gewesen wäre.“ — Uebrigens bleibt es nach *Schelling* bei der allmählichen Annäherung zu diesem Ziele, dessen endliche Erreichung weder aus Erfahrung geschlossen, noch auch theoretisch a priori bewiesen werden kann, sondern nur ein ewiger Glaubensartikel des wirkenden und handelnden Menschen sein wird (S. 593). Vgl. v. *Ekendahl*, Allgem. Staatslehre, Neustadt a. d. Orla 1833. Thl. II. S. 257 ff., der den ewigen Frieden, die Herrschaft des Rechts bei allen Völkern des Erdbodens sowohl in ihren inneren als in ihren äusseren Verhältnissen, das höchste, unverrückbare Ziel der fortschreitenden Cultur der Menschheit nennt, selbst wenn es in der Wirklichkeit nie erreichbar sein sollte. Die Verwirklichung desselben in naher Zukunft zu erwarten sei lächerlich. *Wilh. Traug. Krug* (Gesamm. Schr. Bd. IV. S. 73 ff.) dagegen meint: die Aufgabe, den ewigen Frieden herzustellen, für unauflöslich oder gar für ungereimt erklären, hiesse alle Ideen der Vernunft in das Land der Träume verweisen. *J. F. Fries* (Philosoph. Rechtslehre. Jena 1803) findet die Forderung, auf die Vernichtung des Krieges hinzuwirken, gar nicht idealischer, als die, eine gute Polizeiordnung in einem Lande einzuführen. Diejenigen, welche diese Idee für unnütz halten, urtheilen ebenso, wie ein Lissaboner oder Römer, welcher es für unmöglich ansehen wollte, dem Meuchelmord, Diebstahl oder der Bettelei auf den Strassen einer grossen Stadt Einhalt zu thun. — *K. S. Zachariä* (Janus. Leipz. 1802) hält nichts für unmöglich, was sich durch

freien Entschluss realisieren lässt. Je weiter die Menschheit fortschreitet, desto weiter muss das Ziel der Fortschritte gesteckt werden.

Die Vorstellung vom ewigen Frieden verwirft *H. Luden*, Politik. S. 64. „Freilich, wenn Leben und Geniessen und Schlafen einerlei wäre! Ein ewiger Friede würde unserem Geschlecht ebenso heilsam sein, als wenn der Sturm aus der Natur verschwände, Seen oder Sümpfe aber blieben.“ — *Hegel*, Philosophie des Rechts. (Werke, Bd. VIII. Berlin 1833.) §. 322 ff. S. 416. „Ewiger Friede wird häufig als ein Ideal gefordert, worauf die Menschheit zugehen müsse. . . Allein der Staat ist Individuum und in der Individualität ist die Negation wesentlich enthalten. . . Trotz dem aber finden Kriege, wo sie in der Natur der Sache liegen, Statt; die Saaten schiessen wieder auf, und das Gerede verstummt vor den ernstesten Wiederholungen der Geschichte.“ — Vgl. *Troxler*, Philosoph. Rechtslehre. Zürich 1820. S. 55. 77. *C. L. v. Haller*, Restauration der Staatswissenschaft. Bd. III. S. 94. *v. Martens*, Einleit. in das positive VR. S. 27. „Reichstäge und Gerichte gewähren nicht ewigen Frieden, wo die Vollziehung Armeen erheischt.“ ebd. S. VII ff. — *Oppenheim*, Syst. des VRs. 2. Ausg. S. 74. „Freilich hat Kant insofern völlig Recht, als der ewige Friede nur dann realisiert werden könnte, wenn im Innern der Staaten schon aller Kampf und Zwiespalt aufgelöst wäre; wenn die Menschen nicht bloss gleich berechtigt, sondern gleich weise und glücklich in gleichem Verhältnisse zu ihrem Vaterlande stünden, das jedem andern Staate an Macht gleich wäre: kurz, wenn die Idee an der Materie keinen spröden Stoff mehr umzugestalten fände, wenn die Weltgeschichte stille stünde!“ — Gegen *Rousseau* viel Gutes bei (*Valentin Embser*), L'idolatrie de ce siècle philosophique. Mannheim 1779.

Widerspruchsvoll ist *Schmelzing*, Systemat. Grundriss des VRs. §. 425. „Der ewige Friede ist nicht zu hoffen; ein Tribunal, welches einen Weltfrieden wie den Landfrieden aufrecht erhielte, ist in der Wirklichkeit nicht möglich, im Ideal nicht zu wünschen.“ (Vgl. Bd. I. S. 128.) — Dagegen heisst §. 560 der ewige Friede Postulat der Vernunft und höchstes Ideal, und §. 5, §. 7 denkt er an einen Bund der europ. Staaten der Zukunft mit einem Bundesgericht und einem Codex juris gentium. — Aehnlich *v. Holtzendorff*, Politik, S. 227. „Für die praktische Politik ist der Machtzweck eine gebieterische Nothwendigkeit, so lange als ein Volk gegenüber einem anderen unberechtigte Forderungen erhebt und die Begriffe über das was Recht ist von den nationalen Vorstellungen soweit beherrscht werden, dass sich wesentliche Verschiedenheiten der Auffassung mit Nothwendigkeit ergeben müssen.“ Dagegen S. 226: „Völlig unberechtigt wäre die Geringschätzung derer, welche sich darum bemühen, . . . an die Stelle des Krieges den ewigen Frieden treten zu lassen. Jede derartige Bestrebung ist gleich einem Lehramte gegenüber der ungebildeten Jugend, gleich einem Priesterthum gegenüber den Leidenschaften der Menge.“ (Als ob es zu billigen wäre, wenn man mit be-

wusster Unwahrheit das Unmögliche für realisierbar, das Widersinnige für vernünftig ausgiebt!) — Auch *Gierke* (Rechtsgeschichte der deutsch. Genossensch. S. 843) überlässt sich dem unklaren Traum: „Das Völkerrecht kennt bisher überhaupt die rechtliche Möglichkeit einer selbstständigen Gesamteinheit über souveränen Staaten nicht. . . . Dabei ist freilich nicht zu verkennen, dass sich in unserem Jahrhundert auch hier die Anfänge einer Associationsbewegung (!) zeigen, die in näherer oder fernerer Zukunft zu genossenschaftlicher Staaten- und Völkervereinigung und zuletzt zu einer organisierten, rechtlich als Gesamtpersönlichkeit anzuerkennenden Allgemeinheit über den Völkerindividuen führen wird.“

Ueber die Vorschläge, die zur Herstellung des ewigen Friedens gemacht sind seit Heinrich IV., vgl. *H. G. Tzschirner*, Ueber den Krieg. Leipz. 1815. S. 72 ff., der sie alle für widersinnig erklärt; *H. Wiskemann*, Der Krieg. Leiden 1870. S. 127 ff., der ihnen theilweisen Werth zuspricht. Zur Probe, wie sich das Phantasma vom ewigen Frieden in manchen Köpfen ausnimmt, führen wir folgende neuere Schriften an: *Sartorius* (Organon des vollkomm. Friedens. Zürich 1837) erwartet Hilfe nur von einem Völkerstaat, einer Organisation der Menschheit als einer allgemeinen staatlichen Formation, welche alle Erdbewohner in sich fasst und ein Weltbürgerthum realisiert (S. 198 ff.). Dazu gehört denn nichts weiter als ein Völkertribunal, gebildet aus erwählten Repräsentanten der Vereinigten, mehrere Gerichtshöfe niederer Instanz etwa nach der Zahl der fünf Erdtheile; ein Völkergesetzbuch, welches dem Gewohnheitsrecht und dem Präjudicium keinen Wirkungskreis mehr übrig lässt, ohne Controversen (!), mit ordentlichem Strafrecht und Process. Die Staaten dürfen natürlich nicht mehr souverän sein; die Staaten wie sie jetzt sind müssten eingehen; der Segen würde so gross sein, dass ein Abfall undenkbar, der reine Selbstmord wäre. Die Verfassung ist die repräsentative Demokratie, ein Papiergeld ist einzuführen, das kein Metall repräsentierte, um die Nabelschnur, mit der die Völker an der Erde hängen, abzureissen; der ausländische Handel kein Privathandel mehr, sondern von den Staaten als solchen zu betreiben. Die stehenden Heere müssen in allen Staaten aufgehoben werden. Wenn die Staatsmänner dies nicht befolgen, so bewähren sie nur ihre politische Impotenz oder Verdorbenheit (S. 230—276, 297—301). — Die Schrift ist eine vom Genfer Friedensverein gekrönte Preisschrift! Aehnlich wie *Sartorius* denkt sich einen dauernden Gesellschaftsvertrag der Staaten *Fülleborn*, Der Schlusssatz in Kants Schrift „zum ewigen Frieden“. Berlin 1858.

Einigermassen besonnener erwartet *William Jay* (War and peace. New-York 1842) den Frieden von politischen Institutionen. (S. 78 ff.) So gut es Allianzen behufs des Krieges giebt, kann es auch Allianzen behufs des Friedens geben. Die Vereinigten Staaten Amerikas müssen das Beispiel geben. Zwischen ihnen und Frankreich giebt es keine streiten-

den Interessen; da könnte ein Vertrag geschlossen werden, dass entstehende Streitigkeiten einem Schiedsgericht unterworfen werden sollen. Andere Mächte könnten sich dann anschliessen. Dass der Vertrag gehalten werden würde, dafür bürge das nationale Interesse und die öffentliche Meinung. Das Mittel die Sache durchzuführen, ist die freiwillige Vereinigung; die Tribüne und die Presse müssten das Ihrige thun. Hätten sie doch schon die Abschaffung des Sklavenhandels durchgesetzt und die Mässigkeitsvereine in Blüthe gebracht! — Es ist ein hübscher und origineller Gedanke, die Abschaffung des Kriegführens und des Schnapstrinkens auf gleichem Fusse zu behandeln.

Die Schrift: Patriotische Beiträge zum ewigen Frieden. Berlin 1800, schlägt nach dem Vorbilde Kants 6 Definitiv-Friedensartikel vor, deren Inhalt darauf hinausläuft, dass die Welt gemüthlich einrosten soll. 1) Jeder Fürst verbleibt in seinen Besitzungen und Prärogativen für sich und seine Erben unveränderlich. 2) Jeder Staat entsagt dem Erwerbe neuer Besitzungen. 3) Die Staaten verpflichten sich durch einen Correalvertrag, den Besitzstand jedes andern zu schützen. 4) Alle Allianzen, speciellen Verbindungen, separaten Verträge cessieren. 5) Niemand mischt sich in die inneren Angelegenheiten eines andern Landes. 6) Die Staaten, welche ausser Europa Besitzungen haben, dürfen in Europa keine Feindseligkeiten üben. — Der Verfasser hält das alles für leicht ausführbar. — Sehr skeptisch ist die hinterlassene Schrift von *Ferd. Florens Fleck*, Der Krieg und der ewige Friede. Herausgeg. v. Schütz. Leipz. 1849. Ein Universalstaat sei allerdings unmöglich. S. 14. Eine höchste Obrigkeit als Schiedsrichterin zwischen Staaten würde das Grab individueller und nationaler Freiheit und Selbstentwicklung sein. S. 32. Immer hänge es vom guten Willen, also einem moralischen Moment, ab, ob ein oberster Gerichtshof in einem allgemeinen Völkerbunde Bestand hätte. S. 37. Das Heil liege also in keiner Institution, sondern in der sittlichen Perfectibilität des Menschengeschlechtes. — Damit wären wir denn auf das Ende der Zeiten verwiesen, und bis dahin ist's vielleicht noch lange.

Zu S. 32. Nationalhass.

Ueber den Nationalhass vgl. *Ferguson*, Geschichte der bürgerl. Gesellsch. Aus dem Englisch. Leipz. 1768. 1, 4. (S. 32): „Man höre die Bauern auf verschiedenen Seiten der Alpen, der Pyrenäen, des Rheines oder des Kanals ihren Vorurtheilen und nationalen Leidenschaften Luft machen: bei ihnen finden wir den Stoff zu Krieg und Streit liegen ohne Veranlassung der Regierung, und Funken bereit zur Flamme aufzulodern, welche der Staatsmann oft geneigt ist auszulöschen. Das Feuer wird nicht immer da entbrennen, wo seine politischen Erwägungen es leiten möchten, noch da innehalten, wo die Gemeinsamkeit des Interesses eine Allianz begründet hat.“ — *W. Roscher*, Grundlagen der Nationalöko-

nomie. (Syst. der Volkswirthsch. Bd. I. 4. Aufl. Stuttg. 1861. S. 178.) „Insgemein sehen hochcultivierte Nationen die ersten Anfänge der Cultur bei fremden Völkern mit einem günstigeren Auge an als deren spätere Fortschritte, wodurch sie ihnen gleichkommen wollen. Uebrigens ist die allseitige Erfüllung der obigen Voraussetzungen (dass das Gefühl des menschlichen Zusammengehörens stärker sei, als jenes der politischen, confessionellen u. s. w. Geschiedenheit; dass Rechtssinn und Friedensliebe jeden gefährlichen Funken der Herrschsucht und des kriegerischen Ehrgeizes gelöscht haben) etwas so unwahrscheinliches, die unpatriotische „Menschenliebe“ so verdächtig, die Mehrzahl der Menschen so unfähig, sich ohne nationale Beschränktheiten ganz zu entwickeln: dass ich das völlige Verschwinden auch der unbegründeten Volkseifersucht nur mit Besorgniss wahrnehmen würde. Nichts hat die makedonische und römische Regierung mehr gefördert, als der Kosmopolitismus der späteren griechischen Philosophen.“

Zu S. 35. Der Naturstand zwischen Staaten.

Plato, von den Gesetzen. Buch I. p. 625. E. ff. „Alle diese Einrichtungen sind bei uns mit Bezug auf den Krieg getroffen, und alles hat der Gesetzgeber, wie mir scheint, mit Rücksicht darauf angeordnet . . . Dabei scheint er den Unverstand so vieler verurtheilt zu haben, die nicht einsehen, dass zwischen Staat und Staat immer und unausgesetzt der Krieg waltet . . . Denn was die meisten Menschen Friede nennen, das ist ein blosser Name; in der That befinden sich alle Staaten naturgemäss immer und ohne besondere Ankündigung im Zustande des Krieges gegeneinander. Die Meinung nun war, dass alles andere nichts werth wäre, weder Besitzthümer, noch Institutionen, wenn man nicht kriegerisch überlegen sei; gehe doch alles Gut des Besiegten in den Besitz des Siegers über.“ — *Spinoza*, Tract. Politic. cap. III. §. 13. „Zwei Staaten sind von Natur Feinde. . . . Wenn also ein Staat den andern mit Krieg überziehen und die äussersten Mittel anwenden will, ihn zu unterwerfen: so darf er es mit Recht versuchen, weil zum Kriegführen sein Wille der hinreichende Grund ist. Betreffs des Friedens hingegen kann er nichts bestimmen ohne den zustimmenden Willen des anderen Staates.“ §. 14. „Dieser Vertrag bleibt so lange bestehen, wie der Grund, aus dem er eingegangen wurde, nämlich so lange die Furcht vor Nachtheil oder die Hoffnung auf Vorthail vorhanden ist; ist diese oder jene einem der beiden Staaten benommen, so hat er volle Freiheit der Entschliessung, und das Band, welches die Staaten wechselseitig umfasste, löst sich von selbst. Jeder hat also volles Recht den Vertrag aufzuheben, wann immer er will, und es lässt sich nicht behaupten, dass er hinterlistig oder treulos verfare, weil diese Bedingung für beide Theile gleichmässig galt, und ferner, weil niemand sich für die Zukunft bindet als für den Fall, dass die früheren Umstände fort dauern. — Aendern sich

diese, so ändert sich die Lage des ganzen Staates; es behält mithin jeder der vertragenden Staaten das Recht sich zu schützen, jeder sucht deshalb so viel als möglich ohne Furcht und unabhängig zu sein und das Wachsthum der Macht des andern zu hindern. Wenn ein Staat über Betrug klagt, so kann er nicht auf die Untreue des andern, sondern nur auf die eigene Dummheit schelten, nämlich dass er sein Heil einem andern anvertraut hat, der unabhängig und dem sein eigenes Wohl das höchste Gesetz ist.“ — Vgl. ebd. cap. II. §. 11, cap. III. §. 7. „Es folgt mithin, dass diejenigen die grösste Unabhängigkeit geniessen, welche die grösste Einsicht haben und sich am meisten durch dieselbe leiten lassen.“ — cap. II. §. 3. „Mithin hat jedes natürliche Wesen von Natur so viel Recht, als es Macht hat zu Existenz und Wirksamkeit.“

J. G. Fichte, Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters. (Sämmtl. Werke. VII. S. 165). „Krieg ist nicht nur, wenn Krieg geführt wird, sondern die allgemeine Unsicherheit aller vor allen und die daraus erfolgende immerwährende Bereitschaft zum Kriege ist auch Krieg und hat für das Menschengeschlecht fast dieselben Folgen, als der geführte Krieg.“ *Derselbe*, Ueber Macchiavelli. Nachgel. Werke. Bd. III. S. 422. „Vor jedem Irrthum in der Beurtheilung jenes gegenseitigen Verhältnisses der Staaten zu einander wird man völlig gesichert, wenn man . . . annimmt, dass jeder jede Gelegenheit ergreifen werde, um dem andern zu schaden, so oft er seinen eigenen Vortheil dabei zu ersehen glauben wird Es ist um so nothwendiger, dass, selbst ohne bei irgend einem die geringste Bösartigkeit vorauszusetzen, zwischen Staaten es zu diesem Verhältnisse der fortdauernden Kriegslust kommen müsse, da zwischen ihnen niemals, so wie zwischen Bürgern eines geschlossenen und geordneten Staates, gewisses und ausgemachtes Recht stattfinden kann Ueberdies will jede Nation das ihr eigenthümliche Gute so weit verbreiten, als sie irgend kann, und so viel an ihr liegt, das ganze Menschengeschlecht sich einverleiben, zufolge eines von Gott den Menschen eingepflanzten Triebes, auf welchem die Gemeinschaft der Völker, ihre gegenseitige Reibung an einander und ihre Fortbildung beruht. Da dieses nun alle wollen, so gerathen sie nothwendig, und wenn sie auch alle durch reine und vollendete Geister regiert würden, in Conflict. Wer nicht zunimmt, der nimmt, wenn andere zunehmen, ab. Es geht sehr wohl an, dass ein Privatmann sage: ich habe genug, und will nicht mehr Ein Staat, der fortgesetzt diese bescheidene Genügsamkeit übte, müsste entweder durch seine Lage sehr begünstigt, oder eine, wenig Reize habende, Beute sein, wenn er nicht bald auch um dasjenige kommen sollte, womit er sich bescheiden begnüge, und wenn sich nicht finden sollte, dass die Worte: ich will nichts weiter haben, eigentlich die Bedeutung gehabt hätten: ich will gar nichts haben, und will auch nicht existieren.“ — Ebd. S. 427. „An die allgemeinen Gesetze der Moral ist der Fürst in seinem Privatleben gebunden, so wie

der Geringste seiner Unterthanen; in dem Verhältniss zu seinem friedlichen Volke ist er an das Gesetz und an das Recht gebunden; in seinem Verhältniss aber zu anderen Staaten giebt es weder Gesetz noch Recht, ausser dem Recht der (des?) Stärkeren und dieses Verhältniss legt die göttlichen Majestätsrechte des Schicksals und der Weltregierung, auf die Verantwortung des Fürsten, nieder in seine Hände, und erhebt ihn über die Gebote der individuellen Moral in eine höhere sittliche Ordnung, deren materieller Inhalt enthalten ist in den Worten: *Salus et decus populi suprema lex esto.*“ — Vgl. Sämmtliche Werke. Bd. VII. S. 211.

Eb d., System der Rechtslehre. 1812. Nachgel. Werke. Bd. II. S. 647 ff. „Diese Erhaltung ist ihm (dem Staate) nun auf keine Weise garantiert als durch seine eigne Uebermacht. Er muss darum, um seines theuersten Zweckes willen, dieselbe stets zu erreichen suchen, auf den Vorrath immer streben, um sich herum zu erobern und sich zu vergrössern: keine Gelegenheit, wo er es mit Sicherheit thun kann, ungenutzt vorüberstreichen lassen Einen Angriff auf seine Selbstständigkeit muss jeder erwarten, sobald derselbe möglich sein wird; und wenn es heute nicht erfolgt, so geschieht das darum, weil sich der andere nicht stark genug fühlt. Es wird sodann besser sein, wenn er über die und die Kraft verfügt, als wenn sein Gegner es thut: er muss darum keine Zeit ungenutzt lassen, um sie sich anzueignen.“ — S. 648. „Alle betrachten darum alle immerfort als rechtlos . . . Wer nicht garantiert, hat in der That kein Recht. Nur die Garantie bringt den Rechtszustand zuwege. Wo diese nicht ist, da ist ein unaufhörlicher Krieg aller gegen alle, und das von Rechtswegen.“

Durch diese Darlegungen Fichte's vom Jahre 1807 und 1812 sind seine früheren Aeusserungen über die Denkbarekeit des Völkerbundes und des ewigen Friedens (z. B. Sämmtliche Werke. III. S. 379—382, Naturrecht. 1796. Bd. II. S. 274—275. Bestimmung des Menschen. 1800) von ihm selber corrigiert worden.

Butte, die Kriegsfrage. S. 36. „Kein Staat kann direct für sich, indirect für andere Staaten besser handeln, als wenn er sich mit grösster Strenge und Consequenz an die ihm von dem wohlverstandenen Egoismus seiner nothwendig kalten Volkspersönlichkeit dictierten Vorschriften hält.“ — *Heinr. Luden*, Handbuch der Staatsweisheit oder der Politik. S. 54 ff. „Der Staat kann seiner Natur nach weder Freunde haben, noch Freund sein, wiewohl Staaten wegen eines gemeinsamen Feindes als natürliche Freunde angesehen werden mögen oder auch wegen gegenseitiger Bedürfnisse. Freundschaft findet nur statt, wo die Politik sie gebietet, und so lange sie gebietet.“ S. 57. „Daher muss der Regent streben, seinen Staat übermächtig zu machen.“

Gründlich und treffend bezeichnet *Chr. Garve* (Philos. Anmerk. u. Abhandl. zu Cic.'s Büchern v. d. Pflichten. Breslau 1788. Ueber die Verbindung der Moral m. d. Politik. S. 2 ff.) die Unterschiede zwischen der

Lage der Regenten und der Privatpersonen. 1) Jene haben keinen Richter über sich, 2) sie sind Depositarien einer fremden Macht, Geschäftsträger eines ansehnlichen Corporis. Es muss darum 1) jeder für seine Sicherheit selbst sorgen und ist auch allein Richter darüber, was zu seiner Sicherheit gehört; 2) er ist rechtlich nicht verpflichtet; 3) für das Eigenthum giebt es keine deutlichen und bestimmten Regeln. S. 8. An die Stelle der Gesetze tritt Verstand und Gewissen, Scharfblick und Muth. S. 14. Jeder sucht sich vor der immer drohenden Ungerechtigkeit anderer des einzigen Schutzes, der eignen Uebermacht zu versichern, ist auf Schwächung seiner Rivalen bedacht und sucht in der Furcht die er einflösst den Schutz seiner Rechte. S. 43. Eingegangene Verpflichtungen sind hinfällig, wenn die Erhaltung des Staates gefährdet ist. S. 63. Der etwaige Nutzen einer äusseren Gesetzmässigkeit kann den Schaden, dass eine Nation an der Beobachtung derselben zu Grunde geht, nicht aufwiegen. S. 73. Staaten können sich nicht sichern, ohne dass sie thätlich mitwirken, die Angelegenheiten anderer Staaten in die Form und Ordnung zu bringen, welche sie ihrem Staatsinteresse gemäss halten.

Zu S. 40. Das Alter des Völkerrechts.

Was die Griechen anbetrifft, so zeigt am besten *Schoemann* (*Antiquitates juris publici Graecorum*. 1838. p. 364 sqq.), dass sie ein Völkerrecht gekannt und geübt haben, und zwar auch solches, welches durch ausdrückliche Verträge bestimmt war. Der Schutz des Völkerrechts beruhte auf Religion und Gesittung der Menschen; es galt nicht bloss gegen Griechen, sondern auch gegen Barbaren. Man unterhandelte vor dem Krieg; man suchte ein schiedsrichterliches Urtheil, man übte Repressalien. Der Krieg wurde angekündigt; die Person des Herolds war unverletzlich; es finden sich sogar Verabredungen über nicht zu gebrauchende Waffen. Wer um Pardon bat, wurde nicht getödtet; Gefangene wurden ausgewechselt, zuweilen für verabredete oder herkömmliche Summen ausgelöst; der Slav gewordene Kriegsgefangene wurde nur nach an den früheren Herrn gemachter Mittheilung verkauft. Getödtete Feinde durften nicht verstümmelt, das Begräbniss nicht versagt werden. Zum Begraben der Todten wurde Waffenruhe gewährt. Siegesdenkmäler durften nicht umgestürzt, Heiligthümer in Feindesland nicht geschädigt werden; zu religiösen Festen wurde Waffenstillstand nicht versagt; die zu solcher Feier wanderten, passierten frei. — Es wurden Verträge geschlossen, beschworen, auf Erz und Stein verzeichnet. — Zwischen Privaten und auch zwischen Staaten herrschte Gastrecht; der Gerichtsgang für Fremde gegen Bürger wurde vertragsmässig geordnet. Fremde durften sich unter dem Schutze eines Bürgers als ihres Patrons niederlassen und erlangten sogar zuweilen das Bürgerrecht. — Heilige Staatenbündnisse, die Amphiktyonien hatten sogar, wenigstens der Theorie nach, ein richterliches Amt zum Schutze des

Völkerrechts, und das Ansehen des delphischen Orakels blieb nicht ohne Folge auch für die Verhältnisse der griechischen Staaten zu einander. — An die Vielgestaltigkeit föderativer Verhältnisse unter griechischen Staaten braucht nur erinnert zu werden. — Kurz, man sieht, alle wesentlichen und echten Theile des Völkerrechts und sogar einige Ausschreitungen desselben waren bei den Griechen angelegt, und wenn die heutige europäische Menschheit weiter gekommen ist, so liegt das nicht sowohl an dem Fortschritte der Theorie, als vielmehr an den unendlich gesteigerten Bedürfnissen wegen der unendlich grösseren Mannichfaltigkeit des Verkehrs.

Müller-Jochmus (Gesch. des Völkerrechts im Alterth. Leipz. 1848) hat das Völkerrecht des Orients: der Chinesen, Juden, Inder, Perser, sowie das der Griechen und Römer nebst dem der Muhamedaner dargestellt und dem Völkerseerecht des Alterthums eine besondere Darstellung gewidmet. Man vergl. dazu das weitschichtige und gelehrte Werk von *Laurent*, *Histoire du Droit des Gens*. 2. éd. Bruxelles 1861 ff., das nur mit zu vielem dem Völkerrecht zunächst fremdartigen Stoffe beladen ist, und dessen Bd. 1—3 den Orient, Griechenland und Rom umfassen. Man wird nach diesen Darstellungen sich der Erkenntniss nicht entziehen können, dass dort eigentliches praktisches Völkerrecht vorliegt, in demselben Sinne, wie bei uns ein solches vorhanden ist, aber allerdings ohne die bei uns übliche völkerrechtliche Theorie, die nicht unbedingt als ein Vorzug angesehen werden kann. — Vgl. *Müller-Jochmus*, S. 21 ff. „Es giebt keinen Staat ohne Völkerrecht, selbst in der rohesten Barbarei finden sich Spuren davon.“ — *Montesquieu*, *Esprit des lois*. Liv. I. chap. 3. „Alle Nationen haben ein Völkerrecht, selbst die Irokesen, die ihre Gefangenen verzehren. Sie schicken und empfangen Gesandtschaften; sie kennen Rechte in Krieg und Frieden: das Uebel ist nur, dass dieses Völkerrecht sich nicht auf die rechten Grundsätze gründet.“ — In der That ist das Völkerrecht des Alterthums ganz in demselben Sinne „Recht“ wie das heutige. Die wichtigsten Institute sind so alt wie die Menschheit; ihre weitere Ausbildung geht durch die ganze Geschichte, und die Zeit vom 17. Jahrhundert bis heute hat nur im Einzelnen ausgebaut und weitergeführt. Die schon früher vorhandenen Verhältnisse zwischen den Staaten waren allerdings durch den alten Brauch leidlich geordnet; (vgl. *K. Th. Pütter*, *Beiträge zur Voelkerr.-Gesch. und Wissensch.* Leipzig 1843.) die neu hinzugekommenen, die noch erst zu ordnen waren, sind nicht eben so zahlreich. Die offenen Fragen sind grösstentheils offen geblieben. Die Prätentionen des Völkerrechts haben in höherem Maasse zugenommen als seine praktische Bedeutung. Indes fehlt es an wesentlichen Fortschritten nicht; wir nennen statt vieler nur die Einführung stehender Gesandtschaften, die Ausbildung der Neutralität, des Seerechts, des Freihandels, der Freizügigkeit, des gesammten internationalen Privatrechts, die allgemein anerkannten Grundsätze der Kriegsmanier.

Zu S. 47. Geltung des Völkerrechts.

Durchaus treffend bezeichnet *G. F. Martens* Geltungsbereich und Werth des Völkerrechts. (Versuch über die Existenz eines positiv. europ. Völkerrechts. Götting. 1787. S. 9.) „Freilich wenn das Völkerrecht sich bloss mit solchen Gegenständen beschäftigte, bei denen es auf das Schicksal ganzer Länder und Provinzen, auf die Succession in grossen Reichen u. s. f. ankäme, so möchte man es immer zugeben, dass alle Demonstrationen von Recht und Unrecht in den mehrsten Fällen der Politik und dem mächtigen Einfluss des gegenwärtigen Interesses weichen müssen . . . Allein wie unendlich viel mehr Fälle giebt es nicht, in welchen ein minder erhebliches Interesse zu Grunde liegt und die deswegen keineswegs zu den unwichtigen gehören, in welchen eigener Vorthail, Furcht vor beschwerlichen Retorsionen, vor lästigen Misshelligkeiten der Höfe, und der Wunsch in den Augen der andern Nationen als eine civilisierte, rechtliebende Nation zu erscheinen, die sorgfältige Beobachtung und sogar die künftige Dauer selbst solcher Gewohnheitsrechte sichert, die eine Nation, wenn sie wollte, einseitig aufheben könnte; wie viel vermag bei minder wichtigen Punkten nicht schon der Einfluss der Gewohnheit selbst, die ihre Gewalt über Fürsten wie über Privatpersonen erstreckt, und oft kaum noch zweifeln lässt, ob man das anders thun könnte, was man hundertmal auf dieselbe Weise bisher unternahm.“ — Auch *Montesquieu's* bekanntes Wort (*Esprit des lois*. Liv. I. chap. 3.) giebt dem Völkerrecht nur so viel wie ihm gebührt: „Das Völkerrecht beruht von Natur auf dem Grundsatz, dass die verschiedenen Nationen sich im Frieden so viel gutes und im Kriege so wenig übles zufügen, als unbeschadet ihrer wahren Interessen möglich ist.“

Zu S. 49. Rechtscharakter des Völkerrechts.

v. Savigny, der das Völkerrecht, freilich mit Unrecht, aus dem Rechtsgefühl der Völker, statt aus dem Interesse der Staaten ableitet, spricht dem Völkerrecht wenigstens den Charakter des strengen Rechts ab. *System des heutigen römischen Rechts*. Bd. I. S. 33. „Ebenso können mehrere unabhängige Staaten das, was einem jeden als Recht innewohnt, auf ihr gegenseitiges Verhältniss willkürlich anwenden, so weit es dahin passt und soweit sie es vorthailhaft finden: allein auf diesem Wege entsteht noch kein Recht. Indes kann auch unter verschiedenen Völkern eine ähnliche Gemeinschaft des Rechtsbewusstseins entstehen, wie sie in einem Volke das positive Recht erzeugt. Die Grundlage dieser geistigen Gemeinschaft wird theils in einer Stammesverwandtschaft bestehen, theils und vorzüglich in gemeinsamen religiösen Ueberzeugungen. Darauf gründet sich das Völkerrecht . . . Auch dieses dürfen wir als positives Recht betrachten, jedoch aus zwei Gründen nur als eine unvollendete Rechtsbildung: erstlich wegen

der Unvollständigkeit eines irgend sichern Inhalts, und zweitens, weil ihm diejenige reale Grundlage fehlt, die dem Recht der einzelnen Glieder desselben Volks in der Staatsgewalt, und namentlich in dem Richteramt, gegeben ist. Indes führt die fortschreitende sittliche Bildung, wie sie das Christenthum begründet, jedes Volk dahin, ein Analogon jenes positiven Rechts selbst auf solche völlig fremde Völker anzuwenden, von welchen diese Gesinnung nicht getheilt und dieses Verfahren nicht erwiedert wird. Eine solche Anwendung aber hat einen rein sittlichen Charakter und nicht die Natur eines positiven Rechts.“ — Auch *Hälschner* (*Eberty's Zeitschrift für volksthüml. Recht.* 1844. S. 60) hält für die letzte und einzige Quelle des Völkerrechts das gemeinsame Rechtsbewusstsein der Völker; das Völkerrecht sei wesentlich Gewohnheitsrecht. Die europäische Pentarchie (*ibid.* S. 63) sei das völkerrechtliche Reichskammergericht, und gut sei es, wenn unsere Oberappellationsgerichte, Obertribunale und wie sie sonst heissen mögen, nicht mehr ungerechte Urtheile fällten, als dieser oberste Gerichtshof des Staatensystems! — Vgl. auch *Hegel* (*Rechtsphilosophie.* §. 339.). „Sonst beruht das gegenseitige Verhalten im Kriege (z. B. dass Gefangene gemacht werden) und was im Frieden ein Staat den Angehörigen eines andern an Rechten für den Privatverkehr einräumt, u. s. f., vornehmlich auf den Sitten der Nationen, als der innern unter allen Verhältnissen sich erhaltenden Allgemeinheit des Betragens.“ — „Die europäischen Nationen bilden eine Familie nach dem allgemeinen Principe ihrer Gesetzgebung, ihrer Sitten, ihrer Bildung und so modificiert sich hiernach das völkerrechtliche Betragen in einem Zustande, wo sonst das gegenseitige Zufügen von Uebeln das Herrschende ist.“ — In der That werden dadurch die völkerrechtlichen Institutionen nicht begriffen, sondern durch ihren Nutzen und ihre Nothwendigkeit. Vgl. *Hegel*, *ebd.* §. 338. — *R. Wildman*, *Instit. of internat. law.* Vol. I. London 1849. p. 1—37.

Den Rechtscharakter des Völkerrechts bestreiten: *Wilhelm Butte*, die *Kriegsfrage.* 1831. S. 19. „Das Völkerrecht ist ein blosses Analogon des Rechts, und der häufige Wunsch, dass dem nicht also sein möge, gehört unter die grosse Zahl sogenannter frommer Wünsche, welche näher erwogen keinen rechten Sinn haben.“ — *E. Acolas*, *Cours élémentaire de Droit.* Paris 1869. Tome I. Introduction p. VII. „Das Völkerrecht ist eine Völkermoral und nicht ein Recht; es mangelt ihm das eigenthümliche und charakteristische Zeichen des Rechts, die Sicherung durch den Process.“ — So erklärt auch *Vollgraff*, *Systeme der praktischen Politik.* Bd. IV. S. 108, das Völkerrecht sei nicht eigentliches Recht, weil es über Staaten keine Justizgewalt gebe. Aus älterer Zeit ist zu vergleichen: *Anton Roetgers*, *Dissertatio qua demonstratur jus gentium non dari.* (*Roetgersii Demonstrationes.* 1717. Vol I.) lib. 2. cap. 4. §. 7. Es gebe keinen Oberherrn über die Staaten und keinen Zwang; Völkerrecht sei also weder positives, noch Gewohnheits- oder Vertragsrecht, sondern blosses „Naturrecht“. — Eine Art von gerechtem Un-

willen zeigt *Puchta*, Gewohnheitsrecht. Erlangen 1828. Bd. I. S. 142. „Freilich ist in der neueren Welt vielfach die Rede gewesen und noch die Rede von einem Recht, welches durch keine Verfassung, durch keine Staatsgewalt geschützt, sondern dessen Realisierung dem Gerathewohl, der Ueberlegenheit der Kräfte, der natürlichen Gewalt anheimgegeben ist. Aus diesem letzteren ergibt sich, was ich meine: nämlich nicht das Naturrecht, auf welches das gesagte zum Theil allerdings auch passen würde, sondern das Völkerrecht. Man sollte endlich einmal aufhören, — wenigstens die Juristen sollten es thun, von denen zu vermuthen steht, dass sie den Ausdruck Recht in seinem eigentlichen Sinne gebrauchen — man sollte aufhören, das Recht dadurch zu entweihen, dass man Sätze mit seinem Namen belegt, für welche sich noch keine rechtliche Form der Geltendmachung gefunden hat, man sollte von einer Völker- oder Staatenmoral, nicht von einem Völkerrecht sprechen.“

Heinr. Ritter, Encyclopädie. Bd. III. S. 561. „Seines eigenen Urtheils kann sich kein urtheilsfähiger Staat begeben; in Sachen, welche ihn und seine Verhältnisse nach innen und aussen betreffen, muss er vielmehr ein besseres Urtheil sich zutrauen als den Fremden; seine Autonomie kann er nicht aufgeben; kein höherer Richter steht über ihnen.“ — ebd. S. 558. „Doch nur nach Analogie mit dem nationalen Rechte bildet sich das Völkerrecht aus; dasselbe Ansehen und dieselbe Macht wie jenes kann es nicht gewinnen; denn es giebt für dasselbe weder Gesetzgeber noch Richter und die Ausführung seiner Urtheile kann nur durch Krieg oder Kriegsdrohung erzwungen werden. Daher kann das Völkerrecht den Krieg nicht beseitigen.“ — Mit mehr Pathos als gesundem Verstande sagt *H. C. v. Gagern*, Kritik des Völkerrechts. Leipzig 1840. S. 2. „Wer das Völkerrecht an sich bezweifelt, befeindet, verletzt: entkleidet sich der Menschlichkeit. Denn es ist eben Billigkeit, Sittlichkeit, Gerechtigkeit, Tugend in ihren höchsten Dimensionen — auf dieser Erde, die wir kennen.“ — Weit mehr den Thatfachen entspricht, was *Friedrich der Grosse* sagt: Oeuvres tome IX. p. 82. „Da das Völkerrecht der zwingenden Gewalt entbehrt, um ihm Gehorsam zu verschaffen, so ist es nur ein leeres Phantom, mit welchem die Souveräne in ihren Berichten und Erklärungen selbst dann prunken, wenn sie es verletzen.“ — *Friedrich's des Grossen* Widerspruch gegen *Macchiavelli's* Doctrinen beruht darauf, dass *Friedrich* das Privatinteresse des Fürsten deutlicher vom Interesse des Staates trennt und lehrt, dass jenes diesem zu weichen habe, und zweitens darauf, dass er nachweist, wie eine aller Rücksichten auf Ehre und Treue entbehrende Politik nicht einmal vortheilhaft sei und auf die Dauer ihr eigenes Werk zerstöre. Indes bei *Friedrich* ist nicht volle Klarheit und manches, was er verurtheilt, hat er als König in praktischer Uebung seiner Pflicht selber ausüben müssen. — *J. v. Held*, Grundzüge des Allg. Staatsrechts. Leipz. 1868. S. 25; 42; 276. setzt auseinander, dass eine gerichtliche Rechtsverfolgung und Streitentschei-

dung zwischen Staaten nicht nur gegenwärtig noch fehlt, sondern auch bei aller denkbaren Vervollkommnung des Völkerrechts und seiner Einrichtungen immer fehlen muss, weil nach dem Begriffe der Souveränität es immer Sache des betreffenden Staates sein wird, ob er sich dem Völkerrechte unterwerfen kann und will oder nicht, und weil das entscheidende Motiv bei seiner Handlungsweise nie das Interesse anderer Staaten oder Staatsgemeinschaften, sondern nur das eigne Interesse sein kann, dass deshalb jeder Staat über dasjenige, was mit seiner Selbsterhaltung verträglich ist, rechtlich allein endgültig entscheiden kann. — Ders. in *Aegidi's Ztschr.* I. S. 456 ff.

Wheaton, Histoire des progrès du droit des gens. 3. éd. Tome II. Leipz. 1853. S. 370: „Es kann kein Recht im eigentlichen Sinne geben, wo kein Gesetz ist; und es giebt kein Gesetz, wo keine Obrigkeit vorhanden ist. Zwischen Nationen giebt es nur eine moralische Verpflichtung, welche aus der Ueberlegung entspringt, dass ein gewisses Benehmen in ihren gegenseitigen Beziehungen am wirksamsten zum allgemeinen Wohl beiträgt. Nur metaphorisch kann man das Völkerrecht ein Gesetz nennen. Gesetze im eigentlichen Sinne sind von einer Obrigkeit erlassene Befehle, denen zur Sicherung die eventuelle Zufügung eines Uebels beigegeben ist. . . Regeln für das Handeln, welche durch die Meinung der Menschen auferlegt sind, heissen Gesetze nur durch eine Erweiterung des Ausdrucks im Sinne der Analogie; dies ist der Fall mit dem internationalen Gesetze.“ — Ebenso *Austin*, Province of jurisprudence determined. Lond. 1832. p. 147 ff., 207 ff. — Sehr gut bestimmt *K. Th. Pütter*, Beiträge zur Völkerrechts-Geschichte u. Wissensch. Leipz. 1843. S. 9. das Völkerrecht als den allgemeinen vernünftigen Staatswillen in den gegenseitigen Verhältnissen der souveränen Völker. Ob dieses Gesetz ein Völkerrecht heissen könne, scheint ihm zweifelhaft; dennoch spricht er ihm eine Art von rechtlichem Charakter zu, weil doch der Staatswille sich dem Rechte und Gesetze gemäss bestimme und der Krieg ein völkerrechtliches wirkliches Rechtsmittel sei, (was er offenbar nicht ist). — *Fr. Saalfeld*, Grundriss eines Systems des europ. Völkerrechts. Götting. 1809. Vorrede S. V. „Allerdings haben wir kein Völkerrecht in dem Sinne wie wir von einem Civilrechte, einem Criminalrechte u. s. w. sprechen. Dem Völkerrechte fehlt ein nothwendiges Requisit eines jeden Rechts, — der oberste Richter. Ein Völkerrecht würde Gesetze voraussetzen, welche von allen Völkern als gültig angenommen wären.“ — *M. Lazarus*, Die sittl. Berechtigung Preussens in Deutschland. Berlin 1850. S. 71 ff. Sowohl der Ursprung als der Zweck des Völkerrechts liegt . . . nur in der Macht. S. 78. Soll also das Völkerrecht überhaupt zum Recht werden, so muss es wie seine Stütze auch seinen Ausgangspunkt in der Sittlichkeit haben. S. 88. Daraus ergiebt sich die Forderung einer auf die Verwirklichung der sittlichen Idee hinstrebenden Verbindung der Völker, S. 94, welche jedem einzelnen Staate die Freiheit der ihm entsprechenden und angemessenen Ent-

wicklung gewährt. S. 97. Das Ziel ist die sittlich organisierte Menschheit. — *Luden*, Politik. S. 51. „Das sogenannte positive europäische Völkerrecht war nichts anderes als gewisse Maximen der Klugheit oder Aussagen der Menschlichkeit, zu welchen Religion und Sittlichkeit und der Gedanke an den Wechsel menschlicher Dinge leitete. Nichts anderes als die Politik gab hier die Sanction, und wo diese wirklich oder scheinbar anders gebot, da wurde die Verletzung des sogen. Völkerrechts niemals gescheuet.“ — *Hugo*, Lehrbuch des Naturrechts. 1809. §. 392. „Ausser dem Staate ist keine Form Rechtens möglich. Alles was man der Analogie nach Rechtsverhältniss unter zwei Völkern nennt, würde wegfallen, sobald beide sich in einen rechtlichen Zustand vereinigten, was offenbar der Vernunft gemässer wäre. [Es ist eben natürlich unmöglich, also auch nicht der Vernunft gemäss.] Jetzt gilt unter den Völkern ein roher Naturstand, der kaum durch einige gemeinschaftliche Gebräuche unter den cultivierteren etwas gemildert ist. — Das ganze Völkerrecht ist ein trauriger Nothbehelf und es lässt sich sehr daran zweifeln, ob die Jurisprudenz durch diesen wilden Sprössling nicht mehr verdorben, als er durch sie veredelt worden ist.“

Ein Beispiel von der Zweideutigkeit des Wortes Recht liefert *v. Poezl*, Ueber den Rechtssinn. München 1868. „Das Recht ist eine Achtung gebietende Schranke nicht bloss im inneren Staatsleben; es muss auch dem Verhalten der Staatsgewalt nach aussen in ihren Beziehungen zu andern Staaten zu Grunde gelegt und beobachtet werden; denn das Recht ist eins und ewig.“ (Die Thatsache beweist, dass das Recht vielgestaltig und vergänglich ist. Die Gerechtigkeit des Staates aber besteht darin, dass er allein im Verhältniss zu seiner Macht sein dauerndes und wahrhaftes Interesse befrage.)

Auf der sittlichen Idee einer Einheit des Menschengeschlechts begründet das Völkerrecht: *Klüber*, Völkerrecht, §. 35. „Die europäische Völkergemeinschaft ist ein sittlicher Verein. Die Völkersitte wird zuweilen mit der Kraft moralischer Nothwendigkeit anerkannt und ist unter manchen Staaten selbst der Form nach in strenges Recht übergegangen.“ — Vgl. *Ahrens*, Juristische Encyclopädie. Wien 1855. S. 784. „Das positive Völkerrecht beruht seinen Quellen nach, da eine gemeinsame mit gesetzgebender Gewalt ausgestattete Oberbehörde, welche von dem philosophischen Rechte nur als ein zur Realisierung wenn auch nicht des ewigen Friedens, doch eines dauerhafteren Friedenszustandes anzustrebendes Ideal bezeichnet wird, nicht auf allgemeinen formellen Gesetzen, sondern hauptsächlich auf der durch das Fortschreiten christlicher und humaner Sittigung gebildeten völkerrechtlichen Sitte, also (!) dem Gewohnheitsrechte, sodann auf der in diesem Gebiete im Mangel der formellen Gesetze mehr unmittelbar hervortretenden Autorität der Wissenschaft, und endlich auf Verträgen, die natürlich nur für die abschliessenden Theile verbindliche Kraft und auch bei Mangel eines gerichtlichen Zwanges, nur

eine durch die sittliche Achtung der Verträge und des völkerrechtlichen Verkehrs überhaupt bedingte Wirksamkeit haben.“ S. 788. „Die Grundlage des Völkerrechts liegt in den gesammten ethischen, für den Willen bestimmenden Verhältnissen der Völker, als eines durch Gott in der Natur und der Menschheit verbundenen Ganzen, in welchem alle Glieder im Mit- und Füreinandersein sich gegenseitig bedingen, ein jedes in einer staatlichen Ordnung erscheinende Volk als eine moralische Person seine Selbstständigkeit hat und bewahren soll, aber zugleich in Gemeinschaft mit allen anderen theils eine Kräftigung seines eigenen Daseins erhalten, theils zur Förderung der Zwecke der anderen mitwirken, alle gemeinsam den Menschheitszweck vollführen sollen.“ — Nach *A. W. Heffter*, das Europ. Völkerrecht der Gegenwart. 5. Ausg. Berlin 1867. S. 3. dient als Organ und Regulator des Völkerrechts die öffentliche Meinung, als Schutz die Staatengenossenschaft, und das letzte Gericht ist die Geschichte, welche als Dike das Recht bestätigt und als Nemesis das Unrecht ahndet. Um den Begriff des „Rechts“ im Völkerrecht festzuhalten, unterscheidet er garantiertes Recht, welches unter den Schutz der Macht gestellt ist, und freies Recht, welches der Einzelne selbst schützen muss. (So aber erlangt man niemals einen Rechtszustand, sondern den Krieg aller gegen alle.) „Mit der Bildungsstufe der Völker hat dieses Recht eine bald engere, bald weitere Umfassung. Es beruht zuerst nur auf äusserer Nothwendigkeit oder äusserlichem Nutzen. In höherer Entwicklung schliesst es aber auch die sittliche Nöthigung, den sittlichen Nutzen in sich. . . In der That beruht es daher auf einem allseitigen ausdrücklichen oder doch mit Gewissheit vorauszusetzenden Einverständniss innerhalb eines gewissen Staatenkreises, auf der Ueberzeugung, dass jeder Theil unter gleichen Umständen dieselbe Nöthigung so und nicht anders zu handeln empfinden werde.“ — *Phillimore*, Commentaries. Vol. I. p. 3. „Es ist göttliche Anordnung, dass jede einzelne Gemeinschaft den Grad von Vollkommenheit, dessen sie fähig ist, durch ihren Verkehr mit andern Gemeinschaften erreiche.“ p. 15 aus einer Note der brit. Regierung an die preuss. a. 1753: „Das Völkerrecht beruht auf Gerechtigkeit, Billigkeit, Zweckmässigkeit und der Natur der Dinge, und langer Gebrauch bekräftigt es.“ — *Bülow*, Encyclop. Leipz. 1832. S. 262. „Nur die Völkersitte, die zuweilen und in einzelnen Bestimmungen auch durch besondere Verträge anerkannt ist, ihren Grund aber in der gegenseitigen Ueberzeugung von ihrer Nothwendigkeit und Zweckmässigkeit hat, ist die wahre Grundlage dieser Wissenschaft.“ — *v. Mohl*, Staatsr., Völkerr. u. Politik. Bd. I. Tübing. 1860. S. 591. „So wie die Einzelnen zur Ergänzung ihrer Kraft zusammentreten zur Familie, die Familie zu gesellschaftlichen Vereinen, diese zum Staate: so haben in Verfolgung desselben Bedürfnisses und Gedankens auch die Staaten zusammenzuwirken, wo der einzelne von ihnen nicht genügt.“ Behufs der Ausbildung der nationalen Gemeinschaft verlangt

v. Mohl ebd. S. 602 ff. gemeinsame Rechtsgesetzgebung und einen gemeinsamen obersten Gerichtshof zum Zweck der Auslegung der Gesetze. So redet Chr. v. Wolf, Jus gentium. Halle 1749. §. 7—14 von einer durch die Natur selbst gegebenen civitas maxima als einer rechtlichen Gemeinschaft zwischen allen Staaten, einer Art von Republik, deren Zweck das allgemeine Wohl aller ist, woraus sich eine rechtliche Verpflichtung der Staaten „von Natur“ ergibt, ob sie nun einwilligen oder nicht; das Völkerrecht wird damit zu einem auf Staaten übertragenen Privat-Naturrecht; die Bösen aber sollen durch die Gewalt des Ganzen zur Rechtlichkeit angehalten werden.

Stahl, Rechts- u. Staatslehre. 3. Aufl. Heidelb. 1856. 2. Abthlg. S. 13 ff. „Erst die christliche Erlösung der Menschheit hat die Möglichkeit eines Bandes der inneren Gesinnung unter den Völkern hergestellt. Von da aus ist in der Gemeinschaft der Völker eine Approximation zu einem „Reiche“ (einer Herrschaft von persönlichem Charakter) über die einzelnen Staaten, nach Form und Inhalt. Nach der Form, dass je mehr und mehr an die Stelle isolierter Unterhandlung unter den einzelnen beteiligten Staaten ein verfassungsartiges alle umschliessendes Band hergestellt werde, durch das sie als ein ungetheilter Völkerverband die Angelegenheiten der Völker ordnen; und nach dem Inhalte, dass je mehr und mehr Einheit der politischen Würdigung unter den Staaten sich bilde.“ — Stahl nähert sich auch hier an die Gesichtspunkte des Ultramontanismus an. Aehnlich schon Suarez, de Legibus et de Legislatore. II, 19. „Der Grund des Völkerrechts ist, dass das Menschengeschlecht, obgleich in verschiedene Völker und Staaten getheilt, doch immer eine Art von Einheit hat, nicht bloss die Einheit der Gattung, sondern auch eine politische und moralische Einheit, welche dem moralischen Gebote gegenseitiger Liebe und Barmherzigkeit unterliegt, das sich auf alle, auch die Fremden aus jeder Nation erstreckt. Jeder für sich bestehende Staat ist deshalb ein Glied dieser Totalität menschlicher Gattung. Kein Staat genügt sich selbst, jeder bedarf des anderen zu Förderung und Nutzen. Deshalb bedarf es einer rechtlichen Ordnung in dem Verkehr der Staaten.“ — F. v. Holtzendorff, Das europäische Völkerrecht. (Encyclopädie der Rechtswissensch. Bd. I.) S. 749. „Ueber die Souveränität der Staaten erhebt sich die erhabenste Vorstellung der Menschheit als einer . . . gegliederten Einheit. Der gegenwärtigen Zeitperiode insbesondere [viel früher schon den Jesuiten] ist es klar geworden, dass das Verhältniss des Staatsbürgers gegenüber der Staatsgewalt im grossartigen Maasstabe sich darstellt in der Beziehung der frei sich in der Geschichte entwickelnden Nationalität zur Menschheit.“ — Den eigenthümlichen Charakter des Völkerrechts erkennt auch J. C. Bluntschli, Das moderne Völkerrecht. Nördlingen 1868. S. 1. „Völkerrecht heisst die als rechtlich - nothwendig anerkannte Ordnung, welche die Beziehungen der Staaten zu einander regelt.“ [Nicht rechtlich - nothwendig, sondern allseitig nützlich.] — S. 3. „Es giebt kein völkerrechtliches Gesetzbuch . . .

Indes sind die Gesetze . . . keineswegs die einzige Quelle des Rechts. Bei allen Völkern gab es eine Zeit, in der sie keine Gesetzbücher und dennoch ein geltendes Recht hatten.“ [Geltendes Recht war es, weil es 1) allgemein anerkannt und 2) durch den Zwang geschützt war. Beides ist beim Völkerrecht nicht vorhanden, das zweite nicht möglich.] — S. 4. „Indem von Zeit zu Zeit grosse völkerrechtliche Congresse der civilisirten Staaten zusammengetreten sind und ihre gemeinsame Rechtsüberzeugung [nein, das Resultat der sich in's Gleichgewicht setzenden verschiedenen Interessen] in formulierten Rechtssätzen zu Protokoll erklärt haben, haben sie im Grunde dasselbe gethan, was der Gesetzgeber thut.“ [Doch wohl nicht; denn da ein Zwang nicht möglich ist, mag's jeder damit halten, wie er will und sein Interesse es erheischt.] — S. 9. „Im Frieden herrscht in den Beziehungen der Staaten zu einander nicht die Gewalt, sondern in der That das anerkannte Recht.“ [Keineswegs; es ist im Frieden nicht wesentlich anders als im Kriege. Es herrscht das Bedürfniss und das Interesse; die nützliche Bestimmung, über die man übereingekommen, gilt im Kriege wie im Frieden.] „In nichts mehr bewährt und zeigt sich die Macht und das Wachsthum des Völkerrechts herrlicher als darin, dass es vermocht hat, die spröde Wildheit der Kriegsgewalt allmählich zu zähmen und selbst die zerstörende Wuth des feindlichen Hasses durch Gesetze der Menschlichkeit zu mässigen und zu bändigen.“ [Wirklich? Die Erfahrung lehrt das Gegentheil; die Wuth der Leidenschaft wirft alle Schranken nieder, und das Völkerrecht, weil unerzwingbar, bleibt blosser Theorie. Nicht das Recht, die Gesittung lehrt das Interesse des Staates rein heraus Schälen und die Wildheit der Leidenschaft bändigen, damit sie nicht thue, was der Staat nicht nöthig macht oder was ihm geradezu schadet.] — S. 18. „Es ist nicht unmöglich, dass in der Zukunft das Völkerrecht etwas weniger ängstlich sein und in manchen Fällen sich für berechtigt halten werde, zum Schutze gewisser Menschenrechte [!] einzuschreiten, wenn dieselben von einer Staatsgewalt selbst unterdrückt werden.“ [Die Theorie der allseitigen Intervention in schönster Blüthe!] — S. 57. „Man kann sich die Menschheit als eine einheitliche Gesamtperson, d. h. als Weltstaat denken, sei es nun in Form einer Weltmonarchie oder eines die Welt umfassenden Bundesstaates.“ [Denken? Je nachdem man das Wort versteht. „Eng ist die Welt und das Gehirn ist weit.“ Man kann sich auch ein Thier „denken“, „vorn ein Löw' und hinten ein Drach' und Geis in der Mitte;“ die Quadratur des Cirkels, das Perpetuum mobile, der Stein der Weisen, das Lebenselixir et cetera gehören in dieselbe Kategorie.] —

Zu S. 54. Der Krieg für Ideen.

John Stuart Mill, Diss. and disc. T. III. p. 166. „In den Krieg ziehen für eine Idee, wenn der Krieg ein Angriffs-, nicht ein Vertheidigungskrieg ist, ist ebenso verbrecherisch, als in den Krieg zu ziehen, um sei-

nen Territorialbesitz und seine Einkünfte zu vergrössern. Denn es lässt sich ebenso wenig rechtfertigen, dass wir anderen unsere Ideen aufzwingen, als dass wir sie zwingen, sich in irgend einer andern Hinsicht unserm Willen zu unterwerfen.“ — *Guizot, l'église et la société.* p. 116. „Die edelsten Triebe wollen auch gut geleitet werden; die Ideen ebenso wie die Interessen sind verpflichtet Recht zu haben; der Krieg aber ist nicht das natürliche Mittel, um die Berechtigung und Gültigkeit von Ideen zu beweisen.“

Zu S. 56. Die Gerechtigkeit des kriegerischen Erfolges.

Sehr viel schlagend richtiges neben manchen Verkehrtheiten findet sich bei *Proudhon, La guerre et la paix.* Tome I. p. 290. „Das Völkerrecht hat sein Princip in der Erwägung, dass es möglich ist, da zwischen Staaten und in gewissen Lagen die Stärke positiv das Recht ausmacht, im Streitfall zwischen zwei Staaten a priori durch Abschätzung der Stärke auszumachen, welchem von beiden Theilen das Uebergewicht gebührt, mithin durch gütliche Unterhandlung der kriegerischen Entscheidung vorzubeugen, wenigstens die Wirkungen des Sieges zu bestimmen und dem Friedensvertrag mehr Billigkeit zu geben.“ — p. 241. „Die Diplomatie, wenn sie das Wort hat, ist nichts anderes als das officielle Organ des Krieges; die Politik ist zwischen den Nationen im Grunde nur die Raison der Waffen, das Recht der Stärke.“ — p. 101. „Der Friede ist also der Krieg, und der Krieg ist der Friede; kindlich ist es sich einzubilden, sie schlössen sich aus.“ — Tome II. p. 142. „Staaten sind organisierte Kräfte, deren Gesetz es ist, sich auf Kosten ihrer Umgebung in's Unbestimmte zu erweitern. Sobald zwei Staaten sich begegnen, streben sie also — das ist ihr Verhängniss — einander zu verschlingen. Ihr normaler Zustand ist also sich das Gleichgewicht zu halten oder zu kämpfen, bis der Stärkere den Schwächeren bemeistert. Dies Gleichgewicht kann nicht lange dauern; die innere Thätigkeit der Staaten gestaltet beständig ihre Macht und macht ihre Entwicklung ungleich. Was ist also der Friede? Ein Waffenstillstand aus Ermattung oder aus Gleichheit der Kräfte entsprungen und durch einen Vertrag geordnet.“ — p. 140. „Es ist abgeschmackt, über die Ursachen dieses Strebens nach Vergrösserung sich aufzuhalten, ob sie rechtlich oder unerlaubt sind, von Ehrgeiz u. s. w. zu sprechen. Diese Gemeinplätze sind das reine Geschwätz. Jeder Staat strebt zu wachsen; wachsend bedroht er die Unabhängigkeit seiner Nachbarn: das ist das Princip. Jeder Staat, der sich bedroht fühlt, hat somit das Recht, entweder für sich eine Compensation zu suchen, oder sich dem Wachsthum zu widersetzen, wenn er kann: eine Frage der Umsicht und guten Gelegenheit, besonders aber der Stärke.“ — p. 395. „Frieden giebt es in der That nur für den Starken und so lange er stark ist; in der siegreichen Stärke findet man die Ruhe.“ — Tome I. p. 300. „Jede Nation, welche unfähig ist,

sich politisch zu organisieren, und bei welcher die Gewalt ohne Bestand ist, ist bestimmt, von ihren Nachbarn verschlungen zu werden. Grade wie eine solche, die keinen Krieg führen wollte oder könnte oder zu schwach wäre sich zu vertheidigen, hat sie nicht das Recht in der Liste der Staaten einen Platz einzunehmen; sie stört und muss sich einer Oberherrschaft beugen.“ — p. 346. „Das Recht der Nationalitäten hat nur diesen Grund: die Stärke schafft es, und der Sieg giebt ihm seine Weihe.“ p. 355. „Dem stärkeren, lebensvolleren Volke, demjenigen, welches durch Arbeit, Genie, Organisation der Staatsgewalt, Uebung des Rechts in höherem Grade politische Fähigkeit besitzt, gebührt der Oberbefehl. Denn die Stärke eines Volkes besteht nicht allein in der Zahl der Menschen und ihrer Muskelkraft; sie umfasst auch die geistigen Anlagen: Muth, Tugend, Mannszucht, erworbenen Reichthum, Vermögen der Production . . . Die Autorität dem Schwächeren zuerkennen, wäre mehr als Ungerechtigkeit; es wäre Thorheit. Nun denn, wie soll man den Starken vom Schwachen unterscheiden, wenn nicht durch einen Kampf, in welchem die streitenden Theile alles zu entwickeln haben, was sie an physischer und sittlicher Energie, an Intelligenz, Bürgertugend, Patriotismus, erworbener Bildung, gewerblichem Genie, selbst an Poësie besitzen? Denn noch einmal, aus alle dem besteht die Stärke der Nationen, und der Krieg dient dafür zum Erweise.“ — *H. G. Tzschirner*, Ueber den Krieg. Leipz. 1815. S. 115. „Daher ist der Krieg gleichsam der Todesengel, der den Beschluss des Schicksals an den Völkern vollzieht und ihnen, wenn ihre Zeit gekommen ist, auf dem grossen Leichenfelde der Weltgeschichte ihre Gräber bereitet.“ — *Const. Rössler*, System der Staatslehre. Leipz. 1857. S. 547. „Es giebt zur Herrschaft nur Einen Titel, die Kraft, und für diesen Titel nur einen Erweis, den Krieg. Die Kriegsloose sind die Sprüche, welche die Völkerprocesse entscheiden, und diese Sprüche, wenn sie nur alle Instanzen durchlaufen, sind immer gerecht . . . Der Privatrechtstitel gilt in der Geschichte nicht. Die Erde ist nicht da, von unfähigen Barbaren bewohnt zu werden.“ — *N. v. Gerbel*, Macchiavelli's Regierungskunst. S. 93. „Das Recht eines jeden Staates reicht mithin so weit wie seine Macht.“ — (*v. Rochau*), Grundsätze der Realpolitik. Stuttgart 1853. „So ist es also eine durchaus unstatthafte, man könnte sagen eine geradezu unvernünftige Forderung, dass die Macht dem Rechte unterthänig sei. Die Macht gehorcht nur der grösseren Macht, und der Starke kann sich nicht von dem Schwachen beherrschen lassen, selbst wenn er es wollte oder vielmehr wollen könnte.“ — *Constantin Frantz*, Vorschule zur Physiologie der Staaten. Berlin 1857. S. 45. „Im Hintergrund aller diplomatischen Conferenzen stehen Kanonen.“ — *J. Fröbel*, Politik. Bd. I. S. 30. „In gleicher Weise sind die Fragen des Territorialbesitzes und der Herrschaft des einen Volkes über das andere zunächst und wesentlich Machtfragen . . . „Wohlan, versucht euer Heil, wir sind gerüstet!“ das ist die Sprache, welche hier allein der Wahrheit und also auch der Sittlichkeit entspricht.“ —

S. 275. „Wo es sich um Machtfragen handelt, sind es Machtmittel allein, durch welche die Lösung erfolgen kann, und was sich Staaten gefallen lassen, das widerfährt ihnen mit Recht.“ — Bd. II. S. 14. „Legal ist die Macht, die aus dem Rechte folgt, legitim aber ist das Recht, welches aus der Macht folgt, das Recht also, welches in der Macht der Sache selbst liegt.“ — S. 86. „Die wahre Legitimität hat nichts mit Documenten und Diplomen zu thun. Sie beruht auf der zureichenden Macht. Ihr Recht ist das Recht der übermächtigen Thatsache, das göttliche Recht des Schicksals. Legitim ist das *fait accompli*, sobald es unbestreitbar geworden. Legitim ist der Eroberer, sobald er festsetzt Kann ein vertriebener Fürst an der Spitze eines Kriegsheeres zurückkehren und seinen Thron wiedererobern: ei, sehr wohl! — er hat die Legitimität seiner Sache gerettet! Kann er es aber nicht, so begeben er sich zur Ruhe. Die Geschichte hat einen Strich durch sein Recht gemacht, indem sie seine Macht durchstrich.“ — S. 93. „Das Recht einer Menschenmenge, einen Staat zu bilden, beruht auf der Macht dazu.“

Zu S. 61. Die Natur der völkerrechtlichen Verträge.

Die griechischen Staaten schlossen Verträge nicht auf ewig, sondern nur auf bestimmte Zeit, um nicht das Gewissen der Nachkommen zu binden, die vielleicht zum Bruch des Vertrages sich gezwungen sehen würden. (*Schoemann*, *Antiqu. jur. publ. Graec.* p. 373.) *Lotze*, *Mikrokosmos*. Bd. III. S. 448. „Die Verträge der Nationen und ihrer Staatsgewalten können nicht unauflösbar und müssen es noch weniger sein [als die Verträge der Einzelnen], da unmöglich der Wille der einen Generation den der anderen unwiderruflich binden kann Einen kündbaren Vertrag während der Dauer seiner Gültigkeit zu achten, muss den Völkern zugemuthet werden; unkündbare unterliegen unvermeidlich jener Logik der Thatsachen, und niemand darf über ihren endlichen Bruch klagen, da ihrer Eingehung vielmehr schon die rechtliche Begründung fehlte.“ — *Martens*, *Précis du droit des gens*. Paris 1831. Tome I, p. 144. „Das Recht der Selbsterhaltung ermächtigt die Nation, sich von einem Vertrage loszusagen, den sie nicht mehr erfüllen könnte, ohne ihren eigenen Untergang herbeizuführen; diese Ermächtigung ist sogar eine stillschweigende Bedingung aller Verträge und namentlich der Bündnisse.“ — *K. S. Zachariä*, *Vierzig Bücher*. 2. Aufl. Bd. V. S. 60 ff. S. 67. „Nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen ermangeln alle staatsrechtlichen Verträge eines rechtlichen Verpflichtungsgrundes (weil sie der Souveränität widersprechen, diese zu erhalten Pflicht ist, auf seine Pflicht aber Niemand Verzicht leisten darf). Ein Volk handelt widerrechtlich, wenn es einen staatsrechtlichen Vertrag mit einem andern Volke abschliesst.“ [Doch will Z. dies nur als einen Satz des Naturrechts, nicht des Völkerstaatsrechts angesehen wissen.] — *Friedrich der Grosse*, *Oeuvres*, tome IX. p. 82. „Ich gestehe übrigens, dass es dringende

Lagen giebt, in denen ein Fürst sich nicht enthalten könnte, seine Verträge und Bündnisse zu brechen; aber er soll zu diesem Aeussersten nicht schreiten, ohne dass das Wohl seiner Völker und eine sehr dringende Nothwendigkeit ihn dazu zwingen.“ — Ebd. tome II. p. XXV. p. XVI. „Ein Fürst, der sich verpflichtet, verpflichtet nicht bloss sich selbst, in welchem Falle er in der Lage eines Privatmannes sein würde; er setzt grosse Provinzen und grosse Staaten tausendfachen Leiden aus. Alles kommt daher auf diese Frage zurück: Ist es besser, dass das Volk untergehe, oder dass der Fürst seinen Vertrag breche? Wer würde so thöricht sein, dass er schwankte diese Frage zu entscheiden?“ — *Wildman*, Instit. of internat. Law. Vol. I. p. 175. — *N. v. Gerbel*, Macchiavelli's Regierungskunst. S. 57. „Was folgt anderes daraus, als dass ewige Verträge in der Ueberzeugung abgeschlossen werden, jeder Theil würde sich nur so lange daran gebunden erachten, als es ihm entweder vortheilhaft sei, oder so lange als er es nicht anders könne? Wollte jemand grundsätzlich die fortwährende Heilighaltung aller internationalen Verträge verlangen und somit die Privatmoral auf das Völkerrecht ausdehnen, so dürften weder die Friedenstractate von Campo Formio, Luneville, Pressburg, Tilsit, Wien u. s. w., noch die Rheinbundsacte davon ausgenommen werden.“ [Nicht ganz richtig; denn diese Verträge sind in aller Form durch spätere Verträge aufgehoben und ersetzt.]

Hegel, Rechtsphilosophie (Werke, Bd. VIII. §. 330.). „Staaten sind keine Privatpersonen, sondern vollkommen selbstständige Totalitäten an sich, und stellt sich ihr Verhältniss anders, als ein bloss moralisches und privatrechtliches. Man hat oft die Staaten privatrechtlich und moralisch haben wollen; aber bei Privatpersonen ist die Stellung so, dass sie über sich ein Gericht haben, das das, was an sich Recht ist, realisiert. Nun soll ein Staatsverhältniss zwar auch an sich rechtlich sein, aber in der Weltlichkeit soll das Ansichseiende auch Gewalt haben. Da nun keine Gewalt vorhanden ist, welche gegen den Staat entscheidet, was an sich Recht ist, und diese Entscheidung verwirklicht, so muss es in dieser Beziehung immer beim Sollen bleiben. Das Verhältniss von Staaten ist das von Selbstständigkeiten, die zwischen sich stipulieren, aber zugleich über diesen Stipulationen stehen.“ Vgl. §. 333; 337; 339. „Das Verhältniss von Staaten zu Staaten ist schwankend: es ist kein Prätor vorhanden, der da schlichtet: der höhere Prätor ist allein der allgemeine an und für sich seiende Geist, der Weltgeist.“ Vgl. Encyclopädie. §. 545 ff. — *Vollgraff*, Die Systeme der praktischen Politik im Abendlande. Giessen 1828. Bd. IV. S. 160. „Damit eigentlich identisch ist sodann leider der Satz: dass man bei Friedensschlüssen und Freundschaftsbündnissen das Wörtchen ewig nicht wörtlich nehmen darf, sondern sich dasselbe beständig mit der Clausel „rebus sic stantibus“ verknüpft und von selbst verstanden denken muss.“ — *Heffter*, Europ. Völkerrecht. 5. Ausg. S. 155. „Der Vertrag zwischen Staaten findet eine besondere Stütze bloss im gegenseitigen Interesse,

durch seine Vermittlung fortdauernd im Verkehre mit anderen Staaten zu bleiben und neue Rechte zu erwerben; eine noch grössere Garantie erhält er in einem Staatensysteme wie das europäische ist, welches an sich auf Gegenseitigkeit und Willensübereinstimmung beruhet, dem man folglich nur angehören kann, wenn man diejenigen Grundsätze von der verpflichtenden Kraft der Verträge anerkennt, welche den Interessen aller entsprechen, ohne welche überhaupt kein Vertrauen und kein Verkehr denkbar ist.“ — *Schleiermacher*, Entwurf eines Systems der Sittenlehre (Sämmtl. Werke. 3. Abthlg. Zur Philosophie. Bd. V. S. 289). „Wenn ein Staat über seinen Vorthail hinaus einen Vertrag hält, so kann es nur geschehen um seines Credits willen, welcher geschwächt wird, wenn man sieht, er versteht seinen dauernden Vorthail nicht zu berechnen.“ — *Pütter* (Zeitschr. f. Staatswissensch. 1850. S. 378). „Widerrechtlich sind aber nicht nur solche Verträge, welche wider das Rechtsgesetz und wider das Recht des Staates, — seine Freiheit angehen, sondern auch alle diejenigen, welche das Wohl des Staates wesentlich beeinträchtigen; mögen sie nun gleich schon so unverständlich geschlossen sein oder erst durch später eingetretene Umstände verderblich oder gefährlich geworden sein; denn, wenn irgend wo, so gilt hier die sonst mit Recht berücktigte Clausula: *Rebus sic stantibus*.“ — *Michelet*, Naturrecht. Bd. II. S. 215. „Was auf dem Standpunkte des Völkerrechts ein Unrecht ist, kann auf dem höheren Standpunkte der Weltgeschichte zu einem Rechte werden.“ — S. 230. „Ein Volk hält die Verträge nur so lange, als es ihm zuträglich scheint, und bricht sie, sobald sein Vorthail es erheischt. Ein Völkervertrag ist ein Versprechen, das sogleich mit der stillschweigenden Absicht es zu brechen gegeben wird. In dem Unrecht, welches etwa gegen ein anderes Volk begangen wird, liegt oft die Erfüllung der höchsten sittlichen Pflicht gegen das eigene.“ — S. 240. „Eine Volksthümlichkeit, die von der Entwicklung der Menschheit überflügelt worden, hat kein Recht da zu sein.“ — *Bülow*, Encyclopädie S. 225. „Garantien werden nur dann und so lange Werth haben, als der verbürgende Staat ein gleich starkes Interesse in der Erfüllung der Zusicherung hat, Bündnisse nur dann bestehen, wenn ihre Fortdauer für alle Theile wohlthätig ist, Verträge nur so lange gehalten werden, als überwiegende Interessen ihren Bruch nicht fordern.“ — *Wurm*, (Deutsche Vierteljahrsschrift. 1845. S. 186). „Es giebt Fälle, in welchen ein Staat berechtigt ist, von einer übernommenen vertragsmässigen Verbindlichkeit einseitig zurückzutreten. Dahin gehört eine später eingetretene wesentliche Veränderung der Umstände, zumal wenn bei der neuen Lage der Dinge durch Erfüllung der Verbindlichkeit der Staat in Widerstreit mit den Pflichten gegen sich selbst treten würde.“ — *Vattel* (Droit des gens. Liv. II. chap. XII. §. 160.) lehrt, eine Nation könne sich nicht auf eine Weise binden, welche mit der Pflicht der Selbsterhaltung unvereinbar wäre. Vgl. *Klüber*, Völkerrecht. 2. Ausg. S. 189. — *Martens*, Précis du droit des gens. Paris

1831. Tome I. p. 144. — v. *Holtzendorff*, Politik. S. 135. „Tritt der Fall ein, dass ein Staatsvertrag hinterher in Widerspruch tritt mit der historischen Entwicklung des Volksgeistes, mit der Selbstständigkeit und inneren Unabhängigkeit, ohne dass die Möglichkeit einer Revision besteht, so bleibt nur die Wahl, ob man den Staat den Interessen und der Unbilligkeit einer fremden Nation oder einen Vertrag der Selbsterhaltung des Unterdrückten aufopfern will.“ — Ders., Das europäische Völkerrecht. (Encyclopädie. Bd. I.) S. 795. „Wenn den Verträgen irgend welche über die subjective Willkür der Contrahenten hinausgehende Bedeutung zukommen soll, so darf [unter der *clausula rebus sic stantibus*] nur zweierlei verstanden werden: entweder Fortfall einer von den Contrahenten stillschweigend vorausgesetzten Bedingung, oder Eintritt einer Resolutivbedingung, welche auch ohne ausdrücklich verabredet zu sein, in denjenigen Fällen vorauszusetzen ist, in denen ein beim Vertragsabschluss vorhandener Staatszustand als angenommene Voraussetzung des Contractes aufhört zu existieren.“ [Was aber eine solche Bedingung oder Resolutivbedingung sei, darüber befindet doch wieder der Staat selber, und es bleibt alles auf subjective Willkür gestellt.] — *Wheaton*, Elements of internat. Law. 8. ed. by Dana. Boston 1866. §. 275. „Verträge erlöschen, wo die innere Lage einer Regierung so verändert ist, um den Vertrag auf Umstände anwendbar zu machen, welche von denen, mit Rücksicht auf welche er geschlossen worden, verschieden sind.“ — *Pinheiro-Ferreira* (zu *Martens Précis*. §. 59). „Nicht deshalb weil zwei Regierungen diesen oder jenen Vertrag abgeschlossen haben, sind ihre Nationen verbunden, die in demselben enthaltenen Verpflichtungen zu erfüllen, sondern weil die gegenseitigen Verhältnisse, auf denen diese Verpflichtungen beruhen, noch zwischen den beiden Staaten fort dauern. In dem Augenblicke mithin, wo diese Verhältnisse aufgehört haben, mag die eine der Parteien sich immerhin auf die mit ihr geschlossenen und von der andern Partei unterzeichneten Verträge berufen: diese hat das Recht ihr zu erwiedern, dass die Existenz der Wirkung nicht denkbar ist, wenn die Ursache zu existieren aufgehört hat.“ — *Bluntschli*, Das moderne Völkerrecht. S. 237. „Vorbehalten bleibt das Recht eines Staates, sich von Verträgen loszusagen, welche mit seiner Existenz oder seiner nothwendigen Entwicklung unverträglich sind. S. 257. Niemals darf dem Staate zugemuthet werden, dass er seine Existenz oder seine nothwendige Entwicklung der Vertragstreue zum Opfer bringe.“ — *Th. Mommsen*, Röm. Geschichte. Bd. I. 3. Aufl. Berlin 1861. S. 357. „Kein grosses Volk giebt was es besitzt anders hin als unter dem Druck der äussersten Nothwendigkeit; alle Abtretungsverträge sind Anerkenntnisse einer solchen, nicht sittlichen Verpflichtungen. Wenn jede Nation mit Recht ihre Ehre darein setzt, schimpfliche Verträge mit den Waffen zu zerreißen, wie kann ihr dann die Ehre gebieten an einem Verträge gleich dem cau-

dinischen . . . geduldig festzuhalten, wenn die frische Schande brennt und die Kraft ungebrochen dasteht?“ —

Zu S. 67. Der Krieg als Rechtsprocess.

Den Vergleich zwischen Krieg und Rechtsprocess führt umständlich durch *Krug*, Gesammelte Schriften. Bd. IV. S. 55. „Der Krieg kann vernünftigerweise nicht anders angesehen werden, denn als ein grosser Rechtsstreit oder Process zwischen Völkern . . . Sie provocieren dadurch gleichsam auf das Geschick oder auf ein Urtheil Gottes als des obersten Schiedsrichters . . . Der Sieg soll also nach beiderseitiger Uebereinkunft dienen, das zwischen den kriegführenden Theilen streitige Rechtsverhältniss zu bestimmen und dadurch den Frieden herbeizuführen . . . Der Sieger übernimmt nun die Rolle des Richters, da er vorher bloss Partei war.“ —

So nennt z. B. auch *Phillimore*, Commentaries upon international Law. London 1854. Vol. III. p. 2. *Fallati* (Tübing. Ztschr. f. Staatswissensch. 1844. S. 307.) den Krieg einen Völker-Rechtsprocess, das Kriegerrecht Völker-Processrecht. Unzählige sprechen das nach. Man bildet sich in neuerer Zeit gradezu was darauf ein, dass man den Krieg als eine Art von Rechtsmittel betrachtet; das sei ein „Fortschritt“. Ja wohl, aber ein Fortschritt im Missverständniss eines der Grundphänomene des Lebens. Statt vieler nur *Bluntschli*, psycholog. Studien über Staat und Kirche. S. 202. „Der Krieg ist nur die bisherige und noch rohe Form der Völkerrechtspflege.“ (Als Mittel der Rechtspflege freilich sehr roh.) Vortrefflich ist die Auseinandersetzung von *v. Clausewitz*, Vom Kriege. Berlin 1832. Bd. I. S. 4—30. Nach ihm ist der Krieg ein Act der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen, ein politischer Act, eine blosse Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, ein politisches Instrument.

Zu S. 75. Die Weltgeschichte das Weltgericht.

Hegel, Rechtsphilosophie. §. 340. „Die Principien der Volksgeister sind um ihrer Besonderheit willen, in der sie als existierende Individuen ihre objective Wirklichkeit und ihr Selbstbewusstsein haben, überhaupt beschränkte, und ihre Schicksale und Thaten in ihrem Verhältnisse zu einander sind die erscheinende Dialektik der Endlichkeit dieser Geister, aus welcher der allgemeine Geist, der Geist der Welt, als unbeschränkt ebenso sich hervorbringt, als er es ist, der sein Recht, — und sein Recht ist das allerhöchste —, an ihnen in der Weltgeschichte als dem Weltgerichte ausübt.“ — §. 344. „Die Staaten, Völker und Individuen in diesem Geschäfte des Weltgeistes stehen in ihrem besondern bestimmten Principe auf, das an ihrer Verfassung und der ganzen Breite ihres Zustandes seine Auslegung und Wirklichkeit hat, deren sie sich bewusst und in deren Interesse vertieft sie zugleich bewusste Werkzeuge und Glieder jenes in-

nern Geschäfts sind, worin diese Gestalten vergehen, der Geist an und für sich aber sich den Uebergang in seine nächste höhere Stufe vorbereitet und erarbeitet.“ — §. 345. „In ihr [der Weltgeschichte] erhält dasjenige nothwendige Moment der Idee des Weltgeistes, welches gegenwärtig seine Stufe ist, sein absolutes Recht, und das darin lebende Volk und dessen Thaten erhalten ihre Vollführung und Glück und Ruhm.“ — §. 347. „Gegen dies sein absolutes Recht, Träger der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Weltgeistes zu sein, sind die Geister der andern Völker rechtlos, und sie, wie die, deren Epoche vorbei ist, zählen nicht mehr in der Weltgeschichte.“

Zu S. 80. Die Intervention.

J. Stuart Mill, Dissertations and discussions. Lond. 1867. Vol. III. p. 153 ff. rühmt England wegen seines erklärten Grundsatzes, andere Nationen ungestört zu lassen und erhebt den Anspruch, die Engländer wären ohne Vergleich die gewissenhafteste aller Nationen in Bezug auf nationales Thun. — Er betont vor allem, dass man einem Volke im Kampfe mit seiner heimischen Regierung nicht beistehen dürfe, wie andererseits eine Regierung, die fremder Unterstützung gegen ihre Unterthanen bedürfe, überhaupt nicht existieren sollte. p. 172 A. Aber Intervention, um Nichtintervention zu erzwingen, sei immer recht, immer sittlich, wenn auch nicht immer klug. p. 176. — *Wildman*, Instit. of internat. law. Vol. I. p. 49.

Vorsichtiger über das Princip der Nichtintervention urtheilen andere. *Heinr. Ritter*, Encyclopädie. Bd. III. S. 567. „Der Grundsatz der Nichtintervention würde ein trefflicher Grundsatz sein, wenn er nur nicht beständig gestört würde durch die Verwicklungen der Völker mit der Weltgeschichte.“ — *Martens*, Précis du droit des gens. Paris 1831. Tome I. p. 182. „Man muss zugeben, dass es Fälle giebt, in denen fremde Nationen sich solchen Verfassungsänderungen widersetzen dürften, sei es dass sie solchen Rechten zuwider sind, welche ihnen aus besonderem Anlass bewilligt worden, oder dass sie mit ihrer eigenen Sicherheit und Selbsterhaltung unvereinbar sind.“ — *v. Gagern*, Kritik des Völkerrechts. S. 164. „Die Unabhängigkeit der Nationen bleibt freilich Regel, aber ein starkes Interesse, angrenzend an die Selbsterhaltung, zieht unaufhörlich zum Einschreiten und rechtfertigt es.“ Vgl. ebd. S. 17. — *Walter*, Naturrecht, §. 466. gestattet die Einmischung als Ausnahme, wenn durch das, was bei einem andern Volke vorgeht, die eigenen Rechte bedroht oder schädliche Einflüsse zu befürchten sind u. s. w. — *Berner* (in *Bluntschli* und *Brater*, Deutsches Staatswörterbuch. s. v.) ist im Princip gegen die Intervention, giebt aber zu, [was vollkommen genügend ist,] dass es äusserste Fälle giebt, wo das Gesetz der Nichtintervention von einem höheren Princip durchbrochen wird; fest stehe, dass wegen der Verletzung untergeordneter Interessen eine Intervention nicht gestattet sei. Vgl. daselbst die Aeus-

serungen von *Guizot* (*L'église et la société chrét.* p. 122): Nur eine absolute, dringende Nothwendigkeit gebe das Recht, die innere Unabhängigkeit der Nationen anzutasten; und *Chateaubriand*, (*Congress v. Verona. Hamb. 1838. Bd. I. S. 255*). „Man interveniert oder interveniert nicht, ganz wie das Bedürfniss eines Landes es erheischt.“ — *Bülow*, *Encyclopädie. S. 215*. „Es kann keinem Staate verwehrt sein, wenn die Ereignisse in der Mitte des anderen seinen Zwecken gefährlich werden, — und darüber ist er der einzige Richter, — alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um auch in dem Innern des fremden Staates den Zustand herzustellen, bei dem er seinen Zwecken ruhig nachzustreben vermag.“ — Vgl. *Fallati*, (*Ztschr. für Staatswissensch.. 1844. S. 323*). — *K. S. Zachariä*, *Vierzig Bücher vom Staat. Bd. V. S. 25*. — *Warnkönig*, *Rechtsphilosophie. S. 412*. — *H. Escher*, *Politik. Bd. II. S. 649*. „Durch die Unbestimmtheit der Ausnahmen verliert die Regel ihre praktische Bedeutung und es bleibt nur übrig zu sagen, dass die Frage jedesmal in concreto entschieden werden muss.“ — *Laurent*, *Histoire du droit des gens. Tome II. p. 521*. „Wenn man in unsern Tagen die Intervention verwirft, so geschieht es, weil man sie durch die Könige im Dienste des Absolutismus hat üben sehen.“ — Noch heute werth gelesen und beachtet zu werden sind über Intervention die Ausführungen von *Chr. Garve*, *Ueb. d. Verbindung der Moral m. d. Politik. S. 98—123*. — Vom ultramontanen Standpunkt will *Taparelli*, *Diritto naturale. T. II. p. 226 ff.* nur die Intervention aus Liebe zu dem anderen Volke gelten lassen, wenn die Autorität zu wirken nicht im Stande ist, z. B. wegen einer Rebellion. So lange in einem Staate die legitime Obrigkeit bestehe, werde der Fall äusserst selten sein, wo die nicht erbetene Intervention erlaubt sei. In inneren Unruhen dürfe man nur intervenieren, wenn der Intervenierende positive Gefahr zu fürchten habe, wenn Umsturztheorien verbreitet, aufrührerische Leidenschaften entflammt werden. Vgl. *Terenzio Mamiani*, *D'un nuovo Diritto Europ. Torino 1859. p. 149*.

Zu S. 81—82. Angriffskrieg. Eroberung.

Montesquieu, *Esprit des lois. Liv. X. Chap. 2*. „In den Verhältnissen zwischen Staaten führt das natürliche Recht sich zu vertheidigen mitunter die Nothwendigkeit herbei anzugreifen, wenn ein Volk sieht, dass ein längerer Friede ein anderes Volk in den Stand setzen würde, jenes zu zerstören, und dass der Angriff im gegebenen Augenblick das einzige Mittel ist, diese Zerstörung zu verhindern.“ — *Friedrich der Grosse* im *Antimachiavel, Oeuvres, T. VIII. p. 159*. nennt solche Kriege des *guerres de précaution*, welche die Fürsten zu unternehmen ganz recht thun, weil es ein sicherer Grundsatz sei, dass es besser ist zuvorzukommen als den anderen sich zuvorkommen zu lassen. — *v. Rotteck*, *Lehrbuch des Völkerrechts u. d. Staatswissenschaften. Stuttg. 1829. Bd. III. S. 83*. „Der Beginn der Thätlichkeit kann in reiner defensiver Absicht stattfinden, so

wie hinwieder der eigentliche Angreifer, d. h. der den Angriff Vorbereitende, den Entschluss des Angriffs Kundthuende oder eine dahin gerichtete Allianz Schliessende im ersten Moment des Kampfes in der Rolle des sich Vertheidigenden sein kann.“ — *Travers Twiss*, Law of nations. Vol. I. §. 102. „Ein Machtzuwachs, wenn er von dem Willen diese Macht zu missbrauchen begleitet ist, giebt triftigen Grund zur Beunruhigung und kann den Recurs zu den Waffen rechtfertigen . . . Da die Erfahrung beweist, dass in der menschlichen Natur eine Neigung ist, die Macht zu missbrauchen, wo es mit Straflosigkeit geschehen kann, so berechtigt der Umstand, dass der Besitz der Macht gemeinhin mit dem Willen sie zu missbrauchen verbunden ist, einen Staat, wenn seine Sicherheit gefährdet ist, den ersten Anschein einer solchen Verbindung von Macht und Willen als hinreichende Warnung zu betrachten.“ [Gewiss, nur ist das keine Rechts-, sondern eine vollgültige Klugheitsregel.] — Dagegen *Schleiermacher*, Die christliche Sitte. Werke. III. Abthlg. Bd. VII. S. 278 ff. „Von der Idee des Völkerrechts aus ist jeder Vertheidigungskrieg erlaubt, aber jeder Angriffskrieg unsittlich, auch wenn er den Schein des Vertheidigungskrieges annimmt.“ — *H. W. Halleck*, Elem. of internat. law. 1866. p. 146 ff. —

Klüber, Völkerrecht. S. 280 §. 237. Note a. „In concreto ist es oft schwer, ein richtiges Urtheil zu fällen über die Rechtmässigkeit eines Krieges. In verschiedener Beziehung kann derselbe sogar auf beiden Seiten gerecht sein. Auch behauptet in der Regel jeder Theil, das Recht auf seiner Seite zu haben; und selbst der ungerechte Theil kann in bona fide sein.“ — *Wildman*, Inst. of intern. law. Vol. II. p. 2.

Bluntschli, Allgem. Staatsrecht. 2. Aufl. Bd. II. S. 162. „Sogar wenn der Krieg nur als ein grosser Rechtsstreit angesehen wird, so ist für den Staat der Angriff unter Umständen so nöthig als für den rechtlichen Privatmann in dem bürgerlichen Rechtsstreit die Klage. Sogar der Eroberungskrieg ist nicht immer verwerflich, wenn schon die Ausbildung des Völkerrechts und die fortschreitende Civilisation die Zulässigkeit desselben seltener gemacht hat.“ — *Travers Twiss*, Law of Nations. 1861. §. 14. „Eine begründete Furcht vor Gefährdung der eigenen Unabhängigkeit rechtfertigt anerkanntermassen eine Nation, wenn sie zum Kriege greift, um einem Angriff zuvorzukommen Es ist das Recht auf Sicherheit und gehört zum Rechte der Selbsterhaltung. Dasselbe Recht berechtigt den Staat, dem ein Unrecht zugefügt ist, vollkommene Entschädigung zu verlangen und dazu Gewalt anzuwenden Ein Staat, der angegriffen worden ist und seinen Feind bezwungen hat, wird mit vollem Recht Vorsichtsmassregeln gegen einen zweiten Angriff ergreifen, indem er den Feind der Mittel zur Erneuerung des Angriffs beraubt.“ — *Heinr. Ritter*, Encyclopädie. Bd. III. S. 561. „Die Bedürfnisskriege zeigen auch, dass der Grund des Krieges nicht nothwendig ein positives Unrecht sein muss, er vielmehr darin liegen kann, dass die Bedürfnisse des einen Volkes von dem anderen nicht

anerkannt werden, weil die Verständigung unter ihnen mangelhaft ist. Hieraus ergibt sich auch, dass der Krieg nicht nothwendig von der einen Seite ungerecht sein muss; von beiden Seiten vielmehr kann es an Verständigung mangeln und von beiden Seiten ein wahres Bedürfniss zum Kriege treiben. Die Befriedigung des Bedürfnisses führt zur Eroberung und daher können auch Eroberungen gerecht sein.“ — *J. Stuart Mill* freilich ist anderer Meinung. *Dissert. and discuss.* Vol. III. p. 171 heisst es: „Es würde eine Beleidigung des Lesers sein, über die Unsittlichkeit von Eroberungskriegen oder von Eroberungen selbst als der Folge eines gerechten Krieges, die Unsittlichkeit der Annexion eines civilisierten Volkes an das Gebiet eines andern, es sei denn durch dessen eigne freie Wahl, noch erst zu discutieren.“ — *Guizot*, *L'église et la société chrétiennes* en 1861. Paris und Leipzig 1861. S. 72: „Das härteste unter den Resultaten des Krieges, die Eroberung, wird legitim und unwiderruflich befestigt erst durch die Assimilation der Bevölkerungen.“ — *Ferguson*, *Versuch einer Geschichte der bürgerl. Gesellsch.* Thl. 3. Cap. 5. „Die Principien der Eroberung lassen sich nicht immer von denen der Selbstvertheidigung unterscheiden. Wenn ein Nachbarstaat gefährlich, wenn er häufig störend wird, so ist es ein auf der Erwägung der Sicherheit ebensowohl als auf der Eroberung begründeter Grundsatz, dass er geschwächt oder entwaffnet werden muss. — Auch *Vattel*, *Droit des gens.* L. III. Chap. 13. §. 195. lehrt ein Recht der Eroberung; ebenso *Heffter*, *VR.* 4. Ausg. §. 176. 178. *Bluntschli*, *Modernes V.R.* §. 701; 289. — *Oppenheim*, *V.R.* Cap. XII. §. 10. — *Klüber*, *V.R.* §. 255. — *de Mably*, *Le droit public de l'Europe.* Nouv. éd. Tome I. Genève 1768. p. 116. „Ein Fürst darf, um seinen Feind für seine Ungerechtigkeit zu bestrafen und sich für die Kriegskosten zu denen man ihn gezwungen hat zu entschädigen, seine Eroberungen über das Gebiet auf das er Ansprüche hat hinaus ausdehnen. Aber die Waffen an sich geben keinen Besitztitel; sie setzen einen früheren voraus . . . Jeder vernünftige Mensch muss zugestehen, dass ein Staat, welcher ohne gerechten Grund die Waffen ergriffen hat, seinen Feind für alle während des Krieges erlittene Verluste entschädigen muss.“ — Vgl. ebd. p. 137 ff. — Vortreffliches über das Recht der Eroberung giebt *Chr. Garve*, über die Verbindung der Moral mit der Politik. S. 123—137. — Wie *Talleyrand* auf dem Wiener Congress das Eroberungsrecht im Sinne der Legitimitätstheorie bestritt, darüber vergl. *Brockhaus*, das Legitimitätsprincip. S. 16 ff.

Etwas ganz Verkehrtes kommt heraus, wenn man die thatsächliche Entscheidung von Streitfragen durch überlegene Gewalt, wie sie der Krieg vollzieht, auf einem „Recht der Stärke“ begründen will. Freilich ist es gerecht und ein Werk der Gerechtigkeit, welche die Welt regiert, dass das weniger Lebensfähige, d. i. das weniger Starke, dem Besseren, d. i. dem Stärkeren den Platz räume; aber Resultat einer Rechtsordnung ist

das nicht, sondern eben das Gegentheil des Rechts. (*Romagnosi*, Istituzioni di civile filosofia. Parte prima. Firenze 1839. p. 124.) Die Streitfragen zwischen Staaten sind keine Rechtsfragen im strengen Wortsinne, und werden also auch nicht durch Rechtsmittel ausgetragen. Den Begriff eines „Rechtes der Stärke“ hat am scharfsinnigsten entwickelt *Proudhon* in der oben angeführten Schrift: *La guerre et la paix*. Bruxelles. 1863. Tome I. p. 203 ff. „Die Stärke bildet einen Theil des menschlichen Wesens, trägt bei zu seiner Würde; sie hat also auch ihr Recht, welches nicht das Recht, nicht alles Recht ist, aber das man nicht ohne Unverstand verkennen darf. Es ist das älteste Recht, Keim und Grundlage alles Rechtes. Es ist ein Gesetz der Natur, dass die Schwäche sich unter den Schutz der Stärke stelle. Das Kriegerrecht ist das Processrecht der Stärke. Der Krieg ist die Zurückforderung und der Erweis des Rechtes der Stärke vermittelt der Waffen.“ — Das „Recht der Stärke“ beruht auf einem blossen Wortspiel; Recht wird statt Gerechtigkeit gesagt. Wo es kein Recht giebt und geben kann, da ist es vernünftig und gerecht, dass die Stärke entscheide. Aber wo es Recht giebt, da ist das Gesetz so stark, dass alle andere Stärke dagegen verschwindend klein ist; da soll eben nur das Gesetz und nicht irgend welche Stärke entscheiden.

Zu S. 83. Suffrage universel.

Freeman, Hist. of Fed. Government. Vol. I. p. 71 ff. „Das Napoleonische Suffrage universel ist einfach ein handgreiflicher Schwindel, welcher, wären seine Erfolge weniger ernst gewesen, das reine Gelächter Europas gewesen sein würde Bisher ist es in jedem Fall ein blosser Betrug gewesen. Da war keine freie Wahl, keine redliche Alternative zwischen zwei oder mehr Vorschlägen oder zwischen zwei oder mehr Candidaten. Das Volk ist einzig aufgefordert worden, Ja oder Nein zu sagen zu etwas, was bereits durch militärische Gewalt ausgemacht war.“ — *Walter*, Naturrecht. §. 251. nennt die Volksabstimmung eine täuschende Aushilfe, die als eine blosser Thatsache zwar alte Rechte zerstören helfen, nicht aber ein neues Recht schaffen kann. *Barante*, Questions constitutionnelles, Chap. 1. nennt sie eine blosser Formalität, worin man nie etwas wesentliches oder aufrichtiges gesehen habe; und noch vor den neueren Erfahrungen sprach sich eben dahin aus *David Hume*, Moralische und politische Versuche. Hamb. und Leipzig 1756. Thl. IV. S. 363. — *Proudhon*, *La guerre et la paix*. Tome I. p. 434. „Begnügen wir uns daran zu erinnern, dass das Urtheil, welches der Krieg einmal gefällt hat, das beste Urtheil ist, und dass keine Autorität, von welcher Art auch immer, solches Urtheil zu bekräftigen oder zu beseitigen vermag Was will die Meinungsäusserung von Bürgern, welche ihre Stimmzettel in eine Urne legen, bedeuten neben derjenigen von Kriegern, welche ihr Blut vergiessen?“ — *Franz Lieber*, De la valeur des plébiscites dans le droit inter-

national. (Revue du droit international. Bruxelles 1871.) p. 144 ff. „Die Wahrheit ist, dass die Einführung des Majoritätsprinzips von neuem Datum in der Geschichte der Nationen ist.“ — „Bis jetzt sind weder die grossen Volksabstimmungen über Fragen der inneren Verfassung, noch die über Annexionen geeignet das geringste Vertrauen einzuflössen.“ — Dagegen billigt das suffrage universel *R. v. Mohl*, Staatsrecht, Völkerrecht und Politik. Bd. II. S. 296 ff. Er hält es sogar für eine Gewaltthätigkeit der Männer, dass die Frauen vom Stimmrecht ausgeschlossen werden! Freilich giebt er zu (S. 330), dass z. B. die Abstimmung in Neapel 1860 nur „ein augenblicklicher Einfall, ein unterhaltendes Schauspiel ohne Ernst und Verpflichtung“ war. — Aus älterer Zeit vgl. *Condorcet*, Sur les assemblées provinciales. 1788. Article I. (Oeuvres. Brunswick et Paris 1804. T. XIII. p. 35 ff.). „Die Gründe, um derentwillen man die Frauen von den öffentlichen Aemtern ausschliessen zu müssen glaubt und die sich übrigens leicht widerlegen liessen, können kein Motiv abgeben, sie eines Rechtes (des Wahlrechts) zu berauben, dessen Ausübung so einfach sein würde und welches die Männer nicht ihrem Geschlecht sondern ihrer Eigenschaft als vernünftige und fühlende Wesen zu danken haben, die ihnen doch mit den Frauen gemein ist.“ — Auch *W. J. Behr*, System der allgem. Staatslehre. 1804, bei dem die Lehre von der Volkssouveränität, dem Idealstaat und der naturrechtlichen Verfassung die schärfste, kaum mehr zu überbietende Zuspitzung erlangt hat, fordert consequenter Weise, dass in der Volksgemeinde alle Weibsbilder, die mündig und unverheirathet, Geschiedene oder Witwen sind, Sitz und Stimmrecht haben. —

Zu S. 85. Zukunft des Völkerrechts.

Die auf Anlass von Erlebnissen des eben beendeten Krieges mit Frankreich entstandene, vom edelsten Geiste getragene Schrift von *Trendelenburg*, Lücken im Völkerrecht, Leipzig 1870, macht zur Ausfüllung dieser Lücken Vorschläge, die zum Theil doch wohl ihrer Natur nach fromme Wünsche bleiben werden. Wie uns scheint, unterscheidet *Trendelenburg* im Anschluss an *Kant* das Völkerrecht zu wenig vom eigentlichen Recht und will die gegenseitigen Verhältnisse der Staaten durch die freie That der Menschen, durch ein sittliches Thun geordnet wissen, als ob die Menschen hier selbstständig handelten, während sie doch nur im Auftrage und Sinne des Staates zu handeln haben, der selber weder einen freien noch einen sittlichen Willen hat; im ganzen aber sind wenigstens die realen Bedingungen aller internationalen Praxis weit sicherer als bei *Kant* in's Auge gefasst. „Im Völkerrecht sollen die Völker ihr gemeinsames Gewissen haben, und die öffentliche Meinung muss sich regen um es beständig zu wahren.“ (S. 25.) Gewiss; aber die Schranke, bis zu der dieses Gewissen wirkt, ist das Interesse des Staates; was dieses Interesse in Wahrheit erfordert, muss unter allen Umständen und mit allen Mitteln gewahrt werden, das

ist das Gebot der Sittlichkeit für diejenigen, die im Auftrage des Staates handeln. Dass die Fortbildung des Völkerrechts, wie es S. 61 heisst, die Staaten mit dem Bande des Friedens und des Rechts einigen und eine Gliederung der Menschheit wie zu Einem Leibe vorbereiten soll, ist gewiss nicht richtig, kann also auch nicht „den Beruf der deutschen Nation“ bezeichnen. Gewisse Ausschreitungen der Grausamkeit, die vom Interesse des Staates nicht geboten und also auch nicht gestattet sind, wird das Völkerrecht immer sicherer zu beseitigen haben; — aber ein gesicherter Rechtszustand zwischen den Staaten und eine Gliederung der Menschheit ist von Natur unmöglich, also auch kein vernünftiges Ziel des Strebens. — Von den praktischen Vorschlägen ist der eines permanenten Ausschusses zur Fortbildung der internationalen Praxis, insbesondere auch zur näheren Bestimmung der Pflichten der Neutralen, der wichtigste; ihm ist gewiss beizustimmen. Auch ein zweckmässigerer Ersatz für die in ihrer bisherigen Form ganz widersinnigen Prisengerichte wird sich wohl schaffen lassen; eine Verpflichtung, die Bestimmungen der Genfer Convention oder Aehnliches in die militärische Instruction mitaufzunehmen, ist vernünftig und möglich. Aber einer Ueberraschung des einen Staates durch den andern mit Krieg wird sich nicht völkerrechtlich vorbeugen lassen, weil hier das Interesse zu deutlich spricht. Eine Verpflichtung der Staaten, ehe sie zur Gewalt schreiten, gütliche Ausgleichung zu suchen, ist unmöglich; höchstens eine Veranstaltung ist denkbar, um diesen Weg demjenigen zu ermöglichen, der ihn gehen will, weil er es mit seinem Interesse verträglich findet. Die Achtung des Privateigenthums zur See wird ein frommer Wunsch bleiben, so lange es Seemächte giebt, die keines Mittels sich entäussern dürfen, um ihren Feind zur See zu schwächen; alle Deductionen aus einem präsumierten Rechtsgefühl kommen gegen die Lebensinteressen der Staaten nicht auf. In Bezug auf die etwa nothwendig werdende Austreibung der Unterthanen einer feindlichen Macht endlich wird sich kein souveräner Staat beschränkenden Bedingungen unterwerfen wollen oder können.

Unter den verwandten Schriften nennen wir *H. C. v. Gagern*, Kritik des Völkerrechts, eine Schrift, welche ihrem Titel sehr wenig entspricht und neben manchen guten Bemerkungen mehr Ausbrüche des Gefühls enthält, als dass sie für die Fortentwicklung des Völkerrechts bestimmte klare Ziele aufstellte. Die Kritik des Völkerrechts von *v. Kaltenborn* hat ihr Verdienst in der Aufhellung der geschichtlichen Entwicklung der völkerrechtlichen Lehren. Hervorzuheben ist *Terenzio Mamiani*, *D'un nuovo diritto Europeo*. Torino 1859, der im ganzen und grossen von dem Erreichbaren und wirklich Wünschenswerthen nicht zu weit abweicht. Derselbe geht aus von der unveräusserlichen und unverjährbaren *Autonomie* der Staaten und Freiheit der Individuen und verlangt stricte Herrschaft des Rechts auch in den internationalen Verhältnissen, wobei frei-

lich zwischen dem formalen Recht und der Gerechtigkeit nicht klar geschieden wird; doch hat M. Einsicht genug, an das offenbar Ungerechte, wenn es auch die Form des Vertrages und des bestehenden Rechtszustandes trägt, den Staat nicht unbedingt binden zu wollen. Andererseits entsteht Unklarheit daraus, dass Volk und Staat im Begriffe nicht genügend auseinandergehalten wird. „Die unumschränkte Souveränität gehört der Vernunft und der Gerechtigkeit, weder die Fürsten noch das Volk besitzen sie. Nur die Besten an Wissenschaft und Tugend haben ein Recht, sie innerhalb gewisser Grenzen zu üben. Legitim ist die Regierung, welche die Zustimmung der Regierten hat und dem gesellschaftlichen Fortschritt dient. Jede andere muss geändert werden. Das Princip der Nichtintervention duldet keine Ausnahme. Freier Entschluss und das Nationalitätsprincip bedingen die Erweiterung oder Auflösung der staatlichen Gemeinschaft. Es giebt kein Recht der Eroberung; aber manche frühere Eroberungen sind legitim geworden durch die Verschmelzung von Besiegten und Siegern zu einem Vaterlande. Zu jeder Territorialveränderung bedarf es der Befragung und Zustimmung der Einwohner. Niemand darf auf seinem Haupt mehrere Kronen vereinigen, kein Volk von einem andern abhängig sein. Die Tractate sind heilig, vorausgesetzt dass sie den ewigen Lehren der Gerechtigkeit nicht offen widersprechen. Zu den allgemeinen und das allgemeine Recht fortbildenden Verträgen wirken alle Staaten mit, die es annehmen und beobachten, zu den particularen Verträgen alle dabei interessierten. Die Abstimmung eines jeden Staates ist frei und von gleicher Geltung. Auch für die nicht anerkannten Völker ohne officiële Vertretung muss es ein Mittel geben, ihren Ansprüchen und Beschwerden Gehör und Anerkennung zu verschaffen. Staat und Kirche sind in allen äusseren Beziehungen getrennt; Concordate werden nicht mehr nöthig. Das geistliche Recht darf in das weltliche nicht eingreifen.“ (p. 345—347). Der Fortschritt des Völkerrechts ist zu erwarten von der wachsenden inneren Freiheit der Staaten. (p. 268 ff.) Staaten wie Oesterreich, die Türkei, der Kirchenstaat müssen verschwinden, die kleinen Staaten mit den grösseren von gleicher Nationalität Föderationen bilden, Protectorate und Halbsouveränität aufhören, die Colonien Selbstständigkeit erlangen. (p. 270 ff.) Verträge müssen auf Zeit geschlossen, in bestimmten Fristen revidiert und erneuert werden. (p. 286). Grosser Werth wird auf die Sanctionierung und Fortbildung des Völkerrechts durch Congresses gelegt. (p. 100. 110. 325 ff.)

Zu S. 94. Codificierung des Völkerrechts.

Ueber *Grégoire's* Versuch einer *Déclaration du droit des gens* vom Jahre 1795 nach Analogie der *Déclaration des droits de l'homme* vgl. *Martens*, *Précis du droit des gens moderne de l'Europe*. Tome I. Paris 1831. p. 11 ff. Das Elaborat besteht aus 21 Artikeln. Der erste besagt: Die

Völker sind unter einander im Zustande der Natur, sie haben zum Bande die universelle Moral. Artikel 3: Ein Volk soll gegen die andern handeln, wie es wünscht, dass man gegen es selber handle. Artikel 5: Das besondere Interesse eines Volkes ist dem allgemeinen Interesse der Familie der Menschheit untergeordnet. Artikel 7: Ein Volk hat nicht das Recht, sich in die Regierung der andern einzumischen. Artikel 8: Keine Regierung ist den Rechten der Völker gemäss, als diejenigen, welche auf der Gleichheit und der Freiheit beruhen. Artikel 16: Die Bündnisse, welche einen Angriffskrieg zum Ziele haben, die Verträge, welche dem Interesse eines Volkes schaden können, sind ein Attentat gegen die Familie der Menschheit. Artikel 21: Die Verträge zwischen den Völkern sind heilig und unverletzlich. — Und dergleichen öde und sinnlose Redensarten mehr, wobei immer statt Staat das Wort Volk gebraucht wird, um die Begriffsverwirrung zu steigern.

Bentham hat schon 1789 das Project eines Codex des Völkerrechts entwickelt (*Principles of international Law. Works. Vol. VIII. p. 538, 2*) mit der Absicht, den ewigen Frieden zu ermöglichen. Seine Voraussetzungen sind: es soll keine Nation der anderen Uebles, vielmehr jedes mögliche Gute zufügen, dagegen auch von anderen Nationen keine Beschädigung dulden, sondern möglichst viel Gutes von ihnen entgegennehmen; es sind Einrichtungen nöthig, damit der Krieg möglichst wenig Uebles erzeuge. Darum muss 1) die Streitmacht der Nationen eingeschränkt und fixiert werden, 2) jeder Staat muss seine entfernten Colonien freilassen. Ein gemeinsamer Gerichtshof zur Entscheidung der Streitigkeiten, aber ohne Zwangsgewalt, muss errichtet werden, der seine Verhandlungen veröffentlicht und den ungehorsamen Staat in die europäische Acht erklären kann. Gäbe es Pressfreiheit, wären alle Unterhandlungen und Verträge öffentlich, so brauchte man nicht einmal jedem Staate ein Contingent aufzuerlegen, um die Urtheile jenes Gerichtshofes auszuführen. —

Das ähnliche Project *Kant's* Zum ewigen Frieden vom Jahre 1785 behandelt am besten *Trendelenburg*, Lücken im Völkerrecht. S. 3—24.

Durch einen Juristencongress in England ist eine Commission zur Codificierung des Völkerrechts eingesetzt worden, die gewiss leichte Arbeit haben wird, Regeln der Humanität, der *comitas gentium*, der äusseren Formen des Verkehrs aufzustellen, die dem gegenwärtigen Bewusstsein entsprechen, aber schwere Arbeit, allen solchen Regeln auch in der Praxis der Staaten die nöthige Anerkennung und Befolgung zu sichern. Gewiss aber wird ihre Mühe eine vollkommen eitle und vergebliche sein, wenn sie es unternimmt, aus allgemeinen Anschauungen von Gerechtigkeit und Sittlichkeit Bestimmungen zu geben über Verhältnisse, wie im Seerecht, die das Interesse und die Machtstellung der Staaten wesentlich berühren, und in Bezug auf welche jeder Staat naturgemäss nur sich und die Kraft, mit der er seine Ansprüche durchzusetzen vermag, zu befragen im Stande ist.

Ein durchaus besonnener Entwurf ist der von *Alphonse de Domin-Pe-*

trushevecz, Précis d'un code du droit international. Leipz. 1861. Er ordnet wesentlich nur das, was nicht der „hohen Politik“ angehört und wünscht die Einsetzung einer internationalen Commission, die, alle Fragen hoher Politik bei Seite lassend, aus den vorhandenen Verträgen das Uebereinstimmende als geltendes Völkerrecht herausuche und zusammenstelle, Verschiedenheiten durch Compromisse ausgleiche und so einen Codex zu Stande bringe, den die Mächte aus freier Verabredung annehmen und veröffentlichen können. Seine Arbeit liefert höchst schätzenswerthes Material in knappster Form.

Theilweise verfehlt dagegen erscheint der wohlmeinende und mit grosser Sorgfalt ausgeführte Entwurf von *Bluntschli*, Das moderne Völkerrecht. Nördling. 1868. Hier wird durchgängig, was aus Interesse und Nutzen entspringt, unter den Gesichtspunkt der Gerechtigkeit gestellt und als ein ursprüngliches Natur- und Vernunftrecht ausgesprochen; was nur durch die Rücksicht auf die Machtverhältnisse geordnet werden kann, als Anforderungen des Sittengesetzes behandelt: eine Ethik für souveräne moralische Personen! Kaum dass es die kühnsten unter den ultramontanen Politikern weiter treiben. Allerlei fromme Wünsche, gute Rathschläge, subjective Reflexionen über Staatsverhältnisse gehen durcheinander, und solche Aussprüche sollen Paragraphen eines Rechtsbuches bilden. Z. B. §. 95—107. Es ist ein Jurist, der den Satz aufstellt: „Eine Staatsdienstbarkeit geht unter, wenn dieselbe aufgehört hat, mit der Entwicklung des Völkerrechts verträglich zu sein!“ (§. 359, c.) Wer soll denn nun darüber entscheiden? „Das heutige Völkerrecht gestattet nicht mehr die Abschliessung eines Meeres von dem Weltverkehr!“ §. 305. Warum nicht, wenn ein Staat das Interesse und die Macht hätte? „Kein Staat ist berechtigt, sein Land von dem allgemeinen Verkehr abzusperren!“ §. 381. „Völkerrechtswidrig und deshalb ungültig sind Verträge, welche die gewaltsame Unterdrückung eines friedlichen und lebensfähigen Staates bezwecken!“ §. 412. „Die gegenwärtige Uebung, wornach auf dem Congresse nur die Regierungen der Staaten vertreten sind, stimmt nicht zu dem repräsentativen Charakter des modernen Staatsrechts.“ §. 114. Als ob es sich um Staatsrecht handelte! „Die Rechtsverbindlichkeit der Staatenverträge beruht auf dem Rechtsbewusstsein der Menschheit (!). Verträge, deren Inhalt das allgemein anerkannte Menschenrecht (!) oder die bindenden Gesetze des Völkerrechts verletzen, sind deshalb ungültig.“ §. 410—413. „Ausrottungs- und Vernichtungskriege gegen lebens- und culturfähige Völker und Stämme sind völkerrechtswidrig.“ §. 535. §. 515 ff. „Das blosse Staatsinteresse für sich allein rechtfertigt den Krieg nicht.“ §. 518. „Bei der Auslegung und Anwendung der Allianzverträge ist beiderseits mit ehrlicher Treue in gutem Glauben und aufrichtiger Freundschaft zu verfahren.“ §. 449. Und dergleichen in Masse, was schlechterdings blosse Redensart und für die factische, einen dem Recht ähnlichen Zustand anstrebende Fortbildung der

internationalen Beziehungen vollkommen werthlos ist. — Je höher die Verdienste *Bluntschli's* als Lehrers des Staats- und Völkerrechts anzuschlagen sind, um desto weniger darf bei dem unläugbaren weitgreifenden Einfluss seiner Lehren verschwiegen werden, wo die Schwäche begrifflicher Deduction ihn zu irreführenden Consequenzen verleitet hat, während ein gesunder Tact und reife praktische Erfahrung ihn sonst trotz alledem so vielfach das Richtige finden lässt. —

Zu S. 96. Die Ehre des Staates.

Die wahre Ehre des Staates darf freilich nicht preisgegeben werden. *Chr. D. Vosz*, Politik. Bd. IV. S. 492. nennt Würde und Ehre des Staates blosse Vorurtheile. S. 54. „Wer würde nicht die durch Stände modificierten kleinen Monarchien [in Deutschland] jeder Republik der Erde vorziehen! Ueberhaupt sind wir des Glaubens, dass es nicht eher ein völlig wohl gegründetes Bürgerglück geben wird, als bis die grossen Staaten . . . durch Zerstückelung mehrere mittlere Staatskörper gebildet haben werden.“ — Man kann die Verkommenheit des politischen Geistes in Deutschland kaum schlagender belegen. — Treffend dagegen *Luden*, Politik. S. 170: „Wer die Ehre verloren hat, hat in den Augen andrer das Dasein verloren, weil von ihm vorausgesetzt wird, dass er aufgegeben habe, wodurch er andern gleich war, und nun zu vermuthen ist, dass er jedes andere ebenso wenig retten werde, sobald sich einer findet, der es nehmen mag. Eines Staates Ehre ist die Voraussetzung der übrigen Staaten, dass er seine Unabhängigkeit in ihrem ganzen Umfange zu behaupten entschlossen sei; er hat die Ehre verloren, wenn von ihm die Meinung herrscht, dass es ihm mehr um Ruhe zu thun sei, als um die Unabhängigkeit.“

Zu S. 98. Die Oeffentlichkeit.

Montesquieu, *Esprit des lois*. liv. XIX. chap. 27. „Wenn es dahin käme, dass die englische Nation bei einigen Gelegenheiten der Mittelpunkt der europäischen Verhandlungen würde, so würde sie ein wenig mehr Ehrlichkeit und Redlichkeit als die anderen hineinbringen, weil ihre Minister bei ihrer häufig wiederkehrenden Verpflichtung ihr Benehmen vor einer volksthümlichen Versammlung zu rechtfertigen in ihren Verhandlungen nicht geheimthuerisch verfahren könnten und gezwungen sein würden, in dieser Hinsicht ein wenig mehr Rechtschaffenheit zu zeigen.“ — *Kant*, *Zum ewigen Frieden* (Bd. VI. S. 449 ff.) stellt als Formel des öffentlichen Rechts den Satz auf: „Alle auf das Recht andrer Menschen bezogene Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publicität verträgt, sind unrecht. Und positiv: Alle Maximen, die der Publicität bedürfen, um ihren Zweck nicht zu verfehlen, stimmen mit Recht und Politik vereinigt zusammen.“ — Ebenso zählt *Bentham* auf die Einwirkung der Oeffentlichkeit. Siehe oben S. 180. Doch darf man allerdings auch die Gefahr leidenschaftlicher Auf-

regung der Massen nicht übersehen. *Hegel*, Philosophie des Rechts. (Bd. VIII. §. 329) „Wenn man meint, Fürsten und Kabinete seien mehr der Leidenschaft als Kammern unterworfen, und deswegen in die Hände der letzteren die Entscheidung über Krieg und Frieden zu spielen sucht, so muss gesagt werden, dass oft ganze Nationen noch mehr wie ihre Fürsten entusiastmiert und in Leidenschaft gesetzt werden können. In England hat mehrmals das ganze Volk auf Krieg gedrungen, und gewissermassen die Minister genöthigt ihn zu führen.“ —

Zu S. 102. Staatencongresse.

Brockhaus, das Legitimitätsprincip. Leipz. 1868. S. 259. „Aber die Grossmächte können auch nicht das entfernteste Recht auf eine richterliche Competenz in europäischen Thronfolgefragen und sonstigen politischen Streitigkeiten geltend machen: die Congresse im zweiten und dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts waren vertrauliche Besprechungen über europäische Angelegenheiten.“ — *Gould Francis Leckie*, Balance of power. p. 367. „Die Gerechtigkeit und Sittlichkeit, welche sie predigen, hat mit der Frage ungefähr soviel zu thun, als Rhetorik, Chemie oder Baukunst. Wir bestreiten es, dass das Princip der Gerechtigkeit die Berathungen allgemeiner Congresse leitet. Wenn deshalb ein vorhandener Zustand als unerträglich empfunden wird und dies Männern von gesundem Urtheil und Erfahrung klar ist, so ist das Recht nicht für sie ein Grund, das Heilmittel vorzuenthalten, vielmehr Gerechtigkeit in ihrer höchsten Bedeutung würde ihnen befehlen, es ohne jede andere Rücksicht als die auf die souveräne Nothwendigkeit des öffentlichen Vorthells in Anwendung zu bringen.“ — *K. Th. Pütter*, (Zeitschr. f. Staatswissensch. 1850. S. 306). „Denn darüber sind alle souveräne Völker oder Staaten sich selbst klar, dass keiner dritten, bei dem Rechtsstreit unbetheiligten unparteiischen Macht, und bestände sie aus der Gesammtheit aller übrigen Staaten, das Recht zugestanden oder beigelegt werden könne, über die Rechte und Verhältnisse zweier streitenden Staaten ein gerichtliches Endurtheil zu fällen, weil mit der Anerkennung oder Aufstellung eines solchen Völkergerichtshofes die Vernichtung der Souveränität, des Rechts der Völker und des Völkerrechts ausgesprochen sein würde.“ —

Interessant ist der Vorschlag eines Franzosen, *Strada* (L'Europe sauvée et la Fédération. p. 242. bei *de Parieu*, Principes de la science politique. Paris 1870. p. 356): „Der erhabenen Initiative des Staatsoberhauptes von Frankreich würde es zukommen, die Gestaltung des europäischen Parlaments einzuleiten. Der Primat unseres Vaterlandes würde gesichert sein. Es würde naturgemäss an der Spitze des Bundes stehen, den es vorgeschlagen hätte.“ — Solche denkfaule und hochmüthige Träumerei beherrscht die ganze Nation und auch den Herrn Vicepräsidenten des Staatsrathes. Das erklärt Vieles. *De Parieu* beschränkt sich inzwischen auf den Wunsch:

„Warum setzt man nicht, um die wünschenswerthe Annäherung zwischen den Institutionen der Völker zu verwirklichen, eine periodisch zusammentretende europäische Commission ein, welche zuerst von den Regierungen, später vielleicht von den Vertretern der europäischen Völker ernannt würde und ihre Autorität der Wissenschaft, der Gerechtigkeit ihrer Entscheidungen, so wie der Oeffentlichkeit ihrer Berathungen entnähme, und die zugleich die Beispiele des versöhnlichen und eklektischen Geistes benutzte, dessen Vorbilder der föderative und harmonische Genius Deutschlands uns geliefert hat! . . . Behufs der Werke des Friedens, um das Netz der Institutionen und des gemeinsamen bürgerlichen Lebens der Nationen zu flechten, muss man diese gemeinsame und dauernde Vertretung schaffen, eine Institution der Eintracht, in welcher mit den allmählichen Vervollkommnungen ihrer Organisation dereinst die fruchtbaren Ideen der allgemeinen Entwaffnung und der Einsetzung eines Schiedsgerichts für die zu einer neuen und festbegründeten Heiligen Allianz vereinigten Nationen Platz greifen könnten.“ —

Beruhet auch dergleichen zum Theil auf eitler Träumerei, so wird man doch anerkennen müssen, dass ein eigentliches Staatensystem nur geschaffen werden kann durch Congresse als dauernde Institution. Man wende nicht ein, dass die Souveränität der Staaten sich damit nicht verträgt. Ein unumschränkter Gebrauch der Souveränität wird auch so nicht gemacht; man berücksichtigt eben fremde Interessen und sogar die fremde Meinung um des friedlichen Verkehrs und der Gegenseitigkeit willen; das Gegentheil ergäbe ein System gegenseitiger Repressalien und allgemeiner Feindseligkeit. Die Möglichkeit, die allgemeinen oder die überwiegenden Interessen in einfachem Ueberblick deutlich zur Erkenntniss zu bringen, wie sie die allseitige Verhandlung eines Congresses gewährt, ist unschätzbar. Sie ergiebt am leichtesten eine Nachgiebigkeit bis an die Grenze, wo die Noth der Selbsterhaltung keine Rücksicht mehr kennt. Staaten, sagt *Schlözer*, lassen sich nicht zuschliessen wie Ställe; man kann sich nicht isolieren, wär's auch auf einer Insel im Ocean; man muss also fremden Einfluss gelten lassen, und das wird am leichtesten, wenn es der Einfluss des gesammten Systems ist. So wird auch die friedlich rathende und drängende Intervention in die inneren Verhältnisse am wenigsten lästig. Um allen willkommene Gesetze über See- und Flussschiffahrt, Handelsverkehr und Zölle, über Behandlung der Fremden u. dergl. allgemein zu machen, die Bedrückung versprengter Nationalitäten oder Glaubensgemeinschaften zu beseitigen, sind Congresse kaum entbehrlich.

Ausführlich handelt von der Einrichtung europäischer Congresse *Terenzio Mamiani* (*D'un nuovo diritto Europ.*) Er verlangt auf Congressen directe und freie Abstimmung aller der Völker, welche unter einem und demselben internationalen Gesetz leben; denn kein Individuum der Völkerfamilie kann sich die Macht eines Gesetzgebers über seines gleichen anmaas-

sen. Somit hat auch jeder der Vereinigten ein absolutes individuelles Veto in allen den Dingen, für die nicht vorher ausgemacht ist, dass Stimmenmehrheit gelten soll. (S. 100). Wenn gleich die Zahl der Discutierenden und die Verschiedenheit der Ansichten und Interessen wächst, so ist doch auch die Discussion allseitiger, das Gerechtigkeitsgefühl lebhafter, und die Fragen können sich unter der Mitwirkung der europäischen Presse täglich mehr aufklären. Schroffe Conflicte entstehen leichter zwischen wenigen; unter vielen sind immer entfernter Betheiligte, Unparteiische, die ausgleichen und vermitteln können. Wenn bei alledem die Lösung einer Frage nicht gelingt, so ist ein offener Bruch der halben oder trügerischen Eintracht vorzuziehen. Besonderen Vorthail aber würde das Völkerrecht schöpfen aus solcher universellen und feierlichen Billigung. (p. 110 ff.). Man sollte nicht kriegerische Verwirrungen erwarten, sondern mitten im Frieden Congresse berufen; auf denselben sollte vollkommene Gleichheit der Staaten gelten; die Mitglieder sollten nicht die Fürsten, sondern die Völker vertreten; es sollte nichts gegen die Wünsche der Völker beschlossen werden; die Principien des Rechts, auf die man sich bei den Abmachungen stützt, sollten deutlich ausgesprochen werden, insbesondere das Princip der Autonomie, der Gleichheit und Brüderlichkeit sollte feierlich verkündigt werden; Uebelstände, denen abgeholfen werden müsste, nöthige Reformen auch im Innern der Staaten müssten zur Sprache kommen, und was sich nicht sogleich abstellen oder herstellen lässt, durch ein Versprechen betreffs zukünftiger Verwirklichung gesichert werden; die Verhandlungen müssten veröffentlicht werden und nichts dürfte gegen die Freiheit, Gleichheit und gegenseitige Unabhängigkeit der Völker geschehen. (p. 325 ff.) Die Wirksamkeit der Congresse (p. 333 ff.) kann sich beziehen auf Verträge von allgemeinem Nutzen, die den höchsten Interessen der Politik fern bleiben, wie über Handel, See- und Stromschifffahrt, Consulate; auf Ausgleichung von Streitfällen zwischen Staaten von mehr formalem Charakter; Feststellung von Grundsätzen des Völkerrechts, Anbahnung gemeinsamer Fortschritte; zum Theil auch Neuordnung des materialen und accidentiellen Theils des zwischen Staaten geltenden Rechtes. —

Zu S. 109. Kleinstaaten.

Gould Francis Leckie, Balance of power. p. 247. führt aus, dass das Bestehen von Kleinstaaten ohne Widerstandskraft immer den Mächtigeren zum Kriege herausfordert und deshalb die eigentliche Gefahr für den Frieden Europas bildet. — Vgl. *H. Escher*, Politik. Bd. I. S. 50—59. — *Schleiermacher*, Lehre vom Staat. Werke. 3. Abthlg. Bd. VIII. S. 28. „Je mehr der Verkehr zunimmt, desto überwiegender werden die äusseren Verhältnisse, und ein kleiner Staat wird Unsinn. Das tritt in den kleinen Miniaturstaaten Deutschlands recht hervor, die nur eine ungeheure Rechtlichkeit bei den vielen Collisionen schon.“ — *Oppenheim*, VR. S. 7. „Ein

Staat, der nicht durch eigne Kraft der Pflicht der Selbsterhaltung zu genügen vermag, hat nicht das historische Recht der Existenz.“ — *de Tocqueville*, *Démocr. en Amérique*. Bruxelles 1835. T. I. p. 281. „Was hilft's, dass ein Volk ein Bild des Wohlstandes und der Freiheit darbiete, wenn es sich täglich der Verwüstung oder Eroberung ausgesetzt sieht? dass es Manufacturen und Handel betreibe, wenn ein anderer die Meere beherrscht und auf allen Märkten das Gesetz giebt? Die kleinen Völker sind oft kläglich daran, nicht weil sie klein, sondern weil sie schwach sind; die grossen gedeihen, nicht weil sie gross, sondern weil sie stark sind. Die Stärke ist also oft für die Völker eine der ersten Bedingungen des Glückes und selbst des Bestehens. Daher kommt's, dass besondere Umstände ausgenommen die kleinen Völker schliesslich immer mit Gewalt mit den grossen vereinigt werden oder sich selbst mit ihnen vereinigen. Ich kenne keinen jammervolleren Zustand als denjenigen eines Volkes, das sich nicht vertheidigen und sich auch nicht genügen kann.“ — Vgl. *Freeman*, *Hist. of Fed. Gov.* Vol. I. p. 52. — *Ferguson*, *Versuch üb. d. Geschichte der bürgerl. Gesellsch.* Leipz. 1768. S. 89. „In dem neueren Europa werden Staaten von eben dem Umfange [wie die griechischen] wie Sträucher unter dem Schatten höherer Bäume durch die Nachbarschaft mächtigerer Staaten erstickt. Sie sind dem Handelsmann in Polen gleich, der um so verächtlicher und um so weniger gesichert ist, als er weder Herr noch Slave ist.“

Zu S. 110. Bedingungen und Schranken der Föderation.

Die verschiedenen Staaten durch föderative Bande zu einigen, um dadurch dem Unheil der Zwietracht zu wehren, ist ein wünschenswerthes Ziel, so weit es sich auf Grundlage nationaler Gemeinschaft oder eines gemeinsamen Gegensatzes der sich dauernd Verbündenden gegen andere erreichen lässt. Aber weiter als auf das durch diese Bedingungen umschriebene Gebiet erstreckt sich der Bereich einer Föderation nicht. Eine Föderation kann von doppelter Art sein. Das föderative Band hat entweder selbst staatlichen Charakter, und dann hören die durch dasselbe Vereinigten auf, selbstständige Staaten mit dem Charakter der Souveränität zu sein; oder es ist ein bloss völkerrechtliches Bündniss zwischen souveränen Staaten, und dann hat die Föderation keine weitere Gewähr für ihr dauerndes Bestehn, als in dem freien Entschluss, dem Bedürfniss und dem Interesse der einzelnen Staaten. Im ersten Fall ist das Hauptforderniss, dass die Centralgewalt im Besitze einer zwingenden Macht sei, die der Macht aller Bundesglieder weit überlegen sei; ihr gehört somit die Führung der auswärtigen Politik, die Armee und die Finanzen der vereinigten Gemeinwesen; diese letzteren sind aber offenbar keine Staaten im vollen Sinne mehr, wenn sie diese eigentlich staatlichen Functionen aus Händen gegeben haben. Die Hauptaufgabe des Staates ist, die idealen Güter

des Volkes, sein individuelles Culturleben und seine äussere Rechtsordnung zu schützen, insbesondere die Gefahr, die von fremder Gewalt und fremdem Hasse droht, abzuwehren. Eine Gemeinschaft, die diese Aufgabe nicht mehr hat, die nicht selbstständig entscheiden darf, was ihr an höchster Stelle nützlich und verderblich ist, die Anstalten zu ihrer Vertheidigung nicht mehr selbst trifft oder aus eigenem Antriebe in's Spiel setzt: eine solche Gemeinschaft ist nicht mehr ein Staat, weil sie nicht mehr souverän ist, sondern im entscheidenden Punkte einer höheren Macht gehorcht. Ferner, ein Staat kann seinen Willen nicht binden oder nur bedingungsweise, nur zeitweise um des eigenen Vorthells willen binden. Ein Staat schliesst Verträge nur ad hoc, zu bestimmten vorübergehenden Zwecken, um sich schnell wieder auf sich zurückzuziehen, sobald er es vermag und sein Interesse es fordert. Eine Gemeinschaft, die über sich eine höhere Rechtsordnung, eine Verfassung anerkennt, der sie in ihrem Handeln zu gehorchen hat, ist kein Staat mehr. Solche Gemeinschaften sind zu Provinzen geworden. Mögen sie dann immerhin auf anderen Gebieten, in Schule, Kirche, Gemeinde, Gericht eine mehr oder minder selbstständige ungehinderte Thätigkeit entfalten, so ist das nur als ein weitgehendes Maass von provinzieller Selbstverwaltung zu verstehen, als ein Ausfluss des im Centralstaat geltenden Staatsrechts, das nach den Bedürfnissen und Interessen dieses Centralstaats in den durch seine Verfassung vorgeschriebenen rechtlichen Formen mit der Zeit abgeändert werden kann, ohne dass aus dem ursprünglichen Bündnissvertrage ein giltiges Recht der Einsprache abgeleitet werden dürfte. Diese einzelnen Gemeinwesen sind wahre Unterthanen der Centralgewalt; Ungehorsam gegen die letztere ist das Verbrechen der Rebellion, des Hochverraths, und wird als solches vermöge der überlegenen Gewalt bestraft. (Vgl. v. Brucken, *gen. Fock*, über die deutsche Verfassungsangelegenheit. 1850.). Nur Heer, Finanzen, auswärtige Politik und über alle innerstaatlichen Verhältnisse die Oberaufsicht, dass sie nie eine gegen die Staatseinheit und ihre Grundlagen gerichtete Form annehmen können, sind die wesentlichen Attribute der Staatsgewalt; darum stellt die Centralgewalt eines Föderativstaates das Wesen der eigentlich staatlichen Functionen am allerreinsten und anschaulichsten dar. Die Souveränität ist nicht theilbar. Sie ist die oberste Gewalt mit freier Selbstentschliessung schlechthin, als solcher absoluter Superlativ etwas schlechthin Qualitatives ausser allem Vergleich mit anderer Gewalt; man kann nicht mehr oder minder souverän sein. Es ist aber klar, dass nur Völker von innerlich gleichartigem Bewusstsein mit Aufgebung ihrer Einzelsouveränität einer solchen Centralgewalt sich unterordnen können. Differenziert sich das nationale Rechtsbewusstsein, so tritt das zwingende Bedürfniss national-staatlicher Sonderexistenz ein, und die Einheit der centralstaatlichen Gewalt wird gesprengt. Innerlich differente Völker unter solche Staatseinheit zwingen zu wollen, läuft auf das verkehrte Streben nach einem

Universalstaate hinaus, der die allgemeine Knechtschaft bedeutete. Auch in Nordamerika macht nur die bis jetzt noch fortbestehende relative Gleichartigkeit der Bevölkerung, bei welcher durch die starke Einwanderung und durch die immer steigende Mischung der Nationalitäten eine Fixierung der Eigenart verhindert wird, eine gemeinsame Regierung möglich. Dazu ist das Volk sehr jung, die immer noch unverhältnissmässig schwache Bevölkerung über ein ungeheures Territorium zerstreut; die klimatischen und geographischen Einflüsse haben noch nicht lange und nicht tief genug gewirkt; die geistige Cultur ist in Wissenschaft, Kunst, Religion nirgends zu hoher Originalität und exclusiver Selbstbefriedigung gelangt; die nivellierende äussere Arbeit der Civilisation, der Kampf mit der Natur, absorbiert die Kräfte und Gedanken der Menschen in überwiegendem Maasse; und was besonders die Probe der Staatseinheit ist, der Gang der äusseren Politik ist bis jetzt noch ein äusserst einfacher, durch die Natur der Dinge allzu sichtbar vorgeschriebener, als dass darüber eine Parteiung entstehen könnte in einem Staate, der eigentlich keine Nachbarn und gegen bedrohliche Feinde keine Abwehr nöthig hat. Die erste gewaltige Differenz, die zu „geographischen Parteien“ führte, hat auch zum Kriege geführt und die Fortdauer der Staatseinheit auf's ernstlichste bedroht. Dass der Fortschritt der Entwicklung gründliche Differenzierung der Bevölkerung und damit den Zerfall der Staatseinheit bewirken muss, ist eine Prophezeiung, die man mit aller Sicherheit wagen darf. In keinem Falle aber können diese ganz ausnahmsweisen Verhältnisse, Millionen die sich durcheinander treiben ohne Nationalität, Völker im embryonischen Zustande des Werdens, eine Instanz abgeben gegen die gesammte Erfahrung der Geschichte.

Bei den rein völkerrechtlichen Bündnissen hingegen, wo die vielen Staaten sich jeder seine volle Souveränität wahren und nur diese oder jene Function an eine centrale Behörde übertragen, ist diese Uebertragung als ein Ausfluss der souveränen Gewalt in jedem Augenblick widerruflich nach den Bedürfnissen und Interessen des Einzelstaates. Damit ist dann nur eine oberflächliche und vorübergehende Einigung ohne alle Gewähr ihres Bestehens gesetzt, eine Einigung die nicht zu verhindern vermag, dass die äusserlich Vereinigten thatsächlich im Zustande der Nothwehr gegen einander sind, wie es unabhängige Staaten im Mangel einer überlegenen Gewalt immer sind. Ein Zusammengehen ist hier nur möglich auf Grund gemeinsamer Interessen; in allen anderen Dingen herrscht die natürliche Feindseligkeit jedes Staates gegen den anderen. Dies war die gegenseitige Stellung der Staaten auch im alten deutschen Bunde, wenn auch das factische Verhältniss durch rechtliche Formeln mehr oder minder verdeckt war. Manche wie *Alex. H. Stephens* (*A constitutional view of the late war*. Philadelph. 1868) halten sogar noch jetzt die Vereinigten Staaten von Nordamerika für einen solchen Staatenbund; die Souveränität liege bei den Einzelstaaten, die durch einen Vertrag gebunden seien, der von jedem

Staate aufgelöst werden könne, sobald sein Interesse es erfordere. — Dass aber durch so precäre Verbindungen von Staaten eine wirkliche Verbesserung der internationalen Beziehungen nicht erreichbar ist, ist offenbar. Und dabei muss man noch bedenken, dass selbst dieses geringere Maass von zeitweilig bleibender Allianz nur unter nahe verwandten Gliedern eines und desselben Volkes möglich ist. Ohne eine wirklich zwingende staatliche Gewalt können differente Völker, etwa Russen und Schweden, Iren und Britten nimmer auch nur für kurze Zeit freiwillig zu gemeinsam zu übenden staatlichen Functionen zusammenstehen. Auf ein freudiges Zusammenwirken für Zwecke des Ganzen, auf Opfer für dasselbe wäre nicht zu zählen, und so führt denn der Staatenbund ein höchst kümmerliches Leben, welches auch seine nähere Einrichtung sein mag. So lange der berechnete Eigennutz des souveränen Staates gültig ist, hindert nur immer einer den andern, und wahre Förderung seiner Existenz erfährt wenigstens der nicht, der für sich selbstständig zu existieren vermöchte. Im Staatenbunde giebt es keine wahre Herrschaft; es kann immer nur heissen: thut es wenn ihr wollt und lasst es, wenn ihr nicht wollt.

Neben dem Staatenbund, in welchem nur die einzelnen Verbundenen wahrhaft Staaten sind und die Verbindung nur auf völkerrechtlichen Verträgen beruht, und dem Bundesstaat, d. h. einer festen staatlichen Centralgewalt, unter der Provinzen mit weitgehender Selbstverwaltung als Unterthanen stehen, giebt es ein drittes nicht. Eine Herrschaft über Staaten ist eine *contradictio in adjecto*, denn ein Staat ist, was keine Herrschaft über sich hat; man kann also aus Staaten nicht einen neuen Staat, einen „Staatenstaat“, ein „Staatenreich“ construieren. Ob die „Präsumtion der Souveränität“ (*G. Meyer*, Grundzüge des Norddeutschen Bundesrechts. Leipz. 1868.) für die Einzelstaaten ist oder für den Gesamtstaat, macht in der That gar keinen wesentlichen Unterschied und kann nicht Gattungen der Conföderation construieren; ebensowenig ob der Centralstaat sich unmittelbar an die Unterthanen der Einzelstaaten wenden kann oder auf Vermittlung der Einzelstaaten angewiesen ist. (*Waitz*, *de Tocqueville*.) Das erstere ist nur praktisch richtiger; in der Sache bleibt es sich sonst gleich. Ist nämlich die Einzelregierung gesetzlich und verfassungsmässig verpflichtet, der Centralgewalt zu gehorchen, so würde sie ja für diese das immer bereite Werkzeug sein; nur die Versuchung, sich selbstständig zu machen, wird durch jene Einrichtung kräftiger verhindert. Treffend bemerkt *C. Frantz* (Vorschule zur Physiologie der Staaten. S. 41.): „Darum ist es auch für die Bundesverfassungen die entscheidende Frage: wo die Militärkraft liegt. Liegt sie im Ganzen, so entsteht ein Bundesstaat; liegt sie hingegen in den Gliedern, so entsteht ein Staatenbund.“

Alle Conföderation setzt eine dauernde Gemeinschaft staatlicher Interessen, mithin auch eine Gemeinschaft der Cultur und des Rechtsbewusstseins voraus. Kein höher gebildetes Volk kann die Leitung seiner

auswärtigen Angelegenheiten freiwillig einem ungebildeteren überlassen; noch würde umgekehrt ein ungebildeteres für die Leitung durch ein höher gebildetes Verständniss haben. Jede Gelegenheit zur Erringung der Selbstständigkeit würde benutzt werden; der immer drohenden Auflehnung müsste durch despotische Centralisation vorgebeugt werden, oder der Bundesstaat würde zerfallen. Eine Conföderation zwischen Staaten von wesentlich differierender Nationalität ist eine Unmöglichkeit, am allerwenigsten aber eine Garantie des Friedens, weit eher der Anlass zu unausgesetzten Streitigkeiten und Kriegen. In der Schweiz freilich ist so etwas vorhanden, aber als Ausnahme. Hier leben versprengte Reste von verschiedener Nationalität auf ausgezeichnetem Terrain, in strategisch wichtiger Stellung zwischen anderen Hauptvölkern, mit der durch die Natur des Bodens verstärkten Neigung, ein Staatensonderleben zu behaupten, durch besondere geschichtliche Verhältnisse begünstigt; jede einzelne dieser kleinen Gemeinschaften zu schwach, um überhaupt für sich existieren zu können, während allen äusseren Mächten daran liegt, dass jene selbstständig bleiben und nicht in die Hand eines anderen kommen. Solche Ausnahme kann die Regel nur bestätigen.

Montesquieu, *Esprit des lois*. liv. IX. chap. I. definiert die Föderativrepublik sehr gut folgendermaassen: „Diese Regierungsform ist ein Uebereinkommen, vermöge dessen mehrere Staatskörper einwilligen, Bürger eines grösseren Staates zu werden als sie sind.“ — *K. S. Zachariä*, 40 Bücher vom Staat. Bd. V. S. 162 ff. „Wenn die Menschen fast überall, die Völker nur ausnahmsweise zu Staaten vereinigt sind, so erklärt sich dieser Unterschied daraus, dass nicht leicht jemand gehorcht, wenn er nicht gehorchen muss . . . Es muss daher, wenn sich Völker entschliessen sollen, in einen Staatsverein oder in einen Bund mit einander zu treten, die Gefahr die ihnen von aussen droht so gross und so dringend sein, dass die Furcht jeden Widerwillen zu überwinden vermag . . . Die Völker, welche einen solchen Verein unter sich abschliessen wollen oder abgeschlossen haben, müssen auch ihrem inneren Zustande nach verwandt sein.“ — *Waitz*, *Grundzüge der Politik*. Kiel 1862. S. 163. „Ganz verschiedene Völker werden sich zu solcher Einigung nicht leicht, oder doch nur unter ganz besonderen Umständen wie in der Schweiz, zusammenfinden: sie entspricht den Verhältnissen einer in sich einigen, aber nach Stämmen gegliederten grossen Nation.“ — *Chalybäus*, *Speculative Ethik*. Leipz. 1850. Bd. II. S. 370. „Der Bundesstaat hat seinen Bindepunkt wesentlich im subjectiven Moment, dem Willen und Verwandtschaftsbewusstsein der Nation als solcher.“ — *Fallati*, (*Zeitschr. für Staatswissensch.* 1844. S. 173.) parallelisiert ziemlich willkürlich: 1) Familie und Bundesstaat; 2) bürgerliche Gesellschaft und Völkergenossenschaft; 3) Staat und staatliche Völkergesellschaft. Ebd. S. 187. „Wo immer die Nationalität in der Weise gebrochen erscheint, dass verschiedene Bevölkerungen eine oder einige ihrer we-

sentlichen Grundlagen mit einander gemein haben, während sie in anderen abweichen, da sollten diese Bevölkerungen vernünftigerweise weder einen einfachen, noch mehrere unabhängige Staaten bilden, sondern in einem bundesstaatlichen Verhältnisse als Glieder eines Bundesstaates stehen Die Einzelstaaten sind dann keine eigentlichen Staatspersonen.“ —

Vortreffliche Gesichtspunkte für das Urtheil über Möglichkeit und Werth von Föderationen entwickelt *Edw. A. Freeman*, *History of Federal Government*. Vol. I. London and Cambridge 1863. p. 16. „Eine bundesstaatliche Regierung wird wahrscheinlich gebildet werden, wenn die Frage entsteht, ob verschiedene kleine Staaten vollkommen unabhängig bleiben oder in einen einzigen grossen Staat verschmolzen werden sollen. Ein bundesstaatliches Band bringt die zwei streitenden Principien in Harmonie, indem es ein gewisses Maass von Einheit mit einem gewissen Maass von Unabhängigkeit verbindet. So ist eine bundesstaatliche Regierungsform ein mittleres zwischen dem System von Grossstaaten und dem von Kleinstaaten.“ — S. 89. „Diese Regierungsform ist ein zarterer und künstlicherer Bau als irgend ein anderer; ihre vollkommene Ausbildung ist das späte Resultat eines sehr hohen Standes politischer Bildung. Sie ist, mehr als andere Regierungsformen, wesentlich das Ergebniss der Umstände, und sie würde selbst noch weniger als andere eine gedankenlose Uebertragung auf solche Länder ertragen, wo die Umstände den Boden für sie nicht vorbereitet haben.“ — S. 90. „Eine bundesstaatliche Verbindung muss, um von irgend einem Werthe zu sein, durch die Errichtung eines engeren Verbandes zwischen früher getrennten, nicht durch die Trennung von vormals enger vereinigten Gliedern entstehen.“ — S. 109. „Bundesstaatliche Verbindung ist angezeigt, wo die verschiedenen zu vereinigenden Glieder für diese Art der Verbindung und für keine andere geeignet sind. Sie erfordert einen hinreichenden Grad von Gemeinsamkeit nach Ursprung, Gefühlsweise oder Interesse, um zu ermöglichen, dass die verschiedenen Glieder bis zu einem gewissen Punkte zusammenwirken. Sie erfordert, dass nicht jenes volle Maass der Gemeinsamkeit oder vielmehr der Gleichheit vorhanden ist, welches ermöglicht, dass die verschiedenen Glieder für alle Zwecke in eins verschmolzen werden.“ — S. 113. „Ein Bundesstaat muss behufs seiner Dauerbarkeit nicht auf dem Gefühl, sondern auf dem Verstande seiner Bürger beruhen. Wenn die Umstände so bleiben, wie sie zur Zeit der Bildung desselben waren, wenn das beschränkte Maass der Einheit, die er sichert, sich als praktisch besser als eine engere Vereinigung oder vollere Unabhängigkeit erweist: so mag ein Bundesstaat eben so gut dauernd bestehen als ein anderer. Sonst bildet er nur ein Uebergangsstadium.“ — *Freeman's* Darlegungen beruhen zum Theil auf den lichtvollen Beobachtungen und Schlüssen *de Tocqueville's*, *Démocratie en Amérique*. (Brüssel 1835. Vgl. besonders T. I. p. 282—298.) Vgl. ferner *John Stuart Mill*, *Considerations on represent. government*. London 1861.

p. 298. „Theile der Menschheit, welche nicht geeignet oder nicht geneigt sind, unter derselben inneren Regierung zu leben, können oft mit Vortheil bundesstaatlich vereinigt sein in Bezug auf ihre auswärtigen Beziehungen: sowohl um Kriege unter sich zu verhüten, als behufs wirksameren Schutzes gegen den Angriff mächtigerer Staaten. Um einen Bundesstaat rathsam zu machen, sind verschiedene Bedingungen erforderlich. Die erste ist ein hinreichendes Maass gegenseitiger Zuneigung unter den Bevölkerungen. Die Verbindung verpflichtet sie, immer auf gleicher Seite im Kampfe zu stehen, und wenn sie solche Gefühle gegen einander oder so verschiedene Gefühle gegen ihre Nachbarn hegen, dass sie allgemein lieber auf entgegengesetzten Seiten stehen möchten, so hätte das föderative Band weder Aussicht auf lange Dauer, noch auf getreue Beobachtung während seines Bestehens. Die zu diesem Behufe erwünschte Gemeinschaft ist die der Abstammung, Sprache, Religion und vor allem der politischen Einrichtungen, weil diese zumeist zur Gleichheit der politischen Interessen führen. Die zweite Bedingung ist, dass die zu vereinigenden Staaten für sich nicht mächtig genug sind, um sich behufs der Abwehr fremder Anfälle auf die eigne Macht verlassen zu können; eine dritte, dass zwischen den Staaten keine allzu grosse Ungleichheit der Macht stattfindet; das Wesentliche ist, dass nicht ein Staat den übrigen so sehr an Macht überlegen ist, um einer Vereinigung vieler von ihnen das Gleichgewicht halten zu können.“ —

Die Bedingungen sind in dieser Strenge nicht allgemein gültig; das gegenwärtige deutsche Reich würde danach als sehr ungeeignet erscheinen für eine föderative Verfassung — offenbar mit grossem Unrecht. — Auch *Heinr. v. Treitschke*, Bundesstaat und Einheitsstaat. Histor. und polit. Aufsätze. 2. Aufl. Leipz. 1865. S. 500 ff. ist noch der Meinung *Stuart Mill's* und *Freeman's*, ein Bundesstaat von Monarchien trage nicht die Gewähr der Dauer in sich. Er ist seitdem zu froheren Hoffnungen für das deutsche Reich gelangt, das ein Einheitsstaat in strengstem Sinne nicht werden kann noch soll und in der Hauptsache ein Bund von Monarchien bleiben wird. — *Lord Brougham*, Political philosophy. Vol. I. p. 479 ff. sieht sogar in der deutschen Bundesverfassung wie sie früher war, den Ausgangspunkt eines alle Staaten umfassenden völkerrechtlichen Bundesverhältnisses!

Zu S. 111. Heer und Heeresverfassung.

Die Klage über die Noth der stehenden Heere ist sehr alt. Vergl. *Montesquieu*, liv. XIII. chap. 17. „Eine neue Krankheit hat sich in Europa verbreitet; sie hat unsere Fürsten ergriffen und lässt sie eine unverhältnissmässige Zahl von Truppen unterhalten. Sie hat ihre verstärkten Anfälle und wirkt nothwendig ansteckend. Denn sobald ein Staat, was er seine Truppen nennt, verstärkt, verstärken sogleich die andern die ihrigen, so dass man dadurch nichts gewinnt als den gemeinsamen Ruin. Jeder Mon-

arch hält so viel Armeen auf den Beinen, als er haben könnte, wenn die Völker in Gefahr wären vernichtet zu werden, und diesen Zustand der Kraftanstrengung aller gegen alle nennt man Frieden. Daher ist Europa so ruiniert, dass die Privaten, welche in der Lage sich befänden, in welcher die drei reichsten Mächte dieses Welttheils sind, nicht mehr zu leben haben würden. Wir sind arm mit den Reichthümern und dem Handel der ganzen Welt, und bald werden wir dadurch dass wir Soldaten halten nichts mehr ausser Soldaten haben und gleich den Tartaren sein.“ — Vgl. *Ch. D. Vosz*, Handbuch der allgemeinen Staatswissenschaft. Thl. IV. Leipz. 1798. S. 455. „Seit anderthalb Jahrhunderten haben sich die Staaten wechselseitig durch stets wachsende Vertheidigungsanstalten auch zu einem stets wachsenden Aufwande veranlasst . . . Auf diese Weise ist es mit den meisten europäischen Staaten bereits auf einen Grad der Anspannung ihrer Kräfte gediehen, dass sie dieselben nicht nur nicht ferner erhöhen, sondern sich auch nicht darauf ferner werden erhalten können.“ — Aehnlich auch *Kant* (vgl. oben S. 145). Nichts desto weniger hat Europa seitdem seine Armeen verzehnfacht, und dennoch hat der Volks- und Staatswohlstand und alle Bildung noch so leidlich zugenommen. Man wird denjenigen, die heute für die Zukunft ebenso prophezeien, dies flagrante Beispiel einer falschen Prophezeiung entgegenzuhalten wohl berechtigt sein. — Ein anderes Beispiel, wie man sich täuschen kann, giebt *Heinrich Leo*, Naturlehre des Staates. S. 157. „Wir gleichen darin einem Menschen, der den ganzen Tag in der Auslage eines Fechters liegt, und wenn es dann am Abend zum Schlagen kommt, durch die gewaltsame Lage, in der er sich vorher befunden hat, schon einen grossen Theil seiner Kraft verloren hat.“ — Damals hielt *Leo* freilich auch noch mit *v. Haller* die allgemeine Wehrpflicht für eine Folge ideokratisch-revolutionärer Zustände (ebd. S. 151), und fürchtete namentlich die rationalistisch nivellierende Macht des modernen Heerwesens, die die natürlichen Standesunterschiede ausgleicht (S. 150). — Die Furcht war eine wohlbegründete. —

Adam Smith, Wealth of Nations. Book V. Chap. 1. Part. 1. „Die Kriegskunst, wie sie sicherlich die vornehmste aller Künste ist, wird in fortschreitender Ausbildung zugleich eine der verwickeltsten unter ihnen.“ — „Nur vermittelt einer stehenden Armee also kann die Civilisation eines Landes verewigt oder auch nur für einen irgend beträchtlichen Zeitraum erhalten werden.“ — Dieser Zeuge möge für tausend andere gelten, die sich unter den einsichtsvollsten und besten Männern leicht auftreiben liessen. Einer Widerlegung sind die Gegner nicht werth; ihre Meinung beweist schon an und für sich, dass sie durch Gründe nicht widerlegt werden können. — Die Werthlosigkeit einer Miliz gegenüber stehenden Armeen belegt mit treffenden Beispielen *A. Brialmont*, De la guerre, de l'armée et de la garde civique. 2. éd. Bruxelles. 1850. p. 99 ff.

Zum Urtheil über die Heeresverfassung vgl. *v. Xylander*, Untersuchun-

gen über das Heerwesen. München 1831. S. 9. „Die Streitkraft eines Staates hat also zum Hauptzwecke, demselben den möglichsten Schutz gegen fremde Gewalt zu verschaffen. Dieser Schutz muss ein möglichster sein, er muss so gross sein, als ihn die Mittel des Staates zu schaffen vermögen. Um dies zu erreichen, muss die Streitkraft im Grössten entwickelt sein.“ — S. 34. „Und indem diese Heere die grösste Kraft zum wirklichen Kampfe bieten, liegt es zugleich in ihrem Hervorgehen aus den Söhnen aller Bürger des Staates, dass sie nicht wie jene oben bezeichneten freiwillig geworbenen Heere in ihrem Wesen selbst einen Beweggrund zum Kriege bergen, sondern vielmehr eine Garantie dagegen; denn in ihrem Wesen liegt das Bestreben und für die Regierungen die Verpflichtung, diese edeln Kräfte nicht zu vergeuden, die Hoffnungen von Tausenden der Familien des Landes nicht zu zerstören, wenn nicht die Rechte und Unabhängigkeit des Staates in Wahrheit bedroht sind.“ — *de Chambray*, Philosophie de la guerre. Paris 1827. p. 106. „Friedr. Wilh. III., als er Preussen solche militärischen Einrichtungen gab, hat die Natur der preussischen Staatsform umgestaltet; die Freiheit existiert thatsächlich in einem Lande, welches eine Miliz wie die preussische Landwehr und eine Gemeindeordnung wie diejenige Preussens hat.“ — *v. Theobald*, Ueber Militär-Systeme. Stuttg. 1821. nennt das preussische System „den bürgerlichsten Gedanken, der je unter einem Helme entstanden ist.“ —

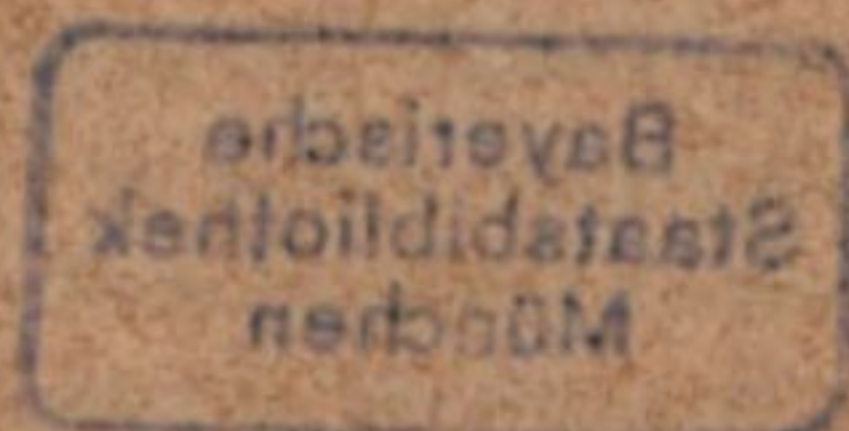
Ueber die Segnungen der allgemeinen Wehrpflicht spricht sehr schön *Trendelenburg*, Naturrecht. 2. Aufl. S. 474—477. — *K. S. Zachariä*, Vierzig Bücher. 2. Aufl. Bd. VI. S. 277—286. — *R. Gneist*, Englische Communalverwaltung. 2. Aufl. Bd. II. S. 1243. 1267. 1375. 1395. — *Const. Frantz*, Vorschule zur Physiologie des Staates. S. 229 ff. — *Schleiermacher*, Lehre vom Staat. S. 157. „Je mehr das Volk selbst Theil nimmt an der militärischen Thätigkeit, desto mehr wird dadurch das lebendige politische Bewusstsein rege gemacht; es wirkt die Uebung als Geschicklichkeit auf die übrige Gewerbsthätigkeit zurück.“ — *Waitz*, Grundzüge der Politik. Kiel 1862. S. 98. „Ein Heer, das die rechte Volkskraft darstellt, der Ordnung des Staates dient, Zucht und Gehorsam mit wahrer Ehre und Hingebung verbindet, wird ein Schmuck des Staates, ein Stolz des Volkes sein.“ — *v. Stein* an *Gneisenau* (*Stein's* Leben von *v. Pertz*. Bd. II. S. 353). „Hierdurch (durch allgemeine Wehrpflicht) wird der Neigung der gewerbetreibenden und wissenschaftlichen Stände zu unkriegerischen und feigen Gesinnungen und der Trennung der verschiedenen Stände von einander und ihrem Losreissen von dem Staate entgegengewirkt und in allen das Gefühl der Pflicht, für dessen Erhaltung sein Leben aufzuopfern, belebt.“ —

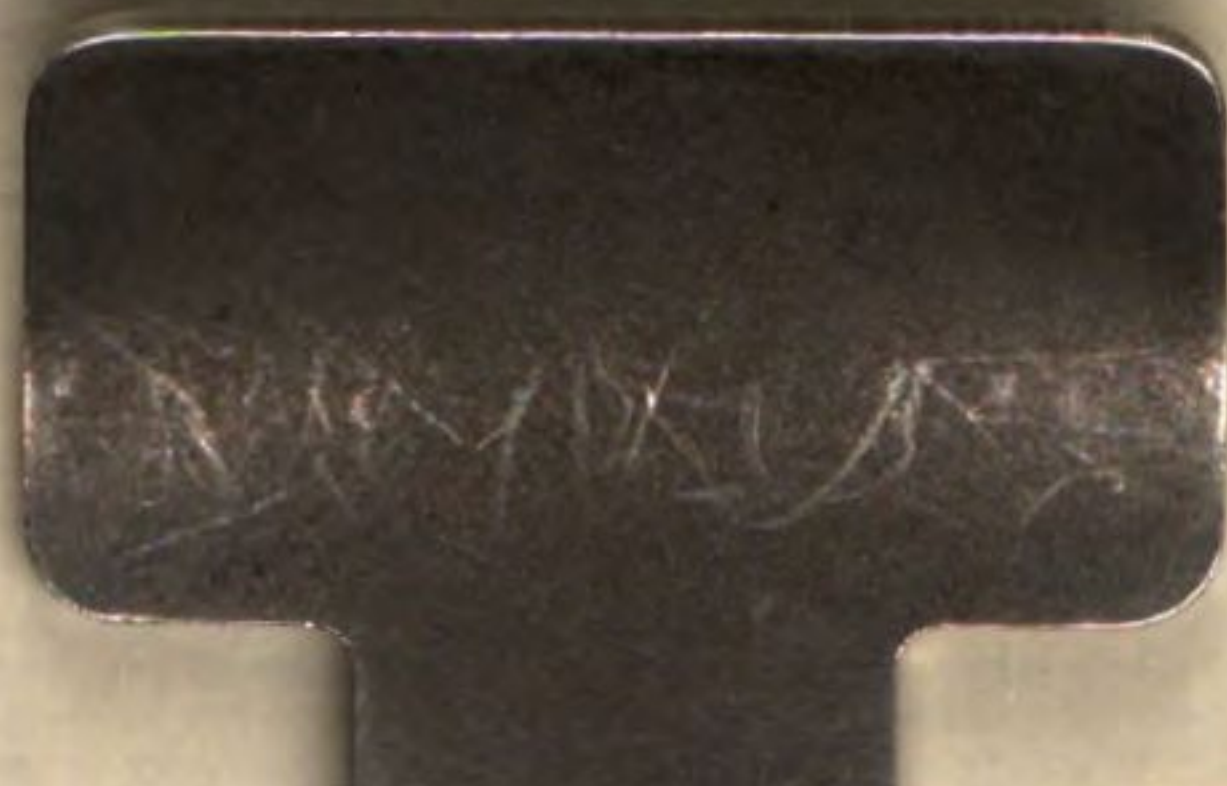
Dagegen *v. Haller*, Restauration der Staatswissenschaften. Bd. II. S. 81. — *R. v. Mohl*, Encyclopädie der Staatswissenschaften. Tübingen 1859. S. 283. „Es ist eine ganz unnöthige Ziererei und Heuchelei, wenn man die Verpflichtung der Bürger im Heere zu dienen als ein besonderes Ehrenrecht

darzustellen sucht.“ — ebd. S. 688. „Obgleich ohne allen Zweifel eine sehr zweckmässige Anstalt zur Vertheidigung, sind doch die stehenden Heere zu einer der grössten Lasten der Völker geworden.“ — *Bluntschli*, Allgem. Staatsrecht. 2 Aufl. Bd. II. S. 164. „Die Werbung des stehenden Heeres hat keine staatsrechtlichen Bedenken gegen sich und schafft auch eine tüchtige Armee, welche von Berufspflicht erfüllt ist . . . Allerdings muss im Nothfall selbst durch Zwang für den Dienst gesorgt werden . . . Friedrich II. : „Die besten Truppen, die ein Staat haben kann, sind die nationalen.“ Indessen das ist nur bedingt wahr.“ — *Röder*, Naturrecht. 2. Aufl. 2. Abthlg. S. 105.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Druck von Friedrich Frommann in Jena.





Lasson, Adolf,

Princip und Zukunft des Völkerrechts

Berlin 1871

J.publ.e. 202 m

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10812235-5